Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

22. Januar 1979
Jg. 7 Nr. 4

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Offensive Houari Boumedienne der FPolisario

z.jon. Bei ihrer am 1. Januar begonnenen „Offensive Houari Boumedienne" gegen die marokkanische Besatzung der Phosphatminen von Bou Craa im Norden ihres Landes hat die Befreiungsarmee des saharauischen Volkes den Besatzungstruppen schwere Verluste zugefügt und die Phosphat-Transporte ans Meer unterbrochen. – Der mauretanische Präsident Ould Saleck hat die in der südlichen Sahara operierenden marokkanischen Truppen aufgefordert, Mauretanien bis zum 1. April zu verlassen. Er hat das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes anerkannt, und eine Volksabstimmung in den von Mauretanien besetzten Gebieten vorgeschlagen. Die Regierung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara hat diesen Vorschlag zurückgewiesen und Mauretanien zur bedingungslosen Räumung der besetzten saharauischen Gebiete aufgefordert.

Unabhängigkeit für Brunei: Reaktion auf Befreiungskampf

z.mat. Britannien hat mit dem Sultanat Brunei einen Vertrag unterzeichnet, der die volle Souveränität für 1983 vorsieht. Seitdem der britische Plan, die drei Protektorate Sabah, Brunei und Sarawak in den von den Briten geschaffenen Plan, Malaysia einzugliedern, 1962 an einem Volksaufstand gescheitert ist, hat der bewaffnete Kampf in allen drei Gebieten von Kalimantan („Borneo") einen großen Aufschwung genommen. Der für 1983 vorgesehene Abzug des britischen Hochkommissars und seiner Truppen ist ein Eingeständnis dessen, daß den Imperialisten der Boden zu heiß wird. Bis dahin, hoffen sie, kann die Marionettenarmee des Sultans den Schutz ihrer Ölinteressen übernehmen. 7 Millionen Tonnen Erdöl und große Mengen Erdgas haben sie schon 1971 dem Volk von Nordkalimantan geraubt. Seitdem ist die Ausfuhr auf das achtfache gestiegen.

Der Handelskrieg geht weiter

z.gek. Einen „*Exportkreditkrieg*" haben US-Unterhändler den EG-Imperialisten angekündigt. Da war die Unterschrift unter dem GATT-Abkommen noch nicht trocken, worin ein brü-

Der Handelskrieg geht weiter

z.gek. Einen „*Exportkreditkrieg*" haben US-Unterhändler den EG-Imperialisten angekündigt. Da war die Unterschrift unter dem GATT-Abkommen noch nicht trocken, worin ein brü-chiger Kompromiß über Zölle und Einfuhrmengen erzielt worden war. Jetzt bricht der Streit über die Lieferkredite aus, womit sich die imperialistischen Staaten und Monopolgruppen Kundschaft und Märkte abjagen. Die US-Imperialisten verlangten eine generelle Zinserhöhung, sowie Ausdehnung der Absprachen auf Exporte von Flugzeugen, Schiffen, Kernkraftwerken und landwirtschaftlichen Produkten, alles Weltmonopole, die sie zu verteidigen haben. Am 11. Januar sind die Verhandlungen gescheitert. Am 15. Januar gab die Export-Import-Bank der USA die Vergünstigung der Zahlungsbedingungen für Abnehmer von US-Ware bekannt.

EG-Imperialisten auf der Suche nach neuen Einnahmequellen

z.elb.Brüssel. Die Einnahmen des EG-Haushalts werden, so die EG-Kommission, spätestens 1982 nicht mehr ausreichen, um den Kapitalisten bessere Profitbedingungen bereitzustellen und den riesigen Verwaltungsapparat zu finanzieren. Diese Einnahmen bestehen aus Zöllen, Agrarabschöpfungen (Zölle auf Agrarimporte aus Nicht-EG-Mitgliedsstaaten) und bis zu 1%-Punkt der Mehrwertsteuer, d.h. für die BRD 1/12 der Mehrwertsteuereinnahmen. Die Forderung der EG-Kommission: entweder Erhöhung des Mehrwertsteueranteils oder die Übertragung weiterer staatlicher Steuern, z.B. Alkohol- oder Zigarettensteuer, oder auch die Einführung einer Energieverbrauchsteuer. Die Regierungen der EG-Staaten werden dies mit Sicherheit zum Anlaß nehmen wollen, die Ausplünderung der Volksmassen mittels Steuererhöhungen zu verschärfen.

Sowjetisch-vietnamesischer Blitzkrieg zum Scheitern verurteilt

Das Demokratische Kampuchea führt einen Volkskrieg / Sowjetische Niederlage im UNO-Sicherheitsrat

z.ges. Der sowjetisch-vietnamesische Blitzkrieg gegen das Demokratische Kampuchea hat zum Ziel, Kampuchea Vietnam zu unterwerfen und dem Einflußbereich der Sowjetunion einzugliedern. Zu diesem Zweck wollten die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren die Revolutionäre Armee Kampucheas zerschlagen, ihre Reste einkreisen und vernichten. So hofften sie, einen Volkskrieg zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität Kampucheas und zur Verteidigung der kampucheanischen Revolution bereits im Ansatz ersticken zu können. Durch die rasche Eroberung einiger Städte des Demokratischen Kampuchea, insbesondere durch die Eroberung seiner Hauptstadt Phnom Penh, die Einsetzung einer Marionettenregierung und die Ausrufung eines neuen Staates, einer angeblichen „Volksrepublik Kampuchea" wollten sie vollendete Tatsachen schaffen, gegenüber welchen ein internationaler Protest gar nicht aufkommen sollte. Mit beidem sind die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren gescheitert.

Die Revolutionäre Armee Kampucheas unter Leitung der Regierung des Demokratischen Kampuchea und Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas hat sich inzwischen angesichts der großangelegten sowjetisch-vietnamesischen Invasion umgruppiert und ist im ganzen Land zum Guerillakrieg übergegangen. In einzelnen Teilen des Landes sind feste Stützgebiete errichtet, einzelne Städte wie Kompong Som und Takeo sind kurzfristig zurückerobert worden. Die sowjetisch-vietnamesischen Invasionstruppen werden auf ihren langen Verbindungs- und Nachschublinien angegriffen. Die Invasoren kontrollieren bisher nur Städte und Straßen, haben aber nirgendwo die Kontrolle über das Land errungen. Damit ist auch die Kontrolle der Straßen nicht gesichert. Der Revolutionären Armee Kampucheas ist es gelungen, ihre lebendigen Kräfte zum großen Teil zu erhalten. Die sowjetisch-vietnamesischen Invasionstruppen haben Verluste und müssen laufend verstärkt werden. Gleichzeitig

der Straßen nicht gesichert. Der Revolutionären Armee Kampucheas ist es gelungen, ihre lebendigen Kräfte zum großen Teil zu erhalten. Die sowjetisch-vietnamesischen Invasionstruppen haben Verluste und müssen laufend verstärkt werden. Gleichzeitig

gibt es bereits Nachschubschwierigkeiten. Der Nachschubbedarf der Invasionstruppen ist hoch, weil sie sich bei ihrem raschen Vormarsch vor allem auf hochmoderne und schwere Waffen gestützt haben, Panzer, schwere Artillerie und immer wieder Luftwaffe. Große Teile der vietnamesischen Luftwaffe scheinen inzwischen auf den Flughafen von Phnom Penh verlegt zu sein, was zwar die Einsätze erleichtert, das Nachschubproblem aber eher verschärft.

Unterstützung bei den Volksmassen hat die Invasion natürlich nicht gefunden und das in Phnom Penh eingesetzte Marionettenregime ist nach Berichten aus Thailand von den Volksmassen isoliert. Daher der Ruf nach Rückkehr in die Städte, wo die Bevölkerung unter Kontrolle gebracht werden könnte.

Diesem Ruf werden die Volksmassen schon deshalb nicht folgen, ganz abgesehen davon, daß sie ihre Nahrungsversorgung nur auf dem Land sichern können. Alsbald werden die sowjetisch-vietnamesischen Invasionstruppen offen zu den Methoden übergehen, die man bereits vom US-Imperialismus her kennt: Flächenbombardements des Landes, um die Bevölkerung in die Städte zu zwingen, und Zwangsmaßnahmen, um die Bevölkerung in strategischen Dörfern unter Kontrolle der Invasionsarmee zu halten. Die Flächenbombardements haben bereits begonnen.

Da es nicht gelungen ist, die Revolutionäre Armee Kampucheas zu zerschlagen, einzukreisen und zu vernichten, da die Revolutionäre Armee ihre lebendigen Kräfte weitgehend erhalten konnte, die Regierung des Demokratischen Kampuchea intakt geblieben ist und sofort die Organisierung des Volkskrieges in die Hand nehmen

Fortsetzung Seite 2

10000 demonstrieren in Managua gegen das Somoza-Regime



In Nikaragua gelingt es dem reaktionären Somoza-Regime nicht, die Guerillakämpfe und die Ausdehnung der Front gegen das Regime zu unterdrücken. Demonstrationen in mehreren Städten fanden schon zu Beginn des Jahres statt. Eine Radiostation Somozas wurde von der „Volksbefreiungsfront Sandinista" besetzt und in die Luft gesprengt. Am Trauermarsch zum Gedenken an Pedro Chamarro, der am 10.1.1978 auf offener Straße ermordet worden war – Ausgangspunkt der offenen Kämpfe in Nikaragua – beteiligten sich in Managua 10000. Zur Unterstützung hatten die Geschäfte und Läden auf Aufforderung der Handelskammer geschlossen.

In Nikaragua gelingt es dem reaktionären Somoza-Regime nicht, die Guerillakämpfe und die Ausdehnung der Front gegen das Regime zu unterdrücken. Demonstrationen in mehreren Städten fanden schon zu Beginn des Jahres statt. Eine Radiostation Somozas wurde von der „Volksbefreiungsfront Sandinista" besetzt und in die Luft gesprengt. Am Trauermarsch zum Gedenken an Pedro Chamarro, der am 10.1.1978 auf offener Straße ermordet worden war – Ausgangspunkt der offenen Kämpfe in Nikaragua – beteiligten sich in Managua 10000. Zur Unterstützung hatten die Geschäfte und Läden auf Aufforderung der Handelskammer geschlossen.

Verordnung zu den Notstandsgesetzen in Kraft

Abgabepflicht bei landwirtschaftlichen Produkten / Rationierung der Nahrungsmittel für die Volksmassen

z.brp. Am 10. Januar 1979 ist die erste Verordnung des Ernährungssicherstellungsgesetzes in Kraft getreten. Im Gesetzgebungsgang befindet sich derzeit die allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ernährungsbewirtschaftungsverordnung. – Das Ernährungssicherstellungsgesetz (ESG) wurde als Schubladengesetz 1965 verabschiedet und 1968 in die Notstandsgesetzgebung übernommen. Hiermit ermächtigt die Bourgeoisie den Bundesminister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, Rechtsverordnungen zu treffen über Anbau und Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte, Verwendung und Einsatz von Maschinerie in der Landwirtschaft und die Abgabepflicht von landwirtschaftlichen Produkten. Zur Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Buchführungs- und Meldepflicht für die Bauern und für die industrielle Weiterverarbeitung eingeführt. Festgelegt wird, daß die Landwirte zu einer Vorratshaltung verpflichtet werden können. Mit dem Ernährungssicherstellungsgesetz wird das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft eingerichtet. Die Länder werden aufgefordert, sich auf die Ausführung dieses Gesetzes vorzubereiten. Bereits 1965 werden die ersten Lebensmittelkarten gedruckt. In Kraft treten sollen die einzelnen aufgrund des ESG erlassenen Rechtsvorschriften im „Spannungsfall", d.h. in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges zur Sicherstellung der Versorgung der Truppe und bei dem Versuch der Bourgeoisie, die Revolution des Proletariats niederzuschlagen; die Verbindung der beiden produzierenden Klassen und die direkte Versorgung der Massen durch die Bauern soll verhindert werden.

Die Rechtsverordnungen können aber auch in Kraft treten bei „Katastrophen" zur Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft – und aufgrund von Beschlüssen von „internationalen Organen", denen die Bundesregierung zustimmt (Art. 80a GG), z.B. wenn im Rahmen der NATO die Bundesrepublik als Brückenkopf der Aggression eingesetzt wird.

In der jetzt gültigen Verordnung werden außer Ermächtigungen an den Landwirtschaftsminister – Weisungsbefugnisse gegenüber unteren Verwaltungsebenen – Regelungen über die Rationierung der Lebensmittel getroffen: Aufgeführt werden die Erzeugnisse, die unter die Bewirtschaftung fallen, ausgespart sind bisher noch die Kleintiere wie Kaninchen und Zwerghühner und Obst, ansonsten sind alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse aufgeführt. Unter Androhung einer Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren wird den Bauern eine Abgabepflicht der landwirtschaftlichen Produkte aufgezwungen: Sie dürfen sie nur abliefern an die Nahrungsmittelkonzerne, an Groß- und Einzelhändler oder an die Truppe, aber nicht direkt an die Volksmassen. Der Bauer kann auch nicht darüber verfügen, wieviel Nahrungsmittel er selbst verbraucht oder ob er die landwirtschaftliche Produktion unter solchen Bedingungen einstellen will oder ob er einzelne Produkte vernichten will: Über all das bekommt er Anweisungen und Anordnungen und muß genau buchführen, was jederzeit kontrolliert werden kann. Andererseits werden die Lebensmittel für die Volksmassen rationiert über den Bezug von Nahrungsmitteln nur über Verbraucherkarten.

Die allgemeine Verwaltungsvorschrift legt detailliert fest die Angaben für die Verbraucherkarten, Musterexemplare sind beigefügt. Darüber hinaus enthält sie die Anordnung, daß zweijährlich – erstmals zum 1. Dezember 1978 – die Gemeinden und Stadtbezirke anhand der Melderegister und statistischen Unterlagen die Anzahl der erforderlichen Verbraucherkarten feststellen sollen.

Voraussetzung, damit diese Kontrolle und Unterdrückung funktionieren kann, ist ein zentralisierter Verwaltungsapparat: für die Umsetzung der Ernährungsbewirtschaftungsverordnung beispielsweise wird nur auf Landesebene eine neue Behörde, das Landesernährungsamt, eingerichtet, sonst werden die Maßnahmen wahrgenommen vom Regierungspräsidium und auf Stadt- und Gemeindeebene von den vorhandenen Jugend- und Sozialämtern. Mit der Gründung der Bundesrepublik hat sich die westdeutsche Bourgeoisie bereits diesen Apparat geschaffen, unter der Regierung Schmidt ist er weiter ausgebaut und zentralisiert worden. Schmidt, der sich als Mitglied der 12er-Kommission für die Durchsetzung der Notstandsgesetzgebung energisch einsetzte, ist 1974 als Bundeskanzler angetreten mit dem Leitmotto: Kontinuität und Konzentration. Die unmittelbar nach Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung gebildete interministerielle „Projektgruppe Reform der Bundesverwaltung" hat bis heute eine Reihe von Vorschlägen hinsichtlich des Dienstrechts, der Laufbahnveränderung, den Einsatz von EDV-Anlagen gemacht, um die Dienstaufsicht auf allen Verwaltungsebenen zu verschärfen und um die gesammelten Daten schnell für die oberen Bundesbehörden auswerten zu können. 1976 hat Schmidt mit dem „Gesetz über die Neuorganisation der Marktordnungsstellen" dem Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft einen Ausschuß beigeordnet, in dem neben der Bundesbank, den Landesbehörden und den Ministerien Wirtschaft, Finanzen und Ernährung Kapitalisten aus Industrie und Handel vertreten sind. Eine umfassende Statistik über die Ernte- und Bodenerfassung sowie über den Handel und die Gaststätten ist in Vorbereitung. Mit dem Bundesmeldegesetz und dem Gesetzentwurf über eine Volkszählung 1981 schafft sich die Bourgeoisie die lückenlose Kontrolle der Volksmassen.

Sowjetisch-vietnamesischer Blitzkrieg zum Scheitern verurteilt

Fortsetzung von Seite 1

konnte, trägt der taktische Sieg des Blitzkrieges mit der Eroberung der Hauptstadt und anderer Städte des Demokratischen Kampuchea den Keim der strategischen Niederlage in sich. Mit der Einsetzung einer Marionettenregierung und der Ausrufung einer „Volksrepublik Kambodscha" sollte die Weltöffentlichkeit überrumpelt werden, um so die internationalen Proteste auflaufen zu lassen oder gar zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampucheas zu erklären. Auch diese Politik der vollendeten Tatsachen ist im ersten Anlauf gescheitert. Außer der Sowjetunion und ihren engsten Gefolgsleuten hat niemand das Marionettenregime anerkannt. Im UNO-Sicherheitsrat konnte die Sowjetunion nach einer 13:2 Abstimmungsniederlage die Annahme einer Resolution, die den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Demokratischen Kampuchea verlangte, nur durch ihr Veto verhindern. Der Antrag war von allen Ländern der Blockfreienbewegung im Sicherheitsrat eingebracht worden. Außer der Sowjetunion stimmte nur die CSSR dagegen. Sihanouk hatte bereits in seiner Rede vor dem Sicherheitsrat darauf hingewiesen, daß die Unterstützung der Sowjetunion durch die CSSR nur sowjetischen Bajonetten geschuldet ist, die die jetzige Regierung 1968 durch Invasion und Besetzung eingesetzt hat.

Da die Sowjetunion im UNO-Sicherheitsrat gegen den Abzug aller fremden Truppen aus dem Demokratischen Kampuchea ihr Veto eingelegt hat, sind jetzt alle Lügen, daß es im Demokratischen Kampuchea gar keine Invasionstruppen geben würde, offiziell aufgeflogen. Auch Vietnam mußte zu neuen Ausflüchten greifen, weil das Märchen vom Bürgerkrieg niemand mehr hören will. Gegenüber der thailändischen Regierung versichert Pham Van Dong zwar weiterhin, daß gar keine vietnamesischen Truppen in Kampuchea seien, versichert aber gleichzeitig, sie würden nicht auf thailändisches Territorium vorrücken. Wenn diese Truppen aber nicht in Kampuchea wären, bräuchte es keinerlei solche Versicherung, denn Vietnam und Thailand haben keine gemeinsamen Grenzen.

Vietnam spricht jetzt von „zwei Kriegen". Einerseits hätten vietnamesische Truppen in den Grenzgebieten Kampucheas eine „Offensive" des Demokratischen Kampuchea zerschlagen, und andererseits hätte die angebliche „Nationale Front Kampucheas zur Nationalen Rettung" im Innern des Landes einen Bürgerkrieg geführt. Beide Kriege hätten nichts miteinander zu tun. Diese neue Version läuft darauf hinaus, die vietnamesischen Grenzen weit in den Westen bis an die Grenze Kampucheas nach Thailand zu verlegen, denn dort stehen vietnamesische Truppen.

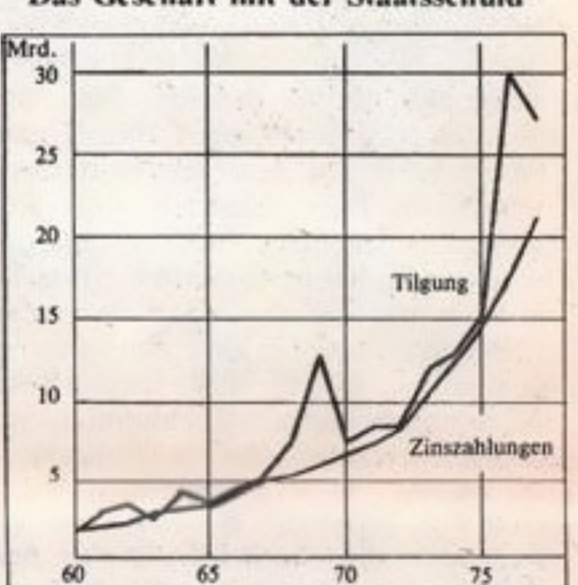
Von den inneren Schwierigkeiten Vietnams hat sich durch den Blitzkrieg natürlich keine einzige lösen lassen. Im Gegenteil. Ende des Jahres hatte General Giap das ganze vietnamesische Volk zur Generalmobilmachung aufgerufen. Zur Aufstellung einer wüsten Invasionstruppe hat es gereicht. Die Etappe selber ist aber nur in noch größere Schwierigkeiten geraten. So hat Pham Van Dong am 15. Januar einen Ukas an alle Vietnamesen herausgegeben, in dem er „den Bürokratismus, den Konservatismus, den Ressortgeist, die Verschwendung, die Trödelei, die Unterschlagungen, die Faulheit, die Unverantwortlichkeit und die Disziplinlosigkeit" verurteilt, die den Aufbau des Sozialismus behindern würden. Die Revisionistenhäuptlinge waren noch immer groß, wenn es galt, die Ursachen für die Folgen ihrer verbrecherischen Politik bei den Massen zu suchen, um eine noch schärfere Ausbeutung und Unterdrückung zu rechtfertigen. Tatsächlich wird die Folgen der sowjetisch-vietnamesischen Invasion des Demokratischen Kampuchea neben dem kampucheanischen Volk vor allem das vietnamesische Volk zu erleiden haben. Der Pham-Van-Dong-Ukas zeigt, daß es bereits Widerstand gibt, und man weiß, daß es in einigen Teilen des Landes sogar bewaffneten Widerstand gibt. Die Ausgangsbedingungen für den Volkskrieg des kampucheanischen Volkes sind nicht schlecht. Das Volk hat bereits eine Revolutionäre Armee, die im fünfjährigen Kampf gegen den US-Imperialismus Erfahrungen gesammelt hat, im letzten Jahr die erste Offensive Vietnams zerschlug und es jetzt verstanden hat, ihre lebendigen Kräfte trotz der großangelegten sowjetisch-vietnamesischen Invasion zu erhalten. Das Volk hat eine genossenschaftliche Wirtschaft aufgebaut, die ihre Ursprünge im Widerstandskrieg gegen den US-Imperialismus hat, nach der Befreiung das Ernährungsproblem lösen konnte und jetzt die Produktionsbasis für den Widerstandskrieg bildet. Das Volk hat in der Kommunistischen Partei Kampucheas eine erfahrene Führung, und es bildet jetzt wie bereits im Widerstandskrieg gegen den US-Imperialismus eine breite nationale Einheitsfront. International sind die Invasoren isoliert geblieben und werden es, solange das Demokratische Kampuchea an seinem Volkskrieg festhält, auch bleiben.

Aber dieser Volkskrieg wird sehr hart werden. Niemals werden die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren freiwillig zurückweichen. Sie werden ihr ganzes Vernichtungspotential auf das kleine Kampuchea konzentrieren, wie es der US-Imperialismus von 1973-1975 gemacht hat. Es wird ein langandauernder Volkskrieg sein. Um so vernichtender wird am Ende die Niederlage der Invasoren ausfallen.

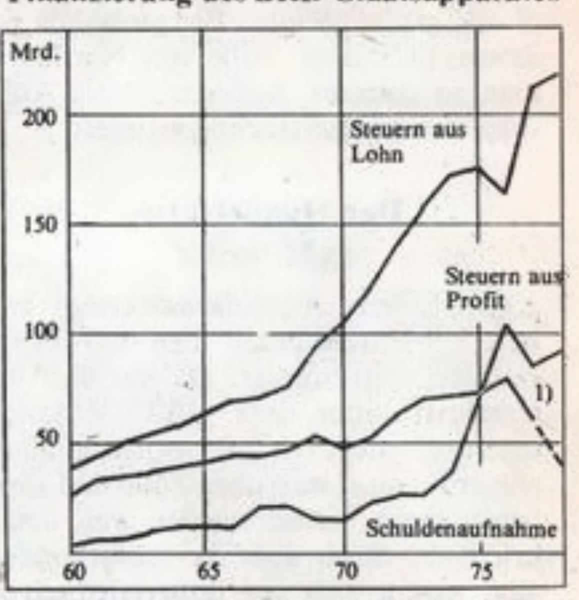
z.diz. **Bei der Besteuerung des Lohns** 1976 ein kleiner Knick nach unten, 1977 ein gewaltiger Sprung nach oben: So hatten sich die Kapitalisten die Steuerreform der Sozialdemokraten vorgestellt. Mehr als das Doppelte an Steuern ziehen sie aus Lohn als aus Profit; 1978 voraussichtlich 216107 Mio. DM aus Lohn, 91986 Mio. DM aus Profit. Seit 1960 steigen die Steuereinnahmen aus Profit auf das Dreifache, die Steuereinnahmen aus Lohn hingegen auf das 5½-fache. Der Sprung 1977 in der Besteuerung des Lohns nach oben und in der Besteuerung des Profits nach unten kommt aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer einerseits und der Senkung der Körperschaftssteuer andererseits. Dieses Jahr wird die Mehrwertsteuer wegen der „größeren Gerechtigkeit" für die Kapitalisten erneut erhöht ...

Staatsverschuldung. Gewaltig gestiegen ist außerdem die Gesamtverschuldung des Staatsapparates der BRD-Imperialisten, von 1974 bis 1977 um 72%. 1977 betrug sie 82% der Gesamtausgaben, 27% des Bruttosozialprodukts. Pro Kopf der Bevölkerung sind das ca. 5300 DM. Besonders in Zeiten der Krise ist die Staatsverschuldung für die Kapitalisten ein glänzendes Geschäft: Nicht nur bekommen sie vom Staat einen Teil des fixen Kapitals wie Straßen usw. gratis gestellt oder – wie bei der Energie – unter Produktionskosten verkauft, auch ihr brachliegendes Geldkapital wird ihnen vom Staat verzinst. Kann ihr Kapital in der Ausbeutung der Arbeiterklasse wieder profitlicher angelegt werden, ziehen sie es wieder ab. Das sind die Spitzen bei der Kurve der Ausgaben des Staates für die Tilgung von Krediten 1969 und 1977.

Das Geschäft mit der Staatsschuld



Finanzierung des BRD-Staatsapparates



1) bis Juni. Die Berechnung der Steuerverteilung ist im Arbeitsheft 7 zu Kommunismus und Klassenkampf, S. 30 beschrieben. Quellen: Monatsberichte der Bundesbank, Finanzberichte der Bundesregierung, versch. Jahrgänge

Zinsausgaben. Nur der Form nach unterscheidet sich die Kreditierung des Staates durch das Finanzkapital von den Geschäften eines feudalen Steuerpächters: Beide schießen der Staatskasse vor und erwerben dafür ein Anrecht auf einen Teil der den Volksmassen abgepreßten Steuern. Wie die progressiv steigenden Zinsausgaben zeigen, für die Kapitalisten ein gutes Geschäft.

Niederlage der „inneren Lösung" in Zimbabwe

Gesetze zur „Aufhebung der Rassendiskriminierung" / Ausgangsbeschränkungen für weiße Siedler in den Städten

z.bil. Auf Gouadeloupe haben Carter und Callaghan noch im vertraulichen Tête à tête den Treueschwur zu den „anglo-amerikanischen" Gesprächen geleistet. Knapp 10 Tage danach ist die „Allparteienkonferenz vorerst auf Eis gelegt". „Es gebe keine Anzeichen dafür, daß die Guerillabewegung auf der Basis des anglo-amerikanischen Planes mit dem rhodesischen Ministerpräsidenten Ian Smith sprechen werde", erklärte Callaghan im Unterhaus. Soviel ist sicher. Aber ihre Absichten haben die westlichen Imperialisten nicht auf Eis gelegt, sie sind dabei, ein neues Manöver einzuleiten. Wer von den beiden Supermächten wird die strategisch wichtigen Reichtümer Zimbabwes, Chrom, Nickel, Asbest, an sich reißen und das Land weiter unterjochen können, ist *ihre* Hauptsorge. Callaghan spricht offen die Befürchtung aus, daß die andere Supermacht über ihre in Angola stationierten kubanischen Vasallen in Zimbabwe die Invasion vorbereitet (Welt, 19.1.79). Offensichtlich ist, daß die westlichen Imperialisten auf die „innere Lösung" des Ian Smith und seiner drei Marionetten Sithole, Muzorewa und Chirau nicht mehr viel geben. Wie auch.

Genosse Zvobgo hat Mitte Dezember die militärische Lage in Zimbabwe erklärt: „Wir sind aus den Grenzgebieten herausgerückt. Tatsächlich taten wir das schon 1976. Zur Zeit operieren wir voll und haben die volle politische Kontrolle in 39 der 50 Distrikte. Dies ist geographisch und bevölkerungsmäßig etwa 80 Prozent von Zimbabwe ... Jetzt, wo wir die Phase eins beendet haben, die die Ergreifung und Errichtung der politischen Macht in den ländlichen Gebieten bedeutet, treten wir in die Phase zwei ein, die wir Operation Einkreisung nennen, Einkreisung der städtischen Gebiete. Wir glauben, daß jetzt, wo ich spreche, unsere Kräfte die Umzingelung der städtischen Gebiete abgeschlossen haben und tatsächlich für den militärischen Kampf, für den bewaffneten Kampf gerüstet sind ... Wir haben jetzt Salisbury angegriffen. Gerade vor zwei Wochen schlugen wir den nördlichen Vorort von Salisbury, eins der Gebiete, wo die großen Reaktionäre wirklich leben, und sofort verhängte das Kombinierte Armeehauptquartier des Feindes Ausgangsbestimmungen, und diese Bestimmungen verbieten weißen Siedlern, nach Eintritt der Dunkelheit, nach 6 Uhr, sich aus ihren Vororten hinaus in die Stadt zu begeben oder aus der Stadt heraus in die Vororte zu gehen. Das ist die Kontrolle, die wir über die Hauptstadt verhängt haben. Jetzt wird dieses Programm in allen städtischen Gebieten des Landes verstärkt, und es wird einen strategischen Vorteil nach sich ziehen: das Regime wird seine Truppen von überall, wo sie im Lande sind, zurückziehen müssen, um – wenn Sie so wollen – das Bollwerk des Rassismus, das das städtische Gebiet ist, zu verteidigen. Die Regenfälle kommen in ein paar Wochen von jetzt an. Callaghan weiß es, Carter weiß es und Smith und seine Agenten machen sich wirklich in die Hosen – sie haben Angst vor dem, was jetzt geschehen wird, weil wir offensichtlich beabsichtigen, in Kürze den militärischen Sieg zu erringen."

Die schwarzen Marionetten halten sich Privatarmeen, die sie Hilfstruppen nennen. Mit Terroraktionen versuchen sie, die Massen zu Wahlen, die das Smith-Regime auf April verschoben hat, zu nötigen. Im Oktober hatte das Smith-Regime die allgemeine Wehrpflicht für alle Zimbabwer angekündigt. 25000 „schwarze Wehrpflichtige" sollten auf diese Weise in die Armee der Marionettenregierung für 12 Monate gepreßt werden. Massendemonstrationen sind dagegen schon im Oktober in Salisbury gemacht worden. Der „Wehrdienst" wird boykottiert. Jetzt müssen die Siedler zugeben, daß es ihnen „gelungen" ist, 300 Zimbabwer in die Kasernen zu treiben und die erklären öffentlich, sie würden lieber auf der Seite der Guerillas kämpfen. Zwecks Roßtäuscherei propagiert das illegale Regime jetzt eine Gesetzesflut „zur Aufhebung der Rassengesetze". Abschaffung der „Rassendiskriminierung" im Schulwesen, Krankenhäusern und bei Wohnungen. Die neuen Gesetze bestimmten, daß schwarze Schüler, die *ausreichend Englisch* können und deren Eltern über *Grundbesitz* verfügen, die weiße Schule besuchen können. Das „Stammesland", in das die Siedler die Zimbabwer vertrieben haben, *und* das im Besitz der Regierung ist, soll künftig nur von „Schwarzen erworben werden". Ein infames Gesetz, die Zimbabwer „können" auch noch den unfruchtbaren Flecken Land, auf den sie getrieben wurden, kaufen. Keines dieser Gesetze wird von den Massen akzeptiert.

Die britischen Imperialisten lassen laut über den zurückgetretenen Co-Innenminister des Smith-Regimes, Rollo Haymann, überlegen, ob das Land nicht wieder der Kontrolle der britischen Regierung unterstellt werden soll. „Rhodesien wäre besser in der Lage, die schwierige Übergangsperiode zu bestehen, die vor ihm liegt, unter britischer Kontrolle mit Beseitigung der Sanktionen, als eine instabile Regierung zu bilden, die nicht anerkannt wird und wahrscheinlich nicht überleben wird", sagt er Ende Dezember 1978. Die alten Kolonialisten wollen das Zepter wieder direkt in die Hand nehmen. Das ist die „neue Lösung", die sich anbahnt. Das Volk von Zimbabwe unter Führung der ZANU hat darauf die Antwort: Das ist die Intensivierung des bewaffneten Kampfes. Selbständig geführt ist er auch das beste Mittel, um der anderen Supermacht das Eindringen zu verleiden.



Während des Wahlkampfes in Rheinland-Pfalz wird für die Druckausrüstung der ZANU gesammelt

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 4: 32 000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL - a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 80F

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen

Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

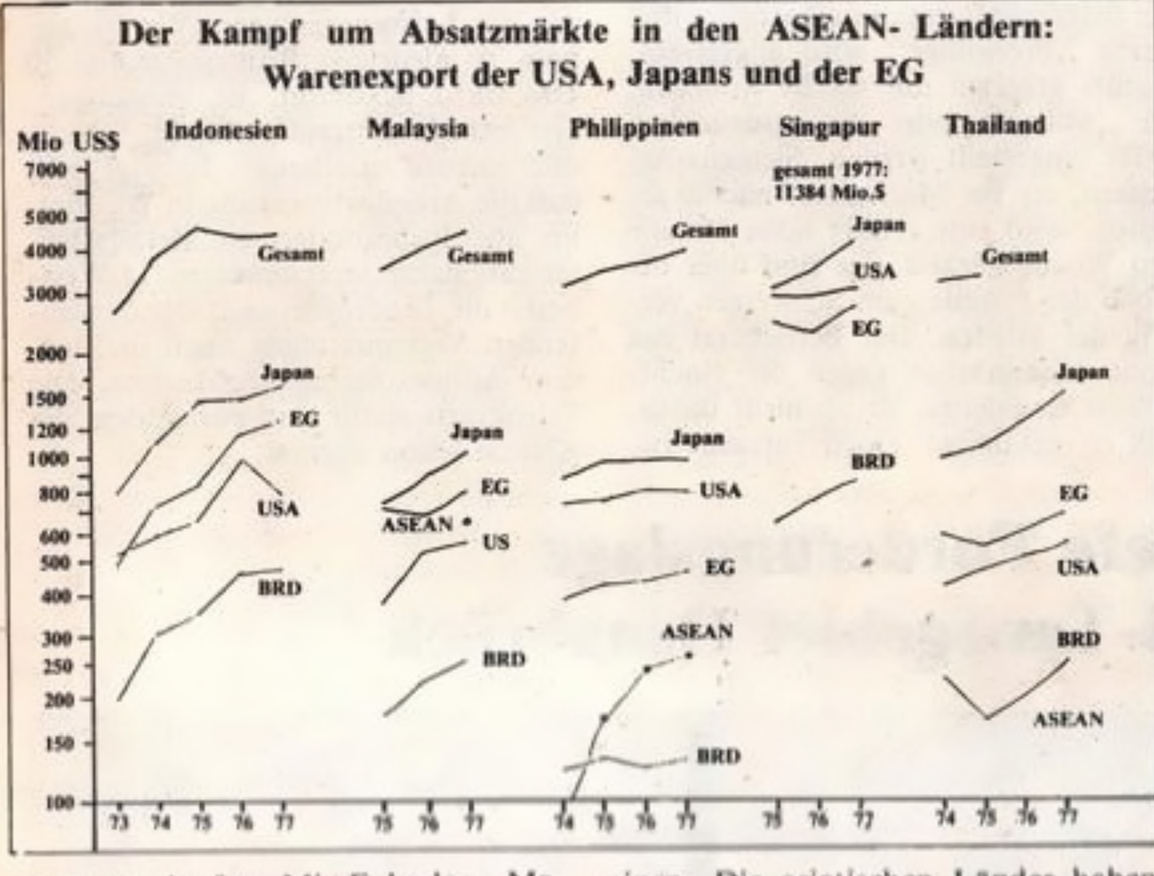
Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

EG- und US-Imperialisten: Süßholz und Erpressungen gegenüber den ASEAN-Ländern

z.mif. Jedes Jahr passieren mehr als 50000 Schiffe die Straße von Malakka zwischen Indonesien, Malaysia und Singapur. Der Hafen von Singapur ist der drittgrößte der Welt. Wer die Inseln zwischen dem indischen und dem pazifischen Ozean in der Hand hat, hat eine starke strategische Stellung. Im letzten Jahr haben alle imperialistischen Mächte den Kampf um die Herrschaft über dieses Gebiet verschärft.

Die US-Imperialisten haben in Washington eine Konferenz mit der Vereinigung ASEAN abgehalten und ihren Vizepräsidenten im Mai auf zwölftägige Ausrichtungsreise geschickt. Die Sozialimperialisten verfolgen hartnäckig ihren Plan eines Systems der „kollektiven Sicherheit in Asien“. Die japanischen Imperialisten haben den US-Oberherren in vielen ASEAN-Ländern, was die Ausbeutung der Arbeitskraft und die Plünderung der natürlichen Reichtümer betrifft, bereits den



Rang abgelaufen. Mit Fukudas „Manila-Doktrin“ wollen sie eine „institutionelle Regelung der Wirtschaftsbeziehungen“ erreichen und so ihre Einflußzone sichern und erweitern. Die EG-Imperialisten hängen ein Stück zurück. Genscher hat die Zeit des westdeutschen EG-Ratsvorsitzes genutzt, um neue Saiten aufzuziehen. Er lud die Außenminister der ASEAN im November zum ersten EG-ASEAN-Treffen nach Bonn und Brüssel ein.

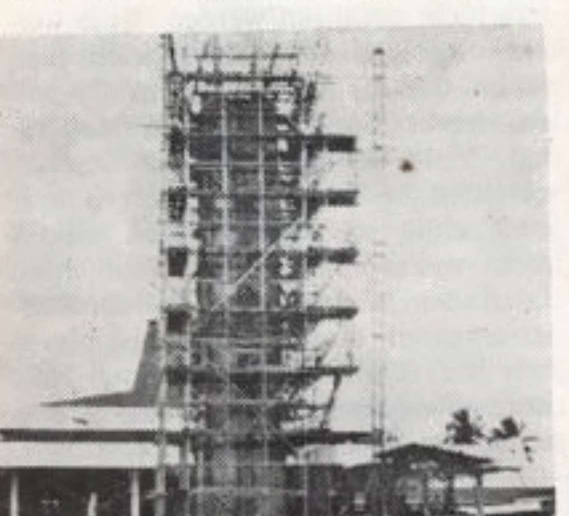
Alle Imperialisten müssen den Zusammenschluß ASEAN anerkennen. Das ist noch nicht lange so. Die ASEAN (Association of South-East Asian Nations, Vereinigung Südostasiatischer Nationen) wurde 1967 nach mehrjährigen Vorbereitungen gegrün-
Asian Nations, Vereinigung Südostasiatischer Nationen) wurde 1967 nach mehrjährigen Vorbereitungen gegrün-
det. Das war die Zeit, in der die US-Imperialisten voll in den Indochina-Krieg einstiegen. Die US-Imperialisten dachten sich, sie könnten den ASEAN-Zusammenschluß zur Stärkung ihrer Vorherrschaft nützen. Spätestens seit ihrer Niederlage 1975 und seit der ASEAN-Konferenz von Bali 1976 dämmert es den US-Imperialisten, daß dieser Zusammenschluß sich in Wirklichkeit gegen sie und gegen jede Hegemonialstellung im indisch-pazifischen Raum richtet. Als Mondale im Mai auf den Philippinen die Regierung Marcos auf Vordermann bringen wollte, erklärte Marcos in einem Interview mit der Zeitung „Le Monde“: „Ich halte daran fest, Freund der Vereinigten Staaten zu sein. Aber ich glaube, daß es für uns an der Zeit ist, etwas Würde und Nationalismus zu dokumentieren. Glauben Sie, daß es normal ist, wenn die Vereinigten Staaten sich so oft in die inneren Angelegenheiten unseres Landes einmischen? ... Die legitime Frage, die wir uns stellen, ist, ob heute diese Militärbasen für uns einen Schutz oder im Gegenteil ein Risiko darstellen.“

Die Asiatische Entwicklungsbank hat ihren Sitz in Manila auf den Philippinen. Die asiatischen Länder haben statutenmäßig 7 von 10 Direktoriumsposten, die Imperialisten sind in der Minderheit. Über die AEB finanzieren die ASEAN-Länder die meisten ihrer Entwicklungsprojekte – Entwicklung der Bewässerung in der Landwirtschaft, Strom, Straßenbau. Die ASEAN-Länder unterstützen die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Die meisten ASEAN-Länder haben im vergangenen Jahr das Demokratische Kampuchea diplomatisch anerkannt, mehrere haben Ieng Sary zum Besuch eingeladen; demgegenüber haben sie den Besuch des vietnamesischen Außenministers eine Weile hinausgeschoben. Die Philippinen erhe-
schen Außenministers eine Weile hinausgeschoben. Die Philippinen erhe-
ben ebenso wie Vietnam Anspruch auf die Kalagan-Inseln (Spratlys-Archipel), die räumlich genau zwischen ihnen liegen. Die VR China hat darauf hingewiesen, daß die Inseln historisch chinesisches Gebiet sind; Manila und Peking sind übereingekommen, die Differenzen auf diplomatischem Weg zu regeln. Vietnam dagegen hat die vom Thieu-Regime 1974 begonnene Besetzung dreier Inseln einfach fortgesetzt. Auf den Kalagan-Inseln wird Öl vermutet. „Am Tag, wo Öl in ausbeutbarer Menge in der Nähe der Spratlys gefunden wird, ist es kaum wahrscheinlich, daß, bewaffnet wie sie sind, die Philippinen und Vietnamesen sich bloß von Insel zu Insel beobachten werden.“ (Le Monde, 12.5.1978)

Die US-Imperialisten verfolgen in dieser Lage die Politik der Kombination von Einschüchterung und kleinen Zugeständnissen. In der Frage der Militärbasen auf den Philippinen sind sie damit durchgekommen, haben Geld zahlen müssen und die Souveränität der Philippinen über das Militärgelände sowie Neuverhandlungen alle fünf Jahre anerkennen müssen. Mondale hat jedoch offen gedroht, daß „die Interessen der Vereinigten Staaten unwiderruflich mit dem Pazifik verbunden“ seien und daß „Washington an dem Pakt von Manila 1954 festhält, der eine amerikanische Unterstützung im Fall einer kommunistischen Aggression vorsieht.“ (Le Monde, 6.5.78) Er glaubt, sich solche Töne erlauben zu können, weil der US-Imperialismus viele der Regierungen der ASEAN-Staaten seinerzeit eingesetzt hat: die Regierung Suharto in Indonesien zwecks blutiger Niederschlagung der antiimperialistischen Volkserhebung 1965/66. Die Regierung Marcos auf den Philippinen zum gleichen Zweck. Die Regierung Kriangsak in Thailand 1976 mit derselben Aufgabe. Große Schwierigkeiten haben alle diese Regierungen, den bewaffneten Befreiungskampf der Arbeiter- und Bauernmassen in ihren Ländern zu unterdrücken, und immer weniger sehen die entstehenden und erstarkenden Bourgeoisien dieser Länder ein, was für einen Vorteil ihnen die Statthaltertätigkeit für den US-Imperialismus bringen soll. Der Gedanke der Blockfreiheit greift Raum.

Genscher weiß das. Geschickt schlug er diesen Ton bei den EG-ASEAN-Verhandlungen im November an und stellte die EG als antihegemoniale Kraft dar: „ASEAN und die Gemeinschaft haben viele Grundüberzeugungen und viele Interessen gemeinsam. Im regionalen Zusammenschluß sehen beide ein wirksames Instrument zur Sicherung von Unabhängigkeit, Frieden und Fortschritt, eine Barriere gegen hegemoniale Großmachtansprüche“ (Bulletin, 24.11.1978). Die ASEAN-Länder haben ihre Erfahrungen mit
(Bulletin, 24.11.1978). Die ASEAN-Länder haben ihre Erfahrungen mit
den europäischen Kolonialräubern natürlich nicht aus dem Gedächtnis gestrichen. Im Februar werden die EG-ASEAN-Verhandlungen in Djakarta fortgesetzt; die Welthandelskonferenz UNCTAD V findet vom 1. Mai bis 7. Juni dieses Jahres in Manila statt.





Auf ihrer Konferenz in Bali am 23. und 24. Februar 1976 haben die Regierungschefs der ASEAN-Staaten einen Vertrag geschlossen, um die gemeinsame Entwicklung ihrer Länder und die Schaffung einer „Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität“ in Südostasien zu fördern. Sie richteten ein ASEAN-Sekretariat ein. (Bild links: Stahlwerk in Indonesien.)





Bild links: Kämpfer der Volksbefreiungsarmee Thailands eskortieren in den befreiten Gebieten den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei und andere führende Mitglieder. – Bild rechts: Kämpfer der FRETILIN gegen die Invasion Indonesiens gegen die Demokratische Republik Ost-Timor. Der bewaffnete Volksbefreiungskampf in den ASEAN-Staaten ist die Hauptkraft für den Zusammenschluß gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung.



Imperialistisches Kapital in Indonesien (1972)

USA	500 Mio.$	Bergbau
Philippinen (US-Kapital)	250 Mio.$	Wälder
Japan	200 Mio.$	Textil
Kanada	75 Mio.$	Bergbau

Direktinvestitionen BRD in ASEAN-Ländern (seit 1952, Mio. DM)

	1973	1974	1975	1977
Indonesien	46	67	79	204
Malaysia	16	31	39	
Philippinen	8	9	14	
Singapur	93	90	104	
Thailand	23	24	26	

Daten und Geschichte der ASEAN-Länder

Indonesien

1,88 Mio. qkm; 135 Mio. Einwohner. Das Staatsgebiet umfaßt 13000 Inseln von Sumatra im Westen bis Westirian (nördlicher Teil Neuguineas) im Osten. *Regierung:* General Suharto (seit 27.5.68). *Industrie:* Nahrungsmittelverarbeitung, Textilien, Leichtindustrie. *Landwirtschaft:* Reis, Zucker, Kokosnuß, Mais, Kautschuk, Soja, Erdnüsse, Kaffee, Tabak, Palmöl, Tee, Pfeffer, Indigo. *Bodenschätze:* Erdgas, Silber, Bauxit, Eisen, Gold, Kohle, Öl, Zinn, Nickel, Kupfer, Mangan. *Beschäftigung:* 62% Landwirtschaft, 7% Industrie. *Hauptexport:* Erdöl, Holz, Kautschuk, Kaffee, Zinn, Palmöl. *Geschichte:* Mit Entdeckung spanische und portugiesische Kolonie, ab 1610 niederländisch, ab 19. Jahrhundert in den Grenzen des jetzigen Indonesien (Osttimor portugiesisch). Im Zweiten Weltkrieg unter japanischer Besatzung, 1946 Ausrufung der Republik durch Sukarno, in vierjährigem Befreiungskampf gegen die Kolonialmacht durchgesetzt bis auf Westirian. Nach indonesischer Besetzung 1957 und Volksabstimmung 1969 Anschluß Westirians an Indonesien. 1965 Niederschlagung eines Volksaufstandes, der von der Kommunistischen Partei angeführt wurde. US-Putsch bringt General Suharto an die Macht, der 1976 Osttimor besetzen läßt. Befreiungskampf der Fretilin.
der 1976 Osttimor besetzen läßt. Befreiungskampf der Fretilin.

Malaysia

328520 qkm; 12,3 Mio. Einwohner. Staatengruppe aus Malaya, Sabak (Nord-Borneo) und Sarewak (Nordwest-Borneo). *Regierung:* alle fünf Jahre gewählter König, Premierminister Hussein bin Onn (seit 15.1.76). *Industrie:* Gummiverarbeitung, Tonarbeiten, Düngemittel. *Landwirtschaft:* Palmöl, Kopra, Reis, Tapioka, Zucker, Pfeffer. 45% der Kautschuk-Weltproduktion. Edel- und Nutzhölzer. *Bodenschätze:* Zinn (35% der Weltproduktion), Öl, Eisen. *Beschäftigung:* 50% Landwirtschaft, 8% Industrie. *Hauptexport:* Kautschuk, Zinn, Holz, Palmöl (⅔ des Weltexports), Erdöl. *Geschichte:* Malaya 1509 portugiesische, ab 1641 niederländische, ab 1874 britische Kolonie. Sabak zunächst spanisch, ab 1888 britisch. Sarewak seit 1888 britisch. Noch bestehender Kolonialbesitz Englands: das britische Protektorat Brunei. Gründung der Staatengruppe 1963, zunächst mit Singapur, das 1965 selbständig wird.

Singapur

579 qkm; 2,3 Mio. Einwohner. Staatsgebiet umfaßt 40 kleine Inseln – insgesamt kleiner als New York City. *Regierung:* Präsident Sheares (seit Januar 1971), Ministerpräsident Lee Kuan Yew (seit 9.1.65). *Industrie:* Schiffbau, führend im Bohrinselbau, Ölraffinerien, Elektronik, Textil, Nahrungsmittel- und Gummiverarbeitung. *Beschäftigung:* 3% Landwirtschaft, 20% Industrie. *Hauptexporte:* Maschinen und Transportmittel, Erdölprodukte, Lebensmittel und Getränke. *Geschichte:* Britische Kolonie von 1819 bis 1959.

Philippinen

296210 qkm; 43,7 Mio. Einwohner. Das Staatsgebiet umfaßt 7100 Inseln auf einer Länge von 1760 km. 95% des Landes und der Bevölkerung sind auf den 11 größten Inseln konzentriert. *Regierung:* Präsident Marcos (seit 30.12.65). *Industrie:* Nahrungsmittelverarbeitung, Kleider, Pharmazeutische Produkte, Papier. *Landwirtschaft:* Reis, Zucker, Bananen, Mais, Hanf, Kokosprodukte, Ananas, Tabak. Nutzhölzer (42% des Landes sind Waldfläche). *Bodenschätze:* Kupferreserven 2,5 Mrd. t, Nickel (6% der Welterzeugung, eines der reichsten Vorkommen), Chromerze (drittgrößte Lagerstätte), Zink, Gold, Silber Kohle, Kalkstein, Eisen, Schwefel, Blei, Phosphat, Mangan. Bodenschätze verstaatlicht. *Beschäftigung:* 51% Landwirtschaft, 11% Industrie. *Hauptexporte:* Zucker, Kokosnußöl, Kupferkonzentrate, Holz, Kopra. *Geschichte:* Ureinwohner Malayen; Jäger, Fischer und Bauern. Nach Entdeckung durch Magalhaes 1521 von Spanien in heftigen Kämpfen zur Kolonie gemacht. In über 200 Aufständen wehrt sich das philippinische Volk gegen die Kolonialherren. 1896 erste revolutionäre Organisation durch den Lagerarbeiter Bonifacio gegründet, bewaffneter Kampf gegen die spanische Herrschaft. 1898 muß Spanien die Philippinen den USA für 20 Mio. Dollar verkaufen. Mit brutalem Morden Unterwerfung in 6-jährigem Krieg. 1946 Unabhängigkeitserklärung – die USA sorgen für eine Marionettenregierung, mit der 1947 Verträge über Militär- und Flottenba-
Marionettenregierung, mit der 1947 Verträge über Militär- und Flottenba-
sen auf 99 Jahre geschlossen werden. 1968 Neugründung der Kommunistischen Partei (ML), 1969 Volksarmee. Gegen die seit 1970 verstärkten Guerillakämpfe verhängt Marcos 1972 das Kriegsrecht, ohne die Kämpfe unterdrücken zu können.

Thailand

508045 qkm; 43 Mio. Einwohner. *Regierung:* König Adulyade (seit 9.6.46), Minister Kraivichien (seit 6.10.77), Juntavorsitzender Admiral Chaloryn. *Industrie:* Autozubehör, Medikamente, Textilien, Elektrogeräte. *Landwirtschaft:* Zucker, Reis, Tapioka, Mais, Kokosnuß, Kautschuk, Jute, Mango- und Sojabohnen, Erdnüsse, Baumwolle, Tabak. Reich an wertvollen Hölzern, Export von Teakholz. *Bodenschätze:* Zinn (fünftgrößter Produzent), Wolfram, Bleierze, Antimon, Gips, Kohle, Eisen, Erdgas und -öl. *Beschäftigung:* 78% Landwirtschaft, 4% Industrie. *Hauptexporte:* Reis, Mais, Kautschuk, Zinn, Tapioka, Zucker. *Geschichte:* Zur Zeit der Kolonisation Königreich, Handelsverträge verhinderten koloniale Unterwerfung. Im Kampf gegen japanische Besatzer 1942 Kommunistische Partei gegründet. US-Putsch 1948 macht Thailand zur wichtigsten Aggressionsbasis gegen die indochinesischen Staaten. Thailändische Truppen in Korea und Südvietnam. Gründung der Thailändischen Patriotischen Front und Aufnahme des bewaffneten Kampfes 1965, Aufbau von befreiten Gebieten. Auf den Sturz der reaktionären Kittikachon-Regierung durch Arbeiter- und Studentenkämpfe 1973 antwortet der US-Imperialismus mit Putsch 1976 und 77, Wiedereinzug in die Militärbasen. Ende September Gründung der Einheitsfront „Komitee zur Koordinierung der patriotischen und demokratischen Kräfte“ zur Befreiung Thailands.

z.ere. **Von 3,5 auf 4% will die Bundesbank den Lombardsatz anheben und damit die DM-Liquidität um 3 Mrd. DM reduzieren.** Um im Machtkampf mit der französischen und britischen Bourgeoisie die tieferen Startlöcher zu haben, will die westdeutsche Finanzbourgeoisie die Zügel straffen. ,,Hindernislauf in der Stabilitätspolitik'', das werde das Jahr 1979 kennzeichnen. Durch Zinsanhebung soll der Kreditrahmen ,,eingeengt'' werden und die Geldmenge ,,stabilisiert'' werden. Gefahren sehen die bürgerlichen Kommentatoren heraufziehen, die ,,aus den Tarifabschlüssen drohen'' – ,,Eine Kraft- und Machtprobe bis an den Rand der Zerstörung unserer Wirtschaft''. Der Schimmer von Erfolg, den die Arbeiterklasse in den energischen Tarifkämpfen der Stahlarbeiter erzielen konnte, hat der Finanzbourgeoisie zugesetzt. Ideologisch und politisch hat sie Federn lassen müssen. Die konjunkturelle Stabilität, die erst zu Anfang 1978 ein ,,Wachstumstal'' durchschritten, sich in der zweiten Jahreshälfte ,,aufwärtsbewegt'' hat, hat Risse bekommen.

Die Bourgeoisie versucht schnell zu reagieren. Bundesbankpräsident Emminger bescheinigt sie dabei eine glückliche Hand, die Bank habe ein ,,hervorragendes Zeugnis ihrer Fähigkeiten bei der Sicherung der Währung'' abgelegt. Anders, nämlich düster, das Zeugnis für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ihren besonderen Beitrag, die Abspaltung der Volksmassen von den Kämpfen der Arbeiterklasse, hat sie nicht geleistet.

,,Dünn'' seien die ,,Grundlagen unseres Wohlstandes'', schreibt Strauß zum neuen Jahr, weswegen die ,,Freiheit der Entscheidung über den eigenen Verbrauch und das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln'' mit Klauen und Zähnen ,,verteidigt werden solle''. Die ideologische und politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse, in harten politischen Kämpfen errungen, versetzt die Bourgeoisie in Aufruhr um das Konzept der ideologischen und politischen Niederhaltung der Arbeiter und Volksmassen. Alljährlich während der großen Tarifkämpfe machen sie sich darüber ,,öffentlich'' Gedanken. Die bestehende ,,Parteienkonstellation'' passe nicht überein mit dem ,,Willen des Wählers'', die ,,Parteienlandschaft ist verknöchert''. Seit mehreren Jahren unternimmt die Bourgeoisie die unterschiedlichsten Versuche, die Volksmassen von der Arbeiterklasse abzuspalten. Auf der CSU-Tagung in Wildbad Kreuth wurde jetzt beschlossen, anläßlich der Europawahlen einen neuerlichen Anlauf für die bundesweite Kandidatur der CSU ins Auge zu fassen. Die ,,politische Aufgeschlossenheit muß wieder wachsen'', fordert der Staatssekretär im Bayrischen Wirtschaftsministerium – ,,Vom Eigeninteresse zum Gemeinwohl'', und das sei nicht nur ein Konzept für den Schulunterricht.

heit der Entscheidung über den eigenen Verbrauch und das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln'' mit Klauen und Zähnen ,,verteidigt werden solle''. Die ideologische und politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse, in harten politischen Kämpfen errungen, versetzt die Bourgeoisie in Aufruhr um das Konzept der ideologischen und politischen Niederhaltung der Arbeiter und Volksmassen. Alljährlich während der großen Tarifkämpfe machen sie sich darüber ,,öffentlich'' Gedanken. Die bestehende ,,Parteienkonstellation'' passe nicht überein mit dem ,,Willen des Wählers'', die ,,Parteienlandschaft ist verknöchert''. Seit mehreren Jahren unternimmt die Bourgeoisie die unterschiedlichsten Versuche, die Volksmassen von der Arbeiterklasse abzuspalten. Auf der CSU-Tagung in Wildbad Kreuth wurde jetzt beschlossen, anläßlich der Europawahlen einen neuerlichen Anlauf für die bundesweite Kandidatur der CSU ins Auge zu fassen. Die ,,politische Aufgeschlossenheit muß wieder wachsen'', fordert der Staatssekretär im Bayrischen Wirtschaftsministerium – ,,Vom Eigeninteresse zum Gemeinwohl'', und das sei nicht nur ein Konzept für den Schulunterricht.

z.mac. **Mit seinem Entscheid vom 3.1.79 erklärt das Arbeitsgericht Darmstadt die Lohnstruktur zum Betriebsgeheimnis der Kapitalisten** und stellt unter Verbot, daß der Betriebsrat der Scheuch-Druckerei die Verteilung der Löhne und Gehälter im Betrieb veröffentlicht hat. Begründung: Durch die Veröffentlichung sei Unruhe in den Betrieb getragen worden, da die Arbeiter ihre Löhne jetzt vergleichen können. Unverzichtbar notwendig ist für die Arbeiter eine Untersuchung der Politik der Kapitalisten, damit durch die Aufstellung der richtigen Forderung die Grundlage für den erfolgreichen Kampf geschaffen werden kann. Das Urteil soll der Freibrief für die Scheuch-Kapitalisten sein, diese Tätigkeit zu unterdrücken und gleichzeitig die Begründung für die Verkündung weiterer solcher Urteile durch den Staatsapparat liefern. Die Scheuch-Arbeiter antworten mit der Intensivierung des Lohnkampfes: 150 DM Festgeld für alle! Anhebung der Niedriglöhne in der papierverarbeitenden Industrie auf die Höhe der Tarife in der Druckindustrie! als Forderungen für den Tarifkampf hat der Betriebsrat letzte Woche erneut bekräftigt.

z.ine. **In der Ziegelindustrie ist mit Ausnahme Bayerns die 40-Stundenwoche (früher 41 Stunden) ab 1.1.1979 mit vollem Lohnausgleich (2,5%) tariflich festgesetzt worden.** – Diesen Erfolg gegen die gestiegene Ausbeutung versuchen die Kapitalisten durch vermehrte Überstundenschinderei aufzufangen, um mit weniger Betrieben und Beschäftigten ihren Anteil auf dem Weltmarkt noch zu vergrößern. Der erkämpfte Lohnausgleich erleichtert die Bedingungen im Kampf um den Normalarbeitstag.

Statistik Ziegeleien Niedersachsen

	Jan.- Juli 77	Jan.- Juli 78	Veränderung
Anz. d. Betr.	54	49	-9,3%
Angestellte	472	467	-1,1%
Arbeiter	2008	1993	-0,7%
Umsatz pro Besch. in DM	62199	72056	15,9%
ausl. Umsatz in 1000 DM	3 396	6 964	105,1%
Lohn/Geh.-kost. am Umsatz in %	25,3%	24,3%	-4,0%
Arbeitsstd. pro Woche	44,8	46,0	2,7%
Umsatz je Arbeitsstd. in DM	63,17	71,02	12,4%

(Stat. Landesamt Niedersachsen)

z.sth. **Unfallstatistik BASF AG: Verbot der Nacht- und Schichtarbeit ist dringend.** Am 31.1.79 beginnen die Manteltarifverhandlungen in der Chemieindustrie. Offizielle Forderungen der IG Chemie sind: 30 Tage Urlaub für alle, Arbeitszeitverkürzung für Wechselschichtarbeiter von 42 auf 40 Wochenstunden, Rationalisierungsschutz. Im Dezember haben die Chemiekapitalisten ein Angebot vorgelegt! Für den Urlaub sieht es Abspaltung in drei Altersgruppen vor, nirgends kommen 30 Tage heraus. Die Arbeitszeit für Wechselschichtler soll 1980 um eine, 1980 um eine weitere Stunde gesenkt werden. Die Kapitalisten schreiben: ,,Da nach den bisherigen Erfahrungen damit gerechnet werden muß, daß nicht in allen Schichtbetrieben die Arbeitszeitverkürzung in vollem Umfang sofort wirksam werden kann, soll in einer tariflichen Klausel vorgesehen werden, daß bis auf weiteres im Rahmen der bisherigen Arbeitszeitgrenzen Mehrarbeit verlangt und geleistet werden kann... '' Lohnsenkung durch die Verweigerung des vollen Lohnausgleichs, gleichzeitig die Möglichkeit, mit dieser MTV-Klausel den Arbeitstag nach Belieben auszudehnen, das haben die Kapitalisten mit diesem unverschämten Angebot vor. Sie setzen daran an, daß grundsätzliche Forderungen gegen die Nacht- und Schichtarbeit von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung nicht erhoben wurden. Der Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen müssen aber wirksame Schranken gesetzt werden.

z.höm. **Am 28.12.78 haben in Frankfurt die Manteltarifverhandlungen zwischen der IG-Chemie und den Kautschuk-Kapitalisten in Hessen und Niedersachsen stattgefunden.** Die größten Ausbeuter in Kautschukverarbeitung und Reifenproduktion in Hessen sind Conti, die Dunlop-AG in Hanau und Veith-Pirelli im Odenwald. Die Kautschukkapitalisten haben die Belegschaften ausgehend von 1970 um jährlich 3,3% auf 20675 1976 reduziert,

in einer tariflichen Klausel vorgesehen werden, daß bis auf weiteres im Rahmen der bisherigen Arbeitszeitgrenzen Mehrarbeit verlangt und geleistet werden kann... '' Lohnsenkung durch die Verweigerung des vollen Lohnausgleichs, gleichzeitig die Möglichkeit, mit dieser MTV-Klausel den Arbeitstag nach Belieben auszudehnen, das haben die Kapitalisten mit diesem unverschämten Angebot vor. Sie setzen daran an, daß grundsätzliche Forderungen gegen die Nacht- und Schichtarbeit von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung nicht erhoben wurden. Der Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen müssen aber wirksame Schranken gesetzt werden.

z.höm. **Am 28.12.78 haben in Frankfurt die Manteltarifverhandlungen zwischen der IG-Chemie und den Kautschuk-Kapitalisten in Hessen und Niedersachsen stattgefunden.** Die größten Ausbeuter in Kautschukverarbeitung und Reifenproduktion in Hessen sind Conti, die Dunlop-AG in Hanau und Veith-Pirelli im Odenwald. Die Kautschukkapitalisten haben die Belegschaften ausgehend von 1970 um jährlich 3,3% auf 20675 1976 reduziert,
um in Sachen Rationalisierung und verschärfter Auspresserei voranzukommen. Und das sind sie: haben die Dunlop-Kapitalisten noch für 1976 einen Jahresverlust von 11 Mio. DM beklagt, so rechnen sie das Jahr 1978 schon mit einem Plus von einer Million



ab. In diese Richtung soll es weitergehen, im Manteltarif müssen Schranken festgelegt werden. 30 Arbeitstage Urlaub anstatt von bisher maximal 28, 24. und 31.12. arbeitsfrei und voller Lohn anstatt bisher erst ab 14 Uhr, Bezahlung der Pausen und Zuschuß bei Kurzarbeit sind die Forderungen der IG Chemie. Forderungen gegen den völligen Verschleiß der Arbeitskraft also, aber reichlich dünn, solange die Flanke gegen Schicht und Überstunden nicht geschlossen wird. Die Dunlop-Kapitalisten haben für '79 schon Schichtausweitung angekündigt; 29.1. ist der nächste Verhandlungstag. Der Kampf gegen Überstunden und Schicht stellt sich unausweichlich.

,,. . .die höhergesteckten Ziele erreichen''

Ausbeutungsmethoden in der Relaisfertigung bei Siemens-Mariendorf

r.jüv. Freund, Betriebsführer bei Siemens-Mariendorf, redet nicht drum herum. 6,1 Millionen Relais sind im Jahr 1978 gefertigt worden. 7,7 Millionen sollen es 1979 sein. Diese Produktionssteigerung soll über die Ausweitung des Maschinenparks vorbreitet werden, über die Ausweitung der Überstundenarbeit und letztlich über die Vermehrung der Nacht- und Schichtarbeit gesichert werden. Freund hat das in folgende Worte gekleidet: ,,Für die bisher geleistete Arbeit möchte ich der Belegschaft meinen Dank aussprechen. Ich muß aber darauf verweisen, daß durch Produktionsrückstände die Meister sie in der nächsten Zeit auf Überstundenarbeit ansprechen werden; für Ihr Verständnis möchte ich Ihnen danken.''

Das ist schlichtweg nicht wahr. Es gibt kein Verständnis für Überstundenarbeit. Es gibt materiellen Druck, der viele zwingt, die Überstundenarbeit zu machen. Bei Siemens-Mariendorf arbeiten ca. 650 Frauen. Der größte Teil davon im Akkord. Der Stundenlohn ist selten höher als 8,50 DM. Der Tariflohn der Lohngruppe 1, in die viele Frauen eingestuft sind, beträgt 7,03 DM. Der Nettolohn kann selbst bei den gezahlten Löhnen nicht über 1150 DM kommen. Mit diesem Lohn kommen viele Frauen nicht hin. Alleinstehende oder aber Frauen mit Kindern müssen deshalb Akkord arbeiten und müssen deshalb Überstunden machen. Es gibt vielfältige Versuche, diesem Akkord zu entrinnen. Ständig wird lebhaft diskutiert, wo der Akkord ,,am leichtesten'' zu schaffen ist. Dagegen hat die Betriebsführung Maßnahmen getroffen. Immer häufiger wird Frauen angeboten, doch auf Zeitlohn zu gehen. Dies geschieht aber mir am Arbeitsplätzen, wo die Produktion reduziert werden soll, oder aber wo die Frauen Produktionstechniken entwickelt haben, die den Akkord ,,schnell'' bewältigen helfen.

Die Ausweitung der Schichtarbeit ist nicht vorangekommen in der letzten Zeit. Bei einer Stammbelegschaft von 1150 arbeiten ,,nur'' ca. 35 Arbeiter Schicht, davon 25 Frauen. Die Betriebsführung läßt alle Neueingestellten einen Vertrag unterschreiben, in dem die Schichtbereitschaft vertraglich festgelegt ist. Widerspenstigen Arbeiterinnen werden ,,Versetzungen angetragen''. Freund hat aber angedeutet, daß die Betriebsführung jetzt zu schärferen Maßnahmen greifen will. Die Spaltung der Belegschaft durch Leiharbeiter und durch ,,Freiwillige'' wird angestrebt. Nachts arbeiten nur solche Kollegen, die ,,wollen'', oder die ausdrücklich dafür eingestellt werden. Siemens-Arbeitern, die bei Mariendorf nachts arbeiten, wird eine relativ hohe Prämie pro Woche gezahlt. Sie sind über die Höhe der Prämie zum Schweigen verpflichtet worden. Der Betriebsrat hat keine Maßnahmen gegen die Nachtschicht eingeleitet. Er sei nicht dafür, läßt er verkünden. Doch Tatsache ist, daß Anfang Januar bei Siemens-Mariendorf zwei Frauen nachts gearbeitet haben. ,,Ausnahmsweise'' und ,,freiwillig'', wie es heißt. Der Betriebsrat hat auch das durchgehen lassen.

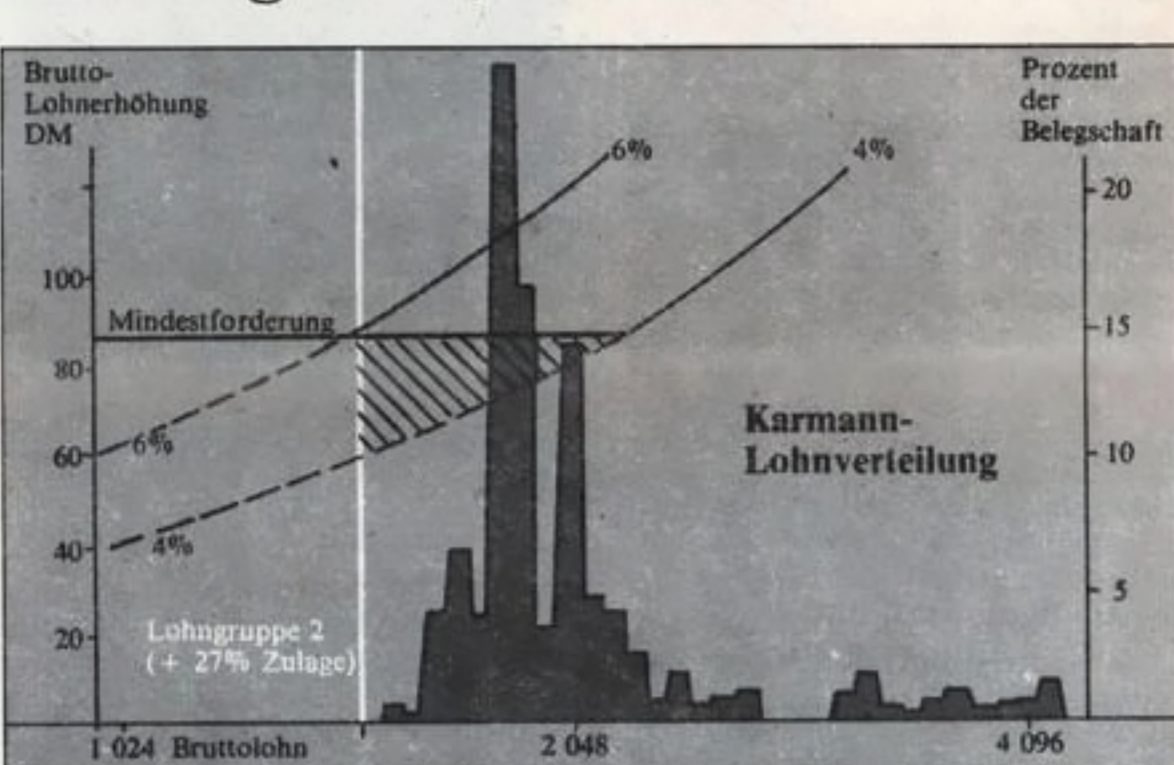
Die Grundlage aller dieser Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist der niedrige Lohn. Die Tarifforderung der IG Metall in Westberlin gehört, genau wie in Bayern, zu den ungünstigsten Forderungen. Es gibt keine Mindestforderung. 6% mehr Lohn und Gehalt, Abgruppierungsschutzvertrag wie in Nordbaden / Nordwürttemberg, winzige Prozentverschiebungen bei den Leistungszulagen – das sind die Elemente dieser Forderung. Für die Frauen bei Siemens-Mariendorf wird sich die Lage nur verschärfen können durch diese Tarifforderung. Wer in Lohngruppe 1 ist, kann nicht ,,abgruppiert'' werden. Wer sowieso wenigstens 140% Akkord machen muß, um zu existieren, hat auch nichts von minimalen Erhöhungen der Leistungszulagen. Wer zu seinem zu niedrigen Bruttolohn nur 50 DM dazu bekommt, ist gezwungen, erst recht Überstunden, Nacht, Schicht und Akkord zu arbeiten. Es zeigt sich, daß die Arbeiterbewegung in Westberlin, aber insbesondere die Metallarbeiter alles daran setzen müssen, in Westberlin die Tarifforderung trotz der laufenden Verhandlungen noch in Richtung Mindestbetrag abzuändern. Die Triebkräfte dafür sind vorhanden, die Anlässe schon allemal.

Schiefe Forderungslage im Metall-Tarifgebiet Osnabrück

r.jöd. Vor einer Woche hat die Tarifkommission der Metallindustrie in Osnabrück ihre Forderung aufgestellt. 6% mehr Lohn und Gehalt, 6 Wochen Urlaub ab sofort, 50 DM Erhöhung der Ausbildungsbeihilfe, Streichung der Lohngruppe 2, Aufhebung des Altersschlüssels sowie eine prozentuale Veränderung der unteren Lohngruppen zum Facharbeitereckloh.

Mit dieser Beschlußfassung ist die Tarifkommission ihre eigenen Wege gegangen. Sie hat sich weder dem Nordverbund und Niedersachsen in der Forderungsart angeschlossen, die Mindestbeträge aufgestellt haben, noch hat die Tarifkommission eine einheitliche Forderung zusammen mit NRW aufgestellt. Dies wird den Kampf im Tarifgebiet erschweren. Was sollen also solche noch nicht einmal eigensinnigen Vorgehensweisen?

Zwar hat die Tarifkommission die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen aufgestellt. Auch wenn kein Arbeiter (nach unserem



führt werden müssen, wenn die Arbeiter in der Metallindustrie mehr als die Stahlarbeiter durchsetzen wollen. 4 % haben die Stahlarbeiter bekommen. Wenn die Osnabrücker Tarifkommission bei den Verhandlungen mit den Kapitalisten nur über reine Prozente

haben die Arbeiter bei Karmann bereits im Dezember in Versammlungen und auf der Betriebsversammlung sich für Festgeldbeträge ausgesprochen.

Eine breite Front steht gegen die Überstunden und Sonderschichten. An den Kopierfräsmaschinen und im Roh-

Schiefe Forderungslage im Metall-Tarifgebiet Osnabrück

r.jöd. Vor einer Woche hat die Tarifkommission der Metallindustrie in Osnabrück ihre Forderung aufgestellt. 6% mehr Lohn und Gehalt, 6 Wochen Urlaub ab sofort, 50 DM Erhöhung der Ausbildungsbeihilfe, Streichung der Lohngruppe 2, Aufhebung des Altersschlüssels sowie eine prozentuale Veränderung der unteren Lohngruppen zum Facharbeitereckloh.

Mit dieser Beschlußfassung ist die Tarifkommission ihre eigenen Wege gegangen. Sie hat sich weder dem Nordverbund und Niedersachsen in der Forderungsart angeschlossen, die Mindestbeträge aufgestellt haben, noch hat die Tarifkommission eine einheitliche Forderung zusammen mit NRW aufgestellt. Dies wird den Kampf im Tarifgebiet erschweren. Was sollen also solche noch nicht einmal eigensinnigen Vorgehensweisen?

Zwar hat die Tarifkommission die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen aufgestellt. Auch wenn kein Arbeiter (nach unserem
Schaubild Automobilfabrik Karmann) in dieser Lohngruppe ist, so kann man die Forderung unterstützen, weil sie verhindert, daß dort überhaupt Arbeiter eingruppiert werden. Sie beinhaltet aber keine Taktik für die Absicherung der Arbeiter, die in unserem Lohngefüge in den unteren Lohngruppen arbeiten. Diese Tatsache wird offensichtlich und war auch der Grund, warum die norddeutschen Tarifkommissionen die Bedeutung der Mindestforderung bei der Aufstellung der Forderung betont haben.

Wir gehen davon aus, daß hartnäckige Aktionen und Streiks durchge-

führt werden müssen, wenn die Arbeiter in der Metallindustrie mehr als die Stahlarbeiter durchsetzen wollen. 4 % haben die Stahlarbeiter bekommen. Wenn die Osnabrücker Tarifkommission bei den Verhandlungen mit den Kapitalisten nur über reine Prozente
verhandeln wird, dann hat sie keine Taktik mehr, wie sie die unteren Lohngruppen heben können. Ein Abschluß mit einer Mindestforderung würde die schraffierte Fläche absichern (Schaubild). Es soll aber Leute geben, die solche Abschlüsse nicht wollen. Es ist auf jeden Fall ratsam, sich der Tarifpolitik der anderen beiden großen Tarifkommissionen anzuschließen, vor allem aber auf deren Taktik zu achten, die viele Erfahrungen und Argumente beinhaltet.

An der Unterstützung aus den Betrieben wird es sicher nicht fehlen. So

haben die Arbeiter bei Karmann bereits im Dezember in Versammlungen und auf der Betriebsversammlung sich für Festgeldbeträge ausgesprochen.

Eine breite Front steht gegen die Überstunden und Sonderschichten. An den Kopierfräsmaschinen und im Roh-
bau werden 10- bis 12-Stunden-Schichten gefahren.

Am nächsten Samstag soll eine Sonderschicht gefahren werden. Eine weitere soll folgen. Im Betrieb spricht man davon, daß die Kapitalisten zahlen sollen, bevor Sonderschichten stattfinden. Viele denken, daß die Sonderschichten die Tarifkommission in ihrer jetzt schon so ungeschickten Taktik noch weiter bevor Sonderschichten stattfinden. Viele denken, daß die Sonderschichten die Tarifkommission in ihrer jetzt schon so ungeschickten Taktik noch weiter schwächen und es besser ist, am Samstag nicht zu kommen.

z.kea. **Das Bundessozialgericht in Kassel hat über die Zumutbarkeit von Tätigkeiten für Arbeitslose zwei neue Urteile gefällt:** ,,Artverwandte und anderweitig zumutbare Tätigkeiten'' müssen angenommen werden, wenn im erlernten oder zuletzt ausgeübten Beruf keine Vermittlung zustandekommt. Im zweiten Fall müssen Arbeiter, die wegen Krankheit oder körperlichen Schadens ihren alten Beruf nicht mehr ausüben können, jede ,,anderweitige zumutbare Tätigkeit des allgemeinen Arbeitsmarktes'' aufnehmen, wenn sie diese ,,ihrer Kraft und Fähigkeit entsprechend ganztägig ausüben können''. Zwecks Unterstützung des Ehrenberg-Entwurfs zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes sind die Urteile wohlplaziert.

z.bil. **Die Jusos sind dafür. Die Jungdemokraten auch.** Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' stellt feinsinnig fest, die ,,Verjährungsdebatte'' könne nicht unbedingt unter ,,rechts'' oder ,,links'' eingeordnet werden. Schuld und Sühne? Am 31. Dezember 1979 setzt die Verjährung für ,,NS-Verbrechen'' ein. Bundesjustizminister Vogel hat das Stichwort gegeben: ,,Mord soll nicht verjähren''. (Zeitschrift für Rechtspolitik, Januarheft). Bislang gelten für Straftaten Verjährungsfristen. Die Verfolgung durch die Staatsmacht endet bei Mord nach 30 Jahren. Was Gesetz werden soll: ,,Eine Aufhebung der Verjährungsfrist ist zumindest dort vorzusehen, wo der Unrechtsgehalt der Tat außergewöhnlich groß ist.'' (Bundesjustizminister Vogel). Er ist *gegen* eine Sondergesetzgebung hinsichtlich der NS-Verbrechen. Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' vorausschauend: ,,praktischen Hintergrund kann (der Wegfall der Verjährung) bei terroristischen Mördern haben'' (12.1.79). 1934 haben die Faschisten ein Strafrechtsänderungsgesetz verabschiedet. Es hat die Hochverrats- und Landesverratsparagrafen eingeführt. Mit ihm kam der Volksgerichtshof und der Militärgerichtsprozeß. ,,NS-Verbrechen''? Wer glaubt das schon. Aber sie wollen *alle* Wege offen haben.

z.hef.London. **Der Chief Magistrate von London hat am 17. Januar die Ausweisung Astrid Prolls verfügt.** Einer der sieben von der Bundesregie-



200 Teilnehmer bei einer von mehreren Demonstrationen für die Freilassung Astrid Prolls.

Bloß mit Senkung der Pflichtstundenzahl können die Lehrer den Normalarbeitstag nicht durchsetzen

z.anl. Der GEW-Hauptvorstand hat einen Bilderbogen herausgegeben, auf dem ein Arbeitstag einer Lehrerin von Viertel vor acht morgens bis acht Uhr abends geschildert wird. Mehr als die Hälfte der Zeit geht drauf für Korrekturen, Unterrichtsvorbereitung, Konferenzen. Vormittags ist keine wirkliche Pause. Gerda W. hat Aufsicht im Hof. Dagegen hat sie nichts. Sie sucht sich vielmehr noch Arbeit, führt „Beratungsgespräche" und zerbricht sich den Kopf, „ob man vielleicht für Abgänger nachmittags noch eine AG einrichten sollte". „Gerda geht durch den Aufenthaltsraum hinüber zum Lehrerzimmer. Umringt von Kindern, schreienden, rufenden, fragenden Kindern ... Doch Gerda stört's nicht. Im Gegenteil, sie sucht den Kontakt zu den Schülern. Sie gehört nicht zu den vielen Lehrern, die Probleme mit Schule und Schülern haben. Sie bekommt keine Magenschmerzen, wenn sie an die Schule denkt, und sie braucht auch keine Beruhigungsmittel wie viele ihrer Kollegen." Wie jetzt glaubhaft machen, daß gerade Geschöpfe wie sie Reformen in Gang setzen, die den Lehrern was nützen? Die Begründung ist ziemlich tückisch, Ihr Wunsch: „Drei Pflichtstunden weniger, das wäre schon eine große Entlastung." Und was würde sie mit der gewonnenen Zeit machen? Sie würde ganz einfach was anderes in der Zeit in der Pflicht gegen ihren Dienstherrn tun, nämlich „das hieße mehr Zeit, sich den Problemen der Kinder zuzuwenden, auf sie einzugehen, zu helfen, zu raten, zu fördern, Interesse zu entwickeln". Man riecht, daß für einen Teil der Lehrer der Schwerpunkt auf die ideologische Abrichtung gelegt werden soll, für einen anderen Teil Teilzeitarbeit, verwendet auf die Vermittlung von beschränkten Kenntnissen.

Offensichtlich steht das im Gegensatz zu dem, was die vielen wollen, die angeblich bloß leiden, Magenschmerzen kriegen und nicht so staatstreue Initiativen entwickeln, die Teil der Bewegung für Arbeitszeitverkürzung sind, weil sie für Arbeitsbedingungen kämpfen wollen, die dem unmäßig ausgedehnten Arbeitstag Grenzen setzen, die erlauben, die Arbeitskraft nicht zu anderen und erheblich schlechteren Bedingungen zu verkaufen als die große Masse der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst. Um das alles wieder ins Unbestimmte zu rücken, führt der GEW-Hauptvorstand seine Kampagne für Senkung der Pflichtstundenzahl durch.

Seit Gründung der BRD haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst für Senkung der Wochenarbeitszeit gekämpft und durch Nutzung des Koalitions- und Streikrechts der Arbeiter und Angestellten die Verkürzung von 48 auf 40 Wochenstunden durchgesetzt. Die Lehrer waren in der schlechten Lage, lauter Beamte zu sein. 1973 betrug ihre Wochenarbeitszeit offiziell im Bundesdurchschnitt mehr als 45 Stunden, und selbst das ist gelogen. Dieses Ergebnis wurde festgestellt von einer Schweizer Firma, die von den Ständigen Konferenzen der Kultus-, Innen- und Finanzminister der Länder mit der Untersuchung beauftragt war. Diese Firma nahm eine Umrechnung der abgeleisteten Arbeitszeit auf 47 Wochen im Jahr vor. Jeder weiß, daß die Dienstherren immer an dem Vorurteil arbeiten, Lehrer seien zu beneiden, weil sie ungeheuer viel Freizeit, besonders Urlaub, hätten und mit niemand zu vergleichen seien. Unterschlagen wird, daß ihre täglichen Arbeitstunden auf weniger als 47 Wochen zusammengedrängt werden und der Verschleiß größer ist.

Selbst bei dieser Methode liegen die durchschnittlichen Wochenstunden in Bayern, Hessen, Hamburg und Berlin weit darüber, ebenso bei einzelnen Schularten, am höchsten bei den berufsbildenden Schulen in Hessen mit 48,8. Die Firma Knight-Wegenstein zog im Sinne ihrer Auftraggeber daraus den Schluß: „Auch in der Wirtschaft und unter den freien Berufen ist regelmäßig zu beobachten, daß Berufe mit freier Zeiteinteilung gegenüber solchen mit festen Bürostunden eine höhere wöchentliche Arbeitszeit als angemessen in Kauf nehmen. Aufgrund dieser Überlegungen kann auch für Lehrer eine bestimmte Mehrarbeitszeit als zumutbar bezeichnet werden. In Anbetracht aller angeführten Argumente erscheint ein Zuschlag von 10% auf die Stundennorm von 42 Stunden pro Woche bei der Festlegung der Pflichtstundenzahl vertretbar. Dieser Wert soll nicht überschritten werden."

Die Forderung der GEW zur Senkung der Pflichtstundenzahl enthält keinen Vorschlag, welche Tätigkeiten sonst noch beschränkt werden sollen auf eine bestimmte Zeitdauer pro Woche und Tag und zwischen welchen Uhrzeiten der Arbeitstag überhaupt anzusetzen ist. Mit dem Beispiel Gerda W. beweist er bloß, daß dem Dienstherren unbenommen bleiben soll, 12 Stunden am Tag über die Arbeitskraft zu verfügen und bei Klassenfahrten und Aufenthalt in Schullandheimen auch 24 Stunden. Jede Krankenschwester würde die Zeit, in der sie sich zusätzlich zur Verfügung halten muß, als Bereitschaftsdienst bezeichnen und möglichst die dafür durchgesetzte Bezahlung verlangen. Warum sollten die Lehrer das nicht tun. Warum sollten sie nicht verlangen, daß ihre unübersichtlichen Dienstverpflichtungen so beschränkt werden, daß sie in einen Normalarbeitstag von 8 Stunden Dauer an 5 Werktagen passen?

Der GEW-Vorstand behauptet dreist, der Arbeitstag der Lehrer lasse sich derzeit nicht erfassen, obwohl das doch eine Staatskommission sogar schon fertiggebracht hat. Die Dienstherren brauchen noch nicht einmal das zu tun, was die meisten Kapitalisten gewöhnlich tun: Gebäude, Platz und Arbeitsmittel für die ganze Dauer des Arbeitsprozesses bereitzuhalten. Lehrer müssen sich für ihre Verwaltungsarbeiten zu Hause ein Büro einrichten und das vom Lohn bezahlen. Das trägt zur Kostensenkung und zu dem zwecks Spaltung erzeugten Schein bei, jeder Lehrer habe nun mal seine ganz individuelle Arbeitszeit, viel private Zeit zur freien Verfügung, und kollektive Regelungen könne es nicht geben. Es sei denn, erhitzt sich der GEW-Vorstand, man fände eine Möglichkeit, die analytische Arbeitsplatzbewertung für Lehrer zu entwickeln. Es müsse Verwendungs- und Befähigungs- und Charakterbeurteilung geben. Auf ganz individuelle vom Vorgesetzten festgelegte Lohnfestsetzungen und Lohnsenkungen sollen sich die Lehrer einlassen, wollen sie ein Recht auf kollektive Verträge erreichen. Der Hauptvorstand verlautet: „Die GEW fordert differenzierte Untersuchungen über die physischen und psychischen Belastungen des Lehrers. Erst wenn sie vorliegen, ist eine bundeseinheitliche, sachgerechte Neuordnung der Arbeitszeit der Lehrer möglich." Also Durchsetzung der Dienstrechtsreform, darauf läuft es hinaus. Keine Alternative für die Lehrerbewegung.

hieße mehr Zeit, sich den Problemen der Kinder zuzuwenden, auf sie einzugehen, zu helfen, zu raten, zu fördern, Interesse zu entwickeln". Man riecht, daß für einen Teil der Lehrer der Schwerpunkt auf die ideologische Abrichtung gelegt werden soll, für einen anderen Teil Teilzeitarbeit, verwendet auf die Vermittlung von beschränkten Kenntnissen.

Diese Firma nahm eine Umrechnung der abgeleisteten Arbeitszeit auf 47 Wochen im Jahr vor. Jeder weiß, daß die Dienstherren immer an dem Vorurteil arbeiten, Lehrer seien zu beneiden, weil sie ungeheuer viel Freizeit, besonders Urlaub, hätten und mit niemand zu vergleichen seien. Unterschlagen wird, daß ihre täglichen Arbeitstunden auf weniger als 47 Wochen zusammen-

Stunden am Tag über die Arbeitskraft zu verfügen und bei Klassenfahrten und Aufenthalt in Schullandheimen auch 24 Stunden. Jede Krankenschwester würde die Zeit, in der sie sich zusätzlich zur Verfügung halten muß, als Bereitschaftsdienst bezeichnen und möglichst die dafür durchgesetzte Bezahlung verlangen. Warum sollten die Lehrer das nicht tun. Warum sollten

verlautet: „Die GEW fordert differenzierte Untersuchungen über die physischen und psychischen Belastungen des Lehrers. Erst wenn sie vorliegen, ist eine bundeseinheitliche, sachgerechte Neuordnung der Arbeitszeit der Lehrer möglich." Also Durchsetzung der Dienstrechtsreform, darauf läuft es hinaus. Keine Alternative für die Lehrerbewegung.

Belgische Arbeiter kämpfen um Lohn und Arbeitszeitverkürzung

Streiks der Straßenbahnarbeiter und Eisenbahnschaffner / Hafenarbeiter planen Kampfaktionen

z.elb.Brüssel. Große Abteilungen der belgischen Arbeiterklasse bereiten sich auf Kampfaktionen für mehr Lohn und Arbeitszeitverkürzung vor. Jahrelang ist es den Kapitalisten mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer gelungen, den Kampf der Arbeiter für Lohnerhöhungen zu fesseln. In vielen Betrieben haben die Arbeiter seit drei Jahren oder länger keine tarifliche Lohnerhöhung erhalten, abgesehen von der Angleichung der Löhne an die *amtliche* Preissteigerungsrate. Nachdem die Kapitalisten mit dem Stahl- und Textilplan auch bei der kapitalistischen Rationalisierung ein gutes Stück voranzukommen gedenken, wollen sie jetzt den Arbeitern im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung eine Niederlage beibringen: Einige Tage nach Abbruch der zentralen Verhandlungen über die 36-Stundenwoche sind auch die Verhandlungen in der Metallindustrie über die Anhebung des Minimumlohns und die Einführung der 36-Stundenwoche für die 320000 Metallarbeiter gescheitert. Die Gewerkschaften werden nun Verhandlungen regional und vor allem betrieblich führen.

Die *Hafenarbeiter* fordern von den Kapitalisten die Einhaltung eines Gesetzes, das sie zur Beschäftigung von ausschließlich als Hafenarbeiter ausgebildeten Arbeitern verpflichtet. Die Hafenkapitalisten gehen immer mehr dazu über, andere Arbeiter zu geringerem Lohn fest einzustellen. Sie nutzen die extrem hohe Arbeitslosigkeit bei den Hafenarbeitern zur Lohnsenkung und scharfer Unterdrückung. Von den ca. 15000 Hafenarbeitern in Antwerpen, die sich jeden Morgen einen Kapitalisten suchen müssen, stehen 3000 bis 5000 umsonst an. Bekommt ein Arbeiter für einen Tag keine Arbeit und geht er auch nicht stempeln, wird er für 6 Monate mit dem Entzug der sog. Bestandssicherheit bestraft, was rund 3000 DM Lohnverlust ausmacht. Für Gent und Antwerpen haben die Gewerkschaften Aktionen gegen die Einstellungspraxis und Lohnsenkung durch die Kapitalisten angekündigt.

Seit dem 12.1. streikt das *technische Personal des Straßenbahndepots* in Ostende für eine Lohnerhöhung von umgerechnet 31 Pfg. pro Stunde und bessere Arbeitsbedingungen. Falls die Forderungen nicht bis zum 20.1. von der Regierung erfüllt sein sollten, wollen die Gewerkschaften zu einem nationalen Streik der Bus- und Straßenbahnfahrer aufrufen.



Die 240 Arbeiter der Textilfabrik Tasibel streiken seit dem 9.1. für eine Lohnerhöhung von 37 Pf. pro Stunde. Das Angebot von 12 Pf. haben sie mit 95% Mehrheit abgelehnt. Gegen die Bezahlung einiger Arbeiter unter Tarif (Grundlohn: 8,44 DM, Prämie: 2,19 DM) hat die Gewerkschaft Klage erhoben.

Der seit Dezember andauernde Bummelstreik der *Eisenbahnschaffner*, die sich außerhalb der Gewerkschaften in der „Loco" zusammengeschlossen haben, richtet sich gegen eine Tariferhöhung von lediglich 24,25 DM. Im Tarifvertrag ist die Verkürzung der Arbeitszeit auf 38 Stunden pro Woche ab Oktober festgelegt. Die Schaffner lehnen ab, daß die Schichtverkürzung von 9½ auf 9 Stunden und die Verlängerung der arbeitsfreien Zeit zwischen den Schichten von 13 auf 14 Stunden erst 1980 in Kraft treten soll. Sie fordern die Aufhebung der Urlaubssperre während der Schulferien. Am 17.1. demonstrierten die Frauen der Schaffner für die Durchsetzung dieser Forderung in Brüssel. Für den 14. Februar hat die „Loco" einen 24-stündigen Warnstreik angekündigt.

---

rung gelieferten Anklagepunkte – wegen Autodiebstahl – wurde nicht zugelassen, ebenso die Zeugenaussage des Polizeispitzels Ruhland in einer anderen Anklage. Ein Prozeß gegen Astrid Proll wegen der meisten der sieben Anklagen wurde 1974 eingestellt, begründet mit ihrer schlechten Gesundheit. Das Gericht verhandelt in den nächsten Wochen über ihre Forderung nach britischer Staatsbürgerschaft und die Auswirkungen auf die Auslieferung. Astrid Proll ist mit einem Engländer verheiratet, was ihr das Recht auf britische Staatsbürgerschaft gibt.

z.mat.Liverpool. **Die Universität Oxford verleiht Helmut Schmidt den Ehrendoktor für Jura.** Einen „starken Mann" wie Schmidt vermißt die Professorenbande momentan an der Spitze des eigenen Staatsapparats. Neidvoll wird die imperialistische Expansion der westdeutschen Konkurrenz gelobt. Die Bourgeoisie des niedergehenden Empire hat Tradition, sich mit Doktorhüten erfolgreich anzubiedern. Den Anlaß der Ehrung Schmidts behält die Universität noch für sich. Aber aus der Liste der bisher so Versorgten geht hervor, daß gelungene Unterdrückertätigkeit gelobt wird. Zu den Oxford-Ehrendoktoren gehören Kriegspräsidenten wie Roosevelt (Ehrendoktor 1941) und Churchill (1925). Schmidt befindet sich in Gesellschaft von Kolonialstatthaltern wie dem Ministerpräsidenten von Südafrika (1925), dem Generalgouverneur von Kanada (1951), den Bischöfen von Pretoria (1911), von Kalkutta (1920) und von Durham (1920). Mit Richard Strauß (1914), Karajan (1978) und Thomas Mann (1949) wurde auch Bourgeoiskünstlern der Hut verliehen. Wohl wird Schmidt nicht sein, wenn er an die ebenfalls ausgezeichneten MacMillan (1958), Wilson (1965), Heath (1971) und Willy Brandt (1970) denkt, die alle wegen mangelndem Erfolg in der Niederhaltung der Arbeiterklasse ruhmlos abtreten mußten.

z.gör. **Ein „kleinräumliches Bezugssystem" wurde vom Amt für Statistik und Stadtforschung in Göttingen entwickelt.** Seit der Deutsche Städtetag 1967 entsprechende Empfehlungen herausgab, wurde das schon von mehreren Städten gemacht. Es handelt sich darum, die gesamte Wohnbevölkerung und Infrastruktur nach Wohnblocks zu gliedern und mittels EDV-Anlagen kontrollierbar zu machen. Die Wohnblocks, als kleinste Einheiten (dieser statistischen Gliederung) umfassen teilweise nur zwei Einwohner, gelegentlich auch mehrere Hundert, „so daß Datenschutzerwägungen nur in den seltensten Fällen zu Informationsverlusten führen" (Stat.Amt)

z.jüb. **Einige Maßnahmen der Bourgeoisie der letzten Jahre, fand das Russell-Tribunal auf seiner 2. Sitzungsperiode, seien nicht mit dem vereinbar, was es von einer liberalen Demokratie erwarte.** Immerhin sei die Bundesrepublik das erste Land, das auf seinem Boden die Durchführung des Russell-Tribunals für sich selbst gestattet hätte. Die BRD-Imperialisten wußten warum, und die Russell-Jury wußte es zu danken. Zwar stellten Kontaktsperre und Ausschluß von Angeklagten sowie die „Eingriffe in die Beziehungen zwischen Anwalt und Mandant" eine Bedrohung der Menschenrechte dar, auch seien die §§ 88a und 130a StGB eine „Einladung zum staatlichen Mißbrauch". Es wurden gar Formen von Zensur entdeckt. Eine allgemeine Tendenz zur Verschärfung könne jedoch nicht bewiesen werden. Folgerichtig wurde auch nicht zum Kampf gegen diesen Staatsapparat mit dem Ziel seiner Zerschlagung aufgerufen, sondern die Einrichtung eines „Russell-Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte in der Bundesrepublik" bekanntgegeben. Andere Bourgeois hatten schon früher einen solchen Einfall, als sie Ombudsmänner vorschlugen.

Kriegsvorbereitungen: Konzentration in der Rüstungsindustrie

z.hal. In den rückwärtigen Seiten ihrer Presse versteckt, läßt die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie wohldosierte Nachrichten über den Aufbau *eines* nationalen Rüstungskonzerns, Abteilung Fluggeräte und -körper, heraus. Auf „Bonner Wunsch" (Münchner Merkur, 17.1.78) sollen Messerschmidt-Bölkow-Blohm, (MBB) und Vereinigte Flugtechnische Werke, (VFW) fusionieren. VFW soll zuvor von Fokker, im Besitz der holländischen Imperialisten, getrennt werden. Die Erfahrungen der Konzerne der Reichsbourgeoisie werden genutzt. Krupp (VFW) und Siemens und Thyssen (MBB) halten neben Beteiligungen der Länder Bayern und Hamburg – 47% bei MBB – entscheidende Anteile. Das Etikett heißt Erweiterung der Kapazitäten für den „Airbus" und Arbeitsplatzsicherung. MBB's Konzernumsatz 1977 von 1,7 Mrd. DM besteht zu 5/7 aus Rüstungsgeschäften: „Hot", „Milan", „Roland", „Kormoran", Hubschrauber „PAH-1", Jagdbomber „MRCA-Tornado" und andere Ausrüstung. Der „Airbus", mit dem sich die westdeutschen Imperialisten zugleich ein Truppentransporter-Grundmodell gebaut haben, trägt bloß mit 18% zum Umsatz bei. Vom „Auftragsbestand von 4 Mrd. DM entfallen 3,5 Mrd. DM" auf die genannten Waffen, „0,2 Mrd. DM auf den Airbus", (Süddeutsche Zeitung, 21.12.78). Bayerns Finanzminister Streibl wurde neuer Aufsichtsratsvorsitzender. „Hinter ihm stehen auch die industriellen Partner von MBB" (Münchner Merkur).

Siemens-Profite in Portugal

z.kla. Vor zwei Wochen vermeldete die Siemens-Betriebsführung erstmals wieder seit mehreren Jahren, daß die Ausbeutung der portugiesischen Arbeiterklasse reichliche Dividende gebracht habe. Dies sei zurückzuführen, so Betriebsführer Plettner, auf eine Stabilisierung der innenpolitischen Verhält-

Siemens-Profite in Portugal

z.kla. Vor zwei Wochen vermeldete die Siemens-Betriebsführung erstmals wieder seit mehreren Jahren, daß die Ausbeutung der portugiesischen Arbeiterklasse reichliche Dividende gebracht habe. Dies sei zurückzuführen, so Betriebsführer Plettner, auf eine Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse in Portugal nach zeitweise chaotischen Zuständen. – Im Relais-Werk bei Lissabon findet diese von Betriebsführer Plettner gepriesene „innenpolitische Stabilität" materiellen Ausdruck. Mitte der 70er Jahre sind die Siemens-Kapitalisten daran gegangen, die Relais-Produktion in dem Werk in Portugal und in Westberlin in Siemens-Mariendorf zu zentralisieren. In beiden Werken verfolgen die Siemens-Kapitalisten die gleiche Strategie, jugendliche Arbeitskraft im Akkord zu niedrigsten Löhnen zu vernutzen. Stolz vermeldet die Betriebsführung jetzt eine erneute Produktionssteigerung im Lissabonner Werk bei einer gleichbleibenden Belegschaft von 1000 Beschäftigten und Lohnkosten, die nur ein Drittel derjenigen in der BRD ausmachen würden. Betriebsführer Freund aus Siemens-Mariendorf will da nicht zurückstehen, prompt hat er angekündigt, sein Ziel sei es, im nächsten Jahr mit zwei Prozent mehr Arbeitern 25 Prozent mehr Relais produzieren zu lassen.

Zusammenarbeit von Renault und AMC bei der Ausbeutung

z.jon. Der staatseigene französische Automobilkonzern Renault und das viertgrößte US-amerikanische Automobilmonopol American Motors Corporation haben am 10.1. einen Vertrag über gemeinsamen Vertrieb und „industrielle Zusammenarbeit" abgeschlossen. Die beiden Monopole wollen sich gegenseitig in der Eroberung neuer Märkte unterstützen. Das US-Monopol stützt sich auf Renault, um auf die Märkte der Dritten Welt vorzudringen. Über das Vertriebsnetz von Renault sollen Jeeps nicht nur in Frankreich, sondern vor allem in den französischen Kolonien, in Azania, in Kolumbien und anderen lateinamerikanischen Ländern vertrieben werden. Renault benutzt das Vertriebsnetz von AMC, um zunächst mit dem R5 auf den US-Markt vorzudringen. Beide Monopole wollen aber vor allem ihr Kapital und ihre Erfahrungen in der Ausbeutung „ihrer" Arbeiter kombinieren. Renault bringt dazu seine Erfahrungen aus 24 Montagewerken vor allem in Ländern der Dritten Welt ein. Ab 1982 soll die Renault-Produktion im AMC-Werk in Kenoșha (Wisconsin) nach dem Vorbild der Rabbit-Produktion von VW aufgenommen werden. Wichtigstes Ziel bei der „industriellen Kooperation" ist, „die Produktionskosten für Motoren, Getriebe und Fahrgestelle zu senken, vor allem durch Vergrößerung der Serien, Erhöhung des Produktionstempos und Anwendung der Automatisierung."

Als erster Papst in Zivil?

z.erm.Rom. Ohne Absprache mit der mexikanischen Regierung hat der Vatikan die 3. lateinamerikanische Bischofskonferenz angekündigt, die am 26. Januar in Puebla, Mexiko beginnen soll. Mit der Wahl des Tagungsorts und dem geplanten Auftritt des Papstes zur Eröffnung der Konferenz will der Vatikan frech die mexikanische Verfassung brechen. 1857 konnten die

mexikanischen Volksmassen unter der Führung von Benito Juárez die Trennung von Staat und Kirche, die für die US-Kolonialisten und den Großgrundbesitz bei der Unterdrückung der indianischen Bauern eine wesentliche Stütze war, und die Überführung der Kirchenvermögen in Nationaleigentum durchsetzen. Nach großen revolutionären Bauernaufständen mußte 1917 die Kirche zu einem privaten Verein erklärt und ein Verbot von kirchlichen Zeremonien unter freiem Himmel sowie für das Auftreten von Pfaffen in Soutane ausgesprochen werden. Gegen offene Drohungen der US-Imperialisten wurden 1926 per Gesetz alle Missionare des Landes verwiesen und sämtliches Kircheneigentum, einschließlich der Schulen und Klöster,

nationalisiert. Mit seinem Plan, vor mehreren Kirchen unter freiem Himmel Kundgebungen abzuhalten, verletzt der Papst bewußt die mexikanische Verfassung und die Souveränität des mexikanischen Volkes. Dieser unverschämte Angriff enthüllt, was es in Wirklichkeit damit auf sich hat, wenn der Papst erklärt: „Möge mein Besuch dazu beitragen, daß Christus nicht nur für das mexikanische Volk, sondern für alle Nationen Lateinamerikas wiedergeboren wird.“ Präsident José López Portillo hat am 5. Januar erklärt, daß Mexiko nicht daran denke, die 1857 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wieder aufzunehmen. Das belgische katholische Blatt „Libre Belgique“ sah sich bereits dazu veranlaßt, einen taktischen Rückzug vorzubereiten: bei der Spontaneität des neuen Papstes könne man nicht ausschließen, daß er vielleicht als erster Papst mal in Zivil auftrete.

Das „kritische deutsche Wort“ im Weltkirchenrat

z.kec. Die Evangelische Kirche in

Das „kritische deutsche Wort“ im Weltkirchenrat

z.kec. Die Evangelische Kirche in
Deutschland (EKD) hat auf der Jahrestagung des Weltkirchenrates mit dem Geldsack auf den Tisch geklopft. Sie drohte mit dem Entzug der Gelder, weil aus dem „Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus“ Gelder an Befreiungsorganisationen der Völker Afrikas gehen. „Endlich... einmal ein kritisches deutsches Wort gegen den berüchtigten Anti-Rassismus-Sonderfonds“ (Christoph Wiedmann im Bayernkurier). Der Christlich-Soziale setzt auf die Sprache des Klingelbeutels. Seit Jahrhunderten ist die Kirche der Vorposten bei der Unterdrückung der Völker der Dritten Welt. Die christliche Ideologie hat immer die ungerechten Kriege gerechtfertigt und die gerechten Kriege verurteilt. Dies Geschäft gestaltet sich heutzutage schwierig. Christoph Wiedmann zetert: Für den „selbst aus Jamaika stammenden farbigen Generalsekretär (des Weltkirchenrats, Anm. d. Verf.)... gibt es offensichtlich zweierlei Arten von Gewalt; eine davon, die sogenannte farbige Befreiungsfront, ist für ihn unterstützungswürdig; die andere, die er als rassistisch bezeichnet, erscheint ihm auch theologisch verwerflich.“ Die „Teufelsaustreibung bei den Wilden im Busch“ scheint Herrn Wiedmann trotz einiger Jahrhunderte missionarischer Kolonialpolitik bei einigen Kirchenvertretern aus der Dritten Welt noch nicht gelungen zu sein. „Die Verwendung des Anti-Rassismus-Sonderfonds (läßt sich) keinesfalls mehr als Samariterdienst im Sinne der Ethik des Neuen Testaments... rechtfertigen...

Den Genfer Irrlehren und Verirrungen muß ein einheitliches theologisches und moralisches Urteil über Gewalt und somit auch über vermeintlich befreiende Gewaltanwendung entgegengesetzt werden.“ Ob das den Imperialisten jedoch gelingt, erscheint ihm allerdings fraglich, und die Zukunft des Weltkirchenrates unsicher. „Es liegt auf der Hand, daß diese doppelte Moral die Ökumene auf längere Frist sprengen muß.“ Nun denn!

Erst nach den Lohnabschlüssen wirkt die erhöhte Mehrwertsteuer

Nach der Lohnsteuersenkungs-Spaltung vor dem Abschluß folgt die Mehrwertsteuer nach dem Abschluß

z.frb. Weshalb wohl hat der geschäftsführende Ausschuß der westdeutschen Kapitalistenklasse in ein und demselben Gesetzesmachwerk „Steuerpaket“ sowohl eine Steuersenkung als auch eine Steuererhöhung beschlossen? Aus Konfusion? Bestimmt nicht, beides wirkt richtig nur zusammen und entspringt einer hinterhältigen politischen Berechnung.

In der Lohnabrechnung für Januar wirkt sich jetzt die Änderung der Lohnsteuer aus. Bis etwa 1800 DM bringt sie runde 7 DM netto mehr; darüber rasch zunehmend mehr. Gedacht ist dies als Zuckergeschoß gegen die Einheit der Arbeiterklasse im Tarifkampf. Kann sich aber die westdeutsche Finanzbourgeoisie solch ein Zuckergeschoß überhaupt leisten? Sie kann nicht – schließlich will ja der Haushalt der Expansion und die Kapitalistensubvention finanziert sein – und sie hat dies auch gar nicht vor. Erstens sehen die Stahlarbeiter schon jetzt auf dem Lohnzettel, daß sie trotz der schäbigen 4/15 *mehr* Lohnsteuer als vorher zahlen. Zweitens ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer schon im Gesetzblatt verkündet – wirksam wird sie am 1. Juli, exakt terminiert auf nach den Lohnabschlüssen. Der Steuersatz steigt dann von 12% auf 13%, bzw. der ermäßigte Steuersatz von 6% auf 6,5%. Dies wird den unteren bis mittleren Lohngruppen gerade das abnehmen, was bei der Lohnsteuer nachgelassen wurde. Aber nicht nur die Senkung der Lohnsteuer wird rückgängig gemacht, es findet auch eine Umlastung der Steuerschraube auf die unteren Entlohnungsklassen statt.

Es gibt in der bürgerlichen ökonomischen Literatur einen ziemlich langen höchstwissenschaftlichen Disput, ob die Mehrwertsteuer „verteilungsneutral“ sei oder nicht. „Verteilungsneutral“ wäre sie, wenn die Spaltung der Löhne durch diese Steuer weder verschärft noch gemildert, sowie das quantitative Verhältnis von Entlohnung einerseits, Profit, Managertantieme etc. andererseits unbeeinflußt bliebe.

Bekanntlich wird durch die Mehrwertsteuer nur jenes Einkommen besteuert, das für den persönlichen Kon-

be.

Bekanntlich wird durch die Mehrwertsteuer nur jenes Einkommen besteuert, das für den persönlichen Kon-

sum verausgabt wird. Je geringer der Anteil des Einkommens ist, der unmittelbar zum Kauf von Lebensmitteln verausgabt wird, umso geringer auch die Zahlung von Mehrwertsteuer. Und je niedriger der Lohn, umso unmittelbarer muß natürlich dieser Lohn in Reproduktionsmittel verwandelt werden. Daher wäre also die Mehrwertsteuer umso höher, je niedriger der Lohn.

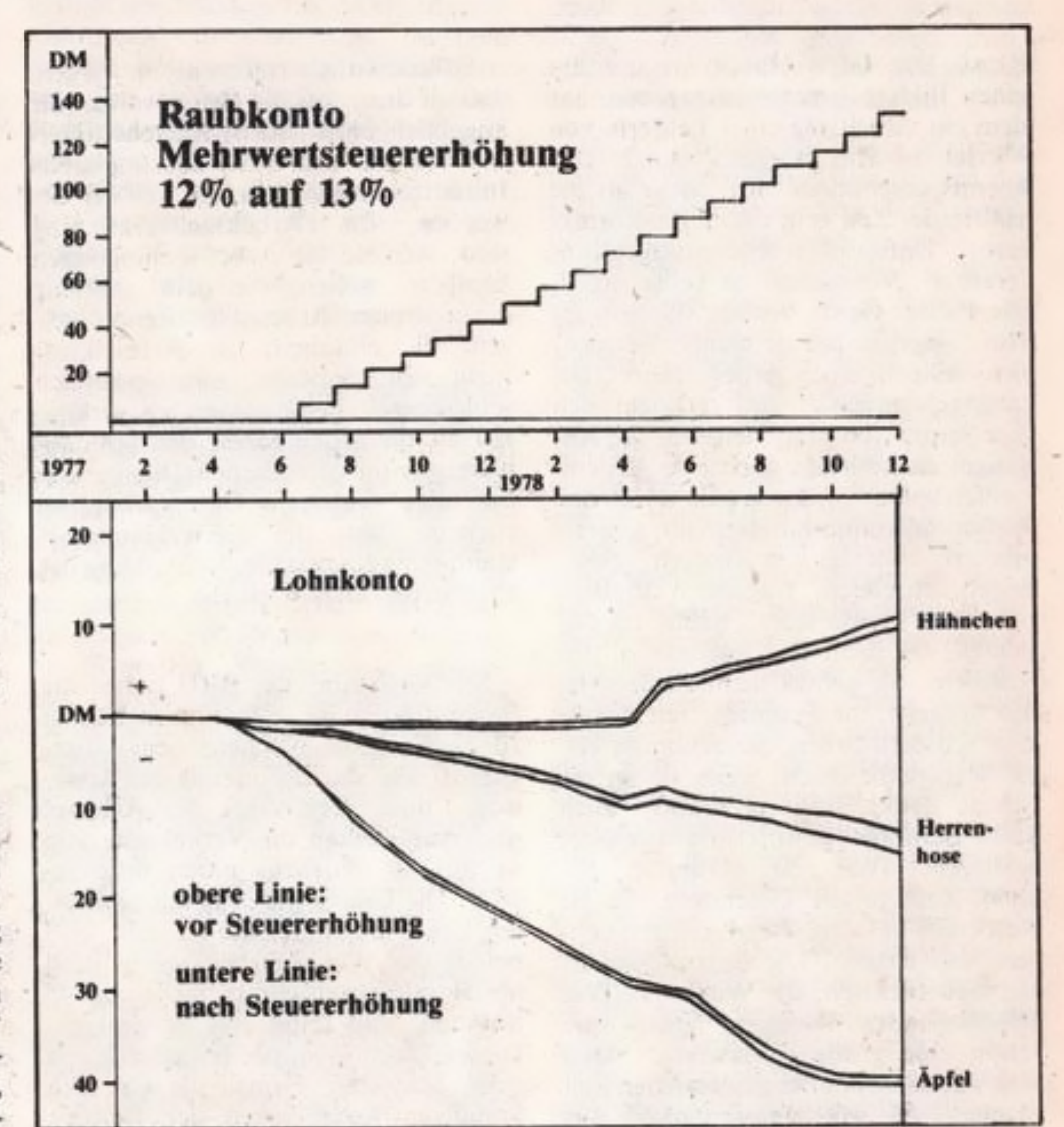
Dieser Wirkung steht aber eine andere entgegen. Denn auf die meisten Nahrungsmittel kommt nur der halbe Steuersatz zur Anwendung, und einiges wie etwa die Wohnungsmiete hat die Bourgeoisie in ihrer Großmut ganz steuerfrei belassen. Und natürlich wird vom niedrigeren Lohn ein größerer Anteil für Nahrungsmittel und Wohnung ausgegeben. Dies mildert etwas die umgekehrte Progression.

Diese beiden entgegengesetzten Sachverhalte eröffnen ein weites Feld geistreichester Disputationen. Das im folgenden abgedruckte Abfallprodukt einer solchen Auseinandersetzung dürfte der Wirklichkeit relativ nahe kommen. Die Zahlen sind entnommen der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ Nr. VIII/1978, S. 396. Die linke Zahlenreihe gibt das Nettoeinkommen an, die rechte die Mehrwertsteuer in Prozent dieses Nettoeinkommens.

unter 600	6,9%
600 – 800	6,6%
800 – 1000	6,6%
1000 – 1200	6,7%
1200 – 1500	6,7%
1500 – 1800	6,8%
1800 – 2500	6,5%
2500 – 5000	5,9%
5000 – 15000	4,0%

Zweierlei ergibt sich. Erstens zahlen die untersten Lohngruppen, Rentner, Arbeitslose den höchsten Steuersatz, gemessen an dem was sie netto haben. Eine wesentliche Differenzierung tritt aber unter den Lohnabhängigen nicht eincwenngleich der Steuersatz ab etwa 2000 DM netto abnimmt. Zweitens aber wird diese Steuer dort richtig lohnend, wo das Einkommen nicht Lohn ist, der der Reproduktion dient, sondern wo dieses Einkommen Profit ist, das – obwohl noch in erstaunlichen

2000 DM netto abnimmt. Zweitens aber wird diese Steuer dort richtig lohnend, wo das Einkommen nicht Lohn ist, der der Reproduktion dient, sondern wo dieses Einkommen Profit ist, das – obwohl noch in erstaunlichen



Höhen verpraßt – der Erzielung von noch mehr Profit dient. Einkommen, das der Akkumulation des vorhandenen Kapitals dient, Kapitaleinlagen, Aktienkauf, Anlage in Staatspapieren usw. unterliegt der Mehrwertsteuer nicht. Und das wissen die Regierungsmitglieder auch, da müssen sie nicht erst nachforschen, denn in diesen erlauchten Höhen finden sich ihre Ministergehälter auch. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer kostet sie gar nichts, während sie von der Änderung der Einkommensteuer kräftig profitiert haben.

Mit ihrem Lohnsteuer-Spaltungsmanöver haben sich die Bourgeois doppelte Ernte erhofft. Erstens beim Lohnkampf, zweitens ist sein Gelingen eine Voraussetzung für die Durchsetzung der Mehrwertsteuererhöhung im Juli. Die Änderung bei der Einkommen- und Lohnsteuer soll zu

pelte Ernte erhofft. Erstens beim Lohnkampf, zweitens ist sein Gelingen eine Voraussetzung für die Durchsetzung der Mehrwertsteuererhöhung im Juli. Die Änderung bei der Einkommen- und Lohnsteuer soll zu

niedrigen Lohnabschlüssen verhelfen, und sind diese durchgesetzt, so gedenkt die Bourgeoisie nochmal zuzuschlagen. Das Kalkül liegt ganz auf der Linie, Zugeständnisse und Entspannung zu heucheln, um in Wahrheit als Ergebnis die Masse der Löhne ordentlich zu drücken.

Für die Darstellung im Schaubild, das die Betrugsabsichten der Bourgeoisie graphisch darstellen soll, haben wir uns zwei Jahre zurückversetzt und also die Mehrwertsteuer im Juli 1977 von 12% auf 13% (bzw. 6% auf 6,5%) erhöht. Wir befinden uns in dieser Darstellung jetzt im Januar 1977. Gerechnet ist mit dem Ecklohn Metall Nordwürttemberg/Nordbaden. Was dieser Arbeiter insgesamt nach Absicht von H. Schmidt und H. Matthöfer zusätzlich in die Staatskasse zahlen und an Lebensmitteln einsparen soll, zeigt der obere Teil des Schaubildes.

Nordwürttemberg/Nordbaden. Was dieser Arbeiter insgesamt nach Absicht von H. Schmidt und H. Matthöfer zusätzlich in die Staatskasse zahlen und an Lebensmitteln einsparen soll, zeigt der obere Teil des Schaubildes.

Zugriff auf die Lohngelder: Zwangssparen und Verschuldung

z.brp. Im Oktober 1978 betrugen die prämienbegünstigten Spareinlagen bei allen westdeutschen Banken und Sparkassen 35 Mrd. DM. Weit über 90% dieser Gelder hat sich das Finanzkapital über das Zwangssparen, die „Vermögensbildung nach dem 624-DM-Gesetz“ angeeignet. Es sind dies Teile des Lohns der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die durch das Zwangssparen aus der Reproduktion der Arbeiterklasse herausfallen und, erst einmal in Händen des Finanzkapitals, als Kapital fungieren, eingesetzt werden zur weiteren Schweißauspressung der Arbeiter, zur Erhöhung des Mehrwerts. Den Durchbruch in Sachen „Vermögensbildung für Arbeitnehmer“ haben die Spitzensozialdemokraten in der IG Bergbau 1965 erzielt: Sie schlossen damals den ersten Tarifvertrag über vermögenswirksames Sparen ab: die Kapitalisten zahlten 9 Pfennig in der Stunde, wenn die Arbeiter von ihrem Stundenlohn je 2 Pfennig sparten. Inzwischen gibt es über 800 Tarifverträge über das Zwangssparen, fast 17 Millionen lohnabhängig Beschäftigte werden damit gezwungen, auf Teile des Lohns zu verzichten. 1977 sind 25 Mrd. DM vermögenswirksam Erspartes ausgezahlt worden, zwei Drittel sind gleich bei den Banken geblieben zur Abzahlung von Kreditschulden.

Parallel zu den dauernden Lohnsenkungen nimmt das prämienbegünstigte Sparen ab – es ist nichts mehr übrig vom Lohn, das für notwendige größere Anschaffung und für Fälle wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit zurückgelegt werden könnte. Stattdessen nimmt die Verschuldung rapide zu. Im Schaubild haben wir die Kredite für „unselbständige Privatpersonen“, dividiert durch die Anzahl der „abhängig Beschäftigten“, dargestellt. Die Verschuldung liegt in Wirklichkeit noch viel höher, bedenkt man die Ratenzahlungen, die auf langlebige Waren wie Möbel, Autos usw. aufgenommen werden. 1978 steigen die Kredite vor allem nach den neuen Tarifabschlüssen im Frühjahr rasant an: Im März, also vor den meisten neuen Lohnabschlüssen beträgt die Verschuldung 5950 DM, im Juni ist sie bereits um knapp 400 DM auf 6327 DM gestiegen und im September beträgt sie 6681 DM.

Die wachsende Verschuldung kann nicht dazu dienen, die Reproduktion der Arbeiterklasse auf gleichem Niveau wie in den Vorjahren zu gewährleisten, im Gegenteil, sie ist neben dem Zwangssparen der zweite direkte Zugriff des Bankkapitals auf den Lohn.

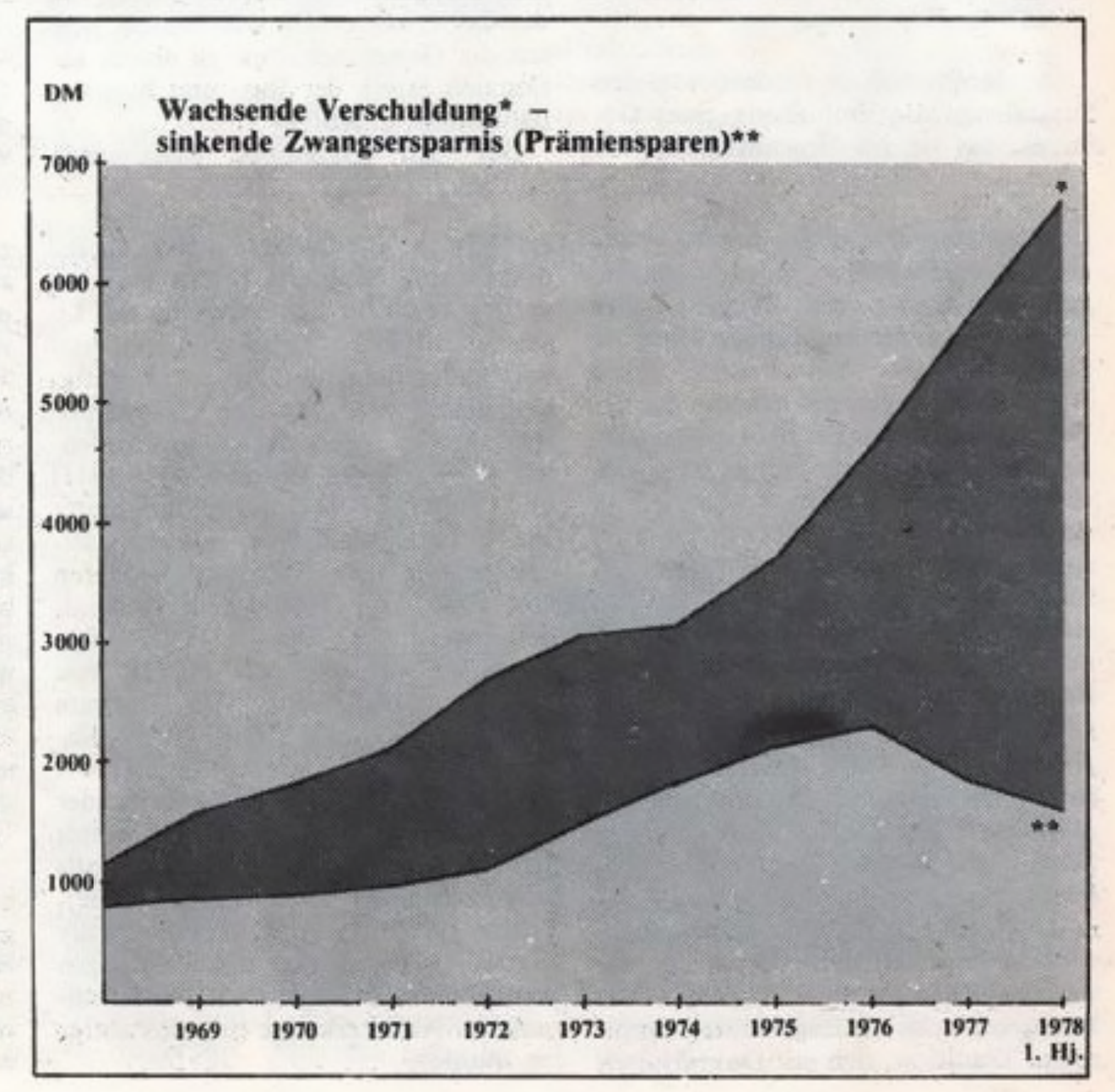
Die „Sachverständigen“ schreiben in ihrem Gutachten vom November 1978 zynisch: „Die Bereitschaft der Haushalte, ihr Einkommen auszugeben und sich für den Kauf von Konsumgütern auch zu verschulden, war vermutlich sogar erheblich höher als in der statistisch gemessenen Sparquote zum Ausdruck kommt, die mit etwas mehr als 12vH ihren niedrigen Vorjahreswert noch leicht unterschritt. ... Im übrigen zeigt auch die anhaltend kräftige Zunahme der Konsumentenkredite, daß die Ausgabenneigung der privaten Haushalte nicht nur unverändert groß war, sondern leicht durch die günstigen Finanzierungsbedingungen gestärkt wurde.“ Diese „Bereitschaft“ – Ausdruck des elenden Lohnstandards – geht einher mit einer von Jahr zu Jahr verengten Reproduktionsbasis (s. Tabelle).

Ausstattung des Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit langlebigen Gebrauchsgütern

	1973	1974	1975	1976	1977
PKW	69,4%	68,3%	74,3%	76,2%	77,7%
Kühlschrank	96,9%	95,9%	98,7%	96,6%	99,0%
Tiefkühlschr.	37,7%	44,9%	52,2%	57,8%	61,8%
Waschvollaut.	49,1%	52,0%	57,6%	63,2%	62,1%
Staubsauger	95,1%	98,2%	97,9%	99,0%	98,7%

Ausgaben des Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes in DM / Anteil an den Gesamtausgaben in Prozent

	1973	1974	1975	1976	1977
PKW	136,93/ 4,2	148,78/ 4,0	195,47/5,4	221,57/5,7	253,36/6,4
Möbel	161,12/ 2,9	164,45/ 2,5	177,90/2,4	184,27/2,6	197,39/2,7
Teppiche	43,16/ 0,9	39,93/ 0,8	42,49/0,7	51,36/0,6	55,65/0,6
Kleidung	146,51/10,0	161,25/10,1	177,70/9,9	176,61/9,0	190,56/9,1



Metallkapitalisten: Keine vollen Läger und keine Autohalden

z.ham. ,,Die Konjunktursonne bescheint die Automobilindustrie'', aber beim Maschinenbau und der Elektroindustrie gäbe es auch dunkle Wolken – mit so idyllischer Ausdrucksweise bemüht sich der Vorsitzende von Gesamtmetall, die Widersprüche zwischen den Metallkapitalisten zu übertünchen. 1978 sind 9,5% mehr Kraftfahrzeuge zugelassen worden als 1977. Der Maschinenbau dagegen hat im Juli/August 1978 15% weniger Aufträge hereinbekommen als in den zwei Vormonaten. Dabei ist die Entwicklung widersprüchlich: ,,Die Hersteller von Bau-, Werkzeug- und Textilmaschinen konnten deutlich mehr Aufträge registrieren'' (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 12/78).

Der Stahlarbeiterstreik hat die Front der Metallkapitalisten zusätzlich unter Spannung gesetzt. H. Pavel, Vorsitzender des ,,Wirtschaftsverbandes Eisen, Blech, Metallverarbeitung (EBM)'' am 19.12. im ,,Handelsblatt'': Sein Verband ,, würde von einem länger anhaltenden Streik in der Stahlindustrie sehr betroffen werden ... Es falle besonders ins Gewicht, daß die EBM-Industrie ... mit einer Exportquote von knapp 40% in ganz besonderem Maße auf prompte Lieferfähigkeit angewiesen sei''.

Am Jahresende 1977 hatte die Kapitalistenklasse in der BRD einen Lagerbestand im Wert von insgesamt 11,2 Mrd. DM, zum Jahreswechsel 78/79 die Hälfte – 6,9 Mrd.; Ausdruck des ,,vorsichtigen Aufschwunges'', wie sie sich ausdrücken, – sie können besser verkaufen. Das heißt aber auch: Können sie nicht liefern, liefern andere – ihre ausländischen imperialistischen Konkurrenten! Am empfindlichsten sind da jetzt die Straßenfahrzeugkapitalisten, vor allem die Automobilmonopole. Die Produktionsanlagen sind voll ausgelastet – Lieferfristen von oft einem viertel bis halben Jahr sind in der BRD üblich, und dabei haben sie die Produktion um 3% auf 3,61 Mio. PKWs und Kombi-Fahrzeuge gegenüber 1977 hochgetrieben. Allein im November 1978 wurden 8% mehr LKWs produziert als im Oktober.

Die imperialistischen Konkurrenten lauern auf BRD-Marktanteile, und den hohen Exportanteil der westdeutschen Automonopole von 50% wollen sie lieber heute als morgen mit eigener Lieferung füllen. Audi Neckarsulm (heute VW) hat in der Lohnbewegung 1978 durch Streik 7% weniger Fahrzeuge herstellen lassen können – der Marktanteil ist dabei von 8,8% 1977 auf 8% 1978 abgerutscht. Das hat das ,,Handelsblatt'' letzte Woche warnend für seine Klasse festgestellt.

Die Kapitalisten wollen rasch abschließen. Gerade einen Tag später als im Bezirk Hessen, wo die Kapitalisten der metallverarbeitenden Industrie ihre ,,Pilotrunde'' fahren wollten, haben sie auch in Stuttgart das 3%-Angebot auf den Tisch gebracht. H. Knapp, Vorsitzender von Gesamtmetall und Verhandlungsführer in Hessen, hat das als ,,interne Konzession, die viele Gründe habe'', bezeichnet. Ein Grund ist dabei sicher, daß das Motorenwerk von Mercedes im Iran (Kapazität 3000 Motoren) seit Monaten bestreikt wird. Jedenfalls mit der Drohung ,,voller Läger'' und ,,Autohalden'' in Reserve versuchen sie gar nicht erst zu kommen – jeder weiß,daß sie keine fertigen Autos auf Vorrat stehen haben.

An die 2 Mio. t Walzstahl sind den Stahlbaronen durch die Lappen gegangen, bei Flachstahl, der für Autobleche gebraucht wird, wurden im Dezember ⅔ weniger produziert. Im November '78 hatte die stahlverarbeitende Industrie ganze 1,5 Mio. t Stahl auf Lager zur Weiterverarbeitung. Die Hochöfen brauchen bis zu 14 Tage, bis sie wieder vollen Ausstoß bringen. Die hütteneigenen Walzwerke, in denen die Stahlkocher gestreikt haben, werden also erst jetzt wieder mit Rohstahl versorgt. Im Straßenfahrzeugbau werden allein 12,7% des gesamten Stahls – der zweitgrößte Einzelposten – verbraucht.

Die Windeseile, mit der sich die westdeutschen Automobilkonzerne noch im Dezember an die französische Konkurrenz gewandt und 14000 t Autobleche dort zusammengekauft haben, hat ihnen zwar den heftigen Vorwurf ,,mangelnder Solidarität von Teilen der deutschen Industrie'' von Seiten der Stahlbarone eingebracht – aber was soll's. Wo's um den eigenen Profit geht, hat kapitalistische Klassenkumpanei ihre Basis verloren. Mehr als ein ,,Landgraf, bleibe hart!'' hätten die übrigen Kapitalisten für die bestreikten Stahlherren auch nicht übrig gehabt, überlegt die ,,Süddeutsche Zeitung''. Die Solidarität der Arbeiter war fest und ging über die Landesgrenzen hinaus. Sie können die Front der Kapitalisten noch ganz anders zum Platzen bringen, wenn sie jetzt die richtigen Dinge unternehmen.

Die Metallkapitalisten verhandeln. Die IG-Metall verhandelt nicht. Die SPD-Führung verbreitet Illusionen. Ohne Aktionen ist nichts drin.

z.maf. Auf der unteren Parteistufenleiter der Sozialdemokratie verbreitet sich, sorgfältig geschürt von den Vorstandsebenen, die Illusion, die gewaltige Anstrengung der Lohnbewegung Stahl reiche aus, um sozusagen im Nachklatsch einen guten Abschluß in der Metallverarbeitung hereinzubringen, und zwar ausschließlich durch ,,harte Verhandlungen''. Wäre es so, so wär es nicht schlecht; aber leider ist das nicht. – Der Kanzler Schmidt reibt sich bereits öffentlich die Hände; er nimmt an, daß sein politisches Herbstmanöver doch noch aufgeht. Und tatsächlich, wenn die Lohnbewegung in der metallverarbeitenden Industrie ausmanövriert werden kann, so ist für etliche Monate die Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen entkräftet und kann, weil sie nicht zum Kampfe kommt, auch die erforderlichen politischen Fortschritte nicht machen.

Was waren noch die einzelnen Züge in Schmidts politischem Manöver?

1. Seit dem Sommer wurde hinsichtlich der Versicherungsabzüge Ruhe vorgetäuscht, die Regierung konzentriert sich auf die Unterminierung der *Leistungen*, bei der Durchführung der entsprechenden Gesetze trifft man den Arbeiter *einzeln*, und so kann der rufgeschädigte Ehrenberg jetzt hinter den Kulissen seine Werke verrichten, und wer dieselben beim Namen nennt, wird eingesperrt.

2. Sodann die Lohnsteuerreform, die, verbunden mit der Kindergeldreform fast nur den mittleren und höheren Entlohnungsklassen nützt, und dadurch die Einheitlichkeit des Kampfes gegen die dauernden Lohnsenkungen spaltet.

3. Sodann gegenüber der Urlaubsforderung Gelassenheit und gegenüber der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung epochale Zustimmung mimen, um den Zusammenstoß mit der kämpfenden Arbeiterbewegung zu vermeiden.

4. Auf die ,,Partei'' einwirken, um ein Aufwiegen des zugestandenen Urlaubs gegen die beabsichtigten niedrigen Prozentabschlüsse zu erreichen.

5. Im Sommer mit der Mehrwertsteuererhöhung die Kosten für die Lohnsteuerreform und die Kindergeldreform wieder hereinholen.

6. Das ,,Problem'' der Arbeitszeitverkürzung offenhalten, um hernach bei der vorgesehenen ,,Reform der Arbeitszeitordnung'', die gegenwärtig im Hause Ehrenberg angebrütet wird, die Verallgemeinerung der Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertags- und Überstundenarbeit, ,,vergolten'' durch vielleicht eine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung (oder auch nicht, je nachdem) zu beschließen.

Dies sind die Umrisse des taktischen Plans der Regierung Schmidt und des Parteivorstandes der SPD zum Sieg über die Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen.

Es gäbe noch viele Feinheiten daran, hauptsächlich hinsichtlich der Jugend, der Studenten und der mittleren Beamten, vornehmlich der Lehrer, aber die Hauptmomente des Plans sind die oben aufgezählten. Das Risiko, das Schmidt mit diesem Plan sich auch eingehandelt hat, ist auch klar. Ein erheblicher Teil der sozialdemokratischen Parteibasis ist in die Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen verwickelt und trägt diese mit. Freilich, die sog. SPD-Linke kann gewonnen werden. Diese vertritt immer deutlicher die Interessen des Beamtentums und der besser verdienenden Angestellten, die eine auskömmliche Zukunft im Staatsapparat oder in gehobenen Dienstleistungen bei den Kapitalisten erhalten sollen, wofür das eine Mal viele Steuern, das andere Mal solide Profite dienlich erscheinen. – Wer sich nicht auf diesen Plan einlassen kann, sind die Arbeiter und die schlechter verdienenden Angestellten. Prompt klagt die SPD auch schon über ,,Schwierigkeiten mit den älteren Arbeitern'' und über ,,Schwierigkeiten mit dem Nachwuchs'', klagt sie auch. Das kann auch nicht ausbleiben bei diesem taktischen Konzept.

Die sozialdemokratische Parteiführung berücksichtigt dieses Risiko ihres Planes im Plane selber: die SPD, geführt von Schmidt, arbeitet systematisch auf eine *soziale* Spaltung der Arbeiterbevölkerung des Landes hin, wodurch die *politische* Spaltung der Arbeiterbewegung gesichert werden kann. Die Verteilung der Gesamtlohnsumme soll verändert, der Arbeitsmarkt umgestaltet werden. Ein Teil der Arbeiterklasse soll zu deutlich niedrigeren Preisen beschäftigt werden und *zudem* noch das Risiko der unregelmäßigen Beschäftigung weitgehend monopolisieren. (Auf eine makabre Weise ist an dem CDU-Gerede mit den ,,Arbeitsplatzbesitzern'' schon was dran). – Durch beide Faktoren sinkt der Jahreslohn so weit, daß eine soziale Absonderung dieser Elenden, die dann immer mehr von der ,,öffentlichen Wohlfahrt'' abhängen, eintreten wird.

– Eine solche Spaltung der Arbeiterklasse hat sich z.B. in den USA für die ,,politische Stabilität'', d.h. für die politische Machtlosigkeit der Arbeiterbewegung, ausgezeichnet ausgewirkt. Die SPD, geführt durch Schmidt, will das auch hier erreichen und so ihre Basis bei den mittelverdienenden Arbeiter, vorwiegend aber den Angestellten und Beamten suchen.

So plant es die Regierung, so verhandeln die Kapitalisten und der gegenwärtige Hauptschönheitsfehler ist, daß die CDU/CSU nicht bereit ist, ein so erhebliches Gezeter von rechtsaußen anzufangen, daß diese Planung dagegen einen reformerischen Eindruck machen würde, und so ist die bürgerliche Presse dem Dr. Helmut Kohl stark beleidigt.

Wo ist der schwache Punkt in dieser perfiden Taktik? Was kann die Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen hier und jetzt *tun*, um diese Giftsuppe zu versalzen? – Man muß jetzt begreifen, daß große strategische Interessen der ganzen Arbeiterbewegung durch *kleine*, eher unscheinbar wirkende Maßnahmen verfochten werden. Wir, d.h. die Organisation, die Leser dieser Zeitung, die so wenige nicht sind, und die Leser der Zellenzeitungen, die ziemlich *viele* sind, müssen uns für die folgenden Dinge einsetzen. 1.) Im jetzt bestehenden tariflosen Zustand muß begonnen werden, *langsam* zu arbeiten. Das spüren die Kapitalisten und es ist auch eine gute Vorbereitung auf größere Aktionen. 2.) Eine Bewegung zur *Feststellung* der Ergebnisse der Steuerreform muß an Hand der jetzt neuen Lohnzettel eingeleitet werden. 3.) Die Aufklärung über die Kosten, die gesundheitlichen wie die geldlichen, die für den Arbeiter aus der Nacht- und Schichtarbeit entstehen, muß in den Gewerkschaften vor allem in der IG-Metall begonnen werden. 4) In den Akkordbetrieben müssen die stehenden Mindestforderungen gegen die Kapitalisten erhoben werden und diese Bewegung muß mit der Forderung nach Verbot des Akkordsystems verbunden werden. 5) Es müssen Beschließungen veranlaßt werden, daß eine Urlaubsregelung schlechter als bei Stahl nicht in Frage kommt. – Ist das alles wenig und wenig wirksam? Wir meinen: Warum sind alle Opportunisten und berufsmäßigen Reformversprecher gegen diese einfachen Maßnahmen? Eine gute Propaganda, verbunden mit gezielten, genau überlegten und in Aktionseinheit durchgeführten Aktionen wird den Metallkapitalisten schwer zu beißen geben.

bei der vorgesehenen ,,Reform der Arbeitszeitordnung'', die gegenwärtig im Hause Ehrenberg angebrütet wird, die
sonderung dieser Elenden, die dann immer mehr von der ,,öffentlichen Wohlfahrt'' abhängen, eintreten wird.
und in Aktionseinheit durchgeführten Aktionen wird den Metallkapitalisten schwer zu beißen geben.

Durch die Verwendung von Frauenarbeit drücken die Kapitalisten den Wert der Arbeitskraft

Durch die Verwendung von Frauenarbeit drücken die Kapitalisten den Wert der Arbeitskraft

z.mai. ,,Aber im Ernst: Fühlen Sie sich manchmal nicht auch ,minderwertig', weil Sie ja doch ,nur' Hausfrau und Mutter sind?'', kündigt Helmut Schmidt in der Broschüre ,,Frauen'' Anfang 1978 eine verstärkte ideologische Kampagne der imperialistischen Bourgeoisie mit dem Ziel der weiteren Unterwerfung der weiblichen Arbeitskraft unter die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals an. Tonnenweise Papier wurden seitdem verschrieben mit Untersuchungen über die Notwendigkeit der materiellen Emanzipation ,,vom Mann''; Ehrenberg widmet dem ,,Vorteil'' der Teilzeitarbeit eine ganze Broschüre und läßt die ,,Minderwertigkeitsgefühle'' praktisch beseitigen durch ,,Vermittlungsoffensiven''. Der imperialistische Staat nimmt über die Einführung des 6monatigen Schwangerschaftsurlaubs den Kapitalisten die Lohnfortzahlung ab und wälzt sie auf die Kassen der Versicherten, wobei er die Maximalzahlung von 750 DM propagiert, von vornherein aber nur von einer Auszahlung von 70% der Maximalhöhe ausgeht und bei Ablauf des Urlaubs auf die Herabdrückung der beschäftigten Frauen auf Teilzeitarbeit setzt.

Der Wert der Ware Arbeitskraft, wie der jeder anderen Ware auch, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch zur Reproduktion dieser Ware notwendigen Arbeitszeit, die auf Lebensmittel, Nahrung, Heizung, Wohnung, die Aufzucht der Kinder etc. verwandt werden muß. Der Umfang dieser Faktoren hängt ab von der Kulturstufe des jeweiligen Landes, u.a. unter welchen Bedingungen, d.h. Gewohnheiten, Lebensansprüchen die Arbeiterklasse sich gebildet und welchen Stand sie sich gegen die Kapitalistenklasse erkämpft hat. Die Entwicklungskosten des Werts der Ware Arbeitskraft, die sich mit der Produktionsweise ändern und die Frage, ob männlich oder weiblich, macht einen großen Unterschied in den Reproduktionskosten der Arbeiterfamilie und dem Wert des erwachsenen männlichen Arbeiters.

Die Einführung der Maschinerie, die die Muskelkraft und die qualifizierte Arbeit entbehren kann, macht unter kapitalistischer Produktionsweise die Ausbeutung von Frauen- und Kinderarbeit in großem Umfang möglich. Durch die Einbeziehung weiterer Teile der Arbeiterfamilie wird der Wert der Arbeitskraft des Mannes über diese Teile verteilt, die Arbeitskraft des Mannes entwertet. War der Lohn des Arbeiters ursprünglich darauf berechnet, den Unterhalt einer ganzen Familie zu decken, reicht er jetzt kaum hin, den Unterhalt eines unverheirateten Arbeiters zu decken. Der verheiratete Arbeiter muß auf die bezahlte Arbeit der Frau rechnen.

Da bestimmte Funktionen der Familie wie die Versorgung der Familienmitglieder, die Erziehung der Kinder etc. nicht ganz unterdrückt werden können, müssen bestimmte Arbeiten durch den Kauf fertiger Waren ersetzt, die Hausarbeit rationalisiert, eine Tagesmutter für die Wartung der Kinder beschafft werden. Wird vorher die Frau aufgrund des niedrigen Lohns des Mannes in die Fabrik getrieben, muß jetzt der verminderte Aufwand an häuslicher Arbeit durch vermehrte Geldausgaben gedeckt werden.

Ist die weibliche Arbeitskraft billiger zu haben (63% der arbeitsuchenden Frauen heute haben z.B. keine abgeschlossene Berufsausbildung), nimmt der Kapitalist die männliche nur, v.a. wenn eine große industrielle Reservearmee besteht, wenn sie sich ebenso billig verkauft. Da dem Arbeiter als einzelnem nichts anderes übrigbleibt, wird, mit der Begründung der üblichen Lohnspanne, der Frauenlohn erneut gedrückt, der Wert der Ware Arbeitskraft der gesamten Arbeiterklasse gesenkt, setzt diese dem keine Schranken.

1950 waren 4,2 Mio. aller Lohnabhängigen Frauen (30%), 1977 bereits 8,2 Mio. Die Anzahl der lohnabhängig beschäftigten Frauen in der Industrie mit Kindern unter 15 Jahren stieg allein von 1950 = 100 auf 1973 = 597 an. 1978 waren von den verheirateten Frauen unter 30 Jahren 60% und im Alter von 30 bis 45 Jahren 50% erwerbstätig. 1973 verdienten 71,4% der erwerbstätigen Frauen im Alter von über 20 Jahren unter 300 DM, 89,1% zwischen 300 und 600 DM, 66,8% 600 bis 800 DM von allen Beschäftigten der jeweiligen Einkommensstufe.

Je nach Lage läßt die imperialistische Bourgeoisie die Forderungen nach ,,Beseitigung der Doppelverdiener'' und ,,Rückkehr der Frau zum Herd'' erheben oder die Aussichten, Lohnarbeiter zu werden, in den goldensten Farben schildern. So wurde Anfang der 50er Jahre, angesichts einer über 10%igen Arbeitslosigkeit, in zahlreichen Untersuchungen nachgewiesen, daß die Frau im Hause unersetzlich sei. Mit der Krise 66/67 steigt die Zahl der erwerbstätigen Frauen, d.h. die Ersetzung vieler männlicher Arbeiter durch billige Frauenarbeit, sprunghaft an. Entsprechend tönt die Propaganda der Bourgeoisie: ,,Niemals sind in Deutschland die Gelegenheiten so gut gewesen, niemals haben die Verhältnisse, zumal auf dem Arbeitsmarkt, das Fortkommen der Frauen derart begünstigt. Indem Frauen darauf verzichten, diese Möglichkeiten wahrzunehmen, halten sie nicht nur sich selber im Stand der Unmündigkeit, sondern tragen generell zur Perpetuierung einer rational nicht mehr vertretbaren gesellschaftlichen Ungleichheit bei'', versichert H. Pross 1969 in einer Arbeit im Auftrag der Zeitschrift ,,Brigitte''. Ganze Industriezweige stürzen sich auf die billigen, unqualifizierten weiblichen Arbeitskräfte.

In welchem Ausmaß es der imperialistischen Bourgeoisie gelungen ist, das Niveau der Reproduktion der Arbeiterklasse mittels des Einsatzes von Frauenarbeit zu senken, zeigt nebenstehende Tabelle. Nicht nur müssen hochwertige Lebensmittel durch ,,billige'', zeitsparende, ersetzt werden, sondern der Kauf von Ersatzwaren steigt auch in geringerem Umfang als die hochwertigen Waren nicht mehr gekauft werden können.

Das Absinken der Geburten je 1000 Einwohner von 1963 18,3 auf 1977 9,5 ist eine weitere Folge davon, wie das Absinken des Heiratsalters von 1950 bis 1972 von 28,1 auf 25,5 bei Männern, bei Frauen von 25,4 auf 22,9 Jahre zeigt, daß anders bei den niedrigen Löhnen die Reproduktion des einzelnen nicht mehr gewährleistet ist.

Der Zustrom von Frauen auf den Arbeitsmarkt drückt sich in der höheren Quote der Arbeitslosigkeit aus. Der relative Überschuß an weiblichen Arbeitskräften drückt, v.a. aufgrund der Schleuderpreise, zu denen die Frauen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, auf die Reproduktionsbasis der Arbeiterfamilie wie auf die Löhne insgesamt. Die Arbeitslosigkeit der lohnabhängig beschäftigten Frauen stieg von 1960: 57091 auf 1975: 452000. Die Kapitalisten setzen auf die relative Unerfahrenheit und Unorganisiertheit der Frauen als Mittel zur Spaltung der Arbeiterklasse in den notwendigen Lohnkämpfen. Abgesichert werden soll dies durch die Spaltung der Löhne innerhalb der Arbeiterklasse selbst. So stieg die Lohnspanne zwischen ungelernten Arbeiterinnen und ungelernten Arbeitern von 1966: 0,92 DM auf 1977: 1,68 DM, zwischen angelernten Arbeitern und ungelernten Arbeiterinnen im selben Zeitraum von 1,93 DM auf 4,18 DM bei den durchschnittlichen Bruttostundenlöhnen.

Die Entwicklung, die den Kapitalisten durch billige Frauenarbeit Riesenprofite zuführt, mobilisiert auf der anderen Seite große Reserven für die Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes.

Monatsverbrauch Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt (in Gramm)

	Butter	Margarine	Frischgemüse	Gemüsekonserven	Frischobst	Obstkonserven	Ernährung in % d. Ausgaben
1950	1357	2409	10035	1046	10805	464*	52,2%
1957	1310	4307	11184	1629	10598	835*	45,9%
1962	2213	3076	10361	2365	16635	1157*	42,6%
1967	1845	3045	7903	2518	14645	1095	39,8%
1970	1884	2607	7197	2993	14123	1116	35,3%
1972	1605	2662	6994	3318	13962	1357	33,3%
1974	1595	2410	7150	3485	12946	1275	29,8%
1976	1490	2364	7227	4051	13034	1457	29,7%
1977	1441	2360	7658	3892	13113	1545	29,0%

* incl. Marmeladen und Gelees Quelle: Statistische Jahrbücher, verschiedene Jahrgänge

Seuchenkrankheiten – verschlechterte Lebensbedingungen

z.cht. Die Erkrankungen an ansteckenden Seuchen im Bundesgebiet nehmen zu. Das liegt vor allem an der Zunahme der Salmonellose, wobei TBC, Scharlach, Gelbsucht und Gehirnhautentzündungen weiterhin nicht wesentlich abgenommen haben und in einzelnen Fällen Ruhr (April 1978 in Bayern), Gelbsucht (2. Vj. 1978 in NRW) und Diphtherie epidemisch auftraten. Die Zahl der an Salmonellose-Erkrankungen gemeldeten Fälle auf 100000 der Bevölkerung betrug 1965 noch 10, 1973 schon 25,9 – 1974: 35,9 – 1975: 49,7 – 1976: 52,3 – 1977: 46,4. 1978 stiegen die Zahlen monatlich beträchtlich an und erreichten im 1. Halbjahr schon 17595 Fälle, was einem Anteil an 100000 der Bevölkerung, aufs Jahr berechnet, von 57 entsprechen würde. Das Bundesgesundheitsamt geht davon aus, daß die Zahl der tatsächlichen Fälle ein Mehrfaches der gemeldeten beträgt. Der Zwang, immer billigere Lebensmittel zu kaufen, und die entsprechend billige Produktion in Massen, die Tiefkühllagerung und die Verarbeitung in Großküchen unter schlechten Arbeitsbedingungen führen zu einer immer größeren Verbreitung der Salmonellen. Bei klinisch gesunden Schlachttieren ist mit einer Salmonellen-Infektionsrate von 15% beim Kalb, bis zu 50% beim Schwein und 20% bei Masthähnchen, bei tiefgefrorenen sogar 50%, zu rechnen (BGesundBl 20, S.363). Die April bis Juli 78 gemeldeten Fälle von Salmonellose kamen zum größten Teil aus Krankenhäusern und Kindergärten. – Die Bourgeoisie beklagt den Anstieg der Salmonellose – bzw. den dadurch erlittenen Produktionsausfall und die Kosten für die Heilung. Ändern will sie daran nichts, denn die Verschlechterung der Lebensbedingungen und die Lohnsenkung sind Bestandteil des Programms der Finanzbourgeoisie. Zynisch wird im Bundesgesundheitsblatt erklärt: „Es hat sich gegenwärtig praktisch als nahezu unmöglich erwiesen, Nutztierbestände salmonellenfrei zu halten, wenn
stände salmonellenfrei zu halten, wenn
die Produkte finanziell erschwinglich sein sollen." Verstärkt wird stattdessen der Staatsapparat zur Bespitzelung und Unterdrückung der Massen, um ihn unter der Flagge „Seuchenbekämpfung" einzusetzen. Im Entwurf für ein 4. Gesetz zur Änderung des Bundesseuchengesetzes wird zur Bekämpfung der Salmonellenerkrankungen die Pflicht zur kostenpflichtigen Gesundheitskontrolle der Beschäftigten in Betrieben, die bestimmte Lebensmittel produzieren, eingeführt. Die wesentliche Maßnahme, die nach dem Bundesseuchengesetz-Entwurf neu ergriffen wird, ist eine generelle Ermächtigung der Bundes- oder Landesregierungen, Gebote und Anordnungen zur Pflichtimpfung und -untersuchung, Verbote für die Durchführung von Tagungen, Volksfesten und Versammlungen zu erlassen, und notfalls zwangsweise Isolierungen und Freiheitsentzug anzuordnen. „Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit, der Versammlungsfreiheit und der Unverletzlichkeit der Wohnung werden ... eingeschränkt" (§10 des Gesetzentwurfs).

Gleichzeitig läuft das Kostendämpfungsgesetz im Gesundheitswesen und werden weiter Stellen gestrichen in Krankenhäusern, in Kindergärten und Kliniken. Während Seuchen, die seit Jahrzehnten als ausgerottet gelten, wieder auftauchen, wie Cholera, die nach dem Gesetzentwurf in die Liste der meldepflichtigen ansteckenden Krankheiten aufgenommen wird, – oder wie Ruhr, woran in einem Münchner Vorort April 1978 2450 Personen erkrankten, – werden zur Kostendämpfung gleichzeitig alle Pflicht-Schutzimpfungen für Kinder eingestellt. Es sind jetzt alle empfohlenen Schutzimpfungen für Kinder freiwillig und müssen von den Eltern bezahlt werden, – auch die Krankenkassen übernehmen nichts. Schon alleine der Impfstoff, der für die empfohlenen Impfungen für Kinder bis zu 15 Jahren notwendig ist, kostet über 100 DM (Diphtherie/Tetanus 7,80 DM, Masern 30 DM, 3 Diphtherie/Tetanus Auffrischungen à 11 DM, Pocken 11 DM, Polio Schluck 7,80 DM, Röteln 23,25 DM). Die Kosten für Vorbeugemaßnahmen werden aufs Volk abgewälzt. Dabei stellt die Bourgeoisie Berechnungen an, ob der Prozentsatz der freiwilligen Impfungen ausreicht, damit es zu keiner epidemischen Ausbreitung einer ansteckenden Krankheit kommt. Sie pokert hoch und muß ihre Seuchenstatistiken führen, damit sie sieht, wie weit sie gehen kann.

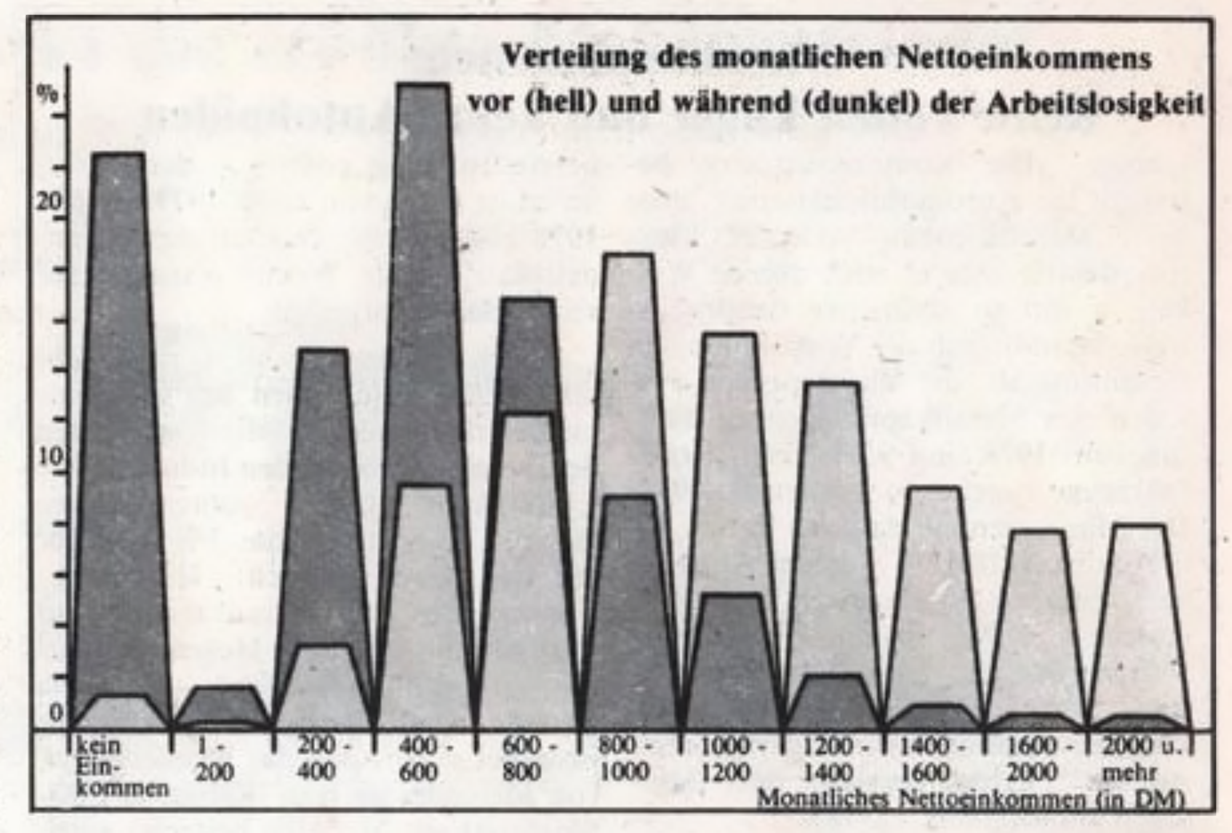
Nach Arbeitslosigkeit: 400 DM weniger

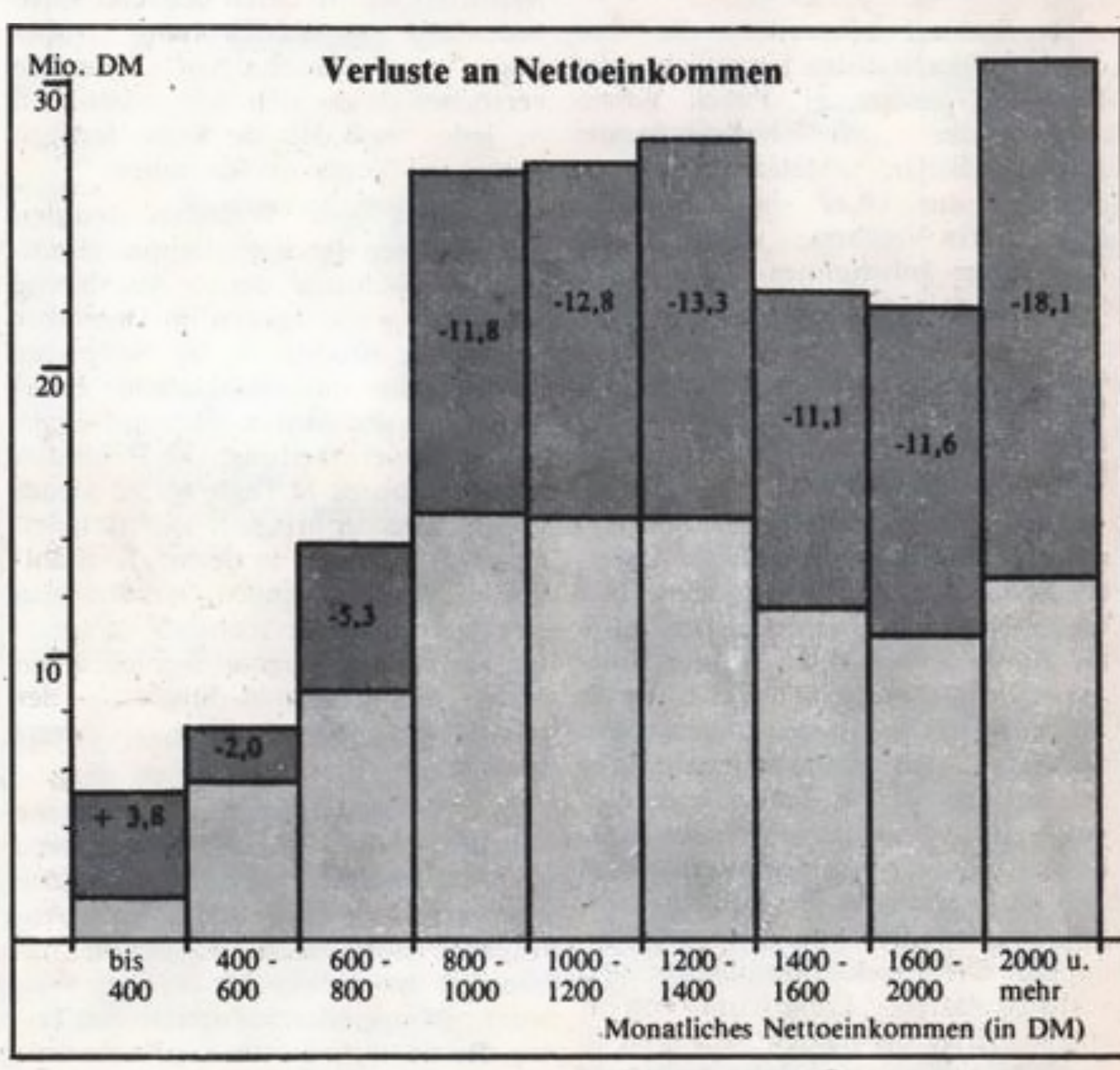
z.gör. Im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit wurden im September 1975 mehrere tausend Arbeitslose befragt, die ein Jahr zuvor arbeitslos gemeldet waren. Etwa 1/3 davon waren zum Zeitpunkt der Befragung immer noch arbeitslos. Herausgekommen ist bei der Untersuchung, wie sehr die durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen der Mehrheit der Arbeitslosen schon unter das Existenzminimum gedrückt wurden. Was im Durchschnitt netto pro Monat zum Leben zur Verfügung stand, sank von 1145 DM vor auf 625 DM (54 %) während der Arbeitslosigkeit. Das erste Schaubild über die Verteilung des monatlichen Nettoeinkommens zeigt, wie drastisch sie in Bereiche unterhalb des Existenzminimums verschoben wird. Sprunghaft steigt insbesondere der Teil an, der überhaupt kein Geld bekommt. 64,5 % der befragten Arbeitslosen hatten weniger als 600 DM monatlich zur Verfügung.

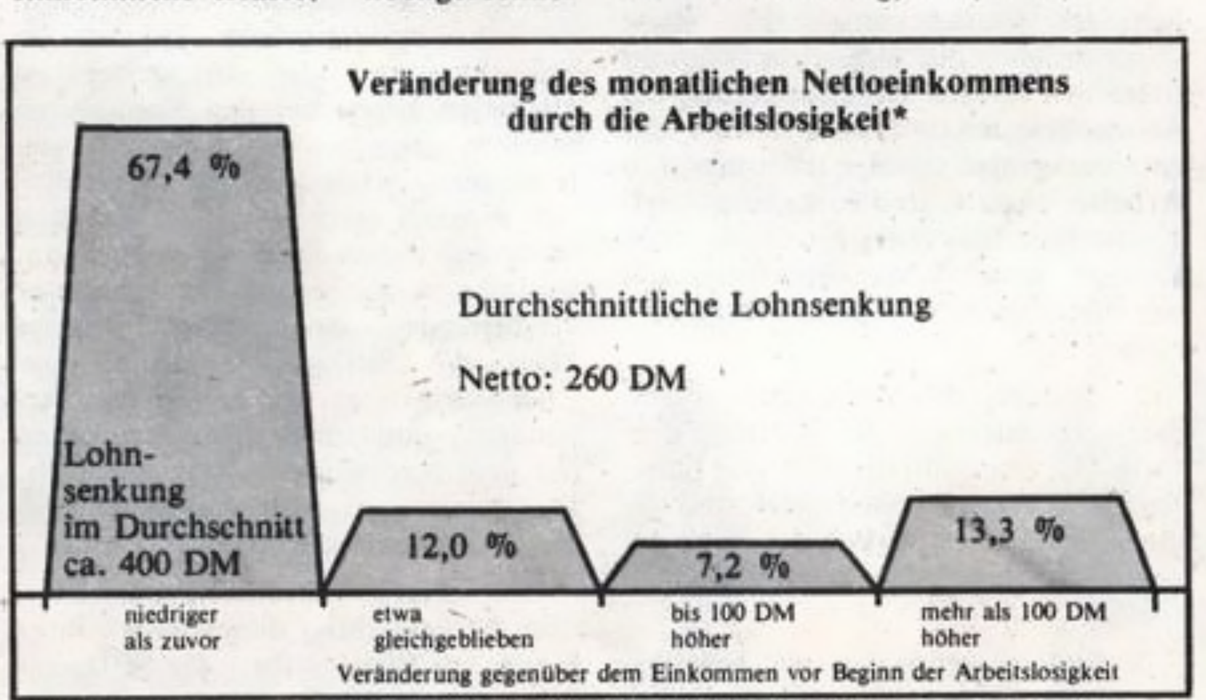
Das nächste Schaubild zeigt den gewaltigen Verlust an Reproduktionsmitteln durch die Arbeitslosigkeit. Eingezeichnet sind die monatlichen Nettoeinkommensverluste, hochgerechnet auf 160000 Arbeitslose, was etwa der Zahl im Arbeitsamtsbezirk Niedersachsen/Bremen entspricht. Das Plus von 3,8 Mio. DM in der niedrigsten Einkommensklasse (bis 400 DM) entsteht durch Sozialhilfe. In diesen Bereich werden 39 % der Arbeitslosen gedrückt.

Das dritte Schaubild zeigt schließlich, wie die Arbeitslosigkeit als Mittel der Lohnsenkung wirkt, wie die überwiegende Mehrheit der Arbeitslosen gezwungen wird, jegliche Arbeit zu niedrigsten Löhnen anzunehmen. Bei denjenigen Arbeitslosen, die überhaupt erneut einen Ausbeuter gefunden haben – und das sind weniger als 2/3, da ein weiterer Teil vorzeitig verrentet oder sonstwie aus der Arbeitslosenstatistik ausgesondert wird –, wurde die neue Arbeit um *durchschnittlich* 260 DM netto niedriger bezahlt. Die Zahl verhüllt noch Spaltung. Bei 67,4% der Arbeitslosen war mit erneuter Aufnahme einer Lohnarbeit eine Lohnsenkung verbunden, im Durchschnitt um 400 DM netto pro Monat.

(Quelle: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4/76, 2/77.)







*Bei Nettoeinkommen von 1200 DM und mehr vor Beginn der Arbeitslosigkeit

Betriebliche Rentenkassen – Hauptkapitalquellen für US-Monopole

„Mitbestimmung" ist beim Raubzug inbegriffen / Cartersche Rentenreformen

z.gek. Über das Gesamtvermögen, das die sogenannten betrieblichen Rentenkassen der großen Konzerne in den USA im Laufe der letzten 20 Jahre aufgehäuft haben (1951 ließ sich die Automobilarbeitergewerkschaft UAW zum ersten Mal auf ein solches Tarifabkommen mit General Motors ein), darüber gibt es heute nur noch Schätzungen. Die vorsichtigeren sprechen von etwa 180 Milliarden $, optimistischere kommen bereits auf 250 – 300 Milliarden $. Dieses Vermögen befindet sich, soweit die amtliche Statistik irgendwelche Auskünfte erteilt, zu über 50% in der Form von Aktien, zu weiteren 25% in festverzinslichen Wertpapieren, knapp 10% in Staatsschuldpapieren, der Rest in Grundstücken, Hypotheken oder in Bargeld, das auf günstige Anlagechancen lauert. Die betrieblichen Rentenkassen sind die größten einzelnen Käufer von Aktien und Wertpapieren auf dem Kapitalmarkt geworden. Die Rückverwandlung von Lohngeldern in Kapital, und zwar auf dem direktesten Wege, ist ganz ohne Schnörkel ihr Daseinszweck. Die Bezeichnung als „Rentenkassen" ist vielmehr der gemeinhin übliche Vorwand, der es den Kapitalisten erlaubt,

– jeden Monat, entsprechend Tarifabkommen mit den Gewerkschaften, etwa 30 Millionen Arbeitern und Angestellten mehr als 5% ihres Bruttolohns abzuziehen, wenn auch nur indirekt, als „Arbeitgeber-Beitrag", aber doch stets gegen Lohnerhöhungen in Anrechnung gebracht;

– sich billiges Leihkapital zu sichern *und* von den sonst üblichen Steuern weitgehend frei zu halten;

– ihrem „Stammpersonal", den mittleren und höheren Angestellten, Meistern und Vorarbeitern, sowie den besser bezahlten Fachkräften mit einem Schmiergeld von Rentenzuschuß winken zu können und sie so von der Masse der einfachen Arbeiter und Angestellten abzuspalten, die von den betrieblichen Rentenkassen in aller Regel keinen Cent sehen, wenn sie das Rentenalter erreichen.

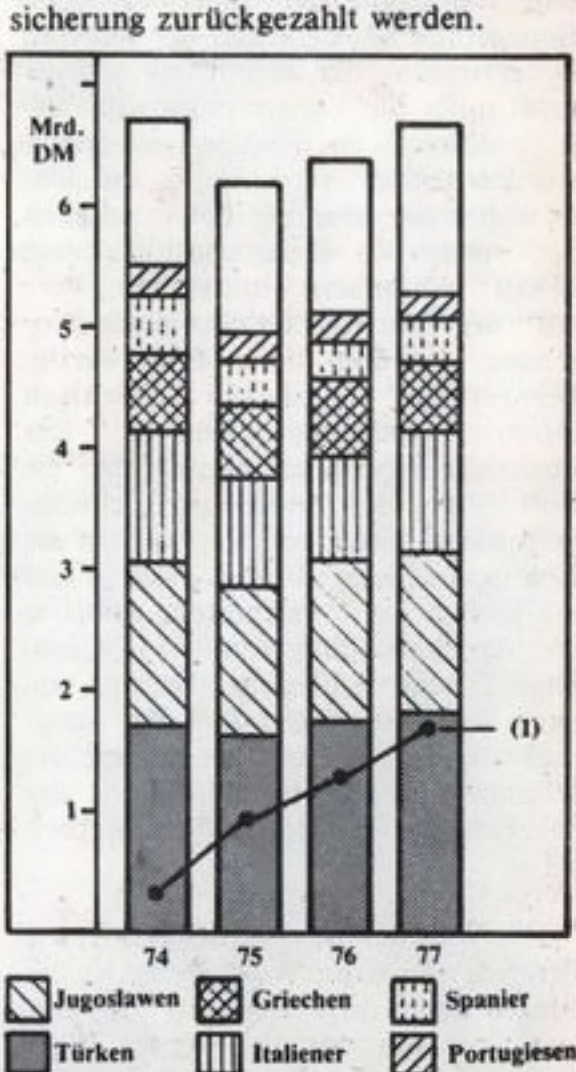
Dies letztere regelt sich weitgehend „von selbst" über so einfache Bestimmungen wie die, daß nur Arbeiter mit mehr als 10 Jahren „Betriebszugehörigkeit" einen Rentenanspruch haben. Dabei müssen sich Arbeiter in den USA heute im Durchschnitt alle 4,6 Jahre einen neuen Ausbeuter suchen, die Frauen sogar alle 2,8 Jahre. Eben hat der Oberste Gerichtshof in einer Grundsatzentscheidung gegen den LKW-Fahrer Daniel festgestellt, daß dieser trotz 20 Beitragsjahren keinen Rentenanspruch aus Betriebskassen besitzt, weil er zwischendrin arbeitslos gewesen ist. Er hätte jedoch nach den Verträgen mit der Teamstergewerkschaft „fortlaufend" beschäftigt gewesen sein müssen.

Infolgedessen haben bis heute nur 7 Millionen Rentner von den betrieblichen Rentenkassen einen Rentenzuschuß erhalten. Im Jahr 1976 zum Beispiel mußten die Betriebsrentenkassen nur 14 Milliarden an Renten auszahlen, während sie im gleichen Jahr an die 30 Milliarden eingenommen haben. Diese enorme Akkumulationsrate mag die Schwankungen in der Schätzung des Gesamtvermögens wohl entschuldigen. Fast unnötig zu sagen, daß die Verwaltung dieser Fonds in den Händen derselben Handvoll Großbanken liegt, die auch die Industriekonzerne selbst kontrollieren. „Mitbestimmung", auch paritätische, durch führende Gewerkschaftssozialdemokraten ist dabei natürlich inbegriffen; ohne dies könnte dieser ungeheuerliche Versicherungsbetrug ja gar nicht stattfinden.

Daß die herrschende Monopolbourgeoisie einen Großteil der Rentenersparnisse der Lohnarbeiter auf diesem direkten Weg an sich bringen kann, hindert sie natürlich nicht, parallel dazu die Ausplünderung der staatlich geführten Sozialversicherungen zu betreiben. Im Dezember 1977 hat Carter sowohl den Satz für die Sozialversicherungssteuern in eine steilere Kurve der Steigerung umgelenkt. Zugleich hat er, wenig bemerkt, für 1979 eine direkte Rentensenkung eingeleitet, vor allem für die ab dann neu in Rente gehenden Arbeiter, die nach einer geänderten Rentenformel nur noch einen kleineren Teil ihres vorherigen Lohns als Rente erhalten. Schließlich hat er mit der Gesetzgebung über die Aufhebung der Altersgrenze, das feierlich proklamierte „Recht auf Weiterarbeit nach dem 65. Lebensjahr", die Weichen gestellt, um Millionen, die nur eine Hungerrente zu erwarten haben, zu zwingen, auf diese Rente auch noch zu verzichten und weiterhin sich mit Lohnarbeit zu ernähren, bis zum Ende. Nach Carters nüchternen Kalkulationen soll dies schon ab 1981 die Überschüsse in der staatlichen „Altersrentner-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung" (OASDI) auf jährlich 10, später 20 Milliarden steigern, und die Vermögensrücklage von jetzt 35 Milliarden auf 120 Milliarden im Jahr 1987 bringen. Mit 120 Milliarden extra könnte man schon fast einen Krieg in Europa finanzieren.

Rententransfer: Raub von Versicherungsgeldern der ausländischen Arbeiter

z.gab. Das Schaubild zeigt die jährlichen durchschnittlichen Rentenversicherungsbeiträge, die die von den BRD-Imperialisten ausgebeuteten ausländischen Arbeiter 1974 bis 1977 in die Arbeiterrentenversicherung eingezahlt haben. Zugrunde gelegt ist jeweils der Durchschnittsbruttolohn der „Leistungsgruppe 3" (aus: Arbeits- und Sozialstatistik, Jg. 1974-78), d.h. der durchschnittliche Bruttolohn der untersten Lohngruppen bei einem Beitragssatz von 18% für die Rentenversicherung. Rund 6,7 Mrd. DM haben die BRD-Imperialisten mit dieser Art „Rententransfer" der Türkei, Jugoslawien, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und den übrigen Ländern vorenthalten. Verschwindend gering ist der Teil der zurückgezahlten Rentenbeiträge, wenn die ausländischen Arbeiter nach 5 oder 10 Jahren die BRD verlassen haben und in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Zum Vergleich sind in das Schaubild die von der Arbeiterrentenversicherung ausgezahlten Vertrags- und Auslandsrenten (1) – in denen zudem noch die Rentenzahlungen an BRD-Staatsangehörige im Ausland enthalten sind – eingetragen, die von den BRD-Imperialisten dann ausgezahlt werden, wenn mit den betreffenden Ländern zwischenstaatliche oder internationale „Abkommen zur sozialen Sicherheit" abgeschlossen wurden. Nicht enthalten in der Kurve sind die von der Arbeiterrentenversicherung an die ausländischen Arbeiter erstatteten Beiträge. Diesen steht seit der „Rentenreform 73" ein „Beitragserstattungsanspruch" zu, wenn sie bereits eine Wartezeit erfüllt haben, aber vor Rentenbeginn wieder in ihr Heimatland zurückgekehrt sind. Allerdings, frühestens 2 Jahre nach Ende der Versicherungspflicht kann dieser Erstattungsanspruch von den ausländischen Arbeitern geltend gemacht werden. Mit dieser Zusatzklausel haben sich die BRD-Imperialisten die tatsächliche Rückzahlung der Rentenversicherungsbeiträge faktisch vom Halse geschafft. Gegen diesen Raub an den Versicherungsgeldern hat Rumänien mit der BRD im Juli 1976 ein Abkommen geschlossen, daß generell die von rumänischen Firmen für entsandte Arbeiter von 1967 bis 1974 gezahlten Beiträge zur deutschen gesetzlichen Rentenversicherung zurückgezahlt werden.



Es bleiben rund 2,4% der ausländischen Arbeiter, die das Rentenalter in der BRD erreichen und nicht zuvor Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis entzogen bekommen haben und abgeschoben werden. Sie sind in den Rentenstatistiken des Ehrenbergministeriums nicht gesondert ausgewiesen, sondern finden sich in den Rentenstatistiken in den untersten Stufen der Sozialrentenempfänger.

Lohn- und Manteltarife für landwirtschaftliche Lehrlinge!

Die landwirtschaftlichen Lehrlinge brauchen Bedingungen, die ihren Zusammenschluß erleichtern

r.irw. Die Zahl der Auszubildenden in landwirtschaftlichen Berufen hat sich von 1976 auf 1977 um 13% auf 37400 erhöht. In den laufenden Tarifverhandlungen für die Landarbeiter fordert die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Lehrlinge und Praktikanten in die Lohn- und Manteltarifverträge. Gegenwärtig erhalten sie alle möglichen Löhne zwischen 60 und 250 DM, die Arbeitszeit von 40 Stunden (nach „Empfehlungen" der Landwirtschaftskammer) wird weit überschritten.

Die Schwierigkeiten, die sich den landwirtschaftlichen Lehrlingen bei ihrem Zusammenschluß stellen, wollen wir am Beispiel einer landwirtschaftlichen Berufschulklasse im Landkreis Friesland deutlich machen. Die Schüler dieser Klasse sind verstreut über den ganzen Landkreis, die Mehrzahl von ihnen sind landwirtschaftliche Lehrlinge, dazu kommen einige Jungarbeiter. Die meisten Lehrlinge werden den Hof ihrer Eltern übernehmen, dabei handelt es sich um Höfe zwischen ca. 25 bis 30 ha, kein Hof liegt über 50 ha. Ein Lehrling berichtete: „Ich habe eine tägliche Arbeitszeit von 9,5 Stunden, im Sommer während der Ernte kommt man auch schon mal auf 11 bis 12 Stunden. Sonnabend ist voller Arbeitstag, Sonntag kommt man auf 5 Stunden. Dafür habe ich drei Tage im Monat, meist Sonnabend bis Montag, frei. Der für alle landwirtschaftlichen Lehrlinge verbindliche Familienanschluß bringt nur zusätzliche Arbeitszeit, z.B. nachts, wenn eine Kuh kalbt. Ich bekomme 450 DM brutto, davon werden mir für Kost und Logis 300 DM abgezogen. Wenn ich nicht auch abends auf dem Hof festsitzen will, bin ich auf ein Auto angewiesen, weil Busse um diese Zeit sowieso nicht mehr fahren. Für Benzin bleibt aber von meinem Lohn kaum was über. So treffe ich die anderen Schüler nur an den Berufsschultagen."

Die Bourgeoisie ist bestrebt, stärkeren Zugriff auf die Ausbildung der Landwirte zu nehmen. Zum einen dadurch, daß die Ausbildung immer mehr auf einige wenige Großbetriebe konzentriert werden soll.

Gefördert mit einem monatlichen Zuschuß von 100 DM für die Gesamtdauer der Ausbildung werden zusätzliche Ausbildungsplätze in wirtschaftlich schwachen Regionen, diesen Zuschuß erhalten elterliche Betriebe nicht. Zum anderen erfolgt der Zugriff über die Schulen, wo man den Schülern beibringt, daß es allemal richtig ist, sich hoch zu verschulden, um mit den mondernsten Anlagen arbeiten zu können, das würde sich schon auszahlen. Diese für das Finanzkapital wesentliche Funktion der landwirtschaftlichen Schulen wird noch bekräftigt durch die Richtlinien des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums wonach nach 1953 Geborene nur dann gefördert werden, d.h. Zuschüsse für bauliche Maßnahmen oder zinsverbilligte Bankdarlehen erhalten, wenn sie eine landwirtschaftliche Fachschule besucht haben.

Eine noch intensivere Wirkung in diese Richtung verspricht sich die Bourgeoisie mit der flächendeckenden Einführung des BGJ Agrarwirtschaft in ganz Niedersachsen zum 1.8.79. Heißt es jetzt in den Schulen noch häufig: „Bi us mokt wi dat anners!", so soll jetzt die Ausbildung der Jungbauern gänzlich der Kontrolle der kleinen und mittleren Bauern entzogen werden. Vorgesehen ist, daß die Schüler während des BGJ einen Tag pro Woche auf einem landwirtschaftlichen Betrieb in Gruppen zu sechs Mann vom Betriebsleiter ausgebildet werden, sowas geht natürlich nur auf Höfen, wo der Betriebsleiter nicht mitarbeiten muß. Bislang haben sich alle Ausbildungsbetriebe in Friesland geweigert, das mitzumachen.

Die landwirtschaftlichen Lehrlinge können sich mit den Landarbeitern gut zusammenschließen auf Grundlage der Forderung nach Übernahme in den Lohn- und Manteltarifvertrag. Ihre Forderung muß gehen in Richtung auf 60% vom landwirtschaftlichen Facharbeiterlohn (Lohngruppe 6, gegenwärtig 1610 DM) und auf die von der GGLF geforderte 40-Stundenwoche an fünf Tagen.

Nordsee-Konzern: Rationalisierung in der Fischereiflotte und die Fischindustrie-Reaktion auf die 200-Meilen-Zone

r.ruz. Zur Sicherung und Steigerung ihrer Profite und zur Niederringung der Konkurrenten betreiben die westdeutschen Fischereikonzerne Infiltration und politischen Druck gegenüber den Ländern der 3. Welt und den kleineren kapitalistischen Staaten auf der einen Seite und auf der anderen Seite eine erneute Rationalisierungswelle in der Fangflotte wie in der Fischindustrie.

Der Nordsee-Konzern hat z.B. im Gefolge der Forschungsschiffe zwei Fangfabrikschiffe vor Argentinien stationiert. Die koloniale Abhängigkeit Namibias und Grönlands nutzt er um jeweils gleich mit mehreren Fabrikschiffen deren Fischbestände zu plündern. Seit letztem Herbst wird die Fangflotte massiv rationalisiert: 10 veraltete Frischfischfänger wurden stillgelegt und verschrottet.

In der Fischindustrie der Nordsee in Bremerhaven und Cuxhaven wird ebenfalls rationalisiert. An der neuen „Dauerkonservenlinie 4" in Cuxhaven werden Heringskonservendosen automatisch gefüllt, verschlossen und verpackt. Eine Reihe Arbeiterinnen wurde überflüssig gemacht, für die verbleibenden wurde die Arbeit noch monotoner und anstrengender. Im Werk Bremerhaven wird mit der 1974 gekauften Fischstäbchen-Verpackungsanlage mehr als doppelt soviel produziert – mit 17 statt mit 28 Arbeiterinnen und Arbeitern.

Einher mit der verschärften Ausbeutung gehen Qualitätsminderungen der produzierten Lebensmittel. 50% der Fischstäbchen werden inzwischen aus „Musblöcken" gemacht. So werden Frostfischblöcke genannt, in denen die feingemahlenen und grätenhaltigen Abfallstücke vom Filetieren, 15% Wasser, T-Salz zum Binden des Wassers und Mehl enthalten sind.

In die „Seemannsschnitzel", einer Art Fischfrikadelle, kam von Anfang nur ca. 45% Fisch – in der Form von „Mus". Inzwischen sind es vielleicht noch 30% Mus, die Differenz wurde durch Abfälle und Ausschuß anderer Produkte ersetzt.



An der Dauerkonservenlinie 4 ist die Arbeit der Frauen auf das Einlegen der Heringe in die Dosen reduziert.

r.ruz. Zur Sicherung und Steigerung ihrer Profite und zur Niederringung der Konkurrenten betreiben die westdeutschen Fischereikonzerne Infiltration und politischen Druck gegenüber den Ländern der 3. Welt und den kleineren kapitalistischen Staaten auf der einen Seite und auf der anderen Seite eine erneute Rationalisierungswelle in der Fangflotte wie in der Fischindustrie.

Der Nordsee-Konzern hat z.B. im Gefolge der Forschungsschiffe zwei Fangfabrikschiffe vor Argentinien stationiert. Die koloniale Abhängigkeit Namibias und Grönlands nutzt er um jeweils gleich mit mehreren Fabrikschiffen deren Fischbestände zu plündern. Seit letztem Herbst wird die Fangflotte massiv rationalisiert: 10 veraltete Frischfischfänger wurden stillgelegt und verschrottet.

In der Fischindustrie der Nordsee in Bremerhaven und Cuxhaven wird ebenfalls rationalisiert. An der neuen „Dauerkonservenlinie 4" in Cuxhaven werden Heringskonservendosen automatisch gefüllt, verschlossen und verpackt. Eine Reihe Arbeiterinnen wurde überflüssig gemacht, für die verbleibenden wurde die Arbeit noch monotoner und anstrengender. Im Werk Bremerhaven wird mit der 1974 gekauften Fischstäbchen-Verpackungsanlage mehr als doppelt soviel produziert – mit 17 statt mit 28 Arbeiterinnen und Arbeitern.

Einher mit der verschärften Ausbeutung gehen Qualitätsminderungen der produzierten Lebensmittel. 50% der Fischstäbchen werden inzwischen aus „Musblöcken" gemacht. So werden Frostfischblöcke genannt, in denen die feingemahlenen und grätenhaltigen Abfallstücke vom Filetieren, 15% Wasser, T-Salz zum Binden des Wassers und Mehl enthalten sind.

In die „Seemannsschnitzel", einer Art Fischfrikadelle, kam von Anfang nur ca. 45% Fisch – in der Form von „Mus". Inzwischen sind es vielleicht noch 30% Mus, die Differenz wurde durch Abfälle und Ausschuß anderer Produkte ersetzt.



An der Dauerkonservenlinie 4 ist die Arbeit der Frauen auf das Einlegen der Heringe in die Dosen reduziert.

Altersgeld und Landabgaberente: „Bezuschussung" bei Aufgabe des Hofes

Rentenkürzung für die Bauern durch das 21. Rentenanpassungsgesetz

z.bil. Die Masse der kleinen Bauern ist nicht gemeinsam mit den Arbeitern in der gesetzlichen Rentenversicherung organisiert. Seit 1957 hat die Regierung eine Sondergesetzgebung, das „Gesetz über eine Altershilfe der Landwirte", durchgeführt. Auf Grund des Gesetzes sind die landwirtschaftlichen Alterskassen errichtet worden. Das Gesetz sieht zwei Formen, das Altersgeld und die Landabgaberente der „Altershilfe", vor. Wir wollen sie nacheinander abhandeln.

Altersgeld erhalten „*ehemalige* landwirtschaftliche Unternehmer". „Unternehmer" sind die Bauern, wenn die Bodenwirtschaft eine „ausreichende Existenzgrundlage bildet". Die Feststellung darüber, was ausreichende Existenzgrundlage ist, trifft die landwirtschaftliche Alterskasse. Bemessungsgrundlage ist dabei eine Mindesthöhe des steuerlichen Einheitswertes oder die Bemessung des Arbeitsbedarfs. Wir haben nicht herausgefunden, wievielen Bauern mit nur ein paar Hektar Land die Mitgliedschaft in der landwirtschaftlichen Alterskasse versagt wurde und wie hoch der Prozentsatz der Bauern ist, die *gänzlich ohne* eine Rente im Alter sind. Ist der Bauer in der Alterskasse, hat er Anspruch auf Altersgeld, wenn er 1. das 65. Lebensjahr vollendet hat, 2. mindestens bis zum 60. Lebensjahr in die Alterskasse eingezahlt hat, 3. das Unternehmen abgegeben hat. (§2 GAL)

Erst wenn der Hof und das Land verkauft oder langfristig verpachtet sind, kann der Antrag auf Altersgeld überhaupt gestellt werden. In der Begründung zu dem Gesetz gilt die Rentenversicherung der Landwirte als „Bargeldzuschuß zum Altenteil, der eine frühzeitige Hofabgabe erleichtern und strukturpolitische Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft unterstützen sollte" (aus: Soziale Sicherung, S. 131). Entweder der ältere Bauer muß verkaufen und sich von dem Land, das er bebaut hat, scheren, oder es werden „Übergabeverträge" mit den Söhnen abgeschlossen. In einem solchen Vertrag heißt es: „Der Übergeber hat Wohnungsrecht, ... und zwar im Erdgeschoß das zur Straße hin gelegene Wohnzimmer und daran anschließende Schlafzimmer ... Speisen und Getränke sind in einem ausreichenden und bekömmlichen Zustand zu verabreichen ... Anstelle der Beköstigung am gemeinschaftlichen Tisch kann der Übergeber jederzeit die Lieferung nachstehender Naturalien verlangen: *jährlich:* ein Schwein im Lebendgewicht von drei Zentnern, schlachtfertig zubereitet mit allen Zutaten ... 25 Pfund Rindfleisch, 1 Zentner Zucker, 5 Zentner gut verlesene Speisekartoffeln, 1 Zentner Mehl; *wöchentlich:* 6 Pfund Brot, 10 Eier, 1 Pfund Butter; *täglich:* 1 Liter Vollmilch, Obst und Gemüse für den eigenen Bedarf."

„Bezuschussung" heißt, daß der ältere Bauer eine Altersrente erhält, die zur Versorgung mit den notwendigen Lebensmitteln *nicht* ausreicht. Das „Glück", Kinder zu haben, stellt sich als Zwang heraus, weil anders die Reproduktion nicht gesichert werden kann. Die Bourgeoisie setzt darauf, daß die Kinder den Bauern schon nicht verhungern lassen werden.

Mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz aus dem Hause Ehrenberg ist die Erhöhung der Altersgelder den Erhöhungssätzen der gesetzlichen Rentenversicherung angepaßt worden. Ab 1. Januar 1979 wird an den verheirateten Landwirt ein monatliches Altersgeld von 416 DM ausgezahlt, ab 1. Januar 1980 432,70 und ab 1.1.1981 450,10 DM. Für Unverheiratete beträgt das Altersgeld ab 1979 277,60 DM, ab 1980 288,70 und ab 1.1.81 300,30 DM. Sind Ehegatten beide anspruchsberechtigt, so erhält jeder nur das Altersgeld eines Unverheirateten. Mit der Anpassung an die Rentenerhöhungen ist auch für die Altersgelder eine Senkung bewirkt, während die Beiträge zur Alterskasse steigen. Seit 1974 waren die Altersgelder jährlich um rund 10% gestiegen, ab 1979 werden analog dem 21. Rentenanpassungsgesetz die Altersgelder nur noch um 3,9% angehoben. Bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen kann 1976 erstmals eine Senkung der Ausgaben für Medikamente und Krankenversorgung gegenüber den Vorjahren festgestellt werden. (Ausgaben 1976: 708,0 Mio. DM; 1975: 651,1 Mio. DM; 1974: 559,1 Mio. DM; 1973: 454,9 Mio. DM). Sind also in den Jahren 1974, 1975 die Ausgaben um jeweils rund 100 Mio. DM gesteigert worden, sind es 1976 nur noch 50 Mio. DM, dies bei einer Zunahme der Einnahmen der landwirtschaftlichen Krankenversicherung von 1974: 793,5 Mio. DM; 1975: 956,7 Mio. DM und 1976: 1070,3 Mio. DM. Gleichzeitig verzeichnet die bürgerliche Statistik ein ständiges Abnehmen der älteren Bauern, die überhaupt Leistungen aus der Krankenversicherung erhalten (1973: 391,5 Leistungsempfänger; 1974: 388,8; 1975: 386,1; 1976: 378,9 / in Tausend). Es ist derselbe Zangengriff, den das Finanzkapital bei den Millionenmassen Arbeitern über die Kürzung der Renten und Kürzungen der Leistungen der Krankenversicherung vornimmt, dem auch die Masse der älteren Bauern ausgesetzt ist. Die Folge ist steigende Verelendung und Verkürzung der Lebenszeit.

Die *Landabgaberente* als zweite Form der „Bezuschussung" ergänzt das Programm der Vertreibung und Enteignung der Bauern von ihrem Land. Anspruchsberechtigt ist ein „landwirtschaftlicher Unternehmer", der das 60. Lebensjahr vollendet hat oder berufsunfähig ist; mindestens 60 Kalendermonate Beiträge an die landwirtschaftliche Alterskasse gezahlt hat und sein landwirtschaftliches Unternehmen zum Zwecke der Strukturverbesserung abgegeben hat (§41 GAL).

Wir zitieren wiederum die Bundesregierung: „Die 1969 eingeführte Landabgaberente ermöglicht Inhabern land-

Empfänger von Landabgaberente, abgegebene Fläche

	Empfäng. von Landabgaberente Anzahl	abgegebene Fläche im laufenden Jahr ha	abgegebene Fläche seit 1969 insgesamt ha
1969	216	940	950
1970	2351	12006	12946
1971	9726	64480	77426
1972	18830	80750	158176
1973	27277	80494	238670
1974	31557	44740	283410
1975	36972	71299	354709
1976	40883	55434	410143
1977*	43500	39000	449413

* vorläufig / Quelle: Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen

wirtschaftlicher Betriebe, die keine Investitionshilfen erhalten, das Ausscheiden zugunsten einer besseren Verwertung der dadurch freiwerdenden landwirtschaftlichen Nutzflächen." (Soziale Sicherung S.131). Befriedigt stellt der Agrarbericht der Bundesregierung 1977 fest: „Ende 1976 bezogen rund 41000 ehemalige Landwirte die Landabgaberente; seit 1969, dem Bestehen der Maßnahme, sind rund 510000 ha Fläche mobilisiert worden. 1969/70 lag die Durchschnittsgröße der aufgegebenen Betriebe noch bei 5,4 ha; sie hat sich bis 1976 auf rund 13,5 ha erhöht und entspricht damit etwa der Durchschnittsgröße aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland." Die obige Tabelle ist das abgedruckte Schlachtbulletin der Vernichtung der kleinen Bauern.

Es gibt genug Gründe für die Bauern, sich mit der Arbeiterbewegung um die Forderung nach vollständiger Selbstverwaltung der Versicherungen durch die Versicherten zusammenzuschließen.

ILO: Bauernlegen – in der Dritten Welt „zu langsam"

z.anb. Das „Internationale Arbeitsamt" – eine Sonderorganisation der UNO, die die Imperialisten mißbrauchen, um „wissenschaftlich" und weltweit die „Mobilität" der Arbeitskraft zu überwachen – hat Mitte Januar Zahlen veröffentlicht: Jährlich verlassen in den imperialistischen Staaten 3 Mio. Bauern ihren Hof; zwangsweise. Von 1950 bis 1970 sind in den OECD-Ländern 60 Mio. Bauern enteignet worden. Bis zum Jahre 2000 sollen es noch einmal 60 Mio. werden. Die Zahl der Bauern soll dann auf 10 Mio., 2,5% der produktiven Arbeiter reduziert sein (1970: 40 Mio.). Diese Auffüllung der industriellen Reservearmee zielt ab auf Lohnraub und Verschärfung der Ausbeutung als Grundlage für die imperialistische Expansion und Aggression gegen die Dritte Welt, deren natürliche Reichtümer und Agrarproduktion die Hauptstützen der nationalen Wirtschaft sind. Trotz fortgesetzter Plünderei der Imperialisten, trotz Aussaugung von Arbeitskraft in der Dritten Welt durch imperialistisches Kapital, ist die Bilanz nicht nach Wunsch: der hartnäckige Kampf der Länder der Dritten Welt um den Aufbau der Landwirtschaft hat dem imperialistischen Kapital die Durchsetzung ihres Plans erschwert. „Immer noch" sind 60% der Bevölkerung der Dritten Welt in der Landwirtschaft produktiv tätig. (Westeuropa: 8,4%)

Österreich: Forstkapitalisten und Staat scheffeln Profite

z.pek. Fürst Heinrich Orsini-Rosenberg, blaublütiger Finanzbourgeois und Vorsitzender des Verbandes der österreichischen Großwaldbesitzer, heuchelt getrübte Freude am Vermögen. Die Einnahmen aus der Ausbeutung der Forstarbeiter auf seinem einige zehntausend Hektar großen Waldbesitz seien „faktisch auf Null reduziert". Wenn's auch niemand glaubt, zur weiteren Senkung der Löhne der Forstarbeiter und Ruinierung der kleinen Waldbauern soll solches Geschwätz allemal herhalten. 1120000 Hektar, das ist gut ein Drittel des gesamten österreichischen Waldbestandes, ist in den Händen von gerade 1800 Großwaldbesitzern, überwiegend Abkömmlingen des Feudaladels, zusammengerafft. Über 15% der Waldbe-

Österreich: Forstkapitalisten und Staat scheffeln Profite

z.pek. Fürst Heinrich Orsini-Rosenberg, blaublütiger Finanzbourgeois und Vorsitzender des Verbandes der österreichischen Großwaldbesitzer, heuchelt getrübte Freude am Vermögen. Die Einnahmen aus der Ausbeutung der Forstarbeiter auf seinem einige zehntausend Hektar großen Waldbesitz seien „faktisch auf Null reduziert". Wenn's auch niemand glaubt, zur weiteren Senkung der Löhne der Forstarbeiter und Ruinierung der kleinen Waldbauern soll solches Geschwätz allemal herhalten. 1120000 Hektar, das ist gut ein Drittel des gesamten österreichischen Waldbestandes, ist in den Händen von gerade 1800 Großwaldbesitzern, überwiegend Abkömmlingen des Feudaladels, zusammengerafft. Über 15% der Waldbe-stände befinden sich als „Bundesforste" in den Händen des Staatsapparates. Forstkapitalisten und Staatsapparat sind es auch, die die Profite der Forstwirtschaft einstecken. In den Zahlen des Statistischen Zentralamtes erscheinen diese dann als „Rohertrag" von 10,2 Mrd. Schilling (1977). Die 250000 kleinen Waldbauern, die zusammen gerade 2 Mio. Hektar besitzen, können von ihren Holzeinahmen jedenfalls nicht leben. Von ihnen erreicht nur jeder fünfte das ohnehin elend niedrige „bäuerliche Durchschnittseinkommen" von 5836 Schilling im Monat (ca. 800 DM).

Insel-Staaten des Südpazifik gründen Gemeinsamen Markt

z.lik. Die Inseln, die sich zusammengeschlossen haben im „Südpazifik-Forum", haben als nächstes Ziel die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes beschlossen. Mitgliedsstaaten sind: Papua-Neuguinea, die Cook-, Gilbert-, Salomon-, Fidji-, Nauru-, Niue-, Tonga-, Samoa-Inseln und Tuvalu. Die Inselgruppe ist reich an Kupfer, Gold, Phosphaten, Silber und Holz, deren Nutzung sie durch gegenseitige Unterstützung angehen wollen. Bislang ist der Fischfang das wichtigste Exportgut. Die jährliche Fangmenge der Region (15,5 Mio. Quadratkilometer) wird auf462000 t geschätzt (ca. 1,3 Mrd. DM). Vor der Errichtung der 200-Seemeilen-Zone im Jahre 1977 haben die imperialistischen Räuber 90% der Fangmenge geplündert: Japan 277200 t (780 Mio. DM); die Sowjetunion, Taiwan und Südkorea steckten insgesamt 390 Mio. DM ein. Um auf „legalem" Wege weiter plündern zu können, versuchte diese Räuberbande, sich in das „Südpazifik-Forum" einzuschleichen. Der Vertreter von Papua-Neuguinea sagte dazu: „Man lädt den Wolf nicht in ein Komitee ein, das die Schafe schützen soll!" Wenn nicht friedlich, dann mit Gewalt, nach diesem Motto haben die Sozialimperialisten kürzlich auf einer „unbewohnten" Insel ihre Fahne gehißt. Wütend haben die Bewohner Papuas sie heruntergeholt und das sowjetische „Forschungsschiff" vertrieben.

Studenten ins Ausland – CDU/CSU Köder: Stipendien – Zwang für Sprachstudenten

z.had. Die bildungspolitischen Sprecher der CDU/CSU Anton Pfeifer und Volker Rühls haben jüngst dem Bundestag ein „Programm gegen die Auslandsmüdigkeit" der studierenden Jugend vorgelegt. Sie schlagen vor, „durch Änderungen des BAföG und bessere Studienangebote das nachlassende Interesse von Schülern, Studenten und jungen Wissenschaftlern an einem Studienaufenthalt im Ausland wieder (zu) stärken ... 1962 hätten noch 3,1 % aller Studenten im Ausland studiert, 1977 sei dieser Prozentsatz auf 1,2 zurückgegangen. Damit drohe der Abrutsch der Bundesrepublik in den Provinzialismus", berichtet das „Handelsblatt" vom 10.1.79. Was damit gemeint ist, veröffentlicht die „Süddeutsche Zeitung" vom selben Tag etwas deutlicher: „Aufgrund der Tradition und ihrer Position als rohstoffarmes, exportabhängiges Land sei die Bundesrepublik aber darauf angewiesen, in aller Welt präsent zu sein." Die imperialistische Eroberungs- und Unterwerfungstradition gegenüber den Ländern der Dritten Welt wollen die Bourgeoispolitiker mit dieser Art Bildungspolitik fortsetzen. Andererseits soll „nach Meinung der Oppositionsfraktion vor allem der Aufenthalt in den USA und Kanada erleichtert und in der Förderung dem Studium im europäischen Ausland gleichgestellt werden." Dies soll dem westdeutschen Finanzkapital eine engere Bindung an die US-Imperialisten gewährleisten, und außerdem sollen die Studenten durch ihr Studium in Nordamerika den fortgeschritteneren wissenschaftlichen Entwicklungsstand nach Hause zurückbringen. Aber noch umsichtiger gestalten die christlichen Politiker ihren Vorschlag. Damit auch die Kinder der ausländischen Arbeiter zu Funktionären des westdeutschen Finanzkapitals erzogen werden können, sollen auch für sie „Austauschprogramme" für Stipendien in Westdeutschland organisiert werden, damit sie die imperialistische Tradition des westdeutschen Finanzkapitals nach dem Studium für jene in ihrem Heimatland nutzbringend anwenden können.

Den CDU/CSU-Bildungspolitikern schwant, daß sie so ohne weiteres die Studenten für die Interessen der BRD-Imperialisten nicht ködern können. Sie haben zugleich unterbreitet, „Fremdsprachenstudenten zu einem Auslandsstudium zu verpflichten" (Süddeutsche Zeitung 10.1.). Das Ganze soll, so Pfeifer, aus jährlich etwa 150-250 Mio. DM den Studenten vorenthaltenen BAföG-Mitteln finanziert werden.

Hessen: Erlaß zur verschärften Unterdrückung ausländischer Schüler wird bekämpft

z.mac. Zwei Wochen lang haben die italienischen Eltern und Schüler der Waldschule Offenbach den Unterricht gegen die Zwangsüberweisung der Schüler in deutsche Regelklassen bestreikt. Mit der Neuauflage des Erlasses zum „Unterricht für Kinder ausländischer Eltern" im März '78 hat das hessische Kultusministerium den Katalog von Zwangsmaßnahmen ausgebaut, mit dem die Mobilisierung gerade dieses Teils der Jugend für den Profit vorangetrieben werden soll.

Diese „besonderen Bedürfnisse" des Kapitals „mit Bildungsmaßnahmen zur sozialen Eingliederung" zu befriedigen, verspricht die Landesregierung bereits in der Präambel des Erlasses.

Als erstes festgelegt ist die Isolierung der ausländischen Schüler in den „Vorbereitungsklassen", um von dort aus „den Übergang" in das allgemeine Schleusensystem „zu beschleunigen". Dort werden die Schüler auf die Klassen aufgesplittert, ihr Anteil pro Klasse darf 20% nicht überschreiten. Obligatorisch ist für jeden die Ausdehnung des Schultags in den Nachmittag hinein mittels „Zusatzunterricht". Nicht obligatorisch ist der Unterricht in der Heimatsprache, die Deutschkenntnisse sind „nur so weit zu fördern", daß die Arbeitskräfte ausbeutbar sind und „den Unterweisungen der Ausbilder in ausreichendem Maße zu folgen vermögen". Für die, denen solcherlei Berufsbefähigung in Förderklassen eingebläut wird, ist die Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr beseitigt, die Zeit des Besuchs dieser Förderkurse wird auf die Berufsschulpflicht angerechnet, das Einreihen in die Reservearmee beschleunigt.



250 Arbeiter und Schüler demonstrieren im September gegen die Zwangsschließung der griechischen Klassen in Frankfurt

Die italienischen Arbeiter in Offenbach schicken ihre Kinder jetzt gegen die Schikanen der Schulleitung weiterhin in die alten Klassen. Weg mit dem Zusatzunterricht, ausreichender Deutschunterricht und Unterricht in der Heimatsprache sind die Forderungen, unter denen die Massen die Politik der Landesregierung an vielen Punkten bekämpfen.

Übernahme nach der Lehre, trotzdem Hilfsarbeiter

r.msc. Die Wabco Westinghouse Kapitalisten stellen in jedem Jahr 24 gewerbliche Auszubildende ein, verteilt auf die Berufe Dreher, Maschinenschlosser, Betriebsschlosser und Galvaniseur. Die Ausbildungsvergütungen bzw. „Erziehungsbeihilfen" liegen bei 437 DM im ersten Lehrjahr, 489 DM im zweiten, 551 DM im dritten und 597 DMim vierten.

Auf die Stunde umgerechnet erhalten die Auszubildenden zwischen 2,89 und 3,18 DM. Die Devise der Kapitalisten ist: „Wir haben keine Zeit, dich hier auszubilden, arbeiten, das kannst du hier lernen." Nach einem Jahr Grundlehrgang Metall und Lehrwerkstatt mit der dort üblichen schikanösen Produktion für die Schrottkiste, kommen die Auszubildenden in die einzelnen Produktionsbereiche und müssen ordentlich ackern. Sie werden voll in die Profitproduktion eingespannt und bekommen am Schluß beim Durchlaufen der einzelnen Abteilungen Beurteilungen von den Meistern. Diese „Beurteilungen" geben dann Aufschluß über Einsatzbereitschaft, Ordnung, Schnelligkeit etc. und sind für die Kapitalisten von großer Bedeutung beim Aussieben der Auszubildenden nach Beendigung ihrer Ausbildung.

Die Wabco-Kapitalisten prahlen, keinen nach Beendigung der Lehre rauszuschmeißen. „Bei uns wird vorläufig noch jeder übernommen, auf jeden Fall im gewerblichen Bereich."

Den Auszubildenden wird erzählt, daß sie bei Wabco gut aufgehoben sind und nach der Ausbildung sofort Arbeit bekommen, im Gegensatz zu VW, VAW und Hanomag. Bei VW werden die Auszubildenden ein halbes Jahr weiterbeschäftigt, bei VAW ein Jahr, und bei Hanomag werden alle rausgeschmissen. Ganz so freiwillig ist das mit der Übernahme der Auszubildenden nicht, da Betriebsrat und Jugendvertretung bisher für die Übernahme aller Auszubildenden Druck gemacht haben. Das muß auch so bleiben. Ein großer Teil der Auszubildenden wird nach der Übernahme in Produktionsbereichen beschäftigt, die nicht seiner Ausbildung entsprechen, ja vielfach sogar nur Anlerntätigkeiten sind, was nach Kapitalistenlogik natürlich mit Lohneinbußen verbunden ist. Einen ausgelernten Facharbeiter, der in seinem gelernten Beruf weiterbeschäftigt wird, müßten sie in Lohngruppe 7 einstufen, das ist ihnen zuviel. Anlerntätigkeiten verbunden mit Runterstufungen drücken auf den Lohn der ganzen Klasse. Alte und junge müssen jetzt gemeinsam den Lohnkampf führen für die Mindestforderung von 93 DM für alle.

„Sport ist daher ein bedeutender Bildungsfaktor"

Sportstudenten bereiten bundesweite Kampfschritte gegen Eingangstests vor

z.thh. Im 4. Sportbericht der Bundesregierung, der für den Bundestag am 3.8.78 vorgelegt wurde, schreibt Bundesinnenminister Baum, daß beim Schulsport in Zukunft folgende Bereiche schwerpunktpäßig ausgebaut werden sollen: „Sport an beruflichen Schulen" und „Sport an Sonderschulen und in sonderpädagogischen Einrichtungen". Inhaltlich gefüllt wird das im Kapitel „Sport im Bildungswesen": „Sport erschließt dem Menschen des industriellen Zeitalters den notwendigen Raum für Bewegungsausgleich. Sport ist zugleich eine wichtige Erscheinungsform menschlichen Handelns, die individuelle Kreativität und soziale Erfahrungen und Einsichten des einzelnen begünstigt. Sport ist daher ein bedeutender Bildungsfaktor – als Raum der Gesundheitserziehung, der Sozialerziehung und der Freizeiterziehung." Und im Kapitel „Förderung des Schulsports": „Der Bundespräsident... betonte die pädagogische Kraft des Sports und wies darauf hin, daß der Sport einen eigenen, nicht austauschbaren Beitrag zur Gesamtbildung des Menschen leiste." Der besteht in nichts anderem als der Abrichtung zur Lohnarbeit. Der Drill, der im Sportunterricht vorhanden ist, die Pfeife des Sportlehrers, nach der die Schüler im wahrsten Sinne des Wortes tanzen müssen, das ist der Vorgriff auf die Despotie in der Fabrik, das soll die Unterwerfung unter die Fabrikordnung, unter die knechtende Ausbildungsordnung vorbereiten.

Die Einführung des Sportunterrichts an den Berufsschulen begründet die Bundesregierung so: „Automatisierte Arbeitsverfahren und -abläufe haben dazu geführt, daß ein großer Teil der Arbeitnehmer nur noch Kontroll- und Überwachungsfunktionen ausübt, die bei erhöhter psychischer Beanspruchung zu einer ‚physischen Unterforderung' führen. Den notwendigen Ausgleich kann nur ein geeignetes Angebot an Bewegungsmöglichkeiten vermitteln." (Kapitel „Sport im Arbeitsleben"). Ein Hohn ist es, zu sagen, die Fließbandarbeit, die Akkordarbeit oder die Schichtarbeit sei eine „‚physische Unterforderung' bei erhöhter psychischer Beanspruchung". Tatsache ist nur, daß die Kapitalisten dem Ausbau der physischen Beanspruchung einen Ausbau der nervlichen Belastung dazugefügt haben. Und genauso ist es eine Tatsache, daß sie im Sportunterricht solche Formen wie das Circletraining ausbauen, was in NRW in der Obersekunda als Extra-Stunde in der Woche eingeführt wurde. Circletraining, das ist das völlig zweckentfremdete, monotone Muskeltraining auf Pfiff des Lehrers, wie z.B. die ständige Springerei auf den Kasten und wieder runter, das Stemmen der Sitzbänke, das Werfen des Medizinballs an die Decke und das Seil- oder Stange-Hochhangeln. Bei Ballspielen gibt es jetzt auch diese Circletrainingsformen.

Diese deutlich ausgesprochenen Absichten der Bundesregierung mit dem Schulsport sollen die Sportlehrer ausführen, dazu müssen die Sportstudenten in der Ausbildung aber erst zurechtgebogen werden, da es ihren unmittelbaren Erfahrungen mit dem Schulsport und somit auch ihren Interessen widerspricht. Deshalb bedarf es der unmittelbaren Unterdrückung der Sportstudenten zwecks Unterwerfung unter das Ausbildungsziel. Zentrales Mittel der Bourgeoisie zur Unterwerfung von Anfang an, sind die Sporteingangstests, die noch vor Beginn des Studiums durchgeführt werden, meist in der ersten Semesterwoche, und deren erfolgreicher Abschluß Voraussetzung für die Teilnahme an den methodisch-praktischen Übungen ist. In Bayern hat die Landesregierung sogar schon durchgesetzt, daß die Eingangstests von „allen am Sportstudium interessierten Abiturienten" noch vor dem ZVS-Bescheid an zwei Tagen zentral im Gelände des Olympia-Stadions absolviert werden müssen und überhaupt allgemeine Voraussetzung für das Studium sind. Momentan gibt es sie noch nicht an allen Hochschulen, jedoch ist geplant, sie in den nächsten Semestern bundesweit einzuführen. Was die Ergebnisse dieser Tests sind und was sie bewirken, sei hier an einem Beispiel aufgeführt, der Abteilung Bonn der PH Rheinland, wo ein sofort gebildeter Erstsemesterarbeitskreis eine Untersuchung durchführte. Einige Beispiele: Turnen (Männer) – 10 Teilnehmer, 7 durchgefallen; Basketball – 48 Teilnehmer, 17 durchgefallen; Volleyball – 90 (30); Fußball – 19 (8)... Im Schnitt sind über ein Drittel bei den Tests durchgefallen und haben von 56 befragten Erstsemestern 17 überhaupt keinen Test bestanden und können somit im 1. Semester keine methodisch-praktischen Übungen machen. Die Folge ist Verlängerung des Studiums, Ausdehnung des Studiums, da viele in Abendkursen und Vereinen für die nächsten Eingangstests zu Beginn des nächsten Semesters üben. Die Absicht der Bourgeoisie ist, von Anfang an die Studenten zu unterwerfen, ist, die kostenlose Vernutzung der Arbeitskraft der Studenten in der Zeit vor dem Studium und außerhalb des offiziellen Studienbetriebs auszudehnen. Mit der geplanten bundesweiten Einführung der Sporteingangstests wird ein Angriff auf die gesamten Studentenmassen geführt, denn die Bourgeoisie testet danach, ob es möglich ist, Eingangstests gegen die Studenten durchzusetzen, mit dem Ziel, sie in allen Studienfächern einzuführen und nicht nur in Sport, oder Kunst, oder Musik...

Auf der letzten Fachtagung Sport der VDS wurde ein klarer Beschluß gegen die Eingangstests gefaßt: „... 4. Die Fachtagung Sport der VDS fordert die Bundesregierung, Landesregierungen, sowie Institutsleitungen auf, die bestehenden Ausleseverfahren abzuschaffen und die geplanten zu verwerfen... Die Fachschaften und Sportstudenten in Westdeutschland und Westberlin werden aufgefordert, zu Beginn des Sommersemesters einen Boykott der bestehenden Eingangstests zu organisieren mit dem Ziel ihrer Abschaffung und, um eine Lage zu schaffen, in der die Durchsetzung zentraler Eingangstests verunmöglicht wird..." (Aus der Resolution der VDS-Fachtagung Sport, Hannover, den 29.10.78) Am 27./28. Januar findet in Frankfurt eine erneute Fachtagung statt, auf der endgültig über die Kampfmaßnahmen Beschluß gefaßt wird. Um den bundesweiten Boykott der Eingangstests zu Beginn des Sommersemesters durchführen zu können, müssen die Sportstudenten überall an ihren Fachbereichen Beschlüsse dafür fassen, so daß die Fachtagung erneut einen klaren Auftrag zur Einleitung dieser Kampfschritte bekommt.

Gesellenprüfung: Ausleseprüfung für die Kapitalisten

Maßnahmen gegen die 5en und 6en müssen vorbereitet werden

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben von der Zelle Stade des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) für das Berufsschulzentrum Stade — Jg. 2 Nr. 1, 15. Januar 1979

In einem guten Vierteljahr sind für die meisten Lehrlinge Gesellenprüfungen. Grund genug, daß man die Prüfungen unter die Lupe nimmt und sieht, was da eigentlich geprüft wird.

Der Prüfungsausschuß wird von der Handwerksinnung, dem Kapitalistenverband gestellt, bei den Kfz-Mechanikern von der Innung des Kfz-Handwerks.

Bei der Einladung zur Prüfung heißt es: das Benutzen von Taschenrechnern ist erlaubt. Bei der Prüfung erfährt man, daß man mit Taschenrechnern nur die halbe Zeit kriegt. Also Verschärfung des Zeitdrucks. Vorm Abschreiben wird man gleich gewarnt: das sei für die Lehrlinge auch schlecht, dann müsse die Prüfung aufgelöst werden. Von wegen! Den Lehrlingen kann es nur nützen, wenn sie sich zusammentun und sich gegenseitig helfen, die Kapitalisten hassen es wie die Pest. Deshalb werden jeweils nur wenige gleichzeitig geprüft und soweit wie möglich auseinander gesetzt.

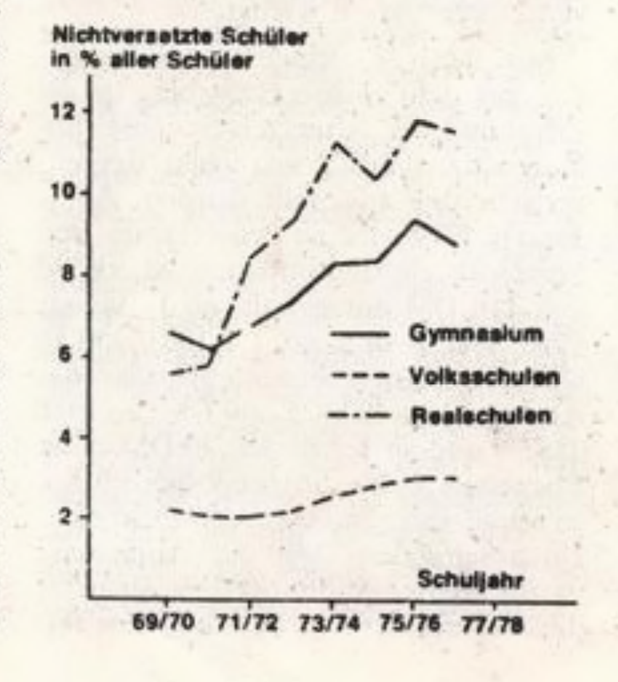
Zuerst Technologie. Man kriegt 8 Bogen mit je 5 Fragen. Bei jeder Frage sind 5 Antworten, eine davon ist richtig. Daneben sind aber bei jeder Frage 6 Felder für die Kreuze; dadurch wird man irritiert. Für die 40 Fragen hat man zwei Stunden Zeit, ausreichend zum Überlegen ist das nicht. Zum Schluß bekommt man noch einen Bogen, auf den man die Kreuze für die Antworten übertragen muß. Da ist nochmal die Gefahr, Fehler zu machen. Wenn man etwas nicht weiß, weil es nicht durchgenommen worden ist, dann hört man entweder, sie (die Prüfer) könnten für die Frage nichts, weil das Ganze in der Landesinnungsverband ausgearbeitet hätte – d.h. es wird nicht das gefragt, was gelehrt wurde, sondern die Kapitalisten legen es nach ihrem Gutdünken fest – oder man hört, daß es ja nicht so schlimm sei, wenn man 3 oder 4 Fragen nicht hat. Auch beim Zeichnen sagen einem die Prüfer, man brauche gar nicht so genau zu zeichnen, Hauptsache, das Prinzip der Zeichnung sei richtig. Das ist glatt gelogen, weil alles gewertet wird. Bei der nächsten Zeichnung kommen die Maße nicht hin. Von den Lehrlingen angesprochen, daß es so und so richtig sei, versuchen die Prüfer eine halbe Stunde vergeblich, die Maße richtig einzutragen. Inzwischen hat man dreimal radiert, und die Zeichnung sieht wirklich schlecht aus.

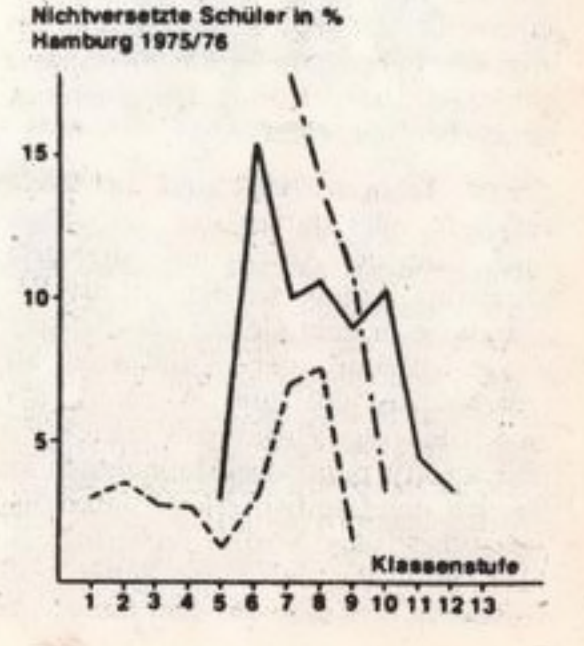
Man sieht, eines sind diese Prüfungen nicht: Überprüfung der erworbenen Fähigkeiten. Die Irreführung und Schikane dienen den Kapitalisten dazu, die Prüfungen zu Ausleseprüfungen für ihren Bedarf an Hilfsarbeitern und Facharbeitern zu machen. Durchfallen tun die, die sich am stärksten der Vernutzung als billige Arbeitskraft im Betrieb und den Unterrichtsmethoden in der Schule widersetzen.

Ein Schaubild, das dies belegt, haben wir in der vorigen Jugendzeitung abgedruckt: Die Durchfallquote aller Handwerkslehrlinge stieg von 1970 (8%) bis 1974 (25%) auf das Dreifache. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Lehrlinge fast genauso. Je größer das Angebot, desto brutaler die Aussieberei. Deshalb ist es notwendig, gerade jetzt vor den Prüfungen sich für die Forderungen:

– Keine 5en und 6en
– keiner darf durchfallen

zusammenzuschließen und sie zu propagieren.





Wer schloß die deutsch-dänische Grenze? Disharmonie in der NATO

z.bag. Kaum hatte sich der Sturm der „Schneekatastrophe" in Norddeutschland gelegt, da zeigten sich neben den Manöverschäden tiefe Risse im politischen und militärischen Gefüge Schleswig-Holsteins, der Bundesrepublik und im westlichen Militärbündnis insgesamt. Sichtbar vor allem darin, daß mit dem ebenfalls eingeschneiten Nachbarland Dänemark keine gemeinsame Notstandsübung gelang, sondern eher ein Krieg gegeneinander sich zu entwickeln drohte.

In Dänemark waren vom 29.12. bis zum 3.1. außer den Mannschaften und Wagen des Rettungsdienstes FALCK 500 Soldaten mit 116 gepanzerten Mannschaftswagen, 36 Lastwagen, 5 leichten Kampfwagen und 4 Kranwagen im Einsatz. Die Bauern organisierten die Versorgung der Höfe weitgehend ohne Hilfe von außen. Obwohl Gebiete wie Alsen und die südlichen Teile von Jütland, Seeland und Fünen härter von Schneeverwehungen und Überschwemmungen betroffen waren als die nördlichen Teile Schleswig-Holsteins, gelang es hier relativ rasch, die Straßen wieder befahrbar zu machen und die Stromleitungen zu reparieren. Dagegen herrschte „Chaos südlich der Grenze" (Aarhus Stiftstidende, 31.12.78) und vor allem im Grenzgebiet selbst.

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein erließ im gesamten Gebiet südlich der Grenze, ob verschneit oder nicht, Fahrverbot und schloß unter Hinweis auf dieses Verbot alle Grenzübergänge von und nach Dänemark. Hunderte von Dänen wurden auf diese Weise in Schleswig-Holstein zwangseinquartiert, rund tausend Deutsche auf der anderen Seite in Dänemark. In einem Ferienheim beim Süderbrarup wurden 108 dänische Schüler und acht Lehrer festgehalten. Ihnen wurde gesagt, daß sie warten müßten, bis die Bundeswehr die Zufahrt zur Hauptstraße freigemacht hätte. Die Schüler machten es im Laufe von ein paar Stunden selbst. Nun hieß es, sie könnten nicht ohne besondere Erlaubnis über die Grenze und außerdem solle ein Panzer sie begleiten. Sie warteten vier Tage lang.

Der Grenzübergang Fröstrup-Ellund war bereits am 28.12. von deutscher Seite aus dichtgemacht worden, angeblich wegen Telegrafenleitungen, die auf die Fahrbahn gefallen waren. Hier wurden ca. 900 Menschen, meist Deutsche, fast eine Woche lang in einem „Internierungslager" (dänische Zeitungen) festgehalten. Am 2.1. zogen 300 zum deutschen Konsul in Apenrade und verlangten die sofortige Aufhebung des Einreiseverbots. Noch in derselben Nacht wurde ein Teil von ihnen per Konvoi mit Bergungspanzern und Polizei über die B 76 von Krusau nach Süden gebracht.

Der Leiter des Flensburger Katastrophenstabes Hagenau sprach von einem „Stück hervorragender Generalstabsarbeit" (Flensborg Awis vom 4.1.), und die Herren Schwede, von Grawert, Mey und Gabriel von der Flensburger Bundeswehrspitze betonten, daß die Zusammenarbeit mit den Dänen ausgezeichnet gewesen sei. Die Dänen waren da ganz anderer Meinung. Der Polizeichef von Graasten, Iver Möller, griff die Grenzschließung scharf an. Mehrere Zeitungen nannten das Fahrverbot „bombastisch". Ein Abgeordneter verlangte die Erstattung der Kosten für die Verpflegung der festgehaltenen Reisenden. „Flensborg Awis" kommentierte am 5.1., „die Autofahrer konnten auf den dänischen Straßen gut vorankommen, auch auf westdeutscher Seite waren die Straßen geräumt, trotzdem diktierte die schleswig-holsteinische Regierung ein Einreiseverbot". „Jydske Tidende" sagte es am klarsten: „Sind das dieselben Politiker, die von der Region Nord reden und jetzt die Grenze sperren!" Und die eigentliche Schwierigkeit sei nicht der Schnee gewesen, sondern „Schneegeneräle im Süden".

Vieles deutet darauf hin, daß die Bundeswehrführung ein gemeinsames Manöver mit dänischen Verbänden angestrebt hat, daß Dänemark aber ablehnte. Die Manöverlage war nun die: der Feind aus dem Osten („sibirische Kälte") dringt, vom schwachen NATO-Kettenglied Dänemark nicht aufgehalten, vom Norden in die BRD ein. Maßnahme: die Grenzen schließen, Räumung des Grenzgebietes von privatem Verkehr, um ungehindert die Truppen aufmarschieren lassen zu können. Die Schwäche Dänemarks als Bündnispartner der BRD in der NATO hat sich in den vergangenen Monaten für die westdeutschen Imperialisten gleich mehrmals erschreckend offenbart: im September 1978 lehnte die dänische Regierung den Vorschlag der „Heimwehr" ab, Luftwaffe und Kriegsmarine abzuschaffen und dafür entsprechende NATO-Verbände fest in Dänemark zu stationieren. Im Oktober wies die dänische Regierung auch die Empfehlung der NATO an die europäischen Bündnispartner zurück, ihre Ausgaben für konventionelle Waffen um 3% zu erhöhen. Und bekannt ist, daß unter den NATO-Soldaten die dänischen am wenigsten einsatzfähig sind – offensichtlich schon gar nicht unter dem Kommando von deutschen „Schneegenerälen".

„Erfahrungen aus dem letzten Weltkrieg"

H. Hildebrandt über das „deutsche Heer an der Jahreswende"

r.hob. General Horst Hildebrandt, Jahrgang 1919, seit 1.10.1973 Inspekteur des Heeres, 1938 Kriegsschule in Hannover, im 2. Weltkrieg vom Zugführer bis zum Regimentsführer der 21. Infanteriedivision hochgedient, mit Gründung der Bundeswehr als Offizier dabei, hat sich am 18.11.1978 in Munster zum Thema „Das deutsche Heer an der Jahreswende" ausgeäußert, auszugsweise abgedruckt in „Europäische Wehrkunde" Nr. 1/1979, geäußert. Seit seinem Antritt als Inspekteur des Heeres – seit 1975 mehr im Hintergrund – war Hildebrandt mit der Ausarbeitung der Heeresstrukturreform befaßt. Zunächst im Auftrage Lebers, später dann von Apel mit der „Ausarbeitung neuer (billigerer) Reformvorschläge" betraut. Nachdem Hildebrandt 1975 in Uniform neben Franco an einer Militärparade anläßlich des 36. Jahrestages des Sieges der Faschisten im spanischen Bürgerkrieg teilnahm, mußte er aufgrund des Protestes, insbesondere aus Reihen der Soldaten, aus der Schußlinie genommen werden.

„Trotzdem – und ich komme darauf zurück – müssen wir in Zukunft noch mehr auf unsere Reservisten zurückgreifen, um unsere konventionelle Schlagkraft zu erhöhen," stellt Hildebrandt in seiner Rede angesichts der 1978 durchgeführten 240 Mobilmachungsübungen fest. Je mehr Soldaten unter Waffen über einen längeren Zeitraum, desto besser, ist sein taktisches Kalkül. Viel Infanterie gleich viel Kanonenfutter. Er bedauert deshalb, daß die neue Heeresstruktur ein Kompromiß ist, der bedingt, „daß bei der zur Vorneverteidigung vorgesehenen Kräften nicht das Ausmaß an Präsenz – wie ursprünglich angestrebt – erreicht werden konnte. Dafür konnte aber... die Kampfkraft des Territorialheeres wesentlich gesteigert werden." Diese verstärkte Rüstung gegen den bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse hält Hildebrandt für gut. Schon bei Ausgabe der Manöverlage der Übung Wintex 73 wird von einer Verschärfung der Klassenkämpfe ausgegangen: „Es kommt zu Sabotageakten gegen Bundeswehr-, Verkehrs- und Fernmeldeeinrichtungen. Polizei und BGS sind nicht mehr Herr der Lage... Truppenbewegungen werden durch unkontrollierte Bevölkerungsbewegungen stark behindert..."

Daß hinsichtlich der Mobilisierung größerer Infanterieeinheiten verstärkte Anstrengungen unternommen werden und die Erfahrungen des 2. Weltkrieges starke Beachtung dabei finden, zeigt sich auch an der Berufung des Generals Brandt zum Generalinspekteur der Bundeswehr, er war 1945 Leutnant in der Infanterie. Hildebrandt ist der Auffassung, daß durch die Strukturreform und die Umrüstung auf neue Fahrzeuge und Waffen der organisatorische Rahmen jetzt gesteckt ist, es aber entscheidend auf die „Menschenführung" ankommt. „... Möglichkeiten zum engeren menschlichen Zusammenwirken und zur besseren Menschenführung... Hierzu, und nicht zur Zahl der Panzer im Zug, ist Hilfestellung in breiter Form erforderlich." Und dann kommt die Quintessenz seiner Ausführungen: „Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine Bitte an die ältere Generation richten: Verschließen Sie sich nicht, wenn es darum geht, Ihre Erfahrungen aus dem letzten Weltkrieg weiterzugeben... Was meines Erachtens – und darauf kommt es mir an – ehemalige Soldaten weitergeben sollten, und dies um so mehr, sind die zeitlosen geistigen und seelischen Erfahrungen des Krieges: Das Führen in der menschlichen Krisensituation Gefecht, die Erfahrungen aus dem Kampf in ausweglos erscheinenden oder ausweglosen Situationen,... die Selbstlosigkeit, Tapferkeit und Treue."

Es brennt den Bourgeois unter den Nägeln, die Armee muß endlich kriegsfähig werden.

NATO-Manöver gegen revolutionären Bürgerkrieg in Italien

z.erm.Rom. Bisher waren bei den Nato-Manövern in Italien die Sozialimperialisten als Feind vorgesehen. In einem jetzt von der italienischen marxistisch-leninistischen Zeitung „Fronte Popolare" enthüllten Manöverplan der Nato wird offen die imperialistische Intervention in einen revolutionären Bürgerkrieg geprobt.

Großen Anstrengungen zur Verdeckung des Plans, dem eine anschauliche Karte „nur für den Dienstgebrauch" beigefügt ist, hat sich der Verfasser nicht unterzogen. Italien wird im Manöverplan als fiktive Halbinsel „Sibian" vorgestellt, in drei Republiken unterteilt: „Otta" im Norden der Halbinsel, „stark industrialisiert und einem sehr strengen kommunistischen Regime unterworfen", die Republik „Drama", Mittelitalien mit der Hauptstadt Rom, dem Sitz der „legalen" Regierung, und „Lechma" im Süden.

Die Lage: In „Otta" hat die Arbeiterklasse die Macht bereits ergriffen und marschiert jetzt auf Rom zu. Die Regierung „Dramas" fordert die Hilfe der Nato an, die mit ihren Truppen interveniert. „Lechma" bleibt neutral. Die Imperialisten haben sich in der Tat auf eine solche Lage vorbereitet und ihre militärischen Stützpunkte entsprechend eingerichtet.

Im Norden Italiens, dem industriellen Ballungszentrum, unterhalten sie mit dem Nato-Heereshauptquartier, Luftwaffeneinheiten und Landstreitkräften einen wesentlichen Teil ihrer



Militärbasen. Bei einer revolutionären Erhebung der im Norden konzentrierten Arbeitermassen wird sich die italienische Bourgeoisie in Rom zusammenrotten. Von Mittelitalien aus würden die Interventionstruppen aufmarschieren. Im Manöverplan ist dazu der Einsatz der in Gaeta bei Neapel stationierten VI. US-Flotte, mit einem 2000 Mann starken Bataillon Marineinfanterie an Bord, vorgesehen. Daß sich die Bauern im Süden Italiens mit der Arbeiterklasse verbünden, müssen die Imperialisten mit Recht befürchten. Sie unterhalten daher dort, im „neutralen Lechma", starke Luftwaffen- und Marinestützpunkte.

Nach dem Manöverplan fordern die italienischen Imperialisten selbst die anderen Imperialisten zur Intervention auf. Eine berechtigte Annahme. Nach seinem Besuch in den USA wußte der Sekretär der Regierungspartei Democrazia Cristiana, Zaccagnini, letzte Woche zu berichten, daß er dort „Aufmerksamkeit und Interesse für unsere wirtschaftliche Lage gefunden" habe. Aber „natürlich ist dafür politische Stabilität und ein klarer und zuverlässiger politischer und sozialer Rahmen Bedingung". Die US-Imperialisten wußten das schon lange vor seinem Besuch in ihren Manöverplänen entsprechend zu würdigen.

Der freie Zugang zu den Weltmeeren ist den Sozialimperialisten teuer

Dritter Flugzeugträger der Kiew-Klasse und 40000 t-Versorger vom Stapel gelaufen

z.hku. Vor einigen Wochen ist der dritte sowjetische Flugzeugträger der Kiew-Klasse im Schwarzen Meer vom Stapel gelaufen, zum Ende dieses Jahres wird mit der Fertigstellung seiner Ausrüstung gerechnet. Nach der Erprobung der „Kiew" über mehrere Jahre werden die Schwesternschiffe jetzt Schlag auf Schlag gebaut: die „Minsk" 1978, das vierte ist bereits aufgelegt. Auf 12 Träger der Kiew-Klasse wollen die Sozialimperialisten in den nächsten acht Jahren kommen. Gleichzeitig wird vom Bau eines neuen Typs von Versorgungsschiffen berichtet, der „Beresina", ein 40000-t-Schiff, eine schwimmende Marinebasis für langandauernde und weitentlegene Operationen, ausgerüstet mit Einrichtungen auch zur Wartung der Flugkörper an Bord.

Die US-Imperialisten nennen die „Kiew" ein „Mehrzweckschiff". Sie ist nicht nur mit YAK 36-Senkrechtstartern und speziellen Hubschraubern für die U-Boot-Jagd versehen, sondern darüber hinaus – im Gegensatz zu den US-Trägern – mit einer starken Bewaffnung von See-See- und See-Luft-Raketen ausgestattet. Sie kann auch Landungsunternehmen wirksam unterstützen. In Verbindung mit der „Beresina" stellt dieser Flugzeugträger ein mächtiges und vielseitiges Interventionsinstrument dar, das weit entfernt vom Stützpunkt die sozialimperialistische Politik wirkungsvoll unterstützen kann.

„Heute verfügen unsere Streitkräfte über eine moderne Hochseeflotte, die mit allem ausgerüstet ist, was sie benötigt, um auf den Weiten der Weltmeere ihre Aufgaben zur Gewährleistung der Sicherheit unseres Landes und zum Schutz seiner Interessen auf See erfolgreich erfüllen zu können." Das schreibt Sergej G. Gorschkow, Oberbefehlshaber der Marine und Mitglied des ZK der KPdSU, der in der NATO als imperialistischer Militärtheoretiker hoch geachtet wird, in seinem neuesten Buch „Seemacht Sowjetunion".

Die Kriegsflotte der Sowjetunion verfügte 1978 über 450 Unterseeboote, 939 Überwasser-Schiffe, 386 Minenleger und -sucher und 200 Landungsschiffe. Sie gliedert sich in die Baltik-Flotte in der Ostsee – sie ist die größte –, die Nordmeer-Flotte mit dem Haupthafen Murmansk, die Schwarzmeerflotte als Ausgangspunkt für den Kampf ums Mittelmeer, in dem sich ständig die 3. Eskadra mit der „Kiew" aufhält, sowie die Pazifische Flotte mit Zentrum Wladiwostok. Die Flotte verfügt über 36 Kriegshäfen und über 100 schwimmende Basen. Jahr um Jahr wird sie um 12 U-Boote und mehrere Lenkwaffen-Kreuzer und -Zerstörer vergrößert. Ein gigantisches Aufrüstungsprogramm. Aber nicht ohne Haken.

„Es ist geschichtlich bedingt, daß unsere Schiffe, denen keine überseeischen Flottenstützpunkte zur Verfügung stehen, bis zum Erreichen der Weltmeere riesige Seegebiete überwinden und Meerengen und Sunde durchfahren müssen, die entweder von Seestreitkräften imperialistischer Staaten kontrolliert oder von deren Verbündeten im aggressiven Militärblock ständig beobachtet werden." (Gorschkow)

Die imperialistische Vergangenheit der UdSSR ist noch kurz gegenüber der der anderen Supermacht, die ein weltweites Netz von Stützpunkten hat aufbauen können. Wollen die Sozialimperialisten aufs offene Weltmeer – und das müssen sie im Kampf um die Weltherrschaft – dann stoßen sie im Pazifik sofort auf den engen Stützpunktgürtel der US-Imperialisten, von Japan über Südkorea bis zu den Philippinen. Sie treffen auf die 6. US-Flotte im Mittelmeer und müssen direkt durch NATO-kontrollierte Gewässer, wenn sie auf den freien Nordatlantik durchstoßen wollen, um dort die Seeverbindung zwischen den USA und Europa wirkungsvoll zu unterbinden.

Der Ausbau der sowjetischen Flotte und die Verbesserung ihrer Fähigkeit, weltweit zu operieren, sollen diese Einschnürung aufbrechen. Sie sind Mittel, um den schwerwiegenden Mangel an überseeischen Stützpunkten zu überbrücken, und gleichzeitig Voraussetzung, sich solche Stützpunkte in Zukunft erzwingen zu können. 1976 hatte die Sozialimperialisten innerhalb von vier Tagen eine Eingreifreserve von 3 Raketenkreuzern, 4 Raketenzerstörern, 9 U-Booten und 20 Begleitschiffen vor die Küsten Angolas verlegt. Es wird jedoch immer schwerer für sie, „Völker der Welt zu täuschen und Stützpunktrechte zu erpressen, vielmehr haben sie in den letzten Jahren mehrere Stützpunkte direkt wieder verloren.

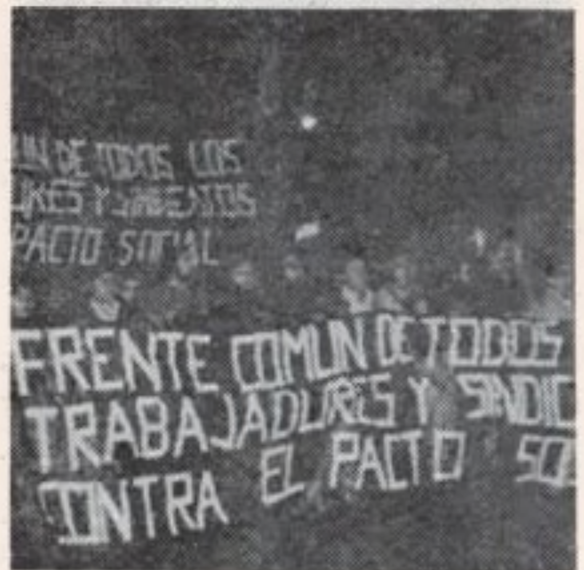
Putsch und offene Aggression sind inzwischen der Preis, den die Völker für die Gier der Sozialimperialisten nach Stützpunkten zahlen müssen. Immer frecher treten die neuen Zaren die Souveränität anderer Staaten mit Füßen, um die „Neutralität" der Weltmeere durchzusetzen. Im letzten Herbst hat ein sowjetischer Flottenverband auf Inseln der Seychellen-Gruppe im Indischen Ozean Landeübungen durchgeführt, ohne geringste Konsultation mit der Regierung des Landes. Kürzlich haben sie in Papua-Neuguinea eine „unbewohnte" Insel besetzt und Flagge gehißt; sie sind von den Bewohnern vertrieben worden.



Den Bosporus betrachten die Sozialimperialisten längst als „heimisches" Gewässer. Vergangenen November lief der 17000-t-Kreuzer „Dscherschinski" Istanbul zum ersten offiziellen Besuch seit 40 Jahren an, empfangen von Demonstrationen gegen die Kanonenbootpolitik der UdSSR.

Kampf um neue Tarifverträge in Spanien

z.jon. Im Kampf um neue Tarifverträge für 1979 führen die Arbeiter in zahlreichen Industrien Spaniens große Streikkämpfe. Die Kapitalisten und die Regierung versuchen, ihre Lohnleitlinie von 13% bei einer amtlichen Preissteigerungsrate von 16% durchzusetzen. Am 12.1. streikten allein im Raum



Demonstration gegen den Abschluß eines neuen „Sozialpaktes"

Madrid 200000 Arbeiter der Metallindustrie und des Baugewerbes. In der Metallindustrie hatten die Kapitalisten eine Lohnerhöhung von nur 10% angeboten. Die Regierung bietet 11% mehr Lohn, die Gewerkschaften fordern 18%, außerdem die 40-Stundenwoche, die Abschaffung der Überstunden und gewerkschaftliche Rechte im Betrieb. In der vergangenen Woche lag das Schwergewicht der Kämpfe in der Automobilindustrie. Am 15.1. streikten die 20000 Arbeiter der beiden spanischen Renaultwerke für einen halben Tag gegen das Angebot der Kapitalisten von 13% bei dreijähriger Laufzeit. Am 16.1. traten die 32000 Arbeiter der SEAT-Werke für eine Lohnerhöhung von 16% in den Streik. Die Kapitalisten wollen die Löhne auf dem Niveau des 2. Halbjahres 1978 festfrieren. Ebenfalls am 15.1. begann ein unbegrenzter Streik der 14000 Arbeiter von Chrysler Spanien. Die Entfaltung der Einheit und Kampfkraft der spanischen Arbeiter wird von den revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführungen behindert, die selbst eine Lohnleitlinie von 16% vertreten und einen neuen „Sozialpakt" zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung fordern. Am 12.1. hat die von den Revisionisten beherrschte Gewerkschaft Arbeiterkommissionen einen Aufruf gegen große Streiks veröffentlicht: „Ein hoher Konfliktreichtum ist weder für die Arbeiter noch für das Land insgesamt wünschenswert." Begründet wird dieser Appell zur „Mäßigung" mit der Notwendigkeit des „Kampfes gegen den Terrorismus", dem Fehlen eines „Sozialpaktes" und der Vorbereitung der Parlamentswahlen.

Gegen den „Hilfsplan" der Imperialisten: Türkei stoppt Tributzahlungen

z.pek. Die Kämpfe der iranischen Volksmassen haben die strategische Lage an der „Südostflanke" der NATO zuungunsten der Imperialisten verändert. Die Kämpfe der türkischen Volksmassen nehmen ebenfalls einen Aufschwung; durch den Einsatz konterrevolutionärer Banden und die Verhängung des Kriegsrechts sollen sie niedergehalten werden. In dieser Lage haben die westlichen Imperialisten auf ihrem „Gipfel" in Guadeloupe die Idee eines „gemeinsamen Hilfsplans" für die Türkei ausgekocht. Die US-Imperialisten schickten sogleich ihren stellvertretenden Außenminister Christopher nach Ankara, um das sogenannte „Verteidigungsabkommen", das die Türkei 1974 aufgekündigt hat, neu aushandeln zu lassen.

Die US-Imperialisten setzen auf die Folgewirkung ihres Boykotts bei der Lieferung von Waffen und Ersatzteilen an die Türkei. Dadurch war der Großteil der türkischen Waffenbestände zu wertlosem Schrott geworden. Für die zur Beseitigung der entstandenen Schäden benötigten Geräte und Ersatzteile fordern die US-Imperialisten nun neue Besatzerrechte. Während die Verhandlungen darüber andauern, reiste Christopher am 14. Januar nach Bonn, um

stopher am 14. Januar nach Bonn, um

mit den britischen, französischen und westdeutschen „Kollegen" die konkreten Bedingungen des „Hilfsplans" auszufeilschen.

Die Verschuldung der Türkei, organisiert über den IWF, soll ausgebaut werden. Über ihren Zinswucher und eine Reihe erzwungener Abwertungen der türkischen Währung haben es die Imperialisten im abgelaufenen Jahr fertiggebracht, die Türkei in eine Neuverschuldung von einer weiteren Milliarde Dollar zu treiben, um die notwendigen Importe von Maschinerie und Rohstoffen bezahlen zu können; und das, obwohl die Türkei ihre Exporte 1978 um 30% erhöht hat.

Dennoch, die Aussichten für den gemeinsamen Raubplan sind nicht günstig. In einem „internen Bericht" des IWF mußten die Imperialisten feststellen, die Währungsabwertungen des türkischen Pfundes seien überhaupt nicht in dem als Bedingung für die Kredite geforderten Umfang vorgenommen worden. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie schreit Zeter und Mordio, weil die türkische Notenbank alle Zahlungen an die Kapitalisten eingestellt hat und diese auch mit ihren „amtlichen" Eintreibungsforderungen abgeblitzt sind.

blitzt sind.

Wieviele Olivenbäume gibt es in Italien?

z.scc. Diese „Streitfrage zwischen Italien und der EWG" nimmt die EG-Kommission zum Anlaß einer massiven Verletzung der staatlichen Souveränität Italiens. Wie die US-amerikanische Militärzeitschrift „Aviation Week and Space Technology" vom 2.10. enthüllt, sucht sie „Fachleute ..., die von Italien Infrarot-Luftaufnahmen machen sollen", um dann zu „entscheiden, wieviele Olivenbäume es in Italien gibt". Um das – und anderes – ganz detailliert feststellen zu können, veranschlagt die Kommission die Zeit, die sie für die Aktion braucht, auf zwei Jahre.



Die italienischen Olivenzüchter, durchweg kleine Bauern und Halbpächter, die dem trockenen Boden Süditaliens die einzige Frucht, die dieser oft überhaupt noch hervorbringt, in schwerer Arbeit abringen, beziffern die Zahl der Olivenbäume auf 400 Mio. Man sollte meinen, sie müssen es wissen. Die EG-Kommission weiß es aber besser: Sie zahlt nämlich für weniger als 200 Mio. Erzeugerbeihilfe (an eine Handvoll großer Olivenraffinerien). Bisher hat sie sich noch nicht daran getraut, direkt die „Verringerung des Ölbaumbestandes" zu verfügen. Bisher hat sie die Erzeugerpreise für Oliven real, die Interventionspreise (zu denen die Bauern ihre „überschüssigen" Oliven zu verkaufen gezwungen sind) absolut gesenkt, um dadurch die Olivenbauern zu Tausenden zu ruinieren und als vogelfreie Lohnabhängige auf den Arbeitsmarkt zu werfen. Dies jedoch wirkt langsam. Nach zwei Jahren Luftüberwachung wird die Kommission feststellen, sie habe sich geirrt: Es gibt nicht 200 Mio. Olivenbäume, sondern 200 Mio. *zuviel*. Die müssen weg.

Die Rodung von vorerst 100000 ha Rebfläche in Südfrankreich und Italien *hat* sie bereits verfügt. Man hört schon die 1981 fällige Anfrage im Europaparlament: „Trifft es zu, daß die EWG seit zwei Jahren Millionen ERE Umstellungsprämien an italienische Weinbauern zahlt, obwohl diese – wie die Infrarot-Luftaufnahmen beweisen – die Weinbaugebiete gar nicht umstellen. Was gedenkt die Kommission, und wann, zu unternehmen?"

Das Streben der BRD-Imperialisten, die in der EG vorherrschen, Italien ihrem Herrschaftsbereich einzuverleiben, kennt buchstäblich keine Grenzen. Fragt Herr Seefeld im Europaparlament: „1. Wann hört endlich der bürokratische ... Unsinn des Ausfüllens von Zollerklärungen für EG-Bürger bei der Einreise nach Italien auf? – 2. Teilt die Kommission meine Meinung, daß dies ... von den Bürgern – die der Ansicht sind, sich im *EG-Inland* zu befinden – nicht verstanden wird?"

Callaghans 5%-Linie ist gefallen

Streik der LKW-Fahrer soll verschlichtet werden / Warnstreik des öffentlichen Dienstes

z.hef.London. 19.1. Fast alle der 180000 LKW-Fahrer im Speditionsbereich sind jetzt im Streik. Die Streikposten wurden ausgedehnt. Einzelne Transportkapitalisten, vor allem in Nordengland, schließen bereits außerhalb des Verbandes der Transportunternehmer Tarifverträge mit der Gewerkschaft TGWU ab. Die Gewerkschaft stimmt Verträgen zu, die 65 Pfund für 40 Stunden enthalten. Streikforderung der TGWU ist 65 Pfund für 40 Stunden, das letzte Angebot des Kapitalistenverbandes lautete 60 Pfund für 40 Stunden. „Wir glauben, daß die Gewerkschaft bei 65 Pfund und 40 Stunden abschließen wird", sagen die Streikposten vor dem Londoner Containerterminal. Sie sind entschlossen, den Streik auf keinen Fall mit einem niedrigeren Abschluß zu beenden. „Für 60 Stunden habe ich 65 Pfund netto", sagte ein LKW-Fahrer, der seit 12 Stunden Streikposten steht. „Büroreiniger haben einen höheren Stundenlohn." Viele Leute meinten, wegen der Übernachtungsgelder würden sie viel verdienen. „Die acht Pfund verbrauchst du aber auch, wenn du dauernd irgendwo anders übernachten mußt."

„Sie wollen die Streikposten illegal machen, um die Möglichkeit zu schaffen, mit einem Polizeieinsatz die Streikfähigkeit wiederherzustellen." Die Fahrer haben die Streikposten ausgedehnt, weil es ihre einzige Möglichkeit ist, den Streikbruch im großen Umfang zu verhindern und die Kapitalisten den Streik schnell spüren zu lassen. Am Donnerstag erließ die Gewerkschaftsführung nach Debatten mit Callaghan neue Richtlinien, nach denen sich die Streikposten nur gegen Speditionen und Speditionsfahrzeuge richten sollen. Aber nur die ebenfalls ergangenen Anweisungen für das Durchlassen von Lebensmitteln und Tierfutter werden beachtet, das geschieht meist sowieso schon. Die „sekundären Streikposten" bleiben stehen. Obwohl es der erste landesweite Streik der Fahrer seit dem Generalstreik 1926 ist, haben sie ihn hervorragend vorbereitet. Sollen sie sich jetzt, wo er beißt, die Erfolgsaussichten durch Anweisungen der Gewerkschaftsführung kaputt machen lassen, die erst nach langem Zögern den Streik offiziell gemacht hat und selbst das dann damit begründete, so könne sie den Streik besser kontrollieren?

Die Opposition fordert neue Gesetze zum Verbot dieser Streikposten, die Firmen wollen Schadensersatzforderungen an die Gewerkschaft stellen, wenn sie einsetzen würden – viele andere Leute ermutigt würden, zur Arbeit zurückzukehren. Das ist eine Frage der Auffassung. Ich glaube im Moment nicht, daß diese Auffassung richtig ist. Wir würden erleben, daß wir den Streit verschärfen, anstatt zu glätten. Es kann die Zeit kommen, wenn diese Auffassung richtig wird."



Streikposten vor dem Londoner Container-Terminal

Der Containerterminal und der daneben liegende zentrale Londoner Frachthof sind von den Streikposten vollständig lahmgelegt. Die Streikposten vor den Frachthöfen, den Häfen und den großen Fabriken erweisen sich als höchst wirkungsvoll. Nicht nur der Speditionsverkehr, auch der Werksverkehr, den die Kapitalisten gern zum Streikbruch einsetzen würden, ist fast vollständig lahmgelegt. „Aber jetzt müssen wir feststellen, daß die Streikkomitees hier bestimmen und daß sie Ausdrücke gebrauchen wie, sie würden Zugang zu Lebensmitteln ‚erlauben', sie würden bestimmten LKWs ‚erlauben', durchzufahren. *Sie haben kein Recht, sie an der Durchfahrt zu hindern*", tobte Oppositionsführerin Thatcher im Parlament und forderte

Thatcher im Parlament und forderte

scharfes Eingreifen der Regierung. Die Kapitalisten klagen: „Exporte im Wert von nahezu 100 Mio. Pfund täglich werden angehalten", läßt der Rat für Überseehandel in der Financial Times bekanntgegeben. Er fordert „schnelles Eingreifen, um die Streikposten vor Häfen gegen Transporte, die nichts mit der Auseinandersetzung zu tun haben, zu beseitigen. Wenn das nicht schnell geschehe, werde es lange Zeit dauern, das Vertrauen in Britanniens Lieferfähigkeit wiederherzustellen." Die Financial Times dringt auf „Polizeipräsenz an den Streikposten. Die Erfahrung hat wieder und wieder gezeigt, daß die Polizeipräsenz an eine sonst schlimme Lage entschärfen kann". Callaghan zögert. Zwar wird die Polizei verstärkt eingesetzt, aber nicht in dem gewohnten Umfang. Der angekündigte Notstand wurde ebenfalls nicht ausgerufen. Hauptgrund ist der Fehlschlag des großen Spaltungsmanövers, das einen Teil der Massen hinter die Kapitalisten und ihre Regierung bringen sollte. Die Horrorgeschichten über bevorstehende Lebensmittelknappheit und gar Hunger wirkten angesichts kaum vorhandener Knappheiten in den Läden überzogen. Heute berichten die BBC-Fernsehnachrichten zum ersten Mal seit zwei Wochen, daß

zum ersten Mal seit zwei Wochen, daß

keine Knappheit zu befürchten sei.

Die dringend gebrauchte Spaltung zwischen Arbeiterklasse und den anderen Teilen der werktätigen Massen ist bisher nicht im erforderlichen Umfang gelungen. Callaghan sagte am Donnerstag im Parlament: „Es gibt gute Gründe anzunehmen, daß die Ausrufung des Notstandes positive Ergebnisse hätte, weil dadurch – auch wenn wir nicht viele Soldaten und Lastwagen

In der letzten Woche brachten die Lokführer mit ihrem Streik den Zugverkehr an zwei Tagen völlig zum Erliegen. Am Montag streiken große Teile des öffentlichen Dienstes. Streiken werden:

- 1,1 Millionen Arbeiter der Gemeindebehörden, also Müllarbeiter, Schulhausmeister, Putzfrauen, Heizer, Gärtner usw., darunter viele Teilzeitarbeiter und -arbeiterinnen;
- 250000 Krankenhausarbeiter;
- 24000 Universitätsarbeiter (für diese drei Gruppen stellen die Gewerkschaften gemeinsam die Forderung nach 60 Pfund Mindestlohn und 35-Stundenwoche auf;)
- 30000 Wasserarbeiter (62 Pfund Mindestlohn, 35 Stunden);
- 18000 Krankenwagenfahrer (65 Pfund mindestens, 35-Stundenwoche, gleiche Bezahlung wie Feuerwehr und Polizei);
- 420000 Krankenschwestern und Krankenpfleger. Sie fordern eine Angleichung an ihren Lohnstandard von 1974 zusätzlich zu Tariferhöhungen.

Gegen diese ziemlich einheitlich auf der Forderung 60 Pfund Mindestlohn operierende Lohnbewegung den Notstand auszurufen, *bevor* sie gespalten wurde, erscheint der Regierung aussichtslos. Deshalb wurde in der letzten Woche die Labour-Fraktion in den Gewerkschaften mobilisiert: Gegen den Streik der LKW-Fahrer wird mit Zustimmung der TGWU-Führung erneut die Schlichtungsstelle der Regierung eingesetzt. Gegen die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst mußte die Regierung Zugeständnisse machen. Das erste Zugeständnis bestand in einem Angebot Callaghans, mindestens 3,50 Pfund Lohnerhöhung pro Woche für alle Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst unter 70 Pfund zu zahlen sowie Vergleiche mit Tariflöhnen für vergleichbare Arbeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes anzustellen. Die Wirkung war fast null, wie die Regierung leicht an den kampfstarken Versammlungen zur Vorbereitung des Streiks und der Massendemonstration in London am Montag sehen konnte. Daraufhin gab die Regierung heute offiziell die 5% auf, indem sie den Wasserarbeitern 13,9% anbieten ließ. Die Verhandlungskommission der Gewerkschaften hat die Annahme

Gewerkschaften hat die Annahme

empfohlen. Zwischen 13,9%, die ungefähr 6,75 Pfund ausmachen, und der Forderung 62 Pfund, die 14 Pfund bedeutet hätte, ist ein ziemlicher Unterschied. Entscheidend ist, daß ein Produktivitätsabkommen mit dem Angebot verbunden ist und die Regierung jetzt hofft, durch verschiedenste Angebote und Produktivitätsabkommen die – sowieso geringe – Einheitlichkeit der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst zu brechen.

US-Imperialisten stocken strategische Kupfervorräte auf

z.gab. Um 250000 Tonnen Kupfer sollen die US-Stockpiles – die strategischen Kupferreserven der US-Imperialisten – erhöht werden, gab die US-Regierung Anfang 1979 bekannt. Die strategischen Kupferreserven sollen damit von gegenwärtig 18381t auf 268381t aufgestockt werden. Als offizielles strategisches Ziel gab Carter die Aufstockung der Kupferlager auf insgesamt 1,178 Mio. Tonnen an. Einerseits bestimmen die US-Imperialisten durch den An- bzw. Verkauf von Rohstoffen aus ihren strategischen Reserven die Weltmarktpreise der Rohstoffe. Durch den Abbau der strategischen Kupferreserven in den vergangenen Jahren hatten die US-Imperialisten den Weltmarktpreis von Kupfer in den Keller getrieben, die Kupferproduktion Zaires zum Erliegen gebracht, um Zaire in ihre Schuldknechtschaft zu treiben. Andererseits ist die verstärkte Lagerbildung von „strategisch wichtigen Rohstoffen" von entscheidender Bedeutung für die beschleunigten Kriegsvorbereitungen der US-Imperialisten. Nach Carters Stockpile-Plan sollen rund 13 „kritische Rohstoffe" in den strategischen Lagern aufgehortet werden, um einen etwaigen kriegerischen Konflikt von dreijähriger Dauer zu überstehen, war die Begründung. Rund 100 Mio. Faß Rohöl aus den Ländern am Persischen Golf lagerten Ende 1978 in den strategischen Rohöllagern der US-Imperialisten. Um 150 Mio. Faß soll das Rohöllager mehr als verdoppelt werden.

Sambia gibt den Börsenhaien den Laufpaß

z.mat. Sambias Bergbauminister James Mapoma hat mitteilen lassen, daß der Verkauf sambischen Kupfers ab sofort nicht mehr über die Londoner Metallbörse erfolgt, sondern durch Sambia selbst. „Wer sich uns anschließen will, kann das tun", sagte er. „Zaire hat uns bereits zugestimmt, und wir haben unsere Verkaufskampagne für 1979 praktisch abgeschlossen." Die Imperialisten haben die niedrigen Kupferpreise der letzten Jahre und Sambias Schwierigkeiten beim Transport für eine zielstrebige Knebelung des Landes zu nutzen versucht. Von 120 Mio. Dollar zugesagten Bankkrediten hat Sambia bislang nur die Hälfte erhalten. Diese Zahlung wird von regelmäßiger Überprüfung der Wirtschaft durch den IWF abhängig gemacht. Der IWF fordert die Rückzahlung der Schulden und freien Übertrag der Profite als Sicherheit, obwohl der Wert des in Sambia lagernden Kupfers allein 150 Millionen Dollar beträgt. Inzwischen ist der Kupferpreis auf dem höchsten Stand seit zwei Jahren, und die gute Sambia-Qualität ist besonders gefragt. Die Londoner Börsenmakler verkaufen sambisches Kupfer aber nur zusammen mit minderwertigen Qualitäten. Gleichzeitig machen sie selbst das große Geschäft: In den letzten zwei Wochen haben sie 20875 Tonnen von ihren billig angelegten Lagerbeständen auf den Markt geworfen, die mit 369350 Tonnen jetzt den niedrigsten Stand seit 1975 erreicht haben.

Harmonisierung der Steuern – diesmal auf Autos

z.scc. Angenommen, ein durchschnittlicher Autofahrer, Besitzer eines VW-Passats (10 l auf 100 km) verfährt 12000 km im Jahr. 6,92 DM (2,69 ERE) konnte der westdeutsche Staatsapparat im letzten Jahr auf 100 km an Steuern kassieren, und liegt damit doch nur an vorletzter Stelle im EG-

Historische Erfahrungen der Revolution im Iran

Das iranische Volk kennt seine Feinde / Deutsche Imperialisten immer dabei

z.ulg. Die „American Express Bank“ hat ihren Kunden geraten, keine Geschäfte mehr in iranischer Währung, über iranische Banken oder Niederlassungen imperialistischer Banken im Iran abzuwickeln. Die US-Banker schätzen die Aussichten der von ihnen installierten Regierung Bakhtiar selber ziemlich pessimistisch ein.

Blutig hat der CIA 1953 mit dem Putsch gegen die antiimperialistische Regierung Mossadegh den Schah wieder an die Macht gebracht und die Herrschaft der US-Imperialisten über den Iran etabliert. 1960 und 1963 hat sich das Schah-Regime gegen große Volksaufstände halten können. Diesmal sieht es nicht so aus. Mehrere Millionen Menschen haben am Freitag in Teheran für die islamische Republik demonstriert. Nach der „Abreise“ des Schah mußten die Soldaten, die gemeinsam mit den Volksmassen diesen ersten Sieg feierten, schleunigst in die Kasernen zurückbeordert werden.

Mit drohendem Unterton hat Carter in der vorigen Woche den Ayatollah Khomeiny aufgefordert, Bakhtiar „eine Chance zu geben“. Khomeiny hat das sofort abgelehnt und bei dieser Gelegenheit zugleich die Versuche der anderen Supermacht, sich nun ihrerseits im Iran festzusetzen, zurückgewiesen. „Ruhe und Stabilität werden im Iran wiederhergestellt sein, wenn es keine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten durch fremde Regierungen, besonders durch die Supermächte, mehr gibt.“

Vor genau 150 Jahren stürmte eine demonstrierende Volksmenge die russische Botschaft in Teheran und schlug eine zur Eintreibung von Reparationen angereiste Delegation kurzerhand tot. 1828 hatte Iran nach mehreren Kriegen den ganzen Nordwesten des Landes, die heutigen sowjetischen Unionsrepubliken Armenien und Aserbaidschan, an die alten Zaren abtreten müssen.

Seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts erpreßten die russischen und englischen Kolonialisten eine „Konzession“ nach der anderen, gegen lächerliche Bestechungsgelder an den Schah

demonstrierende Volksmenge die russische Botschaft in Teheran und schlug eine zur Eintreibung von Reparationen angereiste Delegation kurzerhand tot. 1828 hatte Iran nach mehreren Kriegen den ganzen Nordwesten des Landes, die heutigen sowjetischen Unionsrepubliken Armenien und Aserbaidschan, an die alten Zaren abtreten müssen.

Seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts erpreßten die russischen und englischen Kolonialisten eine „Konzession“ nach der anderen, gegen lächerliche Bestechungsgelder an den Schah

und die herrschenden Grundbesitzer, das Land nach Herzenslust zu plündern. Rußland sicherte sich 1879 die (Kaviar-)fischerei im Kaspischen Meer, England 1860 den Betrieb des Telegraphennetzes. 1888 wurde eine britische „Imperial Bank of Persia“ als „Nationalbank“ mit dem Recht zur Notenausgabe gegründet.

Im Kampf gegen die Tabakkonzession, nach der Produktion, Verkauf und Export allen iranischen Tabaks einem britischen Monopol unterworfen wurden, erreichte der Unabhängigkeitskampf 1891/92 einen ersten Höhepunkt. Als das Monopol 1891 seine Räuberei aufnahm, wurden zunächst in Täbris, der Hauptstadt des iranisch gebliebenen Teils von Aserbaidschan, die Werbeplakate abgerissen und durch revolutionäre Proklamationen ersetzt. Im September mußte sich das Monopol aus Täbris zurückziehen. Im Dezember riefen die religiösen Führer zu einem landesweiten Tabakboykott auf, der überall einmütig befolgt wurde. Ende Januar mußte das Monopol die Aufgabe seiner „Tätigkeit“ bekanntgeben.

Die britischen Imperialisten ließen sich für diese Schlappe mit 500000 Pfund Sterling, für die die iranische Regierung bei der – britischen – „Nationalbank“ ihre erste Auslandsanleihe aufnehmen mußte, fürstlich „entschädigen“. Die Zolleinnahmen aus dem Süden des Landes und vom Golf mußten zur „Garantie“ verpfändet werden. Eine britische Zeitung kommentierte: „Man kann zuversichtlich davon ausgehen, daß diese Vereinbarung den Bereich ausdehnen wird, über den der britische Handel herrscht.“

Die deutsche Reichsbourgeoisie nutzte die russisch-britische Rivalität, um selbst an den Golf vorzustoßen. Die Weiterführung der „Bagdad-Bahn“ bis nach Kuweit sollte der Hebel dazu sein. Ein Dr. Hannekum, der 1938 im Zeichen eines neuen Anlaufs seine Dissertation über „Persien im Spiel der Mächte“ veröffentlichte, schreibt über die im Zusammenhang

barung den Bereich ausdehnen wird, über den der britische Handel herrscht.“

Die deutsche Reichsbourgeoisie nutzte die russisch-britische Rivalität, um selbst an den Golf vorzustoßen. Die Weiterführung der „Bagdad-Bahn“ bis nach Kuweit sollte der Hebel dazu sein. Ein Dr. Hannekum, der 1938 im Zeichen eines neuen Anlaufs seine Dissertation über „Persien im Spiel der Mächte“ veröffentlichte, schreibt über die im Zusammenhang

mit dem Eisenbahnbau der Türkei abgepreßten Bergbau- und Schiffahrtskonzessionen: „Sämtliche Rechte waren also dazu angetan, wenn England an der Bahn nicht beteiligt wurde, sowohl seinen Einfluß in Westpersien einzuschränken, als auch die bevorzugte Stellung Großbritanniens am Golf durch Wettbewerb ungünstig zu beeinflussen.“

1906 hielt der deutsche Geschäftsträger „die Errichtung einer Bank in Teheran für unerläßlich und besonders die augenblickliche Lage Persiens dafür günstig: die Regierung befinde sich in großer Finanznot.“ Am 1.7.1906 wurde eine entsprechende „Bankkonvention“ unterzeichnet, doch die iranische Revolution machte den hochfliegenden Kolonialplänen einen Strich durch die Rechnung.

Unter der Forderung nach einer demokratischen Verfassung versammeln sich im Sommer 1906 Tausende zunächst in einer Teheraner Moschee und ziehen dann in die „heilige Stadt“ Qum. Schließlich besetzen an die 16000, Handwerker, Kleinhändler und islamische Geistliche, das Gelände der britischen Botschaft in Teheran. Der Schah muß nachgeben. Im Oktober tritt die neugewählte Nationalversammlung zusammen und lehnt als erstes eine geplante britisch-russische Anleihe ab.

Aufgeschreckt durch die antiimperialistisch-demokratische Revolution teilen die Hauptrivalen England und Rußland im August 1907 den Iran, Afghanistan und Tibet in Einflußsphären auf. Ein Jahr später lassen sie den Schah das Parlament auseinanderjagen. Monatelang können sich in Täbris die aserbaidschanischen Revolutionäre gegen die anrückenden Schah-Truppen halten. Eine russische Interventionsarmee wirft den Aufstand in Täbris schließlich nieder. Doch in den wichtigsten anderen Provinzstädten vertreiben die Volksmassen mit Unterstützung der Bauern des Umlandes die kaiserlichen Gouverneure, ein aserbaidschanisches Revolutionsheer sammelt sich in Rascht. Gemeinsam marschieren sie auf die Hauptstadt.

Schah das Parlament auseinanderjagen. Monatelang können sich in Täbris die aserbaidschanischen Revolutionäre gegen die anrückenden Schah-Truppen halten. Eine russische Interventionsarmee wirft den Aufstand in Täbris schließlich nieder. Doch in den wichtigsten anderen Provinzstädten vertreiben die Volksmassen mit Unterstützung der Bauern des Umlandes die kaiserlichen Gouverneure, ein aserbaidschanisches Revolutionsheer sammelt sich in Rascht. Gemeinsam marschieren sie auf die Hauptstadt.

Obwohl mittlerweile 6000 Mann russische Truppen im Lande stehen, die von russischen Offizieren kommandierten „persischen Kosaken“ nicht mitgerechnet, und britische Truppen am Golf landen, gelingt es den Revolutionären im Juli 1909, Teheran einzunehmen und den Schah zum Rücktritt zu zwingen. Doch die Grundbesitzer, die weiter die Regierung bilden, setzen 1911 die bürgerlich-demokratische Verfassung praktisch wieder außer Kraft und lösen das Parlament endgültig auf.

1921 schloß die junge Sowjetmacht einen Vertrag mit Iran, in dem die ungleichen Verträge aufgehoben, die iranischen Staatsschulden annulliert und die Fischereikonzessionen für ungültig erklärt wurden. Doch die britischen Imperialisten nutzten die Lage, um das Land nun ihrer alleinigen Kontrolle zu unterwerfen. Praktisch übte die „Anglo-Iranian Oil Company“ die Regierung aus, die nominell der frühere Kosakenoffizier Reza Schah innehatte.

Die deutschen Imperialisten machten einen neuen Anlauf, sich im Lande festzusetzen. Ende der 20er Jahre waren sie nach Großbritannien und der Sowjetunion bereits drittwichtigster Lieferant. Zehntausende von deutschen „Geschäftsleuten“ und Nazi-Agenten trieben sich im Iran herum. Als der Schah sich nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion weigerte, die „deutsche Kolonie“ zu internieren, besetzten britische und sowjetische Truppen das Land mit der Begründung, den Nachschub für die Sowjetunion zu sichern.

Nach Kriegsende nahm die antiimperialistische Volksbewegung einen neuen Aufschwung. In Aserbaidschan und Kurdistan wurden unabhängige demokratische Republiken ausgerufen. Erst nach dem Abzug der sowjetischen Truppen konnten die Imperialisten die aserbaidschanisches Revolution in einem Vernichtungsfeldzug unter persönlicher Führung des jetzt hingegangenen Schah unterdrücken.

Teheran, 19.1.1979. Vier Millionen demonstrieren für die sofortige Errichtung der „Islamischen Republik“.

IWF-Zinserhöhung um 25% im Auftrag der US-Imperialisten

z.jüb. Am 12.1.1979 ließ die Carter-Regierung durch den Unterstaatssekretär im Schatzministerium auf einer internationalen Konferenz in London verkünden, daß zur Lösung der Probleme des Dollars und des internationalen Währungssystems alle Nationen darauf vorbereitet sein müßten, einiges von der Freiheit aufzugeben, der sie sich bei der Regelung der heimischen Wirtschaft erfreut hätten“. Offen wird die direkte Einflußnahme auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung in den einzelnen Ländern verlangt. Das Mittel, solchen Einfluß zu nehmen, sieht die Carter-Regierung über den Internationalen Währungsfonds gegeben. Am 1. April 1978 war eine Änderung des IWF-Übereinkommens in Kraft getreten. Nach Art. IV dieses Abkommens wird jedes Mitglied verpflichtet, seine „Wirtschafts- und Währungspolitik unter angemessener Berücksichtigung seiner Situation auf das Ziel eines geordneten Wirtschafts-

Wirtschaft erfreut hätten“. Offen wird die direkte Einflußnahme auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung in den einzelnen Ländern verlangt. Das Mittel, solchen Einfluß zu nehmen, sieht die Carter-Regierung über den Internationalen Währungsfonds gegeben. Am 1. April 1978 war eine Änderung des IWF-Übereinkommens in Kraft getreten. Nach Art. IV dieses Abkommens wird jedes Mitglied verpflichtet, seine „Wirtschafts- und Währungspolitik unter angemessener Berücksichtigung seiner Situation auf das Ziel eines geordneten Wirtschafts-

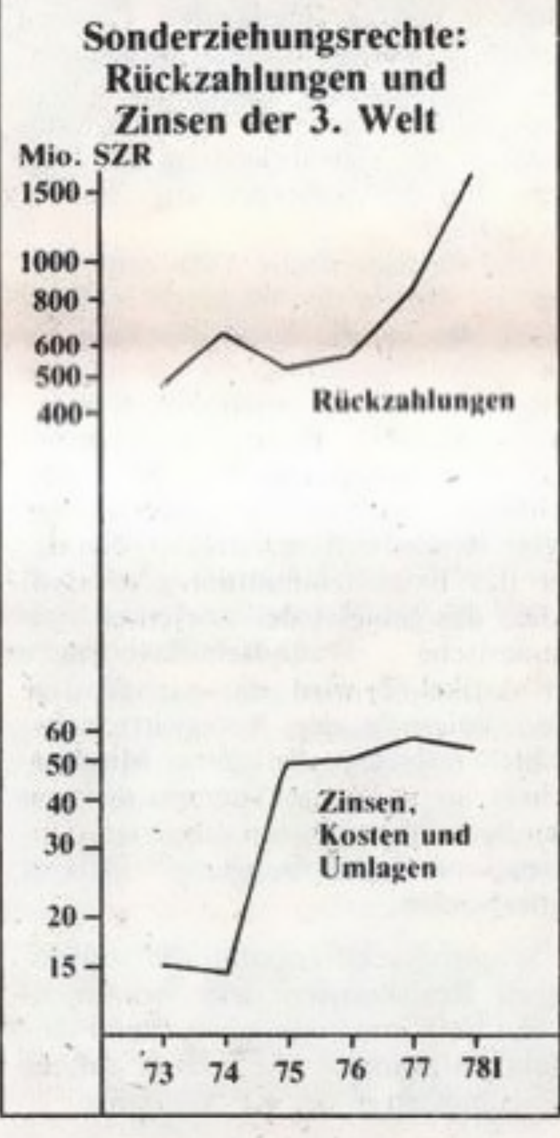
wachstums bei angemessener Preisstabilität auszurichten.“

Mit diesem Erpressungsinstrumentarium sollen insbesondere die Länder der Dritten Welt, die immer wieder gezwungen sind, über den IWF Kredite aufzunehmen, zu einer für die Imperialisten genehmen Politik gezwungen werden. So kann nach diesem Abkommen künftig die Überwachung seitens des IWF auf die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik eines Landes ausgedehnt werden.

Die USA verlangen seine sofortige und direkte Anwendung, denn dieses Instrument bietet auch die Möglichkeit, sich in die Politik der übrigen imperialistischen Staaten einzumischen, denn einige haben erhebliche Kredite bei dem IWF aufgenommen.

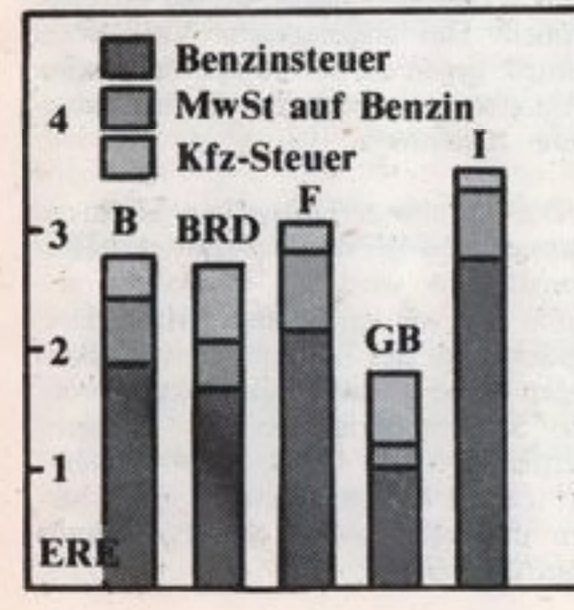
Einen Monat vor diesem Eingreifen der USA wurden seitens der Gouverneure des IWF die Zinsen für in Anspruch genommene Sonderziehungsrechte erhöht. Bisher mußten als Zinsen gezahlt werden 60% eines Durchschnittszinses, der errechnet wurde aus den jeweils geltenden Zinssätzen für kurzfristige Darlehen in den USA, der BRD, Großbritannien, Frankreich und Japan. Dieser Zinssatz wurde auf 80% heraufgesetzt, was einer Erhöhung der Zinsen um 25% entspricht. Betroffen davon sind in erster Linie die Länder





der Dritten Welt, die mehr als die Hälfte der Zinsen aufzubringen haben, die das IWF jährlich einzieht, im Jahre 1978 ca. 54 Mill. Sonderziehungsrechte (SZR). (Ein SZR entsprach im Januar 1978 DM 2,50).

Ausplünderungswettbewerb. Das Schaubild zeigt, wo die Finanzbourgeois ansetzen: die Kfz-Steuer soll leicht gesenkt, die Benzin-Verbrauchssteuer dafür angehoben werden. Ebendasselbe bereitet die Callaghan-Regierung vor. Schritt für Schritt werden die Steuern „harmonisiert“. Vollständig „harmonisiert“, mit der dänischen Kfz-Steuer (540 DM), der italienischen Benzinsteuer und dem französischen Mehrwertsteuersatz, ließen sich 13,39 DM oder 5,2 ERE aus den autofahrenden Lohnabhängigen herauspressen.



Dänemark: Komitees gegen die Europawahlen und die EG gebildet

z.bag. Im Oktober 1972 entschieden sich per Volksabstimmung 57% für, 33% gegen den Beitritt Dänemarks zur EG. Eine offizielle Umfrage im Dezember ergab, daß nur noch 39% dafür, 43% dagegen sind, und 18% sich nicht äußern wollten. Wichtigste Ursache für diese wachsende Ablehnung der EG ist, daß die Mitgliedschaft den dänischen Volksmassen bisher nur „Harmonisierung“ genannte Teuerungen gebracht hat. Die bevorstehende Wahl zum Europaparlament hat der Volksbewegung gegen die EG neuen Aufschwung gegeben. Auf einem Kongreß im letzten Jahr hatte die Mehrheit beschlossen, an der Wahl teilzunehmen, in der Hoffnung, das Europaparlament zur Tribüne für ihre Ablehnung der EG machen zu können. Jetzt wurden die Kandidaten nominiert: neben vielen Parteilosen hauptsächlich Sozialdemokraten und Revisionisten. Der Kampf auf jener Tribüne soll darin bestehen, „die EG-Politik zu bremsen“. Dagegen hat sich eine Wahlboykottgruppe gebildet, die inzwischen Komitees in allen größeren Städten hat. Sie sieht in der Beteiligung an den Wahlen eine Zersplitterung der Kräfte und hält an der alten Plattform mit der zentralen Forderung „Raus aus der EG“ fest.

Staatsbesuch Honeckers in Indien

z.nop. Als Ergebnis des Indien-Besuchs des DDR-Staatschefs vom 8. bis 12.1.1979 wurde ein langfristiges Abkommen abgeschlossen, das eine Verdoppelung des 1978 erreichten Handelsvolumens bis 1985 auf 2 Mrd. Rupien (500 Mio. DM), die gemeinsame Errichtung und Betreibung von Fabriken und das gemeinsame Auftreten auf dritten Märkten vorsieht. Wenngleich der Anteil der DDR am indischen Export mit 0,6% bislang gering ist, sieht die DDR in diesem Abkommen einen wichtigen Schritt in ihrer Politik, sich im Kielwasser der russischen Sozialimperialisten in der Dritten Welt Einfluß- und Kapitalanlagesphären zu sichern. Mißlungen ist der Versuch Honeckers, den sozialimperialistischen Überfall auf Kampuchea zu rechtfertigen und im Hinblick auf den für Februar geplanten Chinabesuch des indischen Außenministers zur Erörterung der bestehenden Grenzstreitigkeiten Widersprüche zu schüren. Während Honecker zur „Sicherung des Friedens auf diesem Kontinent“ das „stabilisierende Element der freundschaftlichen Bande mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten“ empfahl und die sozialimperialistische Unterstützung der SR Vietnam „bei ihren Initiativen zur Schaffung des Friedens und der Stabilität“ bekräftigte, erklärte Staatspräsident Reddy, „daß meine Regierung Wert darauf legt, die Probleme mit unseren Nachbarn zu lösen und deren Unabhängigkeit zu respektieren“; ferner forderte er, daß der Indische Ozean von „fremder militärischer Präsenz freibleiben muß“.

Beratungen Sudan-Ägypten über weitere Integration

z.hku. Eine ägyptische Parlamentsabordnung ist am 20.1. unter Leitung von Präsident Sadat zur 2. gemeinsamen Parlamentskonferenz in den Sudan gereist. Fußend auf dem grundlegenden „Programm für politische Aktion und wirtschaftliche Integration“ von 1974 haben der Sudan und Ägypten vor zwei Jahren ein Verteidigungsabkommen geschlossen, um „die Kapazitäten beider Länder zu erhöhen, die Verteidigungskraft zu stärken und ihnen zu ermöglichen, ihren panarabischen und afrikanischen Verpflichtungen nachzukommen.“ Der Sudan unterstützt die eriträische Befreiungsbewegung und ist seit dem Hinauswurf der sowjetischen Militärberater starkem Druck und ständigen Einmischungsversuchen der Sozialimperialisten ausgesetzt, die sich dabei Äthiopiens bedienen. – 1977 hat die erste Konferenz beider Länderparlamente die Schaffung einer Zollunion und die Ausweitung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen beschlossen, unter anderem die Errichtung einer Wirtschaftszone im Norden des Sudan, in der die Bodenschätze gemeinsam exploriert werden sollen. Im vergangenen Jahr konnte der Warenaustausch zwischen beiden Staaten bereits um 60% erhöht werden. Die verstärkten gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen werden unterstützt durch die Arabische Industrialisierungsorganisation, die unter anderem die Produktion von Militärfahrzeugen aufgenommen hat.

„Hilfe" der Sozialimperialisten an Vietnam – gegen die Völker Südostasiens gerichtet

z.rua. Am 3. November 1978 wurde in Moskau von Breschnew/Kossygin und Le Duan/Pham Van Dong der sowjetisch-vietnamesische „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" unterzeichnet. Einen Monat später wurde in Hanoi die angebliche „Nationale Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" aus der Taufe gehoben. Gut eine Woche darauf wurde in Moskau der sowjetisch-vietnamesische Vertrag ratifiziert und trat damit in Kraft. 12 Tage später eröffneten die vietnamesischen Invasionstruppen die Offensive gegen das Demokratische Kampuchea.

„Wir blicken voll Optimismus und Zuversicht in die Zukunft. Unabsehbare Weiten eröffnen sich den Völkern unserer Länder, gleichberechtigten Mitgliedern der mächtigen sozialistischen Gemeinschaft", verkündete Breschnew schwülstig anläßlich der Unterzeichnung dieses Vertrages.

Unabsehbare Weiten? Durchaus nicht. Die Revisionisten der UdSSR haben seit ihrer Machtergreifung zielstrebig den Plan verfolgt, Vietnam unter ihre Herrschaft zu bringen, es als Aggressionsherd gegen die Völker Südost-Asiens einzusetzen, sich diese Länder einzuverleiben und so ihre strategische Basis auszudehnen. Das alles im Gewande der „internationalistischen Friedensliebe". Mit dem sowjetisch-vietnamesischen „Freundschaftsvertrag" geben sie den vietnamesischen Expansionisten Feuerschutz. Artikel 6 heißt:

„Die Hohen Vertragschließenden Parteien werden einander über alle wichtigen weltpolitischen Fragen, die die Interessen beider Länder betreffen, konsultieren. Falls ein Partner zum Objekt eines Angriffs oder einer Angriffsdrohung gemacht wird, treten die Hohen Vertragschließenden Parteien sofort in Konsultationen miteinander ein, um eine solche Bedrohung zu bannen und entsprechende effektive Maßnahmen zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit ihrer Länder zu treffen."

dens und der Sicherheit ihrer Länder zu treffen."

Das vietnamesische Volk muß bluten. Es wird in den ungerechten Krieg gegen das kampucheanische Volk für die großmannssüchtigen Ziele der vietnamesischen und sowjetischen Revisionisten getrieben. Es wird in der heimischen „Produktionsschlacht" verschärfter Ausbeutung unterworfen. Seine Reproduktionsmittel werden unter das Existenzminimum gedrosselt. Auch das gebietet der sowjetisch-vietnamesische Freundschaftsvertrag". In Artikel 2 wird die „langfristige Koordinierung der Volkswirtschaftspläne" festgelegt. Seit seiner Mitgliedschaft im RGW ist Vietnam der von den Sozialimperialisten diktierten „Internationalen Arbeitsteilung" offiziell unterworfen.

Schnurstracks konnten die sowjetischen Revisionisten dem vietnamesischen Volk ihre imperialistischen Pläne nicht aufzwingen. Sie setzten auf die Revisionisten in der KP Vietnams.

Unter Ausnutzung des hohen Ansehens, das die sozialistische Sowjetunion unter den Völkern genoß, die der jungen Volksrepublik Vietnam 1954 zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und Kleidung 170000 t Reis, 9 Mio. m Stoff, 1900 t Garne, 5000 t Baumwolle zur Verfügung stellte, schlossen die Revisionisten der UdSSR im Mai 1956 das erste Handelsabkommen mit Vietnam, dem sie im März 1957 das erste Zahlungsabkommen anschlossen. Für den Bau von 43 Industrieprojekten gaben sie Vietnam 1960 einen 350-Mio.-Rubel-Kredit zu einem Zinssatz von 2%, rückzahlbar in zehn Jahren. Gleichzeitig schlossen sie Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit während des 1. Fünf-Jahr-Plans der DR Vietnam von 1961 bis 1965 und über die Erhöhung des Warenumsatzes. Die UdSSR lieferte an die DR Vietnam Maschinen, Ausrüstungen und Brennstoffe zum Abbau der Rohstofflager. Vietnam verfügt über große Mengen an Rohstoffen, darunter Kohle, Eisen, Chromit, Zink, Zinn, Nickel, Aluminium, Kupfer, Gold, Silber, Quecksilber und Blei. Die Apathit- und Bauxitvorkommen zählen zu den größten der Welt. Vor der vietnamesischen Küste lagern Erdölvorkommen. Natürliche Reichtümer, die aufgrund der unzureichend entwickelten Produktivkräfte nicht eigenständig gefördert werden konnten, auf die die Sozialimperialisten sich den Zugriff sicherten. Neben diesen Rohstoffen lieferte Vietnam landwirtschaftliche Produkte, Reis und Obst, in die UdSSR. Der Export landwirtschaftlicher Produkte wurde 1959 gegenüber 1955 verdoppelt.

Im September 1962 entsandten die Sozialimperialisten die ersten „Berater" für den Bau von Bewässerungswerken und einer chemischen Fabrik. Sie überschwemmten Vietnam in den Folgejahren mit Exporten der Maschinenbauindustrie und zogen so den Kreditstrick immer enger.

Bereits im Dezember 1965 vergaben sie an Vietnam einen Kredit zwecks Deckung des Saldobetrages auf dem Verrechnungskonto für 1965 und erzwangen ein Abkommen über die Aufrechterhaltung der bestehenden Preise. Gleichzeitig stundeten sie die für 1966 fälligen Kreditrückzahlungen.

Der ökonomischen Strangulierung durch die Sozialimperialisten fügten die Revisionisten in der KP Vietnams die politische Entwürdigung hinzu. Auf dem 23. Parteitag der KPdSU im April 1966 erklärte Le Duan: „Für uns gibt es zwei Vaterländer. Das eine ist Vietnam, das andere ist die Sowjetunion." Derart rückversichert setzten die Sozialimperialisten auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes im Juli 1966 eine Resolution durch, in der sie die offene Invasion der Warschauer Pakt-Truppen in Vietnam forderten: „Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ... erklären ihre Bereitschaft, falls die Regierung der DR Vietnam die Bitte äußern sollte, ihren Freiwilligen zu ermöglichen, nach Vietnam zu gehen, um dem vietnamesischen Volk im Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren zu helfen." Die Regierung der DR Vietnam hat diese Bitte nicht geäußert! Ho Chi Minh erklärte wenige Tage später, die Entsendung der „Freiwilligen" des Warschauer Paktes sei nicht nötig, da das vietnamesische Volk sich auf seine eigenen Kräfte stützt und heldenhafte und wirksame Kämpfe führt.

An ein neues Abkommen über „wirtschaftliche und technische Hilfe"

„wirtschaftliche und technische Hilfe"

und zusätzliche Kredite banden die Sozialimperialisten im Oktober 1966 die Verpflichtung, Militärberater zur Ausbildung der vietnamesischen Armee zu entsenden. Im Zuge der Machtergreifung durch die revisionistischen Führer in Vietnam haben die Sozialimperialisten die Abhängigkeit des Landes beständig erhöht. Nach dem Sieg des vietnamesischen Volkes über den US-Imperialismus beorderten sie ihre Vasallenclique unverzüglich zum Rapport. Im Oktober und November 1975 machte eine Regierungsdelegation der DRV unter Leitung Le Duans eine zweimonatige Rundreise in die UdSSR und die anderen Staaten des RGW. Vereinbart wurde die „Koordinierung der Volkswirtschaftspläne 1976 – 1980" und die Verdoppelung des Warenumsatzes. Gleichzeitig wurden die Fäden gesponnen, um den Süden Vietnams durch die DRV einzuverleiben. Noch kurz zuvor hatten Vertreter der DRV betont, die Wiedervereinigung Vietnams könne aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung erst nach Jahren vollzogen werden. Ein halbes Jahr nach dem Besuch in der UdSSR wurde die staatliche Wiedervereinigung für rechtskräftig erklärt.

Die Sozialimperialisten haben Vietnam zu ihrem reaktionären Bollwerk gegen die Völker Südostasiens ausgebaut. Das vietnamesische Volk wird geknechtet und unterdrückt. Zur „Förderung der Wirtschaftskraft" haben die vietnamesischen Revisionisten ein riesiges „Programm zur Umverteilung der Produktivkräfte" in Marsch gesetzt. Millionen von Menschen, vor allem Frauen, werden aus ihrer Heimat auf dem Land vertrieben und mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm zum Aufbau der Industrie zwangsumgesiedelt. Die Männer werden für den Aggressionskrieg zwangsrekrutiert.

Das vietnamesische Volk ist erfahren im Kampf gegen den Imperialismus. Es widersetzt sich der Unterjochung durch die Sozialimperialisten. Im April vergangenen Jahres demonstrierten in der Nähe des Flughafens Tan Son Nhut 300 Menschen – mit Hämmern und Äxten bewaffnet – für die Beendigung der gewaltsamen Anwerbung von Soldaten. Die Demonstranten riefen in Sprechchören: „Sowjets, verlaßt das vietnamesische Gebiet!" Sie trugen Transparente mit der Aufschrift: „Wir widersetzen uns der sowjetischen Militärhilfe!" und: „Wir widersetzen uns der gewaltsamen Anwerbung von Soldaten, die Kampuchea zu überfallen!" (Xinhua, 1.12.78)

Die vietnamesischen Revisionisten haben das Volk in den Hunger und den Reisraubkrieg getrieben

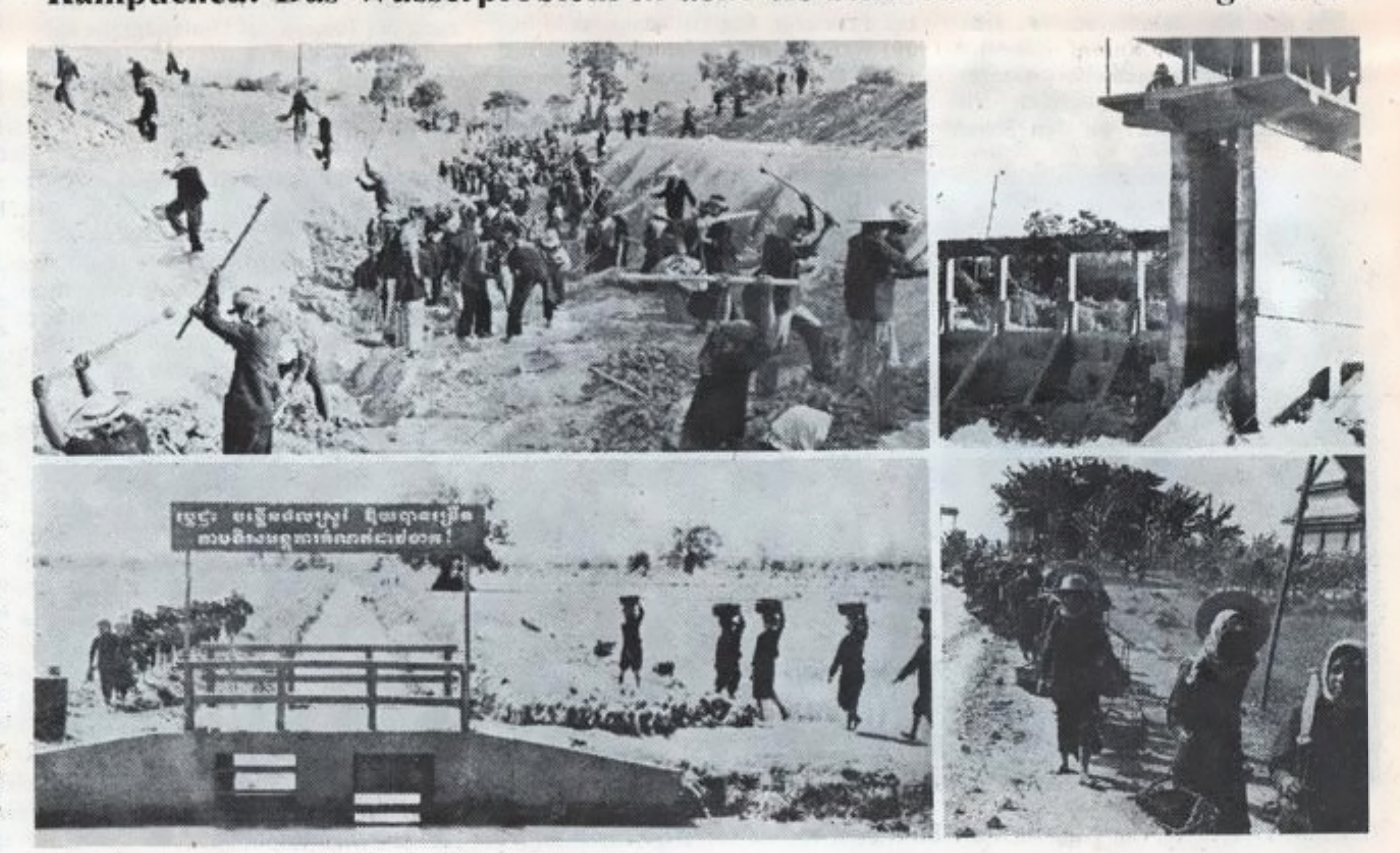
z.hev. Selbst die abgefeimten Berichterstatter des „Handelsblatt" müssen anerkennen, daß Kampuchea spätestens seit 1977 das Ziel der Selbstversorgung mit Reis und anderen Lebensmitteln bereits erreicht hatte, während Vietnam von einer Mißernte in die andere torkelte und keines der Ziele des 5-Jahr-Planes (1976-80) schaffte. 1977 wurden in Vietnam 11,3 Mio. t Reis eingebracht, nach dem Plan hätten es 2 Mio. t mehr sein sollen, 1,6 Mio. t mußten importiert werden. 1978 das gleiche Bild. Wiederum Verfehlung des Ziels um 2 Mio. t trotz Steigerung auf 13,5 Mio. t, und wieder Reisimport von mehr als einer Mio. t. Danach stand das ursprünglich für 1970 anvisierte Ergebnis von 21 Mio. t Reis in den Sternen, und der revisionistischen Führungsclique Vietnams bot sich eine andere Lösung an: Reisraub in Kampuchea. Dazu paßt die Wahl des Zeitpunktes der Invasion in Kampuchea. Dort ist die Reisernte gerade eingebracht, und die Speicher sind voll. Im Gegensatz zu Vietnam, wo nach Schätzungen der westlichen Imperialisten durch Überschwemmungen und Trokkenheit ca ⅓ der Reisernte von 1978 vernichtet wurde, hat Kampuchea die seit 70 Jahren gemessen stärksten Überschwemmungen seit 70 Jahren gemeistert und die Versorgung der Bevölkerung unter großem Einsatz sichergestellt. Glücklicher Zufall? Keineswegs.

Auf den ersten Blick scheint es keine Unterschiede in der Art und Weise zu geben, wie die landwirtschaftliche Produktion in beiden Ländern angepackt wird. Für gute und stabile Reisernten ist ein gut überlegtes Bewässerungssystem nötig, das erfolgreich nur durch die gemeinsame Anstrengung der Bauern betrieben werden kann. Auch die historischen Aufgaben – Liquidierung des Feudalismus auf dem Land und Überwindung der Kleinproduktion – sind sehr ähnlich. Wo also liegt die Ursache, die für Vietnam Mißernten und für Kampuchea die Lösung des Nahrungsmittelproblems bedeutet? Die Kernfrage ist, *wie* für den Aufbau einer *sozialistischen* Wirtschaft akkumuliert werden soll. Die Auseinandersetzung, um die es dabei geht, charakterisierte Mao Dzedong 1956 so: „Ist euer Wunsch, die Schwerindustrie zu entwickeln, echt oder nur vorgetäuscht, ist er brennend oder lau? Falls euer Wunsch nur vorgetäuscht oder lau ist, dann geht ihr auf die Landwirtschaft und die Leichtindustrie los und investiert weniger in sie. Wollt ihr aber wirklich die Schwerindustrie entwickeln, ist dies euer brennender Wunsch, dann werdet ihr der Landwirtschaft und der Leichtindustrie große Aufmerksamkeit schenken, damit mehr Getreide da ist und die Leichtindustrie noch mehr Rohstoffe zur Verfügung hat, damit noch mehr akkumuliert wird. Dann werden in Zukunft auch mehr Mittel in die Schwerindustrie investiert werden können" (Mao Dzedong, Ausgewählte Werke, Band V, S. 322) Zahlreich sind die Äußerungen der vietnamesischen Führungsclique mit Le Duan und Pham Van Dong an der Spitze, daß „die Industrie die führende Kraft und die Landwirtschaft die Grundlage" sei. Sie finden sich auch in der Schrift Le Duans „Die vietnamesische Revolution" von 1970, aber, wie bei Revisionisten üblich, nur, um Verwirrung zu stiften und die wahren Absichten zu verbergen. Tatsächlich hat die Führung Vietnams eine Linie eingeschlagen, die die Schwerindustrie auf Kosten der Landwirtschaft und damit auf Kosten der Bauern und Arbeiter aus dem Boden stampfen soll. Die Schaffung eines Mehrprodukts, Voraussetzung, um die Schwerindustrie aufzubauen, wird so verhindert. Diese Erfahrung mußte die Sowjetunion in den 30iger Jahren machen, die Kommunistischen Parteien Chinas und Kampucheas haben daraus gelernt, aber Le Duan und seinesgleichen wollen nicht lernen, sie sind bürgerliche Machthaber, hassen die Bauern und treiben sie nur deshalb in Genossenschaften, um mehr aus ihnen herauszuholen.

Le Duan: „Von Anbeginn gilt es, danach zu trachten, daß die Industrie auf die Landwirtschaft einwirkt und die Landwirtschaft eng sowohl an die zentral verwalteten Industrie als auch an die regionale Industrie angeschlossen wird. Diese Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie können nur durch die Errichtung einer zentral verwalteten und einer regionalen Wirtschaft entstehen." Um das Bündnis Arbeiter-Bauern zu festigen, hat die Industrie nicht „einzuwirken", sondern sie hat der Landwirtschaft zu *nützen*, indem sie den Bauern das liefert, was sie zur Entwicklung der Produktivität der Landwirtschaft und für den persönlichen Bedarf brauchen, die so ihre Lebenslage und ihre Einkünfte verbessern und die Vorteile kooperativer Landwirtschaft ganz praktisch und materiell sehen können. Statt dessen: Staatlicher Druck, und Getreidelieferungen werden, komme, was da wolle, eingetrieben. Überhaupt nicht verwunderlich ist, daß die vietnamesischen Revisionisten über „mangelndes Verständnis" der Bauernfamilien für die Genossenschaften klagen, „einschließlich revolutionärer Familien". Viel verkommt und wird abgeschlachtet, und nur wenige Genossenschaften des Südens produzieren mehr als die Einzelbauern vor der Kollektivierung. Die Antwort der Regierung: „Strikte Kontrolle", „Lenken von Arbeitskräften in die Industrie", „Management".

Kampuchea: Das Wasserproblem in acht bis zehn Jahren vollständig lösen

Kampuchea: Das Wasserproblem in acht bis zehn Jahren vollständig lösen



Söldner haben keine Grundsätze

z.rua. Am 1. Januar, dem 20. Jahrestag der kubanischen Revolution, ließ Castro es sich nicht entgehen, dem kubanischen Volk die Söldnerrolle, in die es von den Sozialimperialisten getrieben wurde, aufzutischen und es tief zu demütigen: „20 Jahre lang befinden wir uns nun schon in der vordersten Verteidigungslinie in unmittelbarer Nähe der stärksten und aggressivsten imperialistischen Macht. Aber nicht nur diesen Abschnitt verteidigen wir in Ehren und mit Würde. An Orten, die weit entfernt von Kuba liegen, wie Angola und Äthiopien, kämpften die Söhne unseres Volkes und vergossen ihr Blut, um anderen Völkern zu helfen." (horizont 3/79) 40000 Mann – ein Viertel der regulären kubanischen Armee – stehen heute in Afrika im Söldnerdienst der sozialimperialistischen Supermacht. Nicht gerechnet die Tausende „Zivilberater" und die kubanische Jugend, die über die 1973 eingerichtete „Jugendarbeitsarmee" zwangsrekrutiert wird. In den 20 Jahren seit der Revolution haben die Sozialimperialisten Kuba in vollständige Abhängigkeit gebracht und das kubanische Volk zur Söldnertruppe für ihre Hegemonialabsichten entwürdigt. Mit Angola haben sie begonnen.

Auf dem 1. Parteitag der revisionistischen Kommunistischen Partei Kubas im Dezember 1975 erklärte Castro: „Heute ist es Angola. Angola ist ein Territorium mit reichen Bodenschätzen. Cabinda verfügt über große Erdölvorkommen und es ist eine der Provinzen Angolas. Das Land hat reiche Minerale, Diamanten, Kupfer und Eisen – und es ist Kaffee-Exporteur. Wir wollen kein Erdöl, kein Kupfer, kein Eisen und auch sonst nichts. Wir folgen nur einer Politik der Grundsätze." Einer Politik der Grundsätze? Keine fünf Jahre ist es her, daß Castro sich laut stark für das Selbstbestimmungsrecht des eritreischen Volkes einsetzte, heute stehen die kubanischen Söldnertruppen in vorderster Front, um den Befreiungskampf des eritreischen Volkes niederzuwerfen. Nach dem „Grundsatz", daß Kuba eh „lateinafrikanisch" ist, werden die kubanischen Massen nach Afrika zwangsumgesiedelt und wie die früheren Kolonisatoren zur Unterdrückung und Ausbeutung der afrikanischen Völker eingesetzt. Mit Angola, dessen Wirtschaft inzwischen weitgehend von den Sozialimperialisten beherrscht ist, schloß Castro im November 1978 35 Abkommen über „wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit", in denen u.a. vorgesehen ist, neben den bereits stationierten 25000 Soldaten und 6000 „Beratern" 1979 weitere 10700 „Zivilexperten" nach Angola zu entsenden. Das angolanische Volk aber kämpft gegen die sozialimperialistische Drangsalierung und schließt sich dabei fester zusammen.

Die sozialimperialistischen Söldnertruppen sind bei den Völkern verhaßt. Zunehmend wird ihr Charakter erkannt und werden sie angegriffen. Der Widerstand des kubanischen Volkes gegen seine Entwürdigung kann von den Sozialimperialisten nur gezügelt werden, weil sie Kuba in ihr waffenstrotzendes Militärlager verwandelt haben und alle Zweige der Wirtschaft kontrollieren.

Erklärung der Regierung des Demokratischen Kampuchea vom 11.1.1979 zu der barbarischen vietnamesischen Aggression

Die feindlichen vietnamesischen Aggressoren und Annexionisten, die das Territorium Kampucheas an sich reißen und die kampucheanische Nation ausrotten wollen, haben große Kräfte mobilisiert, einschließlich einer großen Anzahl Panzer, schwere Artillerie und Flugzeuge aller Art, wie Mig 19-21-23, um eine großangelegte Invasion und Aggression gegen das Demokratische Kampuchea vom Zaune zu brechen und Verheerungen über das kampucheanische Volk zu bringen. Sie haben zeitweise eine Reihe von Städten und die Hauptstadt Phnom Penh besetzt. In Anbetracht dieser Situation gibt die Regierung des Demokratischen Kampuchea folgende Erklärung ab:

Die wütende Invasion der vietnamesischen Aggressoren, die von ihrem Herrn, der Sowjetunion, unterstützt wird, ist ein höchst krimineller Akt, der die Ausrottung der Nation und des Volkes von Kampuchea zum Ziel hat. Die Situation verursacht dem kampucheanischen Volk vorübergehende Schwierigkeiten. Aber das heldenhafte kampucheanische Volk und die heldenhafte Revolutionäre Armee von Kampuchea halten das Banner der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität des ruhmreichen Demokratischen Kampuchea, das Banner der nationalen Ehre und Würde des kampucheanischen Volkes hoch und leisten dem Feind äußerst mutig Widerstand. Sie bekämpfen standhaft, mit loderndem Haß und überlegenem revolutionären Heldentum die feindlichen vietnamesischen Aggressoren, Annexionisten und Landräuber. Dieser Kampf weitet sich aufs ganze Land aus, seine Intensität übertrifft die zum Beginn unseres 5-jährigen Krieges. Gerüstet mit diesem Heldentum ist unser ganzes Volk und die gesamte revolutionäre Armee von Kampuchea entschlossen, sich zusammenzuschließen, keine Schwierigkeiten und Opfer zu fürchten und den Volkskrieg in Übereinstimmung mit der Erklärung von Premierminister Pol Pot vom 5. Januar 1979 fortzusetzen, um ein für allemal die feindlichen vietnamesischen Aggressoren, Annexionisten und Landräuber zu vernichten.

Heute führen das heldenhafte Volk und die Revolutionäre Armee von Kampuchea einen hartnäckigen Kampf und sind entschlossen, sich niemals dem vietnamesischen Feind zu unterwerfen. Die Erfahrungen der Geschichte des Kampfes des kampucheanischen Volkes selbst wie auch diejenigen der Geschichte der Völker der Welt haben klar bekräftigt, daß ein Volk, das Opfer einer Aggression oder Unterdrückung wird, bestimmt siegen wird, wenn es sich zum Kampf entschließt. Wir haben uns unsere gesamte Kampfkraft erhalten. Alle Führer unter dem Vorsitz des Sekretärs des Zentralen Komitees der Kommunistischen Partei Kampucheas und Ministerpräsidenten der Regierung des Demokratischen Kampuchea, Genossen Pol Pot, stehen jetzt an der Spitze des mutigen Kampfes, den das kampucheanische Volk auf seinem geheiligten Territorium führt, sie sind alle fest und unerschütterlich entschlossen, das Banner der Nation, der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität, der nationalen Ehre und Würde und der nationalen Existenz Kampucheas hochzuhalten und keine Schwierigkeiten und Opfer zu scheuen, um die Unabhängigkeit Kampucheas zu sichern.

In ihrer alleinigen Verantwortung für das Schicksal der ganzen Nation und des Volkes von Kampuchea appelliert die Regierung des Demokratischen Kampuchea mit dem Genossen Sekretär Pol Pot als Premierminister:

1. an alle den Frieden und die Gerechtigkeit liebenden Regierungen und Völker der Welt, ihren Kampf in jeder Art und Weise gegen die feindlichen vietnamesischen Aggressoren, Annexionisten und Landräuber zu unterstützen, Vietnam zu verurteilen, alle Hilfe an Vietnam einzustellen und kategorisch den sofortigen und vollständigen Abzug aller vietnamesischen Aggressoren vom Territorium des Demokratischen Kampuchea zu fordern.

2. an alle Landsleute zu Hause und im Ausland, sich fest im Kampf zusammenzuschließen, um nicht zu Sklaven Vietnams zu werden, nicht ihre Nation vernichten zu lassen und sich nicht durch die Vietnamesen ausplündern und unterdrücken zu lassen. Der vietnamesische Feind hat den erbitterten Widerspruch der ganzen Nation und des ganzen Volkes von Kampuchea hervorgerufen. Deshalb stehen die vietnamesischen Feinde jetzt mitten im Vulkan des nationalen Hasses der ganzen Nation und des Volkes von Kampuchea. Diese haben den Charakter und die Schärfe dieses Widerspruches, bei dem es um Leben und Tod geht, klar erkannt.

Das ganze kampucheanische Volk wird die breiteste nationale, demokratische und patriotische Einheitsfront bilden und den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren zu Ende führen. Sie wird die Aggressoren vernichten, alle besetzten Gebiete befreien und so seinen Beitrag zu Frieden, Sicherheit und Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region leisten. Der Sieg wird schließlich dem kampucheanischen Volk gehören.

Die kampucheanische Nation, das kampucheanische Volk, die kampucheanische Nationalität, die kampucheanische Geschichte und Kultur wird ewig leben!

Kampuchea, den 11. Januar 1979.

Mao Dzedong: „Revolution plus Produktion können die Ernährungsprobleme lösen"

z.krk. „Unsere Armee-Einheit ist auch Produktionseinheit zugleich" – erklärte uns der stellvertretende Divisionskommandeur der 196. Division der chinesischen Volksbefreiungsarmee bei einem Besuch in Tianjin (Tientsin). „Wir betreiben Landwirtschaft, bauen Reis und Getreide an und züchten Schweine." Die Einheit hat eine eigene kleine Fabrik, wo aus den selbst angebauten Sojabohnen Sojasoße und Bohnenkäse hergestellt wird. Die Uniformen werden in der eigenen Näherei von den dort arbeitenden Soldaten repariert. „Wir tun das, um die Lasten der Volksmassen und des Staates zu verringern", sagte der stellvertretende Divisionskommandeur.

In allen gesellschaftlichen Bereichen die Produktion zu entfalten und damit die Lebenslage der Volksmassen zu verbessern und die Unabhängigkeit des Staates zu sichern – das ist nicht erst heute die Politik der KP Chinas. 1945, mitten im Krieg mit der Guomindang (Kuomintang), sagte der Genosse Mao Dzedong auf einer Konferenz der Helden der Arbeit des befreiten Gebietes Shaanxi-Gansu-Ningxia (Schensi-Kansu-Ningsia): „Da wir es mit dem Dorf zu tun haben, das ständig der Verwüstung durch den Feind ausgesetzt ist und wo der Krieg lang andauert, müssen sich unsere Truppen und Institutionen mit der Produktion befassen... In unserem Grenzgebiet Shaanxi-Gansu-Ningxia machen die Militärangehörigen einen sehr hohen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung aus, und wenn sie sich nicht selbst mit der Produktion befassen, werden sie zum Hungern verurteilt sein; wenn sie zuviel von der Bevölkerung fortnehmen, wird die Bevölkerung eine solche Belastung nicht aushalten können und ebenfalls zum Hungern verurteilt sein. Das ist der Grund, weshalb wir beschlossen haben, eine großangelegte Produktionsbewegung zu entfalten... Dank der Produktionsbewegung hungern wir nicht, sowohl die Armee als auch die Bevölkerung ernähren sich sehr gut.

Heute ist die chinesiche Bevölkerung von über 800 Millionen Menschen ausreichend mit Getreide und sonstigen Lebensmitteln sowie Kleidung versorgt. Auf weniger als 7% der gesamten kultivierten Anbaufläche der Erde ernährt die chinesische Landwirtschaft 20% der Erdbevölkerung.

Vor der Befreiung, 1949, betrug die jährliche Getreideproduktion 110 Mio. Tonnen. Seit spätestens 1965 liegt die jährliche Wachstumsrate der Getreideproduktion regelmäßig über der der Bevölkerung. 1973 überstieg die Getreideproduktion 250 Mio. t, und 1975 konnte die Nachrichtenagentur Xinhua melden, daß das Land in der Getreideversorgung von ausländischen Einfuhren gänzlich unabhängig geworden ist. Im neuen Plan, verabschiedet auf der I. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im Februar 1978, hatte sich das chinesische Volk zum Ziel gesetzt, bis 1985 eine jährliche Produktion von 400 Mio. t Getreide zu erreichen. Die Landwirtschaft insgesamt soll eine jährliche Wachstumsrate von 4 – 5% haben.

Es kann genauso festgestellt werden, daß die Kleidungsfrage – wenn auch auf relativ niedrigem Niveau – gelöst wurde. Die Versorgung ist ausreichend, aber noch nicht reichlich. Baumwollstoff ist rationiert, damit der grundlegende Bedarf des ganzen Volkes gedeckt werden kann. Wolle, Wollstoffe, Seide und Leinen kann man ohne Begrenzung kaufen. Im Vergleich zu 1949 ist die Produktuion von Baumwollstoffen um das Vierfache gestiegen.

Bei der Entwicklung der Wirtschaft des Landes verfolgt die KP Chinas konsequent die Linie: „Die Landwirtschaft ist die Grundlage, die Industrie ist der führende Faktor", und innerhalb der Landwirtschaft: „Mit dem Getreide als Hauptkettenglied eine allseitige Entwicklung gewährleisten". Wenn auch die Erzeugung von Produktionsmitteln für die Entwicklung der ganzen Wirtschaft das Entscheidende ist, so wird diese Aufgabe nicht gelingen, ohne die Entwicklung der Landwirtschaft. Denn erstens, um produzieren zu können und zu wollen, müssen die Volksmassen was zu essen haben. Zweitens kann in einem Land der 3. Welt, wie China, in der Landwirtschaft und in der Leichtindustrie schneller akkumuliert werden, als in der Schwerindustrie, wo umfangreiche Investitionen mit langen Umschlagszeiten notwendig sind. Auch ist die Landwirtschaft wichtiger Lieferant einer Reihe von Rohstoffen für die Industrie. Und schließlich kann ein Land, das sich mit Getreide nicht selbst versorgen kann, seine nationale Unabhängigkeit kaum bewahren, denn es kann ausgehungert werden.

Dieser Linie folgend ist es China bereits zwischen 1952 und 1957, den Jahren der Kollektivierung der Landwirtschaft gelungen, die Getreideproduktion von jährlich 154 Mio. t auf 185 Mio. t zu steigern. Dieses großartige Ergebnis konnte erreicht werden, weil die Genossenschaften auf dem Prinzip des gegenseitigen Nutzens und der Freiwilligkeit organisiert wurden. Es konnte erreicht werden, weil durch gezielte Maßnahmen des Staates die Lebenslage der Bauern verbessert und die Akkumulation in der Landwirtschaft gefördert wurde. „Beim Austausch von industriellen und landwirtschaftlichen Produkten verfolgen wir eine Politik der Verkleinerung der Preisschere, eine Politik des gleichwertigen oder fast gleichwertigen Austausches. Der Staat kauft landwirtschaftliche Produkte zu angemessenen Preisen. Die Bauern erleiden dabei keinen Schaden. Mehr noch, unsere Aufkaufspreise werden schrittweise erhöht. Bei der Versorgung der Bauern mit Industriewaren verfolgen wir eine Politik der Vergrößerung des Absatzes bei niedriger Gewinnspanne, der Stabilisierung oder angemessenen Herabsetzung der Preise.", sagte der Genosse Mao Dzedong 1956.

Die Selbstversorgung mit Getreide zu verwirklichen war gleichbedeutend mit der Umgestaltung der Natur in großem Maßstab. Seit Beginn der frühen Han Zeit (206 vor unserer Zeitrechnung) bis 1949 ist China von etwa 1060 Dürre- und 1030 Überschwemmungskatastrophen getroffen worden, die den Hungertod von Millionen Bauern bedeutet haben. Zu einem großen Teil rühren diese Katastrophen von der Übernutzung des Bodens und dem Raubbau an Naturschätzen her, beides Ergebnis der Auspressung der Bauern durch die Großgrundbesitzer und die Ausplünderung des Landes durch die ausländischen Imperialisten. Die Befreiung der Bauern von diesem Übel und schließlich die Überwindung der Schranken des kleinbäuerlichen Eigentums durch die Kollektivierung der Landwirtschaft befreiten die Produktivkräfte und beflügelten die Initiative der hunderte Millionen Bauern. Im Kampf gegen die Dürre und Überschwemmungen ist die Regulierung der Hauptflüsse, des Huanghu, des Huaihu, des Chang-Yiang (Yangtse), usw. in Angriff genommen worden. Bis heute sind mehr als 80000 große, mittelgroße und kleine Staubecken gebaut worden, 130000 km Deiche wurden neugebaut bzw. befestigt. Allein in der nördlichsten Provinz Heilung-Kiang wurden zwischen 1952 und 1957 über 1,5 Mio. ha Land für die Landwirtschaft erschlossen. Gegenwärtig werden hier weitere große Gebiete landwirtschaftlich nutzbar gemacht. In der Inneren Mongolei sind bis heute 818000 ha Wüste in Wälder, Weiden und Felder verwandelt worden. Dem Beispiel der Produktionsbrigade Dazhai folgend haben die Bauern „Berge versetzt", große ebene und Terrassenfelder gebaut. Zur Verbesserung der Hektar-Erträge betreiben die meisten Einheiten wissenschaftliche Forschung und führen Experimente durch.

Die gute Entwicklung der Landwirtschaft war und ist die Grundlage für die Lösung der Kleidungsfrage. In der Baumwollproduktion steht China heute hinter den beiden Supermächten an dritter Stelle in der Welt und ist der größte Produzent von Baumwollstoffen.

Beim Aufbau von leichtindustriellen Betrieben wurde die Politik des „auf zwei Beinen Gehens" befolgt, da der Aufbau von einer großen Zahl großer staatlicher Betriebe auf einen Schlag nicht möglich war. Die Partei rief die Massen in den Kommunen und den Wohnbezirken auf, aus eigener Kraft kleinere Betriebe zu gründen. Abertausende von solchen kleinen Kleiderfabriken sichern heute zusätzlich die Versorgung der Bevölkerung.

Vor der Befreiung konzentrierte sich fast die gesamte Textilindustrie in den Küstenstädten, als Ergebnis der imperialistischen Ausplünderung des Landes. Durch die Entwicklung der Baumwoll- und Wollproduktion in vielen Gegenden und die gezielte staatliche Investitionspolitik verfügt heute jede Provinz über moderne Textilfabriken, genauso wie die Autonomen Gebiete. Geplant ist die Erhöhung des Anteils an Chemiefasern bei den Rohstoffen der Textilindustrie und die Verbesserung des Angebots an billigen und guten Textilwaren. Der Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung soll stark ansteigen.

Kuba ist nicht in der Lage, sich mit Nahrungsmitteln selbst zu versorgen. Die Landwirtschaft, die unter Herrschaft der spanischen Kolonialisten und der US-Imperialisten zur Zuckermonokultur ausgebaut wurde, verödet. Kuba verfügt über keine Rohstoffe zur Sicherung der Energieversorgung. Es ist vollständig auf Importe angewiesen.

Die kubanische Revolution stand unter Führung bürgerlicher Kräfte. Sie waren nicht fähig und hatten kein Vertrauen in die Kraft des Volkes, die aufgezwungene Monokultur abzuschütteln und die Landwirtschaft so zu entwickeln, daß die Reproduktion gewährleistet ist. Als die US-Imperialisten trotz mehrmaliger Invasionsversuche ihre Herrschaft über Kuba nicht wiederherstellen konnten, verhängten sie 1961 ein totales Handelsembargo, um das Land auszutrocknen.

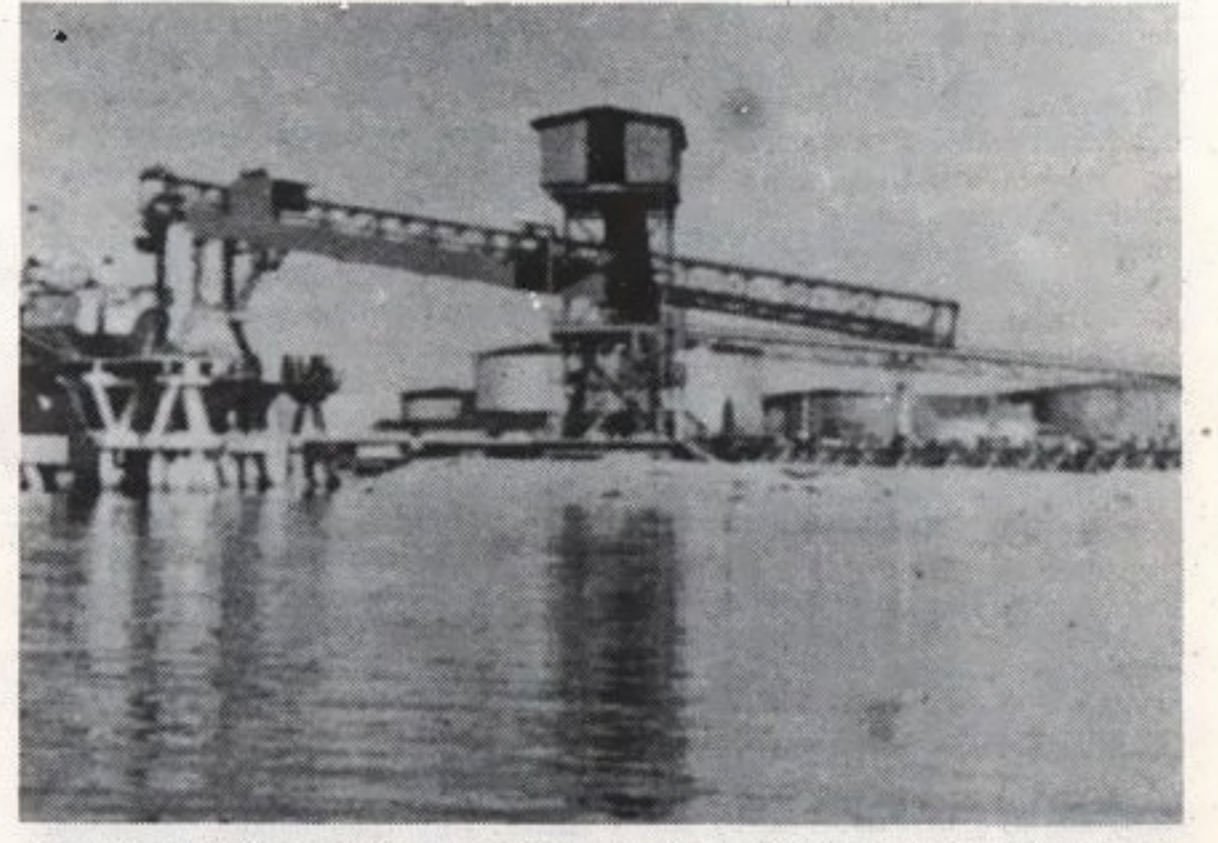
In dieser Lage boten die Revisionisten der aufkommenden sozialimperialistischen Supermacht ihre „helfende Hand". Sie verfolgten das Ziel, sich im strategischen Vorfeld des Rivalen einen festen Stützpunkt zu schaffen, um von dort aus in den unmittelbaren Machtbereich der US-Imperialisten einzudringen. Im Februar 1960 schlossen sie mit Kuba das erste Waren- und Zahlungsabkommen. Sie „erboten" sich, den von den US-Imperialisten boykottierten Zucker aufzukaufen und gaben Kuba einen Kredit über 100 Mio. $ zu einem Zinssatz von 2,5% für die Finanzierung von 30 Industrieprojekten, die unter sowjetischer Kontrolle errichtet wurden. Die Industrieprojekte dienen nicht dem Aufbau der eigenständigen Wirtschaft Kubas, sondern dem Ausbau der Zuckermonokultur und der Ausbeutung der Nickelvorkommen. Auf Kuba lagern ca. 25% der Weltnickelreserven, auf die die Sozialimperialisten Anspruch erheben.

In den Folgemonaten und -jahren schlossen sie mit Kuba weitere Abkommen über die Steigerung des Warenumsatzes. Für die Lieferung von sowjetischem Erdöl, Weizen, Maschinen und Ausrüstungen muß Kuba 80% seines Zuckers, Nickelmonoxyd, Obst, Säfte und Häute in die UdSSR und den RGW abführen. Die Sozialimperialisten bestimmten feste Preise und Exportquoten. Damit wurde Kuba vom selbständigen Auftreten auf dem Weltmarkt und praktisch von der Deviseneinnahme abgeschnitten. Es ist gezwungen, seinen Außenhandel fast vollständig mit dem RGW abzuwickeln.

1963 wurden bei einem Taifun tausende von Menschen getötet und die Hälfte der Zuckerernte vernichtet. Während die VR China sofort und als Geschenk Lebensmittel und Kleidung nach Kuba schickte, lieferten die Sozialimperialisten nach einigem Zögern – in Anrechnung des bestehenden Handelsabkommens. Kubas Ersuchen um einen 500-Mio.-Rubel-Kredit beantworteten sie mit der Auflage, daß Kuba u.a. seine Wirtschaft einer RGW-Kommission unterstellt und „prochinesische Mitglieder" aus der Partei entfernt.

Für die weitere Vergabe von Krediten zur Tilgung der sowjetischen Rohstoff- und Maschinenlieferungen verlangen sie ständig erhöhte Zuckerlieferungen. Um die geforderte Zuckerernte einzubringen, werden die kubanischen Arbeiter aus anderen Wirtschaftszweigen abgezogen und werden die Zuckerplantagen hemmungslos ausgepowert. Die Hektarerträge stagnieren seit Jahren.

Kuba, das gute klimatische Bedingungen hat, um die landwirtschaftliche Produktion zu fördern, wird von den Sozialimperialisten zum Zuckerlieferanten degradiert. Seit seiner Einverleibung in den RGW 1972 ist es zusätzlich auf die Produktion von Zitrusfrüchten „spezialisiert". Die kubanischen Volksmassen leiden Mangel am Notwendigsten. Ihre Reproduktionsmittel sind auf ein Minimum rationiert. Nicht einmal ihr Bedarf an Zucker ist gedeckt.



Der sowjetische Frachter „Irkutsk" im Zuckerverschiffungshafen Puerto Carúpano. 600000 t Zucker werden hier jährlich verschifft. 1962 errichteten die Sozialimperialisten in Cienfuegos den ersten Basishafen für ihre Atlantikflotte. Die kubanischen Fischreichtümer werden von ihnen geplündert.

KBW-Kandidatur in Westberlin in allen Wahlkreisen

r.jös Der KBW wird jetzt außer auf den 12 Bezirkslisten auch in *allen* 75 Wahlkreisen mit Direktkandidaten zu den Abgeordnetenhauswahlen von Westberlin am 18.3. kandidieren. Das Wahlprüfungsgericht gab dem Antrag des KBW auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung statt, die die Wahlorgane verpflichtet, auch die drei Wahlbewerber zuzulassen, die nicht ausreichend amtsgültige Unterschriften vorgelegt hatten. Das Wahlprüfungsgericht erklärt die Bestimmung für verfassungswidrig, nach der für eine Kandidatur 80 Unterschriften bei ca 20000 Wahlberechtigten, also 0,4 %, beizubringen sind. Ohne dazu befugt zu sein, legte es gleich ein neues Unterschriftenquorum fest. 0,3% gleich 60 Unterschriften sei die Obergrenze. Dies sei ausreichend und sinnvoll, ,,um die Ernsthaftigkeit eines Wahlbewerbers bzw. einer Partei feststellen zu können‘‘. Im Bundesgebiet reicht ein Unterschriftenqurorum von 0,05% in Hamburg bis maximal 0,25% in Schleswig-Holstein. An sich sieht das Wahlprüfungsgesetz ein einstweiliges Regelungsverfahren vor der Wahl nicht vor, und bislang hat es derartiges auch noch nicht gegeben. Doch der politische Druck in der Stadt machte es dem Wahlprüfungsgericht unmöglich, nicht zu entscheiden. Der Tagesspiegel faßte die bürgerliche Pressemeinung zusammen: ,,Was gibt es Blamableres, als von Extremisten bei dem Versuch erwischt zu werden, diesen das Urteil des Wählers mit einem gesetzlich verbrämten Trick vorzuenthalten.‘‘

Die Massen sollen zahlen, die Reinigungsarbeiter werden verschärft ausgebeutet

r.obj. In Hamburg sind lediglich die Hauptstraßen geräumt. Selbst in zentralen Nebenstraßen, z.B. in Altona, liegt der Schnee noch vollständig. Doch mehrmals die Woche berichtet die zuständige Behörde über die Schneeräumeinsätze und wie teuer die sind. Am 18.1. hätte der Schnee bereits 12 Millionen DM gekostet. Diese Meldungen sollen eine weitere Ausplünderung vorbereiten. Denn so ein teurer Winter war nicht eingeplant und der Haushaltsansatz reicht dafür nicht aus. Sowieso müssen die Volksmassen für die Schnee- und Eisbeseitigung bezahlen. Über das Hamburger Wegegesetz sind die Parterre-Mieter für die Reinigung verantwortlich, wenn nichts anderes vereinbart ist. Doch da das Streusalz ausverkauft ist, müssen sie das hochbesteuerte Kochsalz nehmen, das Kilo zu 0,45 DM. Die Stadtreinigung

Die Massen sollen zahlen, die Reinigungsarbeiter werden verschärft ausgebeutet

r.obj. In Hamburg sind lediglich die Hauptstraßen geräumt. Selbst in zentralen Nebenstraßen, z.B. in Altona, liegt der Schnee noch vollständig. Doch mehrmals die Woche berichtet die zuständige Behörde über die Schneeräumeinsätze und wie teuer die sind. Am 18.1. hätte der Schnee bereits 12 Millionen DM gekostet. Diese Meldungen sollen eine weitere Ausplünderung vorbereiten. Denn so ein teurer Winter war nicht eingeplant und der Haushaltsansatz reicht dafür nicht aus. Sowieso müssen die Volksmassen für die Schnee- und Eisbeseitigung bezahlen. Über das Hamburger Wegegesetz sind die Parterre-Mieter für die Reinigung verantwortlich, wenn nichts anderes vereinbart ist. Doch da das Streusalz ausverkauft ist, müssen sie das hochbesteuerte Kochsalz nehmen, das Kilo zu 0,45 DM. Die Stadtreinigung hat genügend Nachschub an Streusalz zu 0,06 DM das Kilo. Die Arbeitsmehrbelastung der Schneeräumung wird ganz auf die Arbeiter in der Reinigungsabteilung der Baubehörde abgewälzt, die ,,ununterbrochen im Einsatz‘‘ sind. Neueinstellungen nimmt die Baubehörde nach Auskunft des Arbeitsamtes nicht vor, und ein Arbeitsdiensteinsatz scheitert daran, daß zuviel Aufseher benötigt werden, wenn eine hohe Arbeitsleistung rausgepreßt werden soll.

Auseinandersetzungen um den Staatsvertrag des NDR.

r.obj. Letzte Woche hat sich der Intendant des NDR zu dem bereits im November 1978 vom Hamburger Senat vorgelegten Entwurf für einen neuen Staatsvertrag des NDR geäußert. Er ist im wesentlichen mit dem Entwurf einverstanden, möchte aber in der Frage der Besetzung von Aufsichtsgremien und in der Frage der Finanzierung Änderungen. Um die Besetzung der Aufsichtsgremien streiten sich die Parteien am meisten. Die SPD will ⅓ der Plätze des Rundfunkrates an Parteienvertreter vergeben, die CDU will Vertreter der Regierungen, Kirchen, Bauernverbände, Handwerksorganisationen, Frauenverbände usw. Es geht dabei um die Verteilung der Plätze am Geldtopf des NDR und den Einfluß auf das Programm. Dabei stellt der NDR-Intendant lobend heraus, daß ,,die Bindung des Programms an das Grundgesetz im Hamburger Entwurf festgehalten wurde‘‘ und stellt damit deutlich klar, daß alle Schiebereien hin und her um die Besetzung des Rundfunkrates sich nur darum drehen, welche bürgerliche Strömung welchen Einfluß sich sichern kann und welche Pfründe. Auch die Durchsetzung der DGB-Forderung nach mehr Arbeitnehmern in den Rundfunkrat ändert dabei nichts, sondern wird letztlich nur benutzt, um die Tatsache zu vertuschen, daß der Rundfunk Propagandainstrument der Bourgeoisie ist.

Die Landesregierung erhält die Rechnung für ihre Schulpolitik

An den Schulen werden Aktionen durchgeführt / In Bühne bestreiken die Bauern die Schule

r.kiu. Gegen die verschiedenen Kämpfe der Schüler und Eltern hat die nordrhein-westfälische Landesregierung verschiedene Gesetze zur brutalen Unterdrückung jeder selbständigen politischen Bewegung geschaffen. Rau, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, hat im Herbst letzten Jahres aus Anlaß seines Regierungsantritts verkündet: ,,Jetzt kommt es darauf an, die Bildungspolitik mit Augenmaß weiterzuführen, um die konkreten Unterrichtsbedingungen in den Schulen durch beharrliche Arbeit und im ständigen Gespräch mit Lehrern, Eltern und Schülern zu verbessern.‘‘ Ihr ,,Augenmaß‘‘ zur Durchsetzung ihrer brutalen Unterdrückungsgesetze beweist die Landesregierung durch Einschlagen einer zweigleisigen Taktik. Verschärfung des Prüfungsterrors, Zentralisierung der Schulen und durch Einführung der ,,Allgemeinen Schulordnung‘‘ heftige Unterdrückung jeder selbständigen Regung der Schüler auf der einen Seite und andererseits Eröffnung einer ideologischen Offensive, um die Scharten auszuwetzen, die die Volksmassen der Landesregierung an den Schulen in den letzten Jahren beigebracht haben.

In Lemgo im Kreis Lippe hat der Kultusminister Girgensohn höchstpersönlich ein Seminar für Eltern geleitet, Titel: ,,Erziehungsprobleme in Elternhaus und Schule‘‘. Dazu hat er ,,Arbeitstexte‘‘ in der Lokalzeitung veröffentlichen lassen. Die ganze pädagogische ,,Beratung‘‘ geht davon aus, daß man die Kinder zum Lernen in der Schule überreden muß und vor allem ,,die Noten bagatellisieren‘‘ muß. Die entscheidende Frage sei, welche Gefühle die Kinder mit den Noten verknüpfen, will Girgensohn verbreiten. Die Eltern der Grundschüler sollten schon frühzeitig daran gehen, ,,auch mit schlechten Noten zu leben, ohne sich als schlechte Menschen zu fühlen‘‘. Zwecks Gewöhnung der Kinder an diesen Zustand schlägt Girgensohn vor, ,,wer gegen Geld nichts hat, kann ruhig einen Tarif für gute Noten mit seinem Kind aushandeln‘‘. Wenn Girgensohn glaubte, mit der Verbreitung solcher Unverschämtheiten die Schulpolitik der Landesregierung an den Mann bringen zu können – er hat sich getäuscht.

An vielen Schulen in Nordrhein-Westfalen führen die Schüler in dieser und in der nächsten Woche Aktionstage, Streiks und Demonstrationen ge-

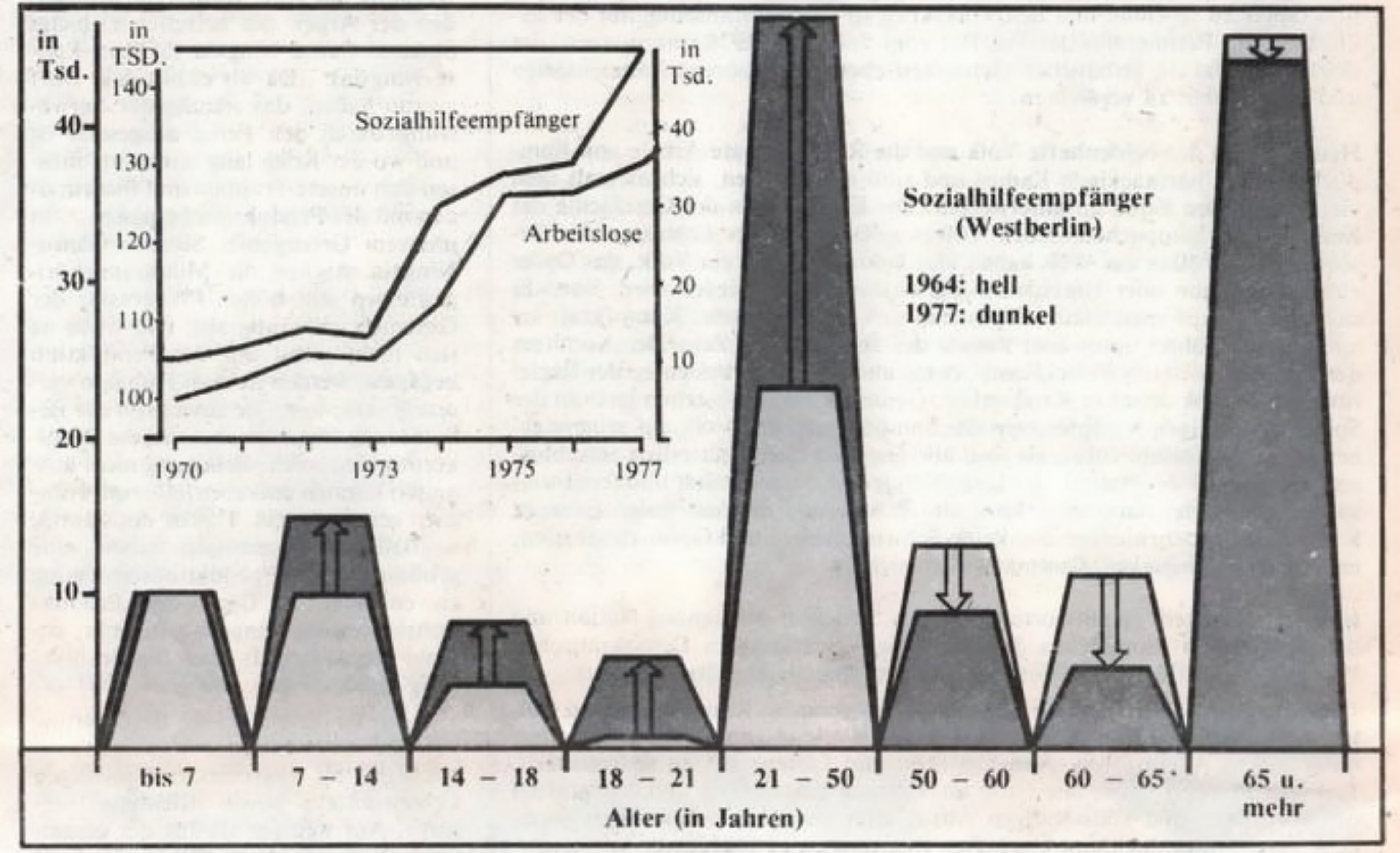
tentlichen lassen. Die ganze pädagogische ,,Beratung‘‘ geht davon aus, daß man die Kinder zum Lernen in der Schule überreden muß und vor allem ,,die Noten bagatellisieren‘‘ muß. Die entscheidende Frage sei, welche Gefühle die Kinder mit den Noten verknüpfen, will Girgensohn verbreiten. Die Eltern der Grundschüler sollten schon frühzeitig daran gehen, ,,auch mit schlechten Noten zu leben, ohne sich als schlechte Menschen zu fühlen‘‘. Zwecks Gewöhnung der Kinder an diesen Zustand schlägt Girgensohn vor, ,,wer gegen Geld nichts hat, kann ruhig einen Tarif für gute Noten mit seinem Kind aushandeln‘‘. Wenn Girgensohn glaubte, mit der Verbreitung solcher Unverschämtheiten die Schulpolitik der Landesregierung an den Mann bringen zu können – er hat sich getäuscht.

An vielen Schulen in Nordrhein-Westfalen führen die Schüler in dieser und in der nächsten Woche Aktionstage, Streiks und Demonstrationen ge-

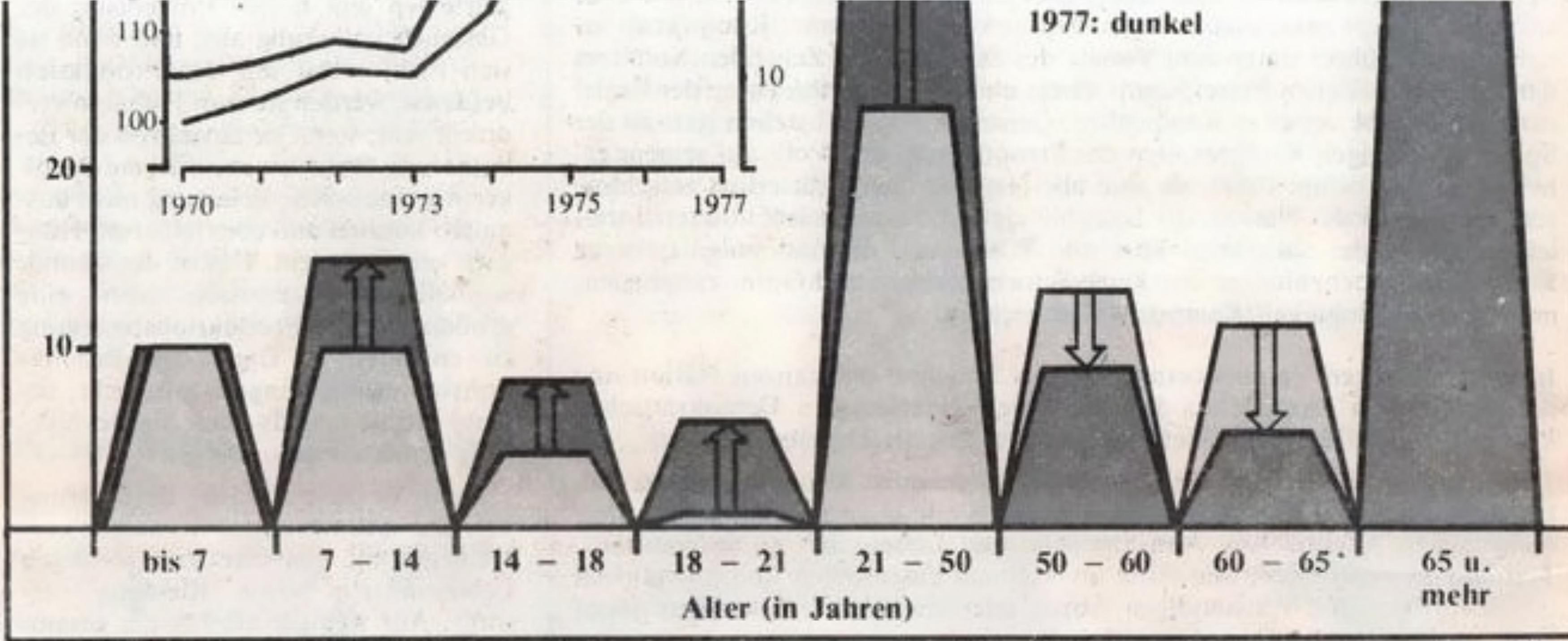
gen die Allgemeine Schulordnung und die Verschärfung der Prüfungen in der Oberstufe der Gymnasien durch. In Borgentreich-Bühne, Kreis Höxter, führen die Eltern der Grundschüler einen hartnäckigen Kampf gegen ,,die Verbesserung der Unterrichtsbedingungen‘‘ durch Schließung der Grundschule am Ort. Auf Grundlage der Aufforderung der Landesregierung müssen die Kreisregierungen in Nordrhein-Westfalen ,,Schulentwicklungspläne‘‘ beschließen, in denen festgelegt wird, welche Schulen geschlossen, erweitert oder beibehalten werden. Der Rat der Stadt Borgentreich hatte beschlossen, daß die Grundschule in Bühne geschlossen wird und alle Grundschüler aus Bühne, zusammengepfercht in einem Bus zu 123 Schülern, in den Nachbarort Manrode geschickt werden. In Bühne begann die Schule um 7.50 Uhr, in Zukunft sollen die Schüler schon ab 7.20 Uhr an der Haltestelle warten. Dagegen haben die Eltern der Schüler in Bühne den Beschluß gefaßt, daß ihre Kinder weiter in Bühne zur Schule gehen sollen. Zur Durchsetzung ihrer Forderung führen sie seit Anfang Dezember einen Schulstreik durch, und haben bis zu den Winterferien ihre Kinder selbst unterrichtet.

Die Landespolitiker sind gezwungen, Stellung zu nehmen. CDU-Reaktionär Pohlmeier: ,,Aus vielen Gesprächen mit der Schulaufsicht in Höxter und Detmold (Sitz des Regierungspräsidenten, d.Verf.) und auch hier im Kultusministerium weiß ich, daß deren Meinung von Anfang an sehr eindeutig war: ,,Ein Unterricht an einer verhältnismäßig kleinen Grundschule, auf mehrere Orte verteilt, kann kein Dauerzustand sein. Die geordnete Erziehung der Kinder könnte dabei auf keinen Fall gewährleistet sein.‘‘ Girgensohn: ,,Ich bedaure, daß es zum Schulstreik gekommen ist. Das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Schule und Eltern ist dadurch schwerwiegend belastet worden... Ich hoffe, daß möglichst bald eine Einigung gefunden wird, die alle Betroffenen überzeugt ...‘‘ Zu diesem Zweck hat er über den Regierungspräsidenten in Detmold den Eltern Bußgeldbescheide über 1050 DM geschickt und die Zwangszuweisung der Kinder angedroht.

Die Eltern haben beschlossen, den Streik auch nach den Ferien weiterzuführen. Gegen die Bußgeldbescheide wird Widerspruch eingelegt, und alle Widersprüche werden durch einen Kurier dem Regierungspräsidenten überbracht. Seit Ende der Winterferien unterrichten die Eltern in anderen Räumen, und sie haben einige Lehrer gewonnen, die sie dabei unterstützen. Die örtliche Schulbehörde hat sich im neuen Jahr noch nicht wieder gemeldet. Sie würde auch nichts anderes zu hören kriegen als vor den Ferien: Daß ohne Eröffnung der Grundschule in Bühne der Streik nicht abgebrochen wird. Weder die Arbeiter noch die Bauern lassen sich vom Geschwätz der Landesregierung einseifen. Sie gehen von den tatsächlichen Maßnahmen aus. Und die erfordern Kampf.



r.gör. Die Bevölkerung Westberlins stagniert bzw. wird kleiher. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger steigt und liegt 1977 bereits bei 7,1% der Wohnbevölkerung. Dier Skizze innerhalb des Schaubildes illustriert, wie die Zahl der Sozialhilfeempfänger direkt der Arbeitslosenzahl folgt. Die im Schaubild dargestellte Verteilung der Sozialhilfeempfänger Westberlins nach Altersjahrgängen zeigt, daß Umschichtung stattfindet. Für die älteren, die nicht mehr ausbeutungsfähig sind, wird die Sozialhilfe gekürzt – das gehört zum Ehrenbergprogramm – die jüngeren, insbesondere die Jugend, wird mit Sozialhilfesätzen unterhalb des Existenzminimums für die Ausbeutung verwendbar gehalten.



r.gör. Die Bevölkerung Westberlins stagniert bzw. wird kleiher. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger steigt und liegt 1977 bereits bei 7,1% der Wohnbevölkerung. Dier Skizze innerhalb des Schaubildes illustriert, wie die Zahl der Sozialhilfeempfänger direkt der Arbeitslosenzahl folgt. Die im Schaubild dargestellte Verteilung der Sozialhilfeempfänger Westberlins nach Altersjahrgängen zeigt, daß Umschichtung stattfindet. Für die älteren, die nicht mehr ausbeutungsfähig sind, wird die Sozialhilfe gekürzt – das gehört zum Ehrenbergprogramm – die jüngeren, insbesondere die Jugend, wird mit Sozialhilfesätzen unterhalb des Existenzminimums für die Ausbeutung verwendbar gehalten.

,,...Nur um Liebe geht es nicht‘‘

Deilmann AG will Abfallgrube für ihren Bohrschlamm geschenkt

r.kej. Spahnharrenstätte. ,,Ton, Mergel, Salz und andere harmlose Materialien‘‘ sind es nach Auskunft der Deilmann AG, die in der Bohrschlammdeponie, die sie in Spahnharrenstätte im Hümmling errichten wollen, deponiert werden sollen. ,,Warum eine derartige Deponie nun notwendig ist und man sich für diesen Standort entschieden hat erläutert Oberingenieur Dieter Eickelberg von der Firma Deilmann ...Eickelberg verwies auf die zur Zeit im Raum Werlte durchgeführten Tiefbohrungen, von denen eine bereits abgeschlossen und eine andere fast beendet sei. Bei diesen Bohrungen sei man auf einen ,Ölhorizont' gestoßen, ein Ölfeld, das eventuell eine wirtschaftliche Förderung ermögliche.‘‘

Seit es mit der Nulltarifplünderung der Länder der Dritten Welt nicht mehr geht, ,,gewinnt die inländische Förderung wieder mehr an Interesse.‘‘ Rund 40 % der gesamten westdeutschen Erdölförderung kommen aus dem Emsland. Die Erdölbohrungen sind ziemlich unergiebig. Man muß große Tiefen anbohren und Dampf einleiten, um das Erdöl überhaupt emporfördern zu können. Die Profitgier hat die Kapitalisten nämlich dazu gebracht, das emsländische Ölfeld an so vielen Punkten anzubohren, daß der Druck so niedrig geworden ist, daß 70–90 % des Öls überhaupt nicht aus der Erde zu bekommen sind. Den dabei anfallenden Dreck und Bohrschlamm haben sie bislang oft einfach neben den Bohrstellen abgekippt.

Den Deponieplatz in Spahnharrenstätte hat der Deilmann AG die katholische Kirchengemeinde verpachtet. Der Pastor stellt sich scheinheilig: ,,Das ist völlig ungefährlich. Bisher macht das Gebiet nur Kosten. Wir müßten bis 1980 aufforsten wegen der Sturmschäden.‘‘ Wieviel denn die Pacht betrage? ,,450 DM im Jahr‘‘ und mit einem Seufzer ,,aber davon sieht die Kirchengemeinde auch nur ein Drittel, den Rest kassiert das Generalvikariat in Osnabrück.‘‘

Warum denn die Bauern dagegen seien? ,,Einer, der wär gekommen und hätte gesagt, er habe einen Ententeich angelegt, und wenn sich eine Ente verflöge in die Deponie, komme sie nicht wieder raus. Aber das sei ja lächerlich. Der Mann soll die Ente lieber gerupft und ausgenommen zum Pfarrhaus bringen.‘‘

Der Gemeinderat hat sich einstimmig gegen die Deponie ausgesprochen. Er hat gute Gründe. Zu dem ,,Ton, Mergel etc.‘‘ kommen chemische Zusätze, die beim Bohren verwendet werden, um z.B. Salzwassereinfluß auf die Bohrmaschinen abzuwehren. Die Sache mit der Spezialfolie belegt das. Nur der Untergrund um die geplante Abfallgrube ist ein ungleichmäßig aufgebauter Flugsandboden mit Sanden verschiedener Korngrößen. Dabei kommt es auch bei gleichmäßiger Belastung zu ungleichmäßigen Setzungen. Dabei wird die zwischen Baugrund und Bohrmaschine gut einspannte ,Spezialfolie' auf Abscheren beansprucht und kann reißen. Ein Betonfundament wollen sich die Deilmannkapitalisten sparen. Bei den günstigen Pachtbedingungen soll man nicht auch noch unnötig Geld aus dem Fenster werfen.

700 Ladungen sollen laut Auskunft von Deilmann dort jährlich eingebracht werden. Das wären doch nur zwei Wagen am Tag. Nur jeder weiß, daß dies nicht gleichmäßig auf das Jahr verteilt ist, sondern sich zu bestimmten Zeiten häufen wird. Die Wälder um die betreffende Sandgrube herum sind wildreich, und einige Bauern haben sie als Jagden verpachtet, was gute Erträge bringen würde, wie uns berichtet wird. Das wäre bei der Belastung beeinträchtigt.

Weil die Kapitalisten wissen, daß sie immer auf Widerstand bei den Bauern stoßen, informieren sie die Gemeinderäte erst gar nicht mehr von ihren Vorhaben. Gepachtet von der Kirche, genehmigt durch Landkreis und Bergamt. ,,Der Gemeinderat kann höchstens seine Meinung sagen.‘‘

Immer schon ist die Erdölproduktion auf Kosten der Bauern betrieben worden. In den Berggesetzen von 1934 wurde das Grundeigentum der Bauern am Ölland abgeschafft. 1952 stellt die Vereinigung des Emslandvolkes fest, daß die Erdölindustrie die Landwirtschaft zersetzt. In Dalum z.B. haben die Ölkapitalisten in wenigen Jahren den gesamten Mutterboden unbrauchbar gemacht. Entschädigungen zwischen 0,03 DM per Quadratmeter und Jahr und 0,15 DM wurden an die Bauern gezahlt.

Daß die Gemeinderäte das nicht mitmachen können, liegt auf der Hand. Daß sie zunehmend in Widersprüche geraten zum Landkreis und zu den Kapitalisten, ist unvermeidbar.

Die Bourgeoisie treibt die Forschungen für den Ölschieferabbau voran

r.bel. Seit 1975 forscht die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe im Unterauftrag der Braunschweigischen Kohlenbergwerke an der Ausbeutung des Ölschieferlagers Schandelah/Flechtorf. 1974 waren den BKB durch das Oberbergamt Clausthal die Schürfrechte für die 2 Mrd. Tonnen ölhaltigen Schiefer, aus dem sich 100 Mio. Tonnen Mineralöle erzeugen lassen, erteilt worden. In den Phasen I und II der Studien, insgesamt mit 8,4 Mio. DM vom Bundesforschungsministerium gefördert, ist die grundsätzliche Abbaumöglichkeit ermittelt worden. Neueste Erkenntnis der laufenden Phase III, ,,Wirtschaftlichkeit‘‘: Die Rückstände der Verschwelung lassen sich profitabel als Baustoffe nutzen, die Portland-Zementwerke kassieren 0,5 Mio. für die Konzipierung einer Pilotanlage. Am Institut für Mikrobiologie der Universität Braunschweig wird der Abbau von einer Mio. Tonnen nachgewiesener Spurenelemente, Uran, Cobalt, Vanadium, Molybdän etc., mit Hilfe von Mikroorganismen erforscht.

Vorgesehen haben die BKB zwei Tagebaue von 40 km^2, die Vernichtung von Schandelah und Flechtorf (6000 Einwohner), 80 Bauernhöfen und über 1300 ha Wald.

Das brennende Interesse der Imperialisten an diesen Ölen, mehr als die gesamten förderbaren Rohölvorräte der BRD, ist nicht neu. Teile der untergehenden Hitlerarmee sind mit Schieferöl in Bewegung gehalten worden, bei Schandelah waren von 1943 bis 45 800 KZ-Gefangene zum Abbau gezwungen. Durch eine Verfügung des Bundesministeriums für Verteidigung sind im letzten Jahr 695 ha mitten im Abbaugebiet zum militärischen Schutzbereich erklärt worden, indem die ,,Grundeigentümer die Errichtung, Unterhaltung und den Abbau von baulichen Anlagen... zu dulden haben‘‘.

Bourgeoisie auf Freiersfüßen

b.uwh. „Ägyptens Regierende sahen in dem westdeutschen Landesregierungschef wohl so etwas wie den geheimen Kanzlerleutnant der Bundesrepublik", deutelt die Welt am 9.1. Weit gefehlt ist das nicht. Fragt sich bloß, *wer* hier wen als was sieht.

„Bescheiden bestreitet Mr. Klose, eines Tages Bundeskanzler werden zu wollen." So die Egyptian Gazette (Kairo). „Bin ich, was meine eigene politische Perspektive angeht, eher zurückhaltend, weil ich mir im Augenblick noch vorbehalte, irgendwann und zwar rechtzeitig auszuscheiden." (Klose in Umschau am Abend, 19.1.)

Verlegenheit? Das ganze Tohuwabohu um Klose, die ungezügelte Tätschelei der Kapitalisten an ihrem Schoßhündchen hat ihn wohl ein wenig pikiert. Er ziert sich ein wenig, so offen seine Ambitionen, erster Strichjunge des Finanzkapitals zu werden, auszuplaudern. Vielleicht will er auch seinen Preis in die Höhe treiben.

Helmut Schmidts Geburtstag ist jedenfalls noch ordentlich gefeiert worden, so mit allem drum und dran (ca. 300000 DM haben die Bourgeois dafür auf den Kopf gehauen), aber gleichzeitig hat man sich schon Gedanken gemacht, wer denn den ja nun doch nicht mehr so jungfräulichen Helmut ablöst. Sein früher so schnittiges Auftreten wirkt heute allenfalls noch tuntig. Kurzum – die Bourgeoisie ist auf Freiersfüßen. Und sie hat auch schon ein pikantes Früchtchen im Auge. Gekauft ist er bereits und gegenwärtig bekleidet er das Amt des Oberbürgermeisters in Hamburg.

Klose hat wirklich so seine Vorzüge. Anders als Schmidt ist er so richtig von Herzen Sozialdemokrat, von der Pike auf. Außerdem ist der Mitglied in der ÖTV, wo er besonders mit herumprahlt. „Hamburg war und ist seit einem Jahrhundert eine Hochburg der Arbeiterbewegung." (Klose am 25.5.78), weshalb die Hamburger Sozialdemokraten auch besonders abgewichst und verlogen sind. Das macht einen Hamburger Sozi schon mal für ein wichtiges Amt von vorneherein attraktiv.

Ohne Frage wird Klose herausgeputzt von der Bourgeoisie. Das ganze Spektakel um den Radikalenerlaß, sein „Zerwürfnis" mit dem Kanzler sowie die versöhnende Aussprache in trauter Zweisamkeit ist der Versuch, Klose als Linken herauszuputzen. In Wahrheit ist er darauf spezialisiert, Leimruten auszulegen für die Opportunisten, um darauf mit Volldampf ins Arschloch der Finanzbourgeoisie zu brausen.
Strichjunge zu sein, ist für Klose nicht
der Finanzbourgeoisie zu brausen.
Strichjunge zu sein, ist für Klose nicht Notwendigkeit, es ist Berufung. Für ausreichende Publicity läßt er sich sogar hemdoffen im markierten Disco-Rausch blitzen. Eine seiner leichtesten Übungen. Beachtlicher ist schon sein Pensum an Lügen und Betrügereien, worauf er allerdings in einer „Hochburg der Arbeiterbewegung" auch angewiesen ist. „Alle diejenigen, die den jüngsten Tarifabschluß in unserem Hafen seiner Höhe wegen kritisiert haben, sind entweder nicht fähig oder nicht bereit gewesen, das Selbstwertgefühl unserer Hafenarbeiter richtig einzuschätzen." So windet er sich schleimverspritzend vor Gewerkschaftern. In Wahrheit war er es, der alles versucht hat, die Prozente zu drücken und als das Klassenbewußtsein der Hafenarbeiter „Selbstwertgefühl"?) stärker war, spaltete er übel, der 'Abschluß sei für andere Branchen nicht maßgebend'. Gern tut Klose auch so, als sei Hamburg ein wahrer Hort der Freizügigkeit und Lebensfreude. Weltoffen in der Hansetradition „nicht nur des Handels und Profits wegen" (25.5.78).

Jüngst aus Ägypten zurückgekehrt, hatte er dicke Aufträge für Blohm und Voss sowie die Hafenkapitalisten in der Tasche. Die Hamburger Bourgeoisie ist Stoßtrupp des westdeutschen Imperialismus in der Unterjochung der 3. Welt – ob Westafrika, Südamerika oder der Iran (wo z.B. eine SAGA Tochter 6000 Wohnungen bauen wollte). Und da hört die Freizügigkeit dann doch auf, wenn in Hamburg Befreiungskämpfe unterstützt werden sollen. ZANU-Sammlungen und die Iran-Demonstrationen im Dezember ließ Klose verbieten. Aber damit war nichts.

Man merkt schon. Auch wenn die Bourgeoisie in zittriger Vorfreude Klose hochtätschelt, seine Reize haben schon Macken. An der Arbeiterbewegung, mit der er sich brüstet, wird er sich die Zähnchen ausknacken. Und dann ist es ganz aus mit den Reizen.

ÖTV-Versammlungen beschließen Lohnforderungen zwischen 120 und 150 DM

b.chr. Die Belegschaften in den Öffentlichen Diensten beraten sich gegenwärtig über die aufzustellenden Forderungen im diesjährigen Tarifkampf. Die DGB-Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes haben den Mitgliedern eine 6,5 %-Forderung und 250 DM mehr Urlaubsgeld vorgeschlagen, ebenso Rücknahme der 1977 beschlossenen Rückstufung der Krankenpflegeschüler und Praktikanten.

Die Erfahrungen des Stahlarbeiterstreiks zeigen, daß es von entscheidender Bedeutung ist, mit *welcher* Forderung man dem Feind entgegentritt. Die Beschäftigten in den Öffentlichen Diensten haben in den vergangenen Jahren die Erfahrung gemacht, daß es Festgeld- oder Mindestbeträge waren, die gerade in den unteren Lohngruppen ein immenses Absinken der Grundlöhne abzufangen halfen.

Diese Erfahrungen und der Wille, dem Dienstherrn mit möglichst einmütigen Beschlüssen entgegenzutreten, haben eine Reihe der bisher stattgefundenen gewerkschaftlichen Versammlungen in Hamburg und dem Umland geprägt. Auf allen Versammlungen wurden die Forderungsvorschläge zum Urlaubsgeld und zur Vergütung der Krankenpflegeschüler sowie Praktikanten übernommen. Zur Erhöhung der Löhne und Gehälter wurden – soweit uns bekannt – folgendes beschlossen: AK Heidberg 150 DM Festgeld, UKE 6,5 % mit 120 DM mindestens, Mitgliederversammlung Uelzen 6,5 % mit 150 DM mindestens, Vertrauensleutekörper Stadtverwaltung Uelzen ebenso, VLK Kreiskrankenhaus Uelzen 200 DM Festgeld und DGB-Frauenausschuß Uelzen 120 DM Festgeld. Auf der Versammlung im AK Ochsenzoll wurden die 6,5% übernommen, verbunden mit der Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen.

Im AK Heidberg ist es den Sozialdemokraten von der Bezirksleitung noch im letzten Jahr geglückt, Arbeiter und Angestellte auf getrennten Versammlungen abstimmen zu lassen und die Arbeiter für eine Prozentforderung zu gewinnen. In diesem Jahr waren es gerade die Arbeiter aus den unteren und mittleren Lohngruppen, die ein einheitliches Festgeld auf einer *gemeinsamen* Mitgliederversammlung im AK Heidberg durchsetzten. Auf der Mitgliederversammlung des AK Heidberg wurde von einem Brief an den ÖTV-Hauptvorstand berichtet, in dem über 20 Krankenpflegeschüler eine Festgeldforderung von 140 DM anstelle der 6,5 % forderten. Den einheitlichen Beschluß der Versammlung förderte ebenso ein Bericht über den Besuch bei den Müllarbeitern, die sich im Gespräch mit Kollegen aus den Krankenhäusern für eine Festgeldforderung von 150 DM einsetzten.

Unterstützen muß man den Hauptvorstand der ÖTV auf jeden Fall darin, die Laufzeit auf 12 Monate zu begrenzen, weil jede längere Laufzeit einem Nullabschluß für den verlängerten Zeitraum entspricht. Deshalb muß man auch den Beschluß der Mitgliederversammlung des Bezirksamtes Hamburg-Mitte kritisieren, die die 7,5 %-Forderung mit einer 15-monatigen Laufzeit beschlossen haben.

Am 21. Februar entscheidet die Große Tarifkommission der ÖTV über die Forderung. Neben den gewerkschaftlichen Versammlungen haben Kollegen sich auch schriftlich an den ÖTV-Hauptvorstand gewandt. So 9 Kollegen aus der Diana-Klinik in Bad Bevensen, die einen Festgeldbetrag von 140 DM fordern. In ihrem Brief schreiben sie weiter: „Wir fordern 1500 DM steuerfrei und als ersten Schritt daraufhin, Anhebung des Grundfreibetrags um 2000 DM."

Dies ist auch die richtige Antwort auf alle möglichen Spaltungsvorschläge, man müßte Prozente fordern, weil die Besteuerung nach oben hin ja zunimmt.

Die Aufgabe, dem Raubbau an Lebensjahren Grenzen zu setzen, steht für die im Öffentlichen Dienst Beschäftigten ebenso dringend wie für die Stahlarbeiter. Auf der Mitgliederversammlung im UKE wurde vom Vertrauensleutekörper ein Referat zur Nacht- und Schichtarbeit gehalten. Es wurde gefordert, die Tagesschichten auf 7 Stunden und die Nachtschichten auf 5 Stunden zu begrenzen.

Gerade die Bemühungen des Senats, das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz aus dem Hause Ehrenberg mit „Leben zu erfüllen", was zum Ergebnis den raschen Tod vieler kranker Arbeiter und Arbeiterinnen hat, führte zu einer enormen Intensivierung der Arbeit in den Krankenhäusern. Der Ehrenbergableger in Hamburg, Gesundheitssenatorin Helga Elstner, stellt sich am 25. Januar um 16 Uhr im Gewerkschaftshaus im Rahmen einer Veranstaltung der ÖTV-Jugend einer Podiumsdiskussion. Die Beschäftigten haben einiges mit ihr abzurechnen.



Am 17.1.79 hat der zweite Prozeßtag gegen Rainer Hans, Sekretär der KHG, stattgefunden. Konnte am ersten Prozeßtag noch das Verbot eines Projektors zur Darstellung von Schaubildern über die Wirkung der Ehrenberggesetze durchgesetzt werden, sah es am zweiten Tag schon anders aus. Schaubilder im A3-Format wurden aufgehängt und so der öffentliche Angriff organisiert. Drei Resolutionen, die die sofortige Einstellung des Prozesses fordern, lagen vor. Anhand von Sterbekurven wurde nachgewiesen, daß Ehrenberg nicht weniger vorhat, als die verschlissene Arbeitskraft nach Eintritt ins Rentenalter sofort absterben zu lassen. Die Bewegung gegen die Ehrenbergmaßnahmen ist stark, die wissenschaftliche Beweisführung kann nicht mehr unterdrückt werden. Die Bourgeoisie setzt darauf, daß es nicht gelingt, in den Betrieben die Aktionseinheit zu schmieden. Die Erfahrungen der Arbeiterklasse sind dem entgegengesetzt.

Der Lohnkampf schließt die HBV-Beschäftigten zusammen

b.trw. Die Geschäftsführung der Hamburger Coop Handels- und Produktions AG hat die fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Walter Gerber beschlossen. Vorwand war der Beschluß des Betriebsrats, Gerber für die Betriebsratsarbeit freizustellen. Der tatsächliche Grund der Entlassung ist jedoch offenbar, daß die HBV sich scharf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen der Coop-Kapitalisten gewandt hatte. Von den Rationalisierungen sind seit 1972 alleine in Hamburg mehr als 800 von insgesamt 1550 Beschäftigten betroffen. HBV und DAG haben die Angriffe der Coop-Geschäftsführung entschieden zurückgewiesen. Beim Amtsgericht ist Widerspruch eingelegt.

Unter den Forderungen: Keine Kündigungen! Keine Herabgruppierung! Keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen! Keine Aufspaltung der Belegschaft! kämpft die Belegschaft der Buchhandlung Frensche gegen die Pläne des neuen Inhabers Marissal, zwei Abteilungen zu schließen, die Belegschaft auseinanderzudividieren, den Betriebsrat aufzulösen und die Kündigungsschutzrechte der Kollegen durch Beendigung der Betriebszugehörigkeit zu beseitigen.

Die Beschäftigten einer Abteilung der Techniker- und Krankenkasse haben mit großer Einigkeit die Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen beschlossen. Sie haben sie der HBV zu den laufenden Manteltarifverhandlungen zugesandt.

Bei Karstadt hat der Betriebsrat dieses Jahr seine Unterschrift unter die Jahresarbeitszeitregelung unter Vorbehalt gegeben, daß bis zum 31.3.79 neu verhandelt wird. Die Jahresarbeitszeitregelung regelt für die Karstadt-Kapitalisten die Verlegung der Arbeitszeit in die arbeitsintensivste Zeit, z.B. daß in den Weihnachtswochen bis über 50 Stunden gearbeitet werden muß, was seinen Ausgleich in Freistunden über das Jahr verteilt morgens zwischen 9 und 10 Uhr finden soll. Immer häufiger haben Kollegen die Forderung aufgestellt, daß diese Arbeitszeitregelung fallen muß und haben sich beim Betriebsrat über ihre Rechte informiert. Zum Teil wurden Überstunden verweigert, die zu der „normalen" Arbeitszeit hinzukommen.

Nach der Arbeitshetze der Weihnachtswochen ist jetzt die Angebotsaktion in der Haushaltswarenabteilung, der Winterschlußverkauf und der Umzug der Lebensmittelabteilung zum ehemaligen Kepa-Gebäude die Begründung, daß Überstunden gemacht werden sollen. In der Lebensmittelabteilung wurden die Kollegen aufgefordert, auf ihren freien Tag zu verzichten. Sie sehen nicht ein, daß sie ihre Gesundheit völlig ruinieren sollen durch diese Schinderei, zumal mehrere Kollegen entlassen wurden. Der Krankenstand erreicht neue Höhen, ca. 20% in der Lebensmittelabteilung. Der Betriebsrat hat einiges im Rücken für die Verhandlungen.

Der Wunsch der Beschäftigten im Bereich Handel, Banken und Versicherungen nach Organisierung und Vereinheitlichung ist groß. Hat die Gewerkschaft HBV 20 Jahre gebraucht, um von 100000 auf 200000 Mitglieder zu kommen, organisierten sich die nächsten 100000 Mitglieder innerhalb von 5 Jahren. In allen Branchen gibt es Initiativen zur Einrichtung von gewerkschaftlichen Vertretungsorganen. Im Reisebürogewerbe und bei den Rechtsanwalts- und Notariatsgehilfen wurden Fragebogenaktionen organisiert, um konkrete Forderungen aufzustellen. Von den Beschäftigten bei Adia Interim wurde eine Betriebsgruppe gegründet.

Die Tarifverhandlungen werden im wesentlichen getrennt nach Bezirken und Branchen geführt, die Tarife haben unterschiedliche Laufzeiten. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind beispielsweise die Manteltarife gekündigt. In Hamburg ist seine Laufzeit bis 31.12.79. In Hamburg sind die Termine für neue Gehaltsund Lohntarife:
Banken 1.3.79
Versicherungen 1.4.79
Buchhandel und Verlage 1.4.79
Einzelhandel 1.5.79
Eine einheitliche Forderung muß her, die den größten Teil der Beschäftigten zusammenschließen kann.

Die Masse der Löhne liegt in den Niedriglohngruppen. Im Einzelhandel liegen über 75 % der Kollegen in Lohngruppen unter 1800 DM, dabei sind die Lohngruppen noch weit gefächert und reichen hinunter bis 714 DM bei jugendlichen Vollbeschäftigten; selbst darunter gibt es noch Teilzeitbeschäftigte.

Genau richtig war es, daß sich angesichts der Lage die Mitglieder der Fachgruppe Einzelhandel auf den Beratungen während der letzten Tarifrunde für eine Festgeldforderung ausgesprochen haben. Daran müssen sie festhalten. Um 120 DM wird man fordern müssen.

Eine einheitliche Vorbereitung des Lohnkampfs kann die Kraft der Beschäftigten im Bereich Handel, Banken und Versicherungen entfalten. Sie wird auch die Schlagkraft in den verschiedenen Kämpfen erhöhen.

Veranstaltungskalender

Montag, 22. Januar
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorn Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im Einkaufszentrum. Wandsbek, vor Karstadt. Eimsbüttel, vor Karstadt. Mitte, Gerhard Hauptmann Platz. Altona, Einkaufszentrum. Osdorfer Born, Einkaufszentrum. Bergedorf, im Sachsentor. Harburg, Bahnhof.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Stade, 17.30 Uhr: Bützfleth, vor Vietz.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße.
Buchholz, 16.00 Uhr: vor Woolworth.

Dienstag, 23. Januar
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Wie Montag Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. In Billstedt, U-Bahn Merkenstraße / Ecke Steinbeker Marktstraße.

Mittwoch, 24. Januar
Hamburg, 9.45 Uhr: Prozeß des KBW gegen die Freie und Hansestadt Hamburg wegen des ZANU-Sammlungsverbots. Verwaltungsgericht, Saal 405. Karl Muck Platz 1.
Hamburg, 19.30 Uhr: Veranstaltung des Afrika-Komitees und des Soldaten- und Reservistenkomitees Hamburg: „Die Interventionspläne und -taten der westdeutschen Imperialisten im südlichen Afrika". Gaststätte Jarrestadt, Jarrestr. 27, Hamburg 60.

KBW Studienprogramm Winterhalbjahr 78/79

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition
Teil III: a) Von der Wiege bis zur Bahre bezahlen die Volksmassen die kapitalistische Ausbeuterherrschaft mit Leben und Gesundheit. Die Kapitalisten haben Blut gerochen und schreien nach mehr.
b) Gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals und zum Ausbau strategischer Stützpunkte als Teil der Kriegsvorbereitungen. Die „Gleichen Lebenschancen" des Bundesministeriums für Raumordnung und Städteplanung.
c) „Erneuerung des Bildungswesens": Sozialdemokratische Gesetzgebung zwecks schrankenloser Verfügung der Bourgeoisie über die jugendliche Arbeitskraft.
d) Auf Grundlage der schwindenden Reproduktionsbasis der Arbeiterklasse und der Volksmassen mischt sich der Staat immer tiefer in die Angelegenheiten der Volksmassen, unterdrückt und bespitzelt zum Zweck der Spaltung und der Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Beim §218 hat er sich dabei eine blutige Nase geholt.
e) „Sicherstellung der Ernährung"? – Sozialdemokratische Gesetzgebung sichert das Bauernlegen. Ständige Verschlechterung der Versorgung der Volksmassen geht Hand in Hand mit Zwangsgesetzen gegen die Bauern.

Hamburg, 22. bis 26. Januar 1979, 19.30 Uhr. Emilie Wüstenfeld Schule, Bundesstr. 78.

Afrikaseminarreihe
29. Januar bis 31. Januar und 2. Februar 19.30 Uhr und 3. Februar 16.00 Uhr.
Billstedt

Lenin: Staat und Revolution
29. Januar bis 31. Januar und 2. Februar 19.30 Uhr und 3. Februar 16.00 Uhr.
Lüchow, Gaststätte „Deutsches Haus", Lange Straße.

Stalin: Grundlagen des Leninismus
29. Januar bis 31. Januar und 2. Februar 20.00 Uhr und 3. Februar 16.00 Uhr.
Uelzen

Mao Tse-tung: Fünf philosophische Monographien
29. Januar bis 31. Januar und 2. Februar 18.00 Uhr und 3. Februar 16.00 Uhr,
Universität, Philosophenturm.

Donnerstag, 1. Februar
Hamburg, 19.30 Uhr: Mitgliederversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees Hamburg-Unterelbe zu dem Thema: „Der englische Imperialismus macht den Iran zu seiner Domäne. Im 1. Weltkrieg versucht der deutsche Imperialismus Fuß zu fassen. Im Gefolge der russischen Revolution entwickelt sich die Befreiungsbewegung. Die Räterepublik in Gilan."

Aufgesplitterter Festgeldbetrag für Seeleute

b. Am 19.1. einigten sich ÖTV,DAG und der Verband der Deutschen Reeder auf einen aufgesplitterten Festgeldbetrag, der auf die Grundheuer gezahlt werden soll; einen sogenannten Seefahrtszuschuß.
– 171,- DM für Seeleute, die über 5 Jahre zur See fahren,
– 120,- DM für Seeleute, die über 1 Jahr zur See fahren,
54,- DM für Berufsanfänger. Weiter soll die Seemannsrente, die bisher von den Kapitalisten vom 58. Lebensjahr bis zur Erreichung des Rentenalters gezahlt wurde, vom 55. Lebensjahr an gezahlt werden. 240,- DM Festgeld haben die Arbeiter in der ÖTV gefordert, 150,- DM die DAG. Mit dem jetzt gemachten Vorschlag soll die Spaltung noch weiter getrieben werden. Die Arbeiter werden der Tarifkommission, die noch entscheiden muß, zeigen, was sie davon halten.

Sofortige Einstellung des Prozesses gegen Rainer Hans

b.Hamburg. Die Regionalkonferenz Nord der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden hat am 13.1. beschlossen: „... viele ZDL werden auch in Krankenhäusern eingesetzt; zur Kostendämpfung (...) Der Zivildienst untersteht dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Kasernierung bis zu 24 Monaten, Befehl und Gehorsam u.a.m. sollen gegen uns durchgesetzt werden. Wir lehnen es deshalb ab, daß jemand verurteilt wird, weil er Ehrenberg als Zwangsarbeitsminister bezeichnet. Deshalb fordern wir: „Sofortige Einstellung des Prozesses gegen Rainer Hans! – Für uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit!“ Dieselben Forderungen werden von der Institutsgruppe Mathe/Physik erhoben.

Lufthansa: Warnstreik für Tarifvertrag

b.Hamburg Die Lufthansa weigert sich bisher, einen Tarifvertrag mit der Ötv für das fliegende Personal abzuschließen, der Schutz bieten soll vor willkürlichen Abgruppierungen und Entlassungen. Für diese Forderung streikte ein Teil des fliegenden Personals am 15.1.79 2 Stunden. Unterstützt wurde diese Kampfmaßnahme von ca. 400 Kollegen des Bodenpersonals der Luftwerft. Sie streikten eine Stunde gegen die geplanten Rationalisierungen bei der Lufthansa, die in den nächsten 4 Jahren 10% der Belegschaft wegrationalisieren will.

Eine Art „Über-Sicherung“

b.mis.Stade. Das ist die Katastrophenschutzplanung des Landkreises Stade: „Vom Staat wird gegen Gefahren aller Art Vorsorge getroffen, insbesondere auch gegen Gefahren der Zivilisation und der Technik. Solche Gefahren können von fast allen Einrichtungen ausgehen. Dies gilt für Staudämme, Verkehrsanlagen, Industrieanlagen, ebenso wie für kerntechnische Anlagen.“
„Verhaltensregeln und persönliche Schutzmaßnahmen: – Halten sie sich nicht im Freien auf, – Schließen sie Fenster und Türen. – Schalten sie Lüftungs- und Klimaanlagen aus. – Suchen sie im Haus möglichst Keller oder innenliegende Räume auf. – Leisten sie den Weisungen der Polizei und der Einsatzkräfte Folge, wenn sie zur Evakuierung aufgefordert werden.“

Arbeitsdienst zum Schneeschippen?

b.hej. Die Zahl der Teilnehmer an allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung hat sich im Dezember 78 in Hamburg um 52 (12,8%) auf 449 erhöht. Es schmerzt die Bourgeoisie, daß sie bisher nur einen Bruchteil der Arbeitslosen in den Arbeitsdienst zwingen konnte.

Arbeitslose in Hamburg

1968	4829	0,6%
1969	3219	0,4%
1970	2975	0,4%
1971	4478	0,6%
1972	5210	0,7%
1973	9097	1,3%
1974	21983	3,0%
1975	30399	4,3%
1976	27889	4,0%
1977	30431	4,5%
1978	28730	4,2%

„Wir Arbeitslosen könnten doch prima beim Schneeschippen helfen...“ (Bild). Im Dienste der Bevölkerung, Arbeitsdienstbeschaffungsmaßnahmen – so ganz im Sinne Ehrenbergs.
Die Baubehörde mußte zugeben, daß sich der Schneeinsatz bisher nicht lohne. „Zuviel Aufsichtspersonal ist zur Durchsetzung notwendig...“

„Wenn die Patienten streiken, bricht hier der Betrieb zusammen“

Trotz PsychKG kann Albrecht die Patienten im LKH nicht zu willenlosen Ausbeutungsobjekten verstümmeln.

„Es ist zu erwarten, daß infolge besonderer Anstrengungen dieser Landesregierung in absehbarer Zeit in allen Landeskrankenhäusern menschenwürdige Zustände hergestellt werden,“ verspricht Folterknecht Albrecht in seiner Regierungserklärung vom 19.1.1977. In 8 Landeskrankenhäusern sind 6035 für psychisch krank erklärte Arbeiter untergebracht, das sind 6035 Arbeitskräfte in Niedersachsen, die der kapitalistischen Profitproduktion verlorengehen. 70 DM erhalten die Patienten für ihre Schufterei, egal ob sie beim Ernteeinsatz auf dem Gut, der länger als 7 Stunden pro Tag dauert, schanzen, oder ob sie für 3 Stunden Schneefegen täglich eingesetzt werden.

Das LKH Lüneburg setzt die Patienten hauptsächlich für die Aufrechterhaltung des Betriebes ein. Vier Gartenkolonnen, die aus je 12–15 Patienten bestehen, halten die Anlagen und Parks mit einer Fläche von 720 Morgen in Ordnung. Sieben Gärtner leiten die Arbeit an. Das landeseigene Gut Bienenbüttel, 159 ha, wird von 14 Patienten bewirtschaftet, die von 1 Betriebsleiter und 1 Schweinewärter beaufsichtigt werden. Die Arbeit in Schlosserei, Tischlerei, Malerei, Schusterei, Küche, Wäscherei, Nähstube und auf den Stationen wird im Wesentlichen von Patienten geleistet. Ein Beschäftigter berichtet: „Wenn die Patienten streiken, bricht hier alles zusammen.“

Albrechts Pläne gehen dahin, die Patienten direkt für die Industriekapitalisten schuften zu lassen. Durchgesetzt hat er das im LKH Hildesheim, wo 22 Patienten für Blaupunkt und Nordmende Extraprofite schaffen. Das soll jetzt überall und in großen Umfang durchgesetzt werden. Dazu hat das Psych KG vom 30.5.78 („Gesetz über Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen“) verabschieden lassen. § 27 soll die Ausbeutung der Patienten garantieren: „Der Untergebrachte ist durch beschäftigungs-und arbeitstherapeutische Maßnahmen zu fördern.“ Die Beschäftigten, die die Ausbeutung der Patienten durchsetzen sollen, werden unter besondere Gesetze gestellt. § 6,1 „Die Ärzte sind befugt, unmittelbaren Zwang anzuwenden.“ §6,2 „Bedienstete von Krankenhäusern ... können entsprechend den Vorschriften des allgemeinen Gefahrenabwehrrechts zu Vollzugsbeamten bestellt werden.“ Nach § 29 können Schriftverkehr und Telefongespräche kontrolliert werden. Gibt der Patient dennoch seinen Widerstand nicht auf, so soll er „nach den anerkannten Regeln der ärztlichen Kunst“ (§26,1) mit Psychopharmaka widerstandslos gehalten werden.

Die Beschäftigten haben kein Interesse an der Unterdrückung der Patienten. Das ist auch der Grund dafür, daß die Zustände im LKH stets an die Öffentlichkeit gelangen. Pflegevorsteher Willi Steeb kann eine neue Horchkampagne inszenieren. Sie wird genauso vergeblich sein, wie der Versuch, zu verhindern, daß diese Zeitung an die Kollegen verteilt wird. Die Beschäftigten unterstützen die Kämpfe der Patienten gegen die verschärfte Ausbeutung, die in täglichen Kleinkriegen geführt werden. Über Ausmaß und Erfolg dieser Kämpfe gibt die bürgerliche Statistik Auskunft. Wir betrachten die Jahre 76/77:

– Die Einnahmen aus der Arbeitsleistung der Kranken sind zurückgegangen von 575000 auf 468000 DM.
– Der Reingewinn aus den selbstbewirtschafteten landwirtschaftlichen Betrieben ist zurückgegangen von 452000 DM auf 37000 DM, um fast 20%.

– Die Erlöse der Werkstätten und anderer technischer Betriebe sind zurückgegangen von 184000 auf 170000 DM, in den Gärtnereibetrieben von 271000 DM auf 260000 DM.

– 25 Stellen mußte die Landesregierung neu schaffen im Putzbereich, weil die Patienten „nicht einsetzbar“ waren.

Schlechte Zeiten für den Keksmanager!

Berufsschüler bereiten Kampf gegen Kurssystem im neuen Schuljahr vor

b.uwz. Zum Anfang Februar ist das Halbjahr um, in dem Schulsenator Grolle gehofft hatte, sich gegen die Bewegung der Berufsschüler gegen Wahlpflichtunterricht und Kurssystem durchzusetzen. „*Ein bestimmendes Merkmal* (der Schule) *muß ein schrittweises Vorgehen sein, mit dem geeignete Teil- und Zwischenqualifikationen erreicht werden. Dafür müssen entsprechende Abschlüsse und berufliche Verwendungen gefunden werden.*“ (BDA,1976), lautet der Auftrag der Kapitalisten. Wer will daran zweifeln, daß der Senat ablassen sollte, dieses Ziel durchzusetzen? „Alle Maßnahmen verfolgen dasselbe Ziel, die jugendliche Arbeitskraft so früh wie möglich und so billig wie möglich in die Lohnarbeit zu zwingen“, haben die Schülerräte der Gewerbeschulen auf ihrer Konferenz erklärt.

Diese Woche beschloß der Schülerrat der G10, auf jeden Fall die Kurse zu boykottieren, wenn sie Anfang des Jahres eingerichtet werden. Die Interessen der Arbeiterjugend und die der Kapitalisten sind nicht vereinbar. Diese Interessen setzen sich in der DGB-Jugend auch gegen DKP-Bundesvorstandsmitglied B. von Randow durch, die die Forderungen bekämpfte:

Die DGB-Jugend fordert:
1. SOFORTIGE RÜCKNAHME DES BESCHLUSSES ZUR EINFÜHRUNG DES WAHLPFLICHTBEREICHES UND DER STUNDENTAFELÄNDERUNG
2. WEG MIT DEM KURSSYSTEM
3. KEINER DARF DURCHFALLEN
4. KEINE STUFENAUSBILDUNG UND KURZAUSBILDUNGSGÄNGE
5. ÜBERNAHME ALLER IN DIE II. STUFE
6. EINSTELLUNG ALLER LEHRER
(KJ/. auf seiner Sitzung am 18.1.)

Unter diesen Forderungen an den Hamburger Senat, soll der Kursboykott der Berufsschüler unterstützt werden. Auf der Berufsschülerkonferenz wurde beraten, daß ihn gewerkschaftliche Jugendgruppen zusammen mit den Berufsschülerräten tragen und organisieren. Um die Aktivitäten zusammenzufassen wird zur Zeit über eine Demonstration im Februar beraten.

Die programmatische Auseinandersetzung auch in der Gewerkschaftsjugend wird von der Arbeiterjugend organisiert: Am 19. Februar findet eine Diskussionsveranstaltung im Gewerkschaftshaus zum Blockunterricht statt,
schaftshaus zum Blockunterricht statt,
wo auch über die Forderung nach zwei arbeitsfreien Berufsschultagen beraten wird. „Wir dürfen nicht beim Kampf gegen das Kurssystem allein stehen bleiben, sondern müssen unsere Vorstellungen von der Ausbildung entwickeln, und den Kampf in Richtung auf eine einheitliche Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr aufnehmen, in welcher Theorie und Praxis eng verbunden sind und uns die Grundlagen der wichtigsten Zweige der Produktion vermittelt werden müssen“, wird in der Broschüre der 1. Gesamtschülerrätekonferenz gefordert. Einigt man sich darauf, beginnt den Kursboykott zu organisieren, wird sich die Bewegung der Berufsschüler durchsetzen.

Schließung von Auerdruck: Bis zuletzt sollen die Arbeiter angetrieben werden

b.ped. Auf der Delegiertenversammlung der IG Druck in Hamburg am 14.1.79 wurde bekanntgegeben, daß laut „Stern“ innerhalb der nächsten drei Monate der paritätisch besetzte Aufsichtsrat der SPD-eigenen Konzentration-GmbH das Zweigunternehmen Auerdruck liquidieren soll. Sobald für die „Morgenpost“ eine neue Druckerei gefunden ist, sollen die 210 Beschäftigten von Auerdruck auf die Straße fliegen. Die Unruhe war groß, weil bekannt ist, daß eine solche Massenentlassung allgemein aufs Lohnniveau in Hamburg drückt.

Seit 1974 ist der Betrieb planmäßig von ca. 450 Arbeitern auf 210 runterrationalisiert worden. Die Schichtarbeit ist ausgedehnt worden, jetzt müssen die meisten Arbeiter nur noch Spätschicht arbeiten. Nur ein Fünftel der Belegschaft kann seine Familie alle 4 Wochen sehen. Sie machen das, weil der Lohn bei Frühschicht inzwischen schon 1 DM unter dem Durchschnitt in Hamburg liegt und sie die Schichtzuschläge brauchen.

Wegen schlechter Belüftung hatten die Arbeiter schon ein Schild an die Eingangstür gehängt: „Vorsicht, bakteriell verseucht“.

Vor der Betriebsversammlung von
Vor der Betriebsversammlung von
Auerdruck am 14.1. waren Mitglieder des Konzernbetriebsrats angereist, um abzuwiegeln: „Diesmal werden harte Worte fallen“, „Wir treten für die Erhaltung des Unternehmens ein“, „Ich persönlich stehe für die Mitbestimmung ein, und sehe das so, daß es sehr hart ausgehen wird und ohne Entlassungen nicht ausgehen wird“.

„Wir wollen erst einmal abwarten, was Halstenberg zu sagen hat.“

Er hatte das selbe zu sagen wie seine Sprachrohre. Er dementierte die „Stern“meldung und sprach von der Stillegung als „eine von drei möglichen Alternativen“. Zum Sozialplan könne er noch nichts sagen. Betriebsleitung Klosterfelde drohte mit Stillegung, wenn die Arbeiter nicht stillhalten: „Wir sollten unsere Solidarität mit dem Unternehmen beweisen und uns demgegenüber gelassen verhalten. Wir sollten unsere Arbeitslust nicht verlieren und jetzt erst so recht eifrig wie möglich arbeiten, damit wir den Untergang nicht beschleunigen.“

Heinz Wolf, Vorsitzender des Landesbezirkes Nordmark der IG Druck, erklärte, daß er die beiden „Alternativen“, 1. Schließung des ganzen Unternehmens oder 2. nur von Auerdruck, ablehne, „Ich bin für Rationalisierung eingetreten“ (in der Sitzung des Aufsichtsrats, dem er angehört). Er sei jetzt für die Aufstellung eines Sozialplans und der dürfe nicht schlechter sein als der letzte. Nach der Formel Alter mal Betriebszugehörigkeit, geteilt durch 90 mal Brutto-Monatslohn, plus Grundbetrag von 5300 DM plus Anzahl der Jahre mal 200. Es würde nach dieser Formel ein Arbeiter, der 45 Jahre ist, 15 Jahre im Betrieb, erhalten ca. 30000 DM.

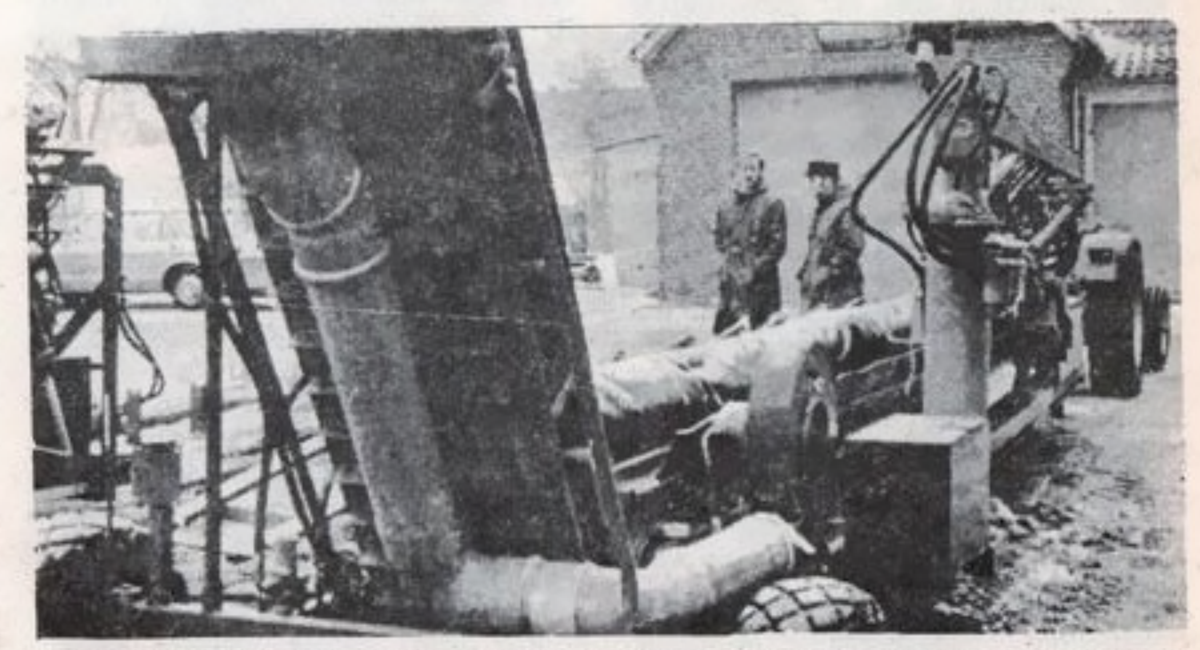
Die Geschäftsleitung ruft die Arbeiter jetzt auf, „keine unbedachten Schritte zu machen“ (KLosterfelde). Angst hat sie, daß die „Morgenpost“
Angst hat sie, daß die „Morgenpost“
nicht erscheint, solange keine neue Druckerei da ist, und daß das Manöver mit schärfster Antreiberei bis zur letzten Minute bei Beschiß durch schlechte Abfindung, scheitert am Kampf der Arbeiter. Die Arbeiter wollen keine „Solidarität mit dem Betrieb“ zeigen, und lehnen es ab, daß ihre Betriebsräte über die Mitbestimmung „gefordert werden“ (Halstenberg), sich völlig dem Profit der SPD zu unterwerfen. Ob Auerdruck nun früher oder später geschlossen wird, ist ihnen egal, sie wollen eine Abfindung in ausreichender Höhe und keine „Rettung der Morgenpost“ auf Kosten ihrer Knochen.

Die Konkurrenz auf dem Obstmarkt erzwingt neue wissenschaftliche Anbaumethoden und ruiniert die kleinen Bauern

b.ins. Begünstigt durch die Monokultur und als Folge des 1. Weltkriegs führte der Schädlingsbefall um 1920 fast zu vollständiger Vernichtung der Ernte der Obstbauern, z.T. ließ sich die gesamte Ernte eines 5-ha-Betriebes mit einer Schubkarre vom Hof bringen. Gegen die absehbare Ruinierung schlossen sich die Bauern zusammen und setzten die Schaffung einer Zweigstelle der damaligen Biologischen Reichsanstalt durch. Mit Hilfe wissenschaftlicher Berater wurden die Schädlinge ausgerottet. 1929 gründeten die Bauern den Obstbauversuchsring (OVR). Jedoch unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise und des Privatbesitzes von Grund und Boden bedeutet jede Entwicklung der Produktivkräfte nur eine beschleunigtere Vernichtung der kleinbäuerlichen Existenz.

Eine große Umwälzung der Produktion fand nach dem 2. Weltkrieg statt. Die wachsende ausländische Konkurrenz, die mit der Gründung der EG immer drückender für die Bauern wird, erzwang eine völlige Umstellung des Obstbaus. 1954 galt die Pflanzdichte von 354 Bäumen je ha als eng, heute ist die Bestandsdichte bis zu 3000 Bäumen pro ha. 1950 wurden 6,7% Tafeläpfel (Cox Orange, Ingrid Marie) und 93,3% Wirtschaftsäpfel (Boskop, Finkenwerder) angebaut. 1973 waren es 62,6% Tafeläpfel und 37,4% Wirtschaftsäpfel. 1947 enthielt die Sortenempfehlung des OVR 32 Apfelsorten; 1974/75 sind es im wesentlichen 4. Intensivierung der Bebauung und Qualitätssteigerung sind im Kapitalismus die Methoden des Bauernlegens.

Heute gibt es keine Bäume mehr, die von Leitern abgeerntet werden müssen. Das Pflücken von ebener Erde ist schneller. Durch die Zusammenarbeit im OVR wurde der Vorernteabfall wie auch das zu starke Festsitzen des Obstes während der Ernte verringert. Durch Düngung und Spritzung ist eine Beeinflussung von Wachstum und Fruchtinhalt (Zucker, Säure, Vitamine) möglich. Vielfältige technische Geräte könnten die Arbeit erleichtern (von mechanischen Schneidemaschinen über Häcksler für Schnittholz zu Schüttelmaschinen für die Ernte usw.), im Kapitalismus treibt ihre Anschaffung die kleinen Bauern in die Arme



Vollerntemaschine für Johannisbeeren. Die Maschine übergrätscht in langsamer Fahrt die in Reihe gepflanzten Sträucher. Vibrierende Schüttelfinger greifen in den Strauch und schütteln die Zweige. Die abgelösten Beeren fallen auf die Auffangvorrichtungen, werden von Förderbändern zum Elevator (Hebewerk) und von dort in die Transportbehälter gefördert. Ganze Kolonnen von Obstpflückern erhoffen sich die Großplantagenbesitzer durch diese Maschine zu ersetzen.

der Banken und zur Intensivierung der Arbeit bis zur Aufgabe des Hofes. 1965 wurde mit Rodungsaktionen begonnen, in denen die unrentablen Höfe vernichtet wurden. In Kehdingen wurden 50%, in Hadeln 80%, in der südlichen Stader Geest 57,7% der Flächen gerodet.

1970 und 1973 folgten im Rahmen der EG weitere Aktionen, die zu einer Verminderung der Obstanbaufläche von rd. 4000 ha führten.

Biermann, Deutschland – ein Wintermärchen: „... voller Poesie und Wehmut"

Biermann heizt die Sehnsüchte der westdeutschen Imperialisten nach einem vereinten Deutschland an

b.ana. „Im deutschen Dezember floß die Spree
Von Ost- nach Westberlin
Da schwamm ich mit der Eisenbahn
Hoch über die Mauer hin

Da schwebte ich leicht übern Drahtverhau
Und über die Bluthunde hin
Das ging mir so seltsam ins Gemüt
Und bitter auch durch den Sinn...

Ich mußte auch denken, was allerhand
In gut hundert Jahren passiert ist
Daß Deutschland inzwischen glorreich geeint
Und nun schon wieder halbiert ist"

So beginnt „voller Poesie und Wehmut" (NDR II, 10. Januar) Wolf Biermanns, Deutschland, ‚Ein Wintermärchen'. Mit Wehmut denken die westdeutschen Imperialisten an die Position, die sie gegen die beiden Supermächte hätten bei einem „glorreich geeinten Deutschland". Und was Biermann „voller Poesie" verlangt, ‚von Ost nach West mit der Eisenbahn über die Mauer zu schwimmen', hat die Bourgeoisie nüchtern durchgesetzt – von West nach Ost eine Autobahn durch die Mauer, um die Verbindung zu ihrem Brückenkopf Westberlin zu festigen.

Biermann hat für sein Stück eine Vorlage von H. Heine genommen. Heine war 1844 von Paris nach Hamburg gereist und beschreibt auf dieser Fahrt die Kluft zwischen „dem erträumten Ideal eines freien, einigen Deutschland und den tatsächlichen Verhältnissen". Bürgerliche Vorworte zu Heines ‚Wintermärchen' lauten so: „Das Epos zeigt Heines Schmerz um das zerrissene Vaterland, zeugt von seinem Patriotismus". Biermann nimmt diese Vorlage, als er 1964 die Gelegenheit erhält, von Ostberlin nach Hamburg zu fahren. 1972 erscheint sein Wintermärchen in Westdeutschland und vor einigen Tagen wurde es in Hamburg uraufgeführt. „Nichts an Aktualität verloren", schreibt die Morgenpost am 12.1. Die westdeutsche Bourgeoisie versucht sich als Vertreter des ungebrochenen Kampfes für Freiheit und Menschenrechte herauszustellen, die seit 1848 für diese Ziele kämpft. Biermann reiht sich in diese Menschenrechts- und Wiedervereinigungskampagne gut ein. Er übt „Kritik" an den Supermächten:

„Und wenn die großen Herrn der Welt
Der Magen drückt und kneift
Dann knallt und stinkt es ekelhaft
In Deutschland. Ihr begreift..."

Deutschland als „Arsch der Welt" gefällt Biermann nicht. Was hindert die Vereinigung?

„Die maßgeblichen Kahlköpfe
In beiden deutschen Staaten
Es eint sie, daß sie beide für
Die Einheit wenig taten."

Heute wird mehr getan. Stobbe am 20. Januar in der FAZ: „Es sei der Zeitpunkt gekommen ‚weitere menschliche Erleichterungen in die Gespräche mit der DDR einzubeziehen' ". Letztlich sei eine Politik anzustreben, die „auf der Basis der Respektierung der Lage konkret etwas für die Menschen in der DDR bewirken muß, indem sie eine Vergrößerung ihres Freiheitsspielraums erreicht". Weil Biermann unter den Linken wirkt, muß er den Klassenkampf bemühen:

„Die deutsche Einheit kommt! Doch nur
Im Geiste des Propheten
Karl Marx und nur im Klassenkampf
Der Bauern und Proleten!"

Zusammenschluß der Massen für die Revolution meint er nicht, sondern Bonner Reformpolitik mit ein wenig Druck von unten. Von den Massen hält er nämlich folgendes. In dem Zug, in dem er fährt sind Rentner, die in den Westen dürfen.

„In ihrer Jugend waren die
Von Goebbels Schnaps besoffen
Und jetzt vom Rentnerfreibier, ach
Das hat mich doch betroffen!"

Als der Zug in Westdeutschland hält, und die Heilsarmee Kaffee in Pappbechern verteilt, animiert das Biermann:

„Es hätte nicht viel gefehlt, daß sie
Die Pappbecher auswringen
Sie wollten wohl ihr welkes Fleisch
Noch mal zum Blühen bringen

Die Omas löschten ihren Durst
Mit froher Zitterhand
Die wasserdichten Opapas
Sie löschten ihren Brand"

Biermann sollte sich als Hofsänger im Ehrenbergministerium bewerben. Er kann feine Rentnerbeseitigungslieder machen.

Als er in Hamburg bei seiner Mutter eintrifft, erzählt sie:

„Hier sitzen alle, grad der Kroll
Vor ihren Flimmerkisten
Er prügelt nur noch seine Frau
Und nicht die Polizisten...

Bei Blohm und Voß wurd er (Kuddel Schauer) geschnappt
Beim Flugblätter verteilen
Das Zeug liest sowieso kein Aas!
– Die hetzen nur und geilen

Nach Auto und nach Eigenheim
Nach immer neuen Moden
Ich weiß nicht, was noch werden soll
Wir sind wie nie am Boden"

Verständlich die Begeisterung der Morgenpost über dieses Stück. „Überzogene Erwartungen, die die DDR-Rentner dem ‚Supermarkt Bundesrepublik' entgegenbringen, würden zurechtgerückt". Die westdeutschen Massen bereits „wieder deutsch, bewaffnet, satt und krötig" (Biermann).

Das Ende vom Märchen? Biermann fällt nach einem Reeperbahnbesuch in die Kanalisation und begegnet unten in der Scheiße Thälmann.

„Und warum vegetierst du in
Der Kanalisation?
Ich wart hier unten auf den Start
Zur Weltrevolution"

Als Biermann Ende 1976 nach Hamburg kam, endgültig, bot ihm Biallas 2000 DM netto im Monat, damit „ihm geholfen wird, hier den Mund aufzumachen". Er sollte den Vereinsdichter machen für eine revisionistische Partei, die nicht gleich nach sowjetischem Sozialimperialismus stinkt und auch keine bloße Jugendbewegung der Sozialdemokratie ist. Dieses Projekt der Linken ist gescheitert. Jetzt verdient sich Biermann Geld damit, daß er reaktionäre Wiedervereinigungspropaganda macht.

Der Senat hat die Brandserie zu verantworten

b.uwh. Kaum ein Tag vergeht diesen Winter in Hamburg ohne Brand. Die Bourgeoisie steht angeblich wie ein Ochs vor dem Berg und konstatiert lediglich, daß Serienbrände mal öfters in den Winter fallen, weil die Massen nicht mit den Heizungen umgehen können und wahrscheinlich keine Aschenbecher benutzen. – Alljährlich nimmt aber die Anzahl der Brände immens zu: 1969 waren es rund 3100 Brände, 1972 4621, 1974 4515 und 1976 5498. Besonders die Großbrände haben zugenommen (1969: rd. 2300, 1976 4750). Verantwortlich ist dafür allein die Baupolitik des Senats. Für insgesamt 84 Mio. DM hat er für die SAGA-Altbauwohnungen ein Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramm 1977 beschlossen. Unter Modernisierung hat man zu verstehen: Zusammenlegung von 1-Zimmerwohnungen, Einbau von Kochräumen und Türöffnungsanlagen usw. Unter Instandsetzungen: Fassadenerneuerung und Treppenhausanstrich. Ziel des Programms ist es im wesentlichen durch diese „Verbesserungen" in der Wohnqualität, den Massen Mieterhöhungen aufzudrücken und tatsächliches Renovieren zu umgehen. – Der Großteil der Zuschüsse im Rahmen des Programms fällt auf die Arbeiterviertel und doppelt so viel auf Instandsetzungs – als Modernisierungsmaßnahmen. (1978 sollten 3190 Wohnungen instangesetzt werden, 1626 modernisiert, aus Wochendienst Nr. 29) Elektroinstallationen z.B., sanitäre Anlagen, feuchte Wände, verrottetes Gebälk oder veraltete Kaminanlagen bleiben ungeschoren. Das Prinzip heißt: Muffige Mietskasernen von außen aufzupeppen und noch ordentlich darüber ausplündern und auf der anderen Seite Wohnsilos wie in Steilshoop im Akkord und in Leichtbauweise aus dem Boden zu stampfen und darin die Arbeiter zu kasernieren. Vorsorglich hat der Senat bereits 1975 in 30000 Auflage ein Merkblatt „Was tun, wenn's im Hochhaus brennt?" herausgegeben. Für den Spott brauchen die Massen auch nicht zu sorgen, wenn sie schon den Schaden haben. Bei einem der jüngsten Großbrände in St. Pauli wurde einer Rentnerin von der Behörde 100 DM in die Hand gedrückt für „Neuanschaffungen". Eine neue Wohnung hat sie auch zugewiesen bekommen – ohne Heizung versteht sich.

ge ein Merkblatt „Was tun, wenn's im Hochhaus brennt?" herausgegeben. Für den Spott brauchen die Massen auch nicht zu sorgen, wenn sie schon den Schaden haben. Bei einem der jüngsten Großbrände in St. Pauli wurde einer Rentnerin von der Behörde 100 DM in die Hand gedrückt für „Neuanschaffungen". Eine neue Wohnung hat sie auch zugewiesen bekommen – ohne Heizung versteht sich.

Die revolutionäre Dichtung aus dem Vormärz wird von der Bourgeoisie unterdrückt und entstellt

b.ulh.Genauso wie die Bourgeoisie lieber Biermann als Heine propagiert und Heine durch Biermann entstellen läßt, genauso läßt sie in Schulbüchern und von der bürgerlichen Wissenschaft die gesamte fortschrittliche Dichtung des

talbesitzenden und industriellen Klasse nicht mehr verstummt. Der Aufschwung der kapitalistischen Produktionsweise war ungeheuer. Aktiengesellschaften schossen wie Pilze aus dem Boden, das Transportwesen wurde

den Verrat der Bourgeoisie an der Revolution und ihre miese Rolle enthüllt:
...
zu Frankfurt an dem Main –
Die Wäsche wird nicht rein;

Zum Beispiel sein Gedicht „Aus dem schlesischen Gebirge", das nur die elende Lage der Weber schildert, nicht ihren Kampf, und in dem ein Kind an den Berggeist Rübezahl gerät und sozusagen die übernatürlichen Kräfte be-

Die revolutionäre Dichtung aus dem Vormärz wird von der Bourgeoisie unterdrückt und entstellt

b.ulh. Genauso wie die Bourgeoisie lieber Biermann als Heine propagiert und Heine durch Biermann entstellen läßt, genauso läßt sie in Schulbüchern und von der bürgerlichen Wissenschaft die gesamte fortschrittliche Dichtung des Vormärz (Periode von der Julirevolution 1830 in Frankreich bis zur Märzrevolution 1848 in Berlin) unterdrücken und entstellen.

Bis in die 60ziger Jahre war es sowieso Praxis, diese Dichtung im weitesten totzuschweigen, bis auf 'klassische' Beispiele, wie z.B. Heines Weberlied, daß durch die Bekanntheit der Weberaufstände einfach nicht zu unterdrücken war. Anders lag die Sache bei den bedeutenden Vormärzdichtern Georg Weerth, Georg Herwegh und Ferdinand Freiligrath. Nur weil im Zuge des Aufschwungs der Klassenkämpfe sich die studierende Jugend aus den besitzlosen Klassen mit der Erforschung z.B. der revolutionären deutschen Dichtung beschäftigte, konnte die Bourgeoisie diese Dichtung nicht mehr so einfach totschweigen, sondern sah sich genötigt, sie durch ihre bürgerlichen Wissenschaftler zu verdrehen und verunglimpfen zu lassen.

Die drei genannten Dichter hatten von verschiedenen Standpunkten die fortschrittlichen Interessen jener Periode zum Ausdruck gebracht: Weerth den Standpunkt des Proletariats, Herwegh den Standpunkt des radikalen Demokraten, der sich in der Folgezeit auf den Standpunkt des Proletariats hocharbeitete und Freiligrath den Standpunkt des bürgerlichen Demokraten.

Welche Klasseninteressen standen sich im Vormärz gegenüber?

Die Julirevolution hatte in Deutschland den Kampf gegen den Feudalismus wieder erstarken lassen. Forderungen nach Pressefreiheit, Freizügigkeit, und religiöser Toleranz wurden erhoben. Aber 1835 gelang es der feudalen Reaktion, vom Frankfurter Bundestag die strengste Zensur wieder einführen zu lassen. Als am 10. August 1841 der neue preussische König Friedrich Wilhelm IV. eine Amnestie für alle politischen Vergehen verkündet und 1841 eine Lockerung der Zensurbestimmungen erläßt, entfalten sich die Klassenkämpfe mit neuer Schärfe, an der auch die Zensurbestimmung des Königs von 1843 nicht mehr ändern kann. Ab 1840 ist die Stimme der kapitalbesitzenden und industriellen Klasse nicht mehr verstummt. Der Aufschwung der kapitalistischen Produktionsweise war ungeheuer. Aktiengesellschaften schossen wie Pilze aus dem Boden, das Transportwesen wurde durch die Eisenbahnen revolutioniert. Alles das wurde geschaffen von der neu entstandenen Arbeiterklasse. Ihr wurde der Arbeitstag von Beginn des 19. Jahrhunderts von 12 auf 16 Stunden verlängert, die Nacht- und Schichtarbeit wurde eingeführt. Zur Ausbeutung trat die Ausplünderung auf dem Warenmarkt. Zwischen 1844 und 1847 stiegen die Preise um 50%. 1844 ist das Jahr des Beginns der Erhebung der Arbeiterklasse. In Schlesien und Böhmen stehen die Weber und Fabrikarbeiter auf, denen Heines „Die schlesischen Weber" gewidmet ist:

...
Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpreßt
Und uns wie Hunde erschießen läßt –
Wir weben, wir weben
...
Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht –
Altdeutschland wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch,
Wir weben, wir weben!

Mit dem Erstarken der Arbeiterklasse erheben sich auch die Bauern. 1844 weigern sich mehrere Dörfer in der Grafschaft Glatz, weiter die Frondienste abzuleisten.

1847 wird mit Marx und Engels der „Bund der Kommunisten" gegründet, in dessen Statut es heißt: „Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und Privateigentum." Nicht nur dem Feudalismus, auch der Bourgeoisie wird der Krieg erklärt, weshalb diese sich lieber dem Adel unterwirft, als zusammen mit dem Proletariat die Revolution konsequent durchzuführen. Die Revolution von 1848 wurde nicht vollendet.

Georg Herwegh hat in seinem Gedicht „Das Reden nimmt kein End" gerade den Verrat der Bourgeoisie an der Revolution und ihre miese Rolle enthüllt:
...

zu Frankfurt an dem Main –
Die Wäsche wird nicht rein;
Sie bürsten und sie bürsten,
Die Fürsten bleiben Fürsten,
Die Mohren bleiben Mohren
Trotz aller Professoren
Im Parla- Parla- Parlament Das Reden
nimmt kein End'!
...

1846 greift Herwegh in seinem Gedicht „Ordonanzen" die Kumpanei der internationalen Reaktion an:
...
Freiheit – welch ein toll Begehren!
Ja, der Henker soll sie lehren
Euch zum Schrecken und zum Graus;
Wird der Vorrat hier zu mager
hilft ja gern mein lieber Schwager
mir mit seinem Galgen aus.

Ordonanzen, Ordonanzen!
Meine Völker müssen tanzen,
Wie ich ihnen aufgespielt!
Tanzt ihr Deutschen – Tanzt ihr Polen
Wie der Zar es mit befohlen,
Wie's der König euch befiehlt.

Klar, daß ihm die bürgerliche Klasse heute nicht wohlgesonnen ist. „Erschreckend primitiv" und „rührend naiv", schreibt die Literaturgröße Friedrich Sengle über ihn; als „fanatisch" und „unfrei" hetzt die andere Koryphäe, Jost Hermand über ihn.

Diesen Reaktionären schlägt das Herz für Dichter wie Anette von Droste-Hülshoff und Eduard Möricke, die auch im Vormärz geschrieben haben. Mit deren Gedichten sind die Schulbücher bis zum Rand voll. Zum Beispiel „Der Weiher" von der Droste-Hülshoff:

Er liegt so still im Morgenlicht,
So friedlich, wie ein fromm Gewissen;
Wenn Weste seine Spiegel küssen,
Des Ufers Blume fühlt es nicht;
...
Schwertlilienkranz am Ufer steht
und horcht des Schilfes Schlummerliede;
Ein lindes Säuseln kommt und geht,
Als flüstres: Friede! Friede! Friede!

Wer auch noch manchmal in Schulbüchern zu finden ist, ist Freiligrath. Aber nur mit Gedichten, die es erlauben, die Kämpfe der Arbeiterklasse und die Forderungen gegen die feudale Reaktion zu verfälschen. Zum Beispiel sein Gedicht „Aus dem schlesischen Gebirge", das nur die elende Lage der Weber schildert, nicht ihren Kampf, und in dem ein Kind an den Berggeist Rübezahl gerät und sozusagen die übernatürlichen Kräfte bemüht werden.

Freiligrath hat aber auch schwungvolle und beeindruckende Gedichte gegen den Feudalismus verfaßt, die trotz ihres bürgerlichen Charakters der heutigen Bourgeoisie nicht klassenversöhnend genug sind. Z.B. Schwarz-Rot-Gold":
...
Denn das ist noch die Freiheit nicht,
Die Deutschland muß begnaden,
Wenn eine Stadt in Waffen spricht
und hinter Barrikaden.
„Kurfürst, verleih! Sonst... – hüte dich!
– sonst werden wir – großherzoglich!"
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
Golden flackert die Flamme!
...

Georg Weerth, den Engels als den ersten und bedeutendsten Dichter des deutschen Proletariats bezeichnet hat, haßt die Bourgeoisie am meisten: „primitive Schwarz-Weiß-Technik" bescheinigt ihm Hermand und Sengle schweigt seine Gedichte quasi tot. In Weerths Gedichten sind die Arbeiter die Helden, ihre Lebensverhältnisse und ihr Zusammenschluß wird geschildert, und mit dem biedermännisch-asketischen Stil der deutschen Literarur wird Schluß gemacht. In seinem Gedicht „Sie saßen auf den Bänken" setzt Weerth dem proletarischen Internationalismus ein Denkmal:
...
Sie saßen unter der Erle –
Schön war des Sommers Zier –
Wilde, zorn'ge Kerle
aus York und Lancashire.
Sie sangen aus rauhen Kehlen,
Sie saßen bis zur Nacht,
Sie ließen sich erzählen
„Von der schlesischen Weberschlacht."

Und als sie alles wußten,
Tränen vergossen sie fast,
Auffuhren die robusten
Gesellen in toller Hast.
Sie ballten die Fäuste und schwangen
Die Hüte im Sturme da;
Wälder und Wiesen klangen
„Glück auf, Silvesia!"

Chemische Fabriken verpesten die Luft in Wandsbek

b.mek. Ende letzten Jahres haben die Anwohner der Helbingstr. in Wandsbek in gut 2 Monaten 26mal Geruchsbelästigung festgestellt. Dabei allein ist es nicht geblieben. Mal mußte die Decke eines Fußballplatzes abgetragen werden, weil sich dort eine Giftwolke von Hoechst niedergelassen hatte, mal fielen die Blätter von den Bäumen nach einem Leck in einem Phenoltank, Autolack wurde beschädigt und Anwohner mußten nachts auf Anweisung der Polizei die Fenster schließen wegen giftiger Dämpfe. – Die chemischen Werke, die dort liegen, Hoechst, Abshagen u.a. wissen von nichts. Die Geschäftsleitung von Abshagen redet sich damit raus, daß sie ½ Mio. für Umweltschutz ausgegeben habe, und Hoechst hat nach Angaben seiner Geschäftsleitung schon immer vorbildlicher gearbeitet als selbst die Gesetze es verlangen. Die staatlichen Stellen decken die Praktiken der Kapitalisten. Im Gesundheitsamt Wandsbek und beim „Umwelttelefon" zuckt man mit den Schultern. Das Amt für Arbeitsschutz, das die Überwachung der Betriebe nach dem Emissionsschutzgesetz durchzuführen hat, stellt klipp und klar fest: „In Wandsbek gibt es keinerlei gesundheitsschädliche Emissionen. Unvertretbar hohe Belästigungen liegen nicht vor." Hustenreiz und Übelkeit sind vertretbar und unerheblich. Es geht um Höchstprofite für die Kapitalistenklasse, die diese sich nicht durch hohe Kosten für unproduktive Sicherheitsmaßnahmen verringern lassen. Und wenn es keinen überzeugt, wird eben mit Verlagerung oder Schließung der Betriebe gedroht. Entweder die Gesundheit der Anwohner oder die Arbeitsplätze, so soll dann der Kampf gegen den Gestank und das Gift gespalten werden. Auf dieser Linie äußerte sich ein Vertreter des Amtes für Arbeitsschutz in der „Umschau am Abend". Lächerlich! Als würde nicht die Gesundheit der Arbeiter in den chemischen Fabriken genauso und zuallererst durch die Profitschinderei der Chemiekapitalisten ruiniert.

„Die Ereignisse in Korea geben gerade uns Deutschen viel Anlaß zum Nachdenken“

z.bew. Um die bürgerliche Weltanschauung in der Schule zu verbreiten, bedienen sich die Ideologen der herrschenden Klasse eines ganzen Arsenals von Methoden der Wahrheitsverfälschung. Lügen, Verdrehungen, Halbwahrheiten usw. sind in den Schulbüchern umso dreister, je weniger die behandelten Gegenstände den direkten Erfahrungsbereich der Arbeiterklasse berühren.

Die Darstellung des großen Befreiungskrieges des koreanischen Volkes gegen die US-Aggression (1950-1953) ist eines der Ereignisse, die dazu herhalten müssen, ein ganzes Lügengebäude zu stützen, um die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ideologisch abzusichern. Wir haben 15 Geschichts- und Sozialkundebücher aus den Jahren 1964 bis 1978 angesehen, und die Darstellung des „Koreakrieges“ ist in den Kernpunkten nahezu identisch.

Lügen und Verdrehungen: Die kommunistische Aggression

„Sie (die Nordkoreaner) griffen am 25. Juni 1950 an und begannen damit einen dreijährigen Krieg.“ (Spiegel der Zeiten 4, Diesterweg 1974, S. 169) So steht es in allen diesen Schulbüchern. Kein Wort zu dem vorangegangenen Angriff südkoreanischer Marionettentruppen auf nordkoreanisches Territorium, nichts zu den aufgedeckten Angriffsplänen der US-Imperialisten auf Nordkorea und zu den bewaffneten Kämpfen der südkoreanischen Volksmassen, die gemeinsam mit den Truppen der nordkoreanischen Volksarmee das verhaßte Sygman Rhee Regime innerhalb weniger Wochen bis auf einen kleinen Küstenstreifen aus dem Land vertrieben hatten.

Verschweigen und Halbwahrheiten: Zwei Staaten sind entstanden

„In Korea, der Halbinsel zwischen Japan und China, waren 1948 nördlich und südlich des 38. Breitengrades entsprechend den Besatzungszonen zwei gegensätzliche Staaten entstanden“ (ebenda). Staaten entstehen nicht, sondern werden als politisches Herrschaftssystem von Klassen gebildet. Die Teilung Koreas war, wie die Deutschlands, ein imperialistischer Akt der US-Bourgeoisie. Kein Wort in
Akt der US-Bourgeoisie. Kein Wort in
den Schulbüchern zu dem Bruch des mit dem Potsdamer Abkommen bestätigten Kairoer Vertrags, in dem die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Korea festgelegt war, und zu dem Abkommen auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1945, das das Verfahren für die wirtschaftliche und politische Wiedervereinigung regelte. Diese internationalen Verträge wurden von den US-Imperialisten mit Füßen getreten. Auf einem solchen Gebäude von Lügen und Verdrehungen, von denen wir hier nur zwei dargestellt haben, bauen die Professoren und Oberschulräte ein ganzes System von Begründungen für imperialistische Aggression und Unterdrückung auf, das nicht weniger verlogen ist. Das sind dann die Lernziele, die den Schülern beigebracht werden sollen.

Imperialistische Bündnisse und militärische Aufrüstung sind notwendig!

„Die kommunistische Aggression in Korea hatte weltweite Wirkung. Die Westmächte waren sich darüber einig, daß zur Verteidigung der freien Welt in Asien und Europa die Schaffung regionaler Beistandspakte erforderlich sei“ (Grundzüge der Geschichte 4, Diesterweg 1971, S. 268). „Der Ausbruch des Koreakrieges ließ einen deutschen Anteil an der Wiederaufrüstung der westlichen Welt unerläßlich erscheinen“ (Politik und Gesellschaft, Hirschgraben 1974, S. 253). Tatsache ist, daß z.B. die Truman Doktrin, die die bewaffnete Intervention der USA zur Niederschlagung jeder demokratischen oder kommunistischen Bewegung als Grundlinie der Außenpolitik festlegt, von 1947 stammt; die NATO 1949 gegründet wurde und die Wiederaufrüstung des westdeutschen Staates seit seiner Gründung 1948 beschlossene Sache war und auf der New Yorker Außenministerkonferenz 1950 öffentlich proklamiert wurde.

Der Kampf gegen die Ausdehnung des Kommunismus muß außer militärisch auch auf politischem und diplomatischem Gebiet geführt werden

„Als sie (die Chinesen) im Gegenstoß weit nach Südkorea vordrangen, wurden sie von der UNO als ‚Aggressoren‘ verurteilt. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen stockte von nun an und alle Anträge auf Vertretung würden unter Hinweis auf Verletzung der Charta abgelehnt“ (ebenda, S. 331). Tatsache ist, daß die USA sich seit Gründung der VR China am 21.9.1949 geweigert haben, diese anzuerkennen und statt dessen zur Tschiang Kai-Tschek Clique diplomatische Beziehungen hatten und diese militärisch, politisch und wirtschaftlich aushielten. Die gerechte Forderung der VR China nach Übernahme der ihr zustehenden alleinigen Vertretung in der UNO blockierten die US-Imperialisten von Anbeginn, so als der Antrag im Januar 1950 das erste Mal gestellt wurde.

Staatlicher Arbeitsdienst und verschärfte Unterdrückung der Arbeiterklasse sind zur Kriegsvorbereitung und im Krieg besonders notwendig

„Während des Koreakrieges (21.7.50-27.7.53) konnten sich Stahlindustrie und Stahlarbeiter (in den USA) nicht über Lohnerhöhungen einigen. Nach monatelangen Verhandlungen kam es zum Streikbeschluß. Der Streik hätte die amerikanische Stahlindustrie während des Krieges stillgelegt. Aus diesem Grund beschloß Präsident Truman die Übernahme und Weiterführung der Stahlwerke durch die Regierung. Die Stahlarbeiter nahmen ihre Arbeit wieder auf“ (Politik im 20. Jahrhundert,
der auf“ (Politik im 20. Jahrhundert,
Westermann 1968, S. 251). Tatsache ist, daß die amerikanischen Stahlarbeiter, wie der größte Teil der amerikanischen Arbeiterklasse, seit drei Jahren keine Lohnerhöhung bekommen hatten, daß mächtige Streiks in nahezu allen Teilen der Industrie geführt wurden und die US-Bourgeoisie alles daran setzte, diese zu unterdrücken. Zu „Friedenszeiten“ 1947 wurde das Taft-Hardley-Gesetz verabschiedet, das die Gewerkschaften an die Kette des Staates legte und das Streikrecht einschränkte. 1946 wurden die Eisenbahnen während des Bahnarbeiterstreiks unter staatliche Aufsicht gestellt, 1947 die Bergwerke, wodurch alle Streiks dort nach dem Smith-Connelly-Gesetz illegal waren.

Diese Lernziele sollen als ideologische Begründung und Rechtfertigung der imperialistischen Aggression der Bourgeoisie dienen. Die Maßnahmen des US-Imperialismus, die hier als Folgen einer angeblichen kommunistischen Aggression ausgegeben werden, entspringen aus dem aggressiven Charakter des Imperialismus. Um dies zu vernebeln, müssen die Tatsachen gefälscht, die Wahrheiten unterdrückt und ein Lügengespinst gesponnen werden.

Kommunistische Volkszeitung
Aus dem Inhalt Nr.4

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter

– Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten. –

Ein entscheidender Sieg über den US-Imperialismus

Mit der Gründung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik fand das koreanische Volk eine noch mächtigere Waffe im Kampf für die konsequente Verwirklichung der großen Sache des Sozialismus und Kommunismus in Korea. Da es seinen souveränen, unabhängigen und sozialistischen Staat hatte, war unser Volk in der Lage, die entscheidende Überlegenheit der revolutionären Kräfte im gesamtnationalen Maßstab zu sichern, die Anschläge der Imperialisten und aller Reaktionäre entschieden zum Scheitern zu bringen sowie seinen revolutionären Kampf und seine Aufbauarbeit erfolgreich weiterzuführen.

Der dreijährige Krieg, der uns vom USA-Imperialismus aufgezwungen wurde, war eine Entscheidungsschlacht, von der das Schicksal des Vaterlandes abhängig war, und die härteste Bewährungsprobe für unsere Republik und unser Volk. Die USA-Imperialisten unternahmen verzweifelte Anstrengungen, unsere Republik schon bei ihrem Entstehen zu vernichten. Die Feinde konnten jedoch unser heldenhaftes Volk, das sich mit glühendem Haß gegen die Aggressoren wie ein Mann zum gerechten Widerstandskrieg erhob, nicht bezwingen.

Durch die Erringung des großen Sieges im Vaterländischen Befreiungskrieg trieb unser Volk den USA-Imperialisten den Hochmut aus, sich für die „Allmächtigsten“ der Welt auszugeben, schlug den Mythos ihrer „Stärke“ kurz und klein und leitete den Beginn des Niedergangs des USA-Imperialismus ein. Im Vaterländischen Befreiungskrieg vereitelte das koreanische Volk die aggressive Absicht der USA-Imperalisten, die Länder des sozialistischen Lagers zu bedrohen, verteidigte fest den östlichen Vorposten des sozialistischen Lagers und leistete einen großen Beitrag zum Schutz des Friedens und der Sicherheit in der Welt.“

Adenauer am 3.12.1949: „*In der Öffentlichkeit muß ein für allemal klargestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland bin.*“



Adenauer am 7.8.1950: „*Bis jetzt hat das deutsche Volk seine Haltung gegen die Drohung des Kommunismus durch sein Vertrauen auf die bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten bewahrt. Die Ereignisse in Korea haben aber eine unheimliche Auswirkung gehabt, und es besteht ein Gefühl der Hilflosigkeit, daß die Russen eines Tages die Macht ergreifen werden... Wir müssen die Notwendigkeit einer Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen.*“

1945 Nach der Niederlage des japanischen Imperialismus besetzen die US-Imperialisten Südkorea bis zum 38. Breitengrad und errichten ein Marionettenregime. In Nordkorea übergibt die Rote Armee die Macht an das Volk. Die Sowjetunion verlangt den Abzug aller Besatzertruppen aus Korea. Die englischen und amerikanischen Imperialisten fordern die Bildung einer gemeinsamen Kommission, die die „Unabhängigkeit Koreas“ innerhalb von 5 Jahren „einleiten“ soll. In Südkorea versuchen die US-Imperialisten mittels ihres Marionettenregimes durch zügellosen Terror, die nationale Befreiungsbewegung zu zerschlagen.



„Ich wünsche dem koreanischen Volk, das heldenhaft die Unabhängigkeit seines Landes verteidigt, eine erfolgreiche Beendigung seines langjährigen Kampfes für die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen Koreas.“ (Stalin)

„Die chinesischen Genossen müssen sich mit den koreanischen Genossen eng zusammenschließen, Freude und Leid mit ihnen teilen und solange kämpfen, bis der gemeinsame Feind endgültig besiegt ist.“ (Mao Tsetung)



1948 Die Imperialisten besiegeln die Spaltung Koreas, indem sie mittels der UNO eine Wahlfarce in Südkorea durchziehen. In Pjöngjang rufen gewählte Abgeordnete des ganzen Landes – im Süden unter den Bedingungen der Illegalität gewählt – die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) aus. Die Sowjetunion unterstützt dies, erkennt die DVRK diplomatisch an, verlangt erneut den Abzug aller Besatzertruppen aus Korea und zieht ihre Truppen ab. Südkoreanische Marionettentruppen greifen die DVRK an. Die US-Imperialisten, die ihre Besatzertruppen offiziell abziehen mußten, führen mit Hilfe ihrer Militärberater das Kommando.

1950 Südkorea greift erneut an und verkündet, es werde Pjöngjang innerhalb von 14 Tagen einnehmen. Der Angriff wird zurückgeschlagen, innerhalb von 6 Wochen werden 90% des Landes von der Volksarmee befreit. Die US-Imperialisten entsenden eine gewaltige Invasionsarmee nach Korea in der Absicht, nach der Niederschlagung der Revolution in Korea zum Angriff auf die VR China übergehen zu können. Sie besorgen sich dafür ein Mandat der UNO, die damals fast vollständig unter ihrer Kontrolle standen.
Chinesische Freiwillige unterstützen den Kampf des koreanischen Volkes gegen die imperialistische Aggression.

1951-53 Während ihrer Aggression richten die US-Imperialisten gewaltige Verwüstungen an. 90% aller Häuser, fast alle Bewässerungsanlagen und Reisfelder im Norden des Landes werden zerstört. Aber die US-Imperialisten werden geschlagen. Sie werden gezwungen, am 27.5.1953 einen Waffenstillstand abzuschließen.

Am Korea-Krieg haben die aufsteigenden BRD-Imperialisten einen gehörigen Schnitt gemacht. „Großbritannien verliert durch Deutschlands Exporteure täglich eine Schlacht“, schrieb damals eine britische Zeitung. Der „Spiegel“ schrieb dazu: „Der Deutsche ... arbeitet jedoch härter und für weniger Geld.“



Kommunistischer Bund Westdeutschland